



Tätigkeitsbericht der Landrätin

Die Arbeit der Kreisverwaltung im Jahr 2018

Inhalt

Landrätin	5
Büro der Landrätin	5
Kreistagsbüro	5
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.....	5
Amt für zentrale Steuerung, Organisation und Personal	10
Aufgabenbereich Personal	10
Aufgabenbereich zentrale Steuerung und Organisation.....	14
Rechnungsprüfungsamt.....	17
Untere Kommunalaufsichtsbehörde	19
Büro für Chancengleichheit.....	21
Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte.....	21
Behinderten- und Seniorenbeauftragte.....	30
Aufgabenkreis Flüchtlinge	32
Sachbearbeitung LAP/MBS-Gewinnausschüttung.....	33
Behördlicher Datenschutzbeauftragter	40
Beauftragter zur Korruptionsprävention und -bekämpfung	40
IT Sicherheitsbeauftragter.....	41
Dezernat I.....	42
Hauptamt	42
Sachgebiet Zentrale Dienste	42
Sachgebiet Gebäude- und Liegenschaftsmanagement	45
Sachgebiet Infrastrukturmanagement.....	50
Kämmerei	54
Vorbemerkung.....	54
Bereich Geschäftsbuchhaltung.....	54
Sachgebiet Kasse/Vollstreckung	55
Amt für Bildung und Kultur	58
Sachgebiet Schulverwaltung	58
Sachgebiet Haushalt und Finanzen.....	61
Volkshochschule Teltow-Fläming	64
Kreismedienzentrum	65
Kreismusikschule Teltow-Fläming	67
Museum des Teltow	69
Sachgebiet IT-Service	70
Dezernat II.....	73
Stabsstelle Grundsatzsachbearbeitung SGB II	73
Schulungen im Leistungsbereich des Jobcenters	73
Wohnraumversorgung.....	73
Sozialamt.....	75
Regionalkonferenzen Soziales	75

Sozialhilfe und sonstige Betreuungsangelegenheiten.....	75
Sonstige soziale Leistungen.....	77
Asylsuchende und Flüchtlinge	80
Jugendamt.....	82
Kindertagesbetreuung	82
Familienunterstützende Hilfen	85
Sozialpädagogischer Dienst	86
Sachgebiet Planung, Controlling, Finanzen	90
Wirtschaftliche Jugendhilfe.....	91
Sachgebiet Unterhalt.....	92
Gesundheitsamt.....	95
Psychiatriekoordination/Gesundheitsplanung	95
Gesundheitsberichterstattung.....	96
Koordination der kommunalen Gesundheitsförderung	96
Medizinalaufsicht.....	98
Sachgebiet Hygiene/Umweltmedizin	99
Sachgebiet Amtsärztlicher und sozialmedizinischer Dienst	101
Sachgebiet Kinder- und Jugendgesundheitsdienst (KJGD)	104
Sachgebiet Zahnärztlicher Dienst.....	105
Sachgebiet Sozialpsychiatrischer Dienst	107
Dezernat III.....	109
Fluglärmenschutz und Schallschutzberatung.....	109
Aufgaben des Fluglärmenschutzbeauftragten	109
Flughafenbelange.....	109
Rechtsamt	111
Versicherungsangelegenheiten	111
Rechtsangelegenheiten.....	112
Beteiligungsmanagement.....	115
Grundstücksverkehrsgenehmigungen und Bestellung gesetzlicher Vertreter	116
Ordnungsamt.....	117
Sachgebiet Allgemeine Sicherheit und Ordnung	117
Sachgebiet Ausländer- und Personenstandswesen.....	120
Sachgebiet Brand- und Katastrophenschutz.....	123
Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	127
Sachgebiet Veterinärwesen.....	127
Sachgebiet Lebensmittelüberwachung	131
Rettungsdienst.....	137
Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde.....	138
Sachgebiet Technische Bauaufsicht.....	138
Sachgebiet Rechtliche Bauaufsicht	141

Sachgebiet Untere Denkmalschutzbehörde.....	142
Umweltamt.....	147
Amtsleiterbereich.....	147
Sachgebiet Wasser, Boden, Abfall	150
Sachgebiet Untere Naturschutzbehörde (UNB)	153
Dezernat IV	156
Straßenverkehrsamt	156
Allgemein	156
Amtsleiterbereich.....	156
Sachgebiet Kraftfahrzeug-Zulassung.....	157
Sachgebiet Fahrerlaubniswesen und Fahrschulwesen	157
Sachgebiet Verkehrsordnungswidrigkeiten	159
Sachgebiet Verkehrssicherheit und -lenkung.....	160
Kataster- und Vermessungsamt.....	168
Gutachterausschuss.....	168
Ausbildung	169
Antragsstatistik.....	169
Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung	170
Sachgebiet Wirtschaftsförderung, Tourismus und Mobilität	170
Sachgebiet Kreisentwicklung.....	176
Sachgebiet Arbeitsmarktpolitik	180
Landwirtschaftsamt.....	183
Sachgebiet Agrarförderung	183
Sachgebiet Agrarstruktur.....	184
Landwirtschaftsschule	188
Statistik	188
Abbildungsverzeichnis.....	190
Tabellenverzeichnis.....	191

LANDRÄTIN

Büro der Landrätin

Das Büro koordiniert die Aktivitäten und Aufgaben der Hauptverwaltungsbeamtin sowie die der zugehörigen Arbeitsbereiche (Sekretariat, Kreistagsbüro, Öffentlichkeitsarbeit, Büro für Chancengleichheit). Dabei ist eine Vielzahl dezernats- und amtsübergreifender Querschnittsaufgaben zu leisten, u. a. Assistenz bei Führungsaufgaben, Sitzungsdienst, Protokoll und vieles mehr.

Vor- und nachbereitet werden außerdem die Dienstberatungen mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie dem Amtsdirektor. 2018 fanden acht dieser Beratungen statt.

Kreistagsbüro

2018 waren folgende Gremiensitzungen inhaltlich und organisatorisch zu betreuen:

- 6 Kreistagssitzungen
- 6 Kreisausschusssitzungen
- 58 Sitzungen der Fachausschüsse

Öffentlichkeitsarbeit

Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit ist zuständig für die Außendarstellung der Kreisverwaltung und Ansprechpartner für Journalisten, Bürger/-innen, Behörden und Firmen. Die Aufgaben umfassen vier Themenschwerpunkte:

- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Web-Entwicklung/Online-Redaktion
- Organisation von Veranstaltungen/Protokoll/Ehrungen
- partnerschaftliche Beziehungen

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Medienarbeit

2018 erreichten die Kreisverwaltung mehr als 350 zum Teil sehr umfangreiche und aufwändig zu beantwortende Anfragen und Interviewwünsche unterschiedlichster Medien. Rund 240 Presse-Informationen wurden bearbeitet und den Medien zur Verfügung gestellt. Die Informationen sind als aktuelle Nachrichten sowie in einem eigenen Presseservice und per Newsfeed auf den Internetseiten des Landkreises abrufbar.

Für die Verwaltungsleitung werden täglich mehrere regionale und überregionale Medien ausgewertet. Die Schlagzeilen des Tages (kein Pressespiegel) werden im Intranet veröffentlicht und allen Beschäftigten zugänglich gemacht.

In Zusammenarbeit mit den Ämtern, dem Kreistagsbüro und nachgeordneten Einrichtungen wie z. B. Musikschule, Volkshochschule oder Museum des Teltow bot der Bereich 125 anlassbezogene Pressetermine und -gespräche zu unterschiedlichsten Themen an. Sie wurden in vielen Fällen organisatorisch betreut sowie redaktionell vor- und nachbereitet (Aufbereitung als Presse-Info, Berichterstattung auf der Homepage).

Die Publikation der Online-Umfrage zur Bürgerzufriedenheit in Teltow-Fläming (durchgeführt von der Aktion Stiftung Change Center in Zusammenarbeit mit dem Büro für Chancengleichheit) wurde vom Bereich Öffentlichkeitsarbeit unterstützt.

Der Bereich gab 36 Ausgaben des Amtsblattes für den Landkreis Teltow-Fläming heraus.

Anzeigen/Ausschreibungen

Es wurden zehn Print-Anzeigen (u. a. zur Fachkräftegewinnung und zur Information über Ausschreibungen VOL/VOB sowie Nachrufe) in Auftrag gegeben, die oft gleichzeitig in diversen Tageszeitungen und Fachzeitschriften (MAZ, Lausitzer Rundschau, Tagesspiegel, Wochenspiegel, Blickpunkt u. a.) veröffentlicht wurden. Außerdem wurden im Internetauftritt des Landkreises über zahlreiche Stellenausschreibungen informiert sowie 31 Informationen über Ausschreibungen (VOL/VOB, Interessenbekundungsverfahren) und Zuschlagserteilungen publiziert.

Reden, Grußworte, weitere Schreiben und Dokumente

Im Berichtszeitraum wurden rund 200 Grußworte, Reden, Laudationes, Glückwunsch-, Kondolenz- und andere Schreiben für die unterschiedlichsten Zwecke verfasst. Einen großen Raum nahm das Redigieren von Texten oder Druckerzeugnissen für einzelne Ämter der Kreisverwaltung ein.

Es wurden 19 Mitarbeiter-Informationen der Landrätin verfasst und im Intranet publiziert.

Dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit obliegt die Endredaktion des Tätigkeitsberichts der Landrätin.

Druckerzeugnisse/Ausstellung

Im Bereich wird die Einhaltung der Richtlinien des Corporate-Design-Handbuchs überwacht. Bei Bedarf werden Agenturen, die in Zusammenarbeit mit den Ämtern der Verwaltung Druckerzeugnisse erstellen, die entsprechenden Vorgaben zur Verfügung gestellt und erläutert.

In Vorbereitung des Landkreis-Jubiläums hat der Bereich Öffentlichkeitsarbeit eine 100-seitige Chronik-Broschüre konzipiert und erarbeitet. Grundlage dafür war die Ausstellung, die die Entwicklung des Landkreises zeigt und die regelmäßig fortgeschrieben wird.

Für die Chronik-Ausstellung des Landkreises wurden zwei neue Jahrestafeln erstellt.

Rund 95 Veröffentlichungen der Ämter wurden im Haus redaktionell und gestalterisch betreut, neu gestaltet oder aktualisiert. Darunter sind Faltblätter, Broschüren, Kataloge, Ausstellungstafeln, Kalender und vieles mehr.

Internetauftritt

Um die Internet-Auftritte der Kreisverwaltung kümmert sich das Web-Team, das Stellenanteile aus dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit (Online-Redaktion) und aus dem Bereich IT-Service umfasst.

Von der Online-Redaktion inhaltlich und vom Web-Team technisch betreute Internet-Präsenzen:

- www.teltow-flaeming.de
- www.kreis-tf.de (Lageseite für den Katastrophenschutzfall)

Websites, für die das Web-Team den technischen Support (im IT-Service) und zum Teil die Betreuung der Redakteure bietet:

- www.flaeming-skate.de – inhaltlich verantwortlich: SG Tourismus
- vhs.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: Volkshochschule TF
- medienzentrum.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: Kreismedienzentrum
- musikschule.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: Kreismusikschule
- museum.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: Museum des Teltow
- kinderschutz.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: Kinderschutz-Koordinatorin
- schullandheim.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: Schullandheim
- ftz.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: SG Brand- und Katastrophenschutz
- intranet.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: die einzelnen Ämter
- www.boden-geo-pfad.de – inhaltlich verantwortlich: Umweltamt

Zudem werden weitere Sites und Web-Applikationen von den Entwicklern im IT-Service betreut (Bauportal, Wunschkennzeichen, Geoportal u. a.). Mit Inkraftsetzung der EU-Datenschutz-Grundverordnung wurden Funktionen, die die Zugriffe auf die Webseiten und dabei Nutzerdaten erfassten und auswerteten, deaktiviert. Deshalb können für 2018 keine Zahlen genannt werden.

Die Online-Redaktion betreut die Internet-Redaktionen in den Ämtern der Kreisverwaltung und unterstützt sie bei der Konzipierung eigener Unterportale unter www.teltow-flaeming.de bzw. bei der Darstellung spezieller Themen auf der Homepage des Landkreises. Sie berät zudem Dritte, wenn in Kooperation mit dem Landkreis Internetangebote entstehen sollen.

Der Webauftritt www.teltow-flaeming.de bildet das Dienstleistungsangebot der Kreisverwaltung ab und informiert ausführlich über den Landkreis. Angeboten werden Kontaktmöglichkeiten, eine Dienstleistungsdatenbank und ein Formularservice. Hier wie auf den anderen Internetpräsenzen werden regelmäßig aktuelle Meldungen eingestellt (Mitteilungen der Verwaltung und wichtige Informationen über den Landkreis). Für die Homepage des Landkreises wurden im Jahr insgesamt 328 Meldungen recherchiert und publiziert.

Weitere Inhalte (z. B. Dienstleistung Aufstiegs-BaföG) wurden 2018 in einfacher Sprache präsentiert. Sie wurden nach den Regeln der Leichten Sprache erstellt (www.leichte-sprache.org). Diese Informationen richten sich vor allem an Menschen mit Lernbehinderungen, Sinneseinschränkungen oder geringen Kenntnissen der deutschen Sprache.

Von großer Bedeutung für den dienstleistungsorientierten Webauftritt ist die Bereitstellung von Formularen für die Beantragung von Leistungen. Zurzeit umfasst das Online-Angebot der Ämter in diesem Bereich ca. 160 Formulare. Sie wurden im Haus entwickelt, ein Großteil wurde von der Online-Redaktion bearbeitet, um sie barrierefrei anzubieten und das Ausfüllen am PC zu ermöglichen. Das Angebot wird ständig erweitert, die bereits vorhandenen Formulare regelmäßig an veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen angepasst. Dazu gehört auch die mehrsprachige Gestaltung von Anträgen und Merkblättern, wenn es erforderlich ist. Um den Richtlinien der EU-Datenschutzgrundverordnung zu entsprechen, wurden sämtliche Formulare überarbeitet.

Neben Formularen sind auch Merkblätter, Informationsbroschüren, Satzungen und andere Dokumente auf www.teltow-flaeming.de zu finden.

Barrierefreiheit/Verständlichkeit

Die Angebote im Internet sollen möglichst barrierefrei dargestellt werden. Das geschieht nicht nur durch entsprechende Programmierung. Auch eine verständliche Sprache, strukturierte Texte und nicht zuletzt barrierefreie PDF-Dokumente gehören dazu. Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit sensibilisiert regelmäßig die Fachämter dafür und hat in Zusammenarbeit mit dem Kreistagsbüro eine Vorlage für barrierefreie Dokumente erarbeitet. Eine Mitarbeiterin des Bereiches hat ein Inhouse-Seminar für gute und verständliche Sprache in Behördenschreiben konzipiert und durchgeführt. Daran nahmen rund 50 Beschäftigte der Verwaltung teil.

Veranstaltungen und Ehrungen

In enger Zusammenarbeit mit dem Hauptamt, den jeweiligen Fachämtern und teilweise mit den Städten und Gemeinden wurden folgende Aktivitäten vorbereitet und durchgeführt:

- Neujahrsempfang zum Thema „Sport in Teltow-Fläming“ mit begleitender Ausstellung im Kreistags-Saal sowie Verleihung der Teltow-Fläming-Preise und Ehrung der „Sportsympathiegegner“ (in Regie des Kreissportbundes TF) am 19. Januar
- Übergabe der Denkmalpflegepreise an drei Preisträger in der Dorfkirche in Jühnsdorf am 9. September
- Feierstunde zum „Tag des Ehrenamtes“ am 6. Dezember mit 64 Ehrungen im Kreishaus
- Feierstunde im Kreistag aus Anlass der 25-jährigen Bestehens des Landkreises am 13. Dezember

Zudem wurden weitere Veranstaltungen organisatorisch unterstützt:

- Auftaktveranstaltung im Rahmen der Brandenburgischen Seniorenwoche im Kreishaus am 11. Juni
- Behinderten- und Skaterfest am 2. September
- Ausstellungen im Foyer des Kreishauses

Vorbereitung und Begleitung von Informations- und Arbeitsbesuchen:

Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit organisierte und begleitete die Kreisreise von Britta Ernst, Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, am 19. April. Die Medien wurden vorab über die Veranstaltung sowie im Anschluss über deren Ergebnisse informiert. Von dem Besuch wurden Fotodokumentationen erstellt.

Partnerschaftliche Beziehungen

Der Landkreis Teltow-Fläming unterhält partnerschaftliche Kontakte mit dem polnischen Kreis Gniezno, dem Kreis Paderborn und dem Berliner Stadtbezirk Tempelhof-Schöneberg.

Partnerschaften leben! Das war die Devise 2018. Sie wurde mit verschiedensten Begegnungen und Aktionen umgesetzt:

- **19. Januar:** Eine Begegnung auf protokollarischer Ebene mit Vertretern aus Gniezno und Paderborn gab es zum Neujahrsempfang des Landkreises in Luckenwalde.
- **März:** TF präsentierte sich mit einem großen Foto der Flaeming-Skate als Partnerregion des Berliner Stadtbezirks Tempelhof-Schöneberg in der U-Bahn-Station Viktoria-Luise-Platz. Dieses Plakat kann auch noch 2019 bestaunt werden.
- **13. bis 16. Mai 2018:** Jugendsozialarbeiter besuchten ihre Kollegen in Gniezno, um einen Austausch von benachteiligten Jugendlichen vorzubereiten.

- **10. bis 15. Juli:** Acht polnische Jugendliche und zwei Betreuer nahmen am Zeltlager der Kreisjugendfeuerwehr TF 2018 in Kallinchen teil.
- **10. bis 12. August:** Schülerinnen und Schüler der Gustav-Langenscheidt-Schule aus Berlin Tempelhof-Schöneberg waren mit ihrer Fairtrade-Sommertournee beim Kulturbülfestival in Wahlsdorf vertreten.
- **6. Oktober:** Eine weitere protokollarische Begegnung einer polnischen Delegation mit der Verwaltungsleitung und Mitarbeiterinnen des Landwirtschaftsamtes aus TF und gab es zum Kreiserntefest.
- **7. bis 10. Oktober:** Gegenbesuch der Sozialarbeiter aus Polen im Landkreis TF. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen, außerschulische Angebote für benachteiligte Schülerinnen und Schüler sowie die Bildung, Betreuung, Förderung und Inklusion von behinderten Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen standen im Mittelpunkt eines Besuchs von Jugendarbeitern aus Gniezno im Landkreis TF.
- **9. bis 10. November:** Während der Wirtschaftswoche TF besuchten Vertreter der Innung des Handwerks und kleiner Unternehmen aus dem polnischen Partnerkreis Gniezno den Landkreis TF. Am 10. November besuchte die polnische Delegation die FlämingBau – Messe für Haus, Energie und Umwelt. Betreut wurden die Gäste vom Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung.
- **Partnerschaftsstein vor dem Kreishaus:**
Als Symbol für die Stabilität der partnerschaftlichen Kontakte wurde am 22. Juni ein Findling vor dem Ackerbürgerhaus installiert, auf dem Vertreter von Paderborn und am 8. Oktober 2018 aus Gniezno Erinnerungsplaketten anbrachten.

Weitere Aufgaben

Die Mitarbeiter des Bereichs sind im Ernstfall Mitglieder des Katastrophenschutzstabes.

Rund 40 Hinweise aus dem Maerker-System wurden zur Bearbeitung weitergeleitet.

Das Landkreis-Wappen wurde gemäß Verordnung über kommunale Hoheitszeichen des Landes Brandenburg einmal vergeben; die unberechtigte Nutzung in einmal geahndet.

Für alle Ämter im Haus wurde ein Formular zur Verfügung gestellt, das beim Anfertigen und späteren Einsatz von Fotos im Sinne des Urheber-, Persönlichkeits- und Datenschutzrechtes verwendet werden kann.

Eine Mitarbeiterin arbeitet zudem im Steuerungskreis Betriebliches Gesundheitsmanagement mit.

Amt für zentrale Steuerung, Organisation und Personal

Aufgabenbereich Personal

Entwicklung des Personalbestands

Tabelle 1: Entwicklung des Personalbestands

Status	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018
Beamte	95	94	88	81	78
Beschäftigte	741	750	767	781	834
Auszubildende (AZUBI)	20	20	26	24	22
duale Studenten	0	0	4	4	14
Bundesfreiwilligendienst	0	0	0	0	1
<i>gesamt</i>	<i>856</i>	<i>864</i>	<i>885</i>	<i>890</i>	<i>949</i>

Zum Gesamtpersonalbestand gehören 23 Mitarbeiter/-innen, die den Standorten des Jobcenters Teltow-Fläming in Zossen und Luckenwalde zugewiesen sind. Davon sind 4 Personen verbeamtet und 19 tariflich beschäftigt.

Einstellungen

Es wurden im Jahr 2018 insgesamt 95 Einstellungen vorgenommen.

Tabelle 2: Einstellungen 2018

Art der Einstellung	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018
befristete Einstellungen	48	25	20
unbefristete Einstellungen	25	22	68
- davon Entfristungen	5	1	16
übernommene Auszubildende nach erfolgreicher Ausbildung	6	4	7
<i>gesamt</i>	<i>79</i>	<i>51</i>	<i>95</i>

Beendigung von Beschäftigungsverhältnissen

Es schieden insgesamt 51 Beschäftigte aus dem Arbeits- bzw. Dienstverhältnis mit dem Landkreis Teltow-Fläming aus. Die Gründe für das Ausscheiden stellen sich wie folgt dar:

Tabelle 3: Ausscheiden von Beschäftigten

Gründe für das Ausscheiden	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018
Ende der befristeten Tätigkeit	10	12	6
Kündigung durch Arbeitgeber	4	2	1
Kündigung durch den Arbeitnehmer	12	6	13
Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze	26	16	24
Übergang in eine unbefristete Erwerbsunfähigkeitsrente	2	2	3
Versetzung in den Ruhestand (Altersgrenze)	4	9	3
Ableben des Arbeitnehmers	1	2	1
<i>gesamt</i>	<i>59</i>	<i>47</i>	<i>51</i>

Schwerbehinderte Beschäftigte

Die Kreisverwaltung beschäftigt zurzeit 62 Schwerbehinderte/Gleichgestellte. Dies entspricht einer Quote von 6,7 Prozent. Die Pflichtquote beträgt 5 Prozent. Damit entfällt die Zahlung einer Ausgleichsabgabe in Höhe von 125 Euro für jeden nicht besetzten Pflichtarbeitsplatz.

Teilzeitbeschäftigte

Auch in unserer Verwaltung besteht der Wunsch der Beschäftigten auf Teilzeitarbeit, um flexibel auf persönliche Lebensbedingungen reagieren zu können. Grenzen der Flexibilität sind jedoch dort zu ziehen, wo dienstliche Notwendigkeiten der Teilzeitbeschäftigung entgegenstehen. Weitestgehend wird dem Wunsch auf Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit im Einvernehmen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber entsprochen. Zum 31. Dezember 2018 befanden sich insgesamt 286 Mitarbeiter/-innen in einer Teilzeitbeschäftigung (266 Beschäftigte und 20 Beamte).

Altersteilzeit

Auf Grundlage des Tarifvertrages zu flexiblen Arbeitszeitregelungen für ältere Beschäftigte (TV FlexAZ) vom 27.02.2010 in der Fassung des Änderungstarifvertrages Nr. 5 vom 29.04.2016 können die Beschäftigten einen Antrag auf Altersteilzeitbeschäftigung stellen. Zum Stichtag 31. Dezember 2018 befanden sich vier Beschäftigte in Altersteilzeit. Zwei Personen haben sich für die Durchführung der „unverblockten“ Altersteilzeit, zwei für das Blockmodell entschieden.

Elternzeit

Insgesamt 29 Beschäftigte nahmen die Elternzeit in Anspruch. In dieser Zahl sind alle Personen berücksichtigt, deren Elternzeit bis in das Jahr 2018 hineinreichte oder deren Elternzeit im Jahr 2018 begann.

Ausbildung

Am 1. August 2018 begannen vier Personen ihre Ausbildung zu Verwaltungsfachangestellten (VFA); ein Auszubildender erlernt seitdem den Beruf des Vermessungstechnikers. Das duale Studium „Öffentliche Verwaltung Brandenburg, Bachelor of Laws (LL.B.)“ (ÖVBB) nahmen am 1. September sechs Personen auf. Den theoretischen Teil absolvieren sie an der TH Wildau.

Allen ehemaligen Auszubildenden, die 2018 ihren Abschluss machten, wurde – dem Personalentwicklungskonzept folgend – eine unbefristete Anstellung angeboten. Alle nahmen das Angebot an.

Am jährlich stattfindenden Zukunftstag boten das Kataster- und Vermessungsamt sowie das Sachgebiet Verkehrsordnungswidrigkeiten aus dem Straßenverkehrsamt interessierten Schülerinnen und Schülern praktische Einblicke in die Berufsbilder des/der Verwaltungsfachangestellten, des Kaufmanns/der Kauffrau für Büromanagement und des Vermessers/der Vermesserin. Zur Ausbildungsmesse am 15. September 2018 im Biotechnologiepark waren die Auskünfte der Auszubildenden und Studierenden der Kreisverwaltung wie immer sehr gefragt.

Vier Beschäftigte absolvierten die Ausbildereignungsprüfung und unterstützen somit die ständige Qualitätssteigerung der Ausbildung. Damit erhöhte sich die Zahl der Ausbilder/-innen auf 42. Das im Personalentwicklungskonzept festgeschriebene Ziel von 2 Ausbildern/Ausbilderinnen pro Amt wird damit zielstrebig verfolgt.

Zur Betreuung der Studierenden in den vorgeschriebenen Praktika stehen 18 zertifizierte Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung. Die Anzahl erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um fünf.

Praktikum

Das Engagement der Amtsleitungen und Beschäftigten in der Kreisverwaltung ermöglichte vielen jungen Menschen Praktika in der Verwaltung.

Tabelle 4: Praktika in der Kreisverwaltung

Kalenderjahr	Schüler/-innen	Studierende	berufsbegleitende Maßnahmen	im Zuge der Ausbildung
2013	29	30		
2014	37	21		
2015	23	23		
2016	33	25		
2017	29	17	9	13
2018	32	13	7	11

Krankenstand

Der durchschnittliche Krankenstand lag bei 6,68 Prozent aller Beschäftigten. Berechnet wurde der durchschnittliche Krankenstand auf Basis einer 5-Tage-Arbeitswoche. Das entspricht im Jahresdurchschnitt 17,5 Krankentagen pro Mitarbeiter/-in. 58 Personen (6,3 Prozent aller Beschäftigten) waren über die Entgeltfortzahlung hinaus länger als sechs Wochen fortlaufend arbeitsunfähig.

Betriebliches Eingliederungsmanagement

Seit dem 1. Januar 2011 setzt die Kreisverwaltung die Dienstvereinbarung zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) nach § 84 II SGB IX um. Im Zuge dessen wurde ein Integrationsteam gebildet, welches mit der Anwendung des BEM betraut wurde.

Das BEM findet Anwendung auf alle Beschäftigten des Landkreises, die innerhalb von zwölf Monaten länger als sechs Wochen arbeitsunfähig waren. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Krankheit zusammenhängend auftritt bzw. -trat oder einzelne Fehlzeiten addiert diese Grenze überschritten bzw. überschreiten. Im Jahr 2018 wurden 71 Beschäftigte ermittelt, denen ein BEM-Verfahren angeboten wurde. Von den angeschriebenen Beschäftigten nahmen 27 die Möglichkeit zum freiwilligen Gespräch an. 23 Beschäftigte sahen keine Notwendigkeit, ein solches Gespräch zu führen. Von 21 Personen steht noch eine Antwort aus.

Unfallanzeigen

Im Jahr 2018 sind insgesamt 31 Arbeitsunfallanzeigen eingegangen, welche an die Unfallkasse Brandenburg mit Sitz in Frankfurt (Oder) zur Bearbeitung weitergeleitet wurden. Davon waren 18 Wegeunfälle. Von den 31 Arbeitsunfällen führten 20 zu einer Arbeitsausfallzeit von insgesamt 262 Arbeitstagen.

Bildschirmarbeitsplatzbrillen

Im Berichtszeitraum stellten 33 Beschäftigte der Kreisverwaltung Anträge auf Bezuschussung der Anschaffung von Bildschirmarbeitsplatzbrillen.

Stellenausschreibungsverfahren

Im Jahr 2018 wurden insgesamt 159 Ausschreibungen zur Besetzung offener Stellen durchgeführt. Davon wurden 27 Stellen intern und 115 Stellen intern und extern ausgeschrieben. 17 Stellen konnten ohne Ausschreibungsverfahren besetzt werden. Auf die Ausschreibungen gingen insgesamt 1869 Bewerbungen ein, davon 129 interne und 1740 externe. Die Zahl der Ausschreibungsverfahren hat sich erheblich erhöht. So wurden im Jahr 2018 etwa 39,21 Prozent (abzüglich der Verfahren ohne Ausschreibung) mehr Ausschreibungsverfahren durchgeführt als im Jahr 2017. Vergleicht man 2018 mit dem Jahr 2015, dann sind es sogar 65,01 Prozent.

Die Personalakquise wird zunehmend schwieriger. Zum Stichtag 31.12.2018 waren 64,67 Stellen unbesetzt. Darin enthalten sind auch die Anteile durch Teilzeitbeschäftigung. Dies ergibt eine Stellenbesetzungsquote von 93 Prozent. Aktuelle Stellenbesetzungsverfahren zeigen, dass es gerade in den technischen Berufen (Hauptamt, Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde), im IT-Service, bei Fachärzten und in sozialpädagogischen Berufen oder bei befristeten Stellenbesetzungen äußerst schwierig ist, geeignetes Personal zu finden. Der Landkreis Teltow-Fläming steht hier in Konkurrenz zu Wirtschaftsunternehmen, aber auch zu anderen Verwaltungen und Einrichtungen des öffentlichen Dienstes.

Das Aufgabengebiet des Personalbereichs ist nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ gewachsen und mit dem vergangener Jahre nicht mehr zu vergleichen. Die Sichtung und rechtssichere Prüfung der Bewerbungsunterlagen ist sehr zeitaufwendig. Hinzu kommt, dass regelmäßig Ausschreibungsverfahren wiederholt werden müssen, da entweder keine Bewerbung den entsprechenden Voraussetzungen entspricht und die Anforderungsprofile erweitert werden müssen oder vorgeschlagene Bewerber/-innen am Ende die Stelle doch nicht besetzen wollen. Aufgrund der Fallzahlensteigerungen und der absehbaren Entwicklung der Personalfluktuations werden zusätzliche Kapazitäten im Personalbereich benötigt, um die anfallenden Arbeiten sachgerecht erledigen zu können.

Personalkosten und Controlling

Zur Planung, Steuerung und unterjährigen Kontrolle des Finanzverbrauchs im Amt zentrale Steuerung, Organisation und Personal wurde ab dem Jahr 2018 ein regelmäßiges Berichtswesen installiert. Ziel war es, transparent und frühzeitig über Zielerreichung und Ressourcenverbrauch zu informieren, um gegebenenfalls zeitnah gegenzusteuern zu können. Dieser Prozess wird im Jahr 2019 fortgeführt. Viele Sachverhalte haben Auswirkungen auf die Personalkosten. Die Stellenplanbewirtschaftung, die in engem Zusammenhang mit den Personalkosten zu sehen ist, stellt u. a. die Grundlagen für Einstellungen und unterjährige Kompensationen dar. Um dies umfassend und zielführend zu berücksichtigen, soll eine Stelle zur Sachbearbeitung Personalkosten und Controlling ab dem Jahr 2019 eingerichtet werden.

Aufgabenbereich zentrale Steuerung und Organisation

Der Bereich zentrale Steuerung und Organisation ist für die Organisationsentwicklung der Gesamtverwaltung des Landkreises Teltow-Fläming zuständig. Er ist interner Dienstleister für alle Organisationseinheiten der Kreisverwaltung. Der Bereich unterstützt die Fachämter bei der optimalen Ausrichtung ihrer Organisationseinheiten und Prozesse. Ziel ist es, in den verschiedenen Bereichen den Aufgaben und der Prozessoptimierung entsprechend eine angemessene Personalausstattung zu gewährleisten.

Neben der Organisationsentwicklung unterstützt der Bereich die Fachämter bei der Erstellung von Stellenbeschreibungen und Anforderungsprofilen und bewertet Stellen als Basis für die Eingruppierung der Beschäftigten bzw. die Besoldung der Beamten.

Des Weiteren initiiert und koordiniert der Bereich inhaltlich und organisatorisch die Schaffung innerdienstlicher Regelungen.

Verwaltungsstruktur (Aufbauorganisation)

Im Jahre 2018 erfolgten folgende strukturelle Änderungen in der Verwaltungsstruktur der Kreisverwaltung:

- Zuordnung der Aufgaben des Fluglärmschutzbeauftragten und der Schallschutzberatung zur Dezernatsleitung III
- Wechsel des Rechtsamtes vom Dezernat I in das Dezernat III
- Wechsel des Landwirtschaftsamtes vom Dezernat III in das Dezernat IV
- Herauslösen des SG IT-Service aus der Ebene der Dezernatsleitung I und Zuordnung zum Amt für Bildung und Kultur

Die jeweils aktuelle Verwaltungsstruktur der Kreisverwaltung ist im Organigramm ersichtlich und wird im Intranet und Internet veröffentlicht.

Innerdienstliche Regelungen (Ablauforganisation)

In zahlreichen Regelungen werden Zuständigkeiten, Rechte und Pflichten der Beschäftigten und damit stets der Ablauf der Arbeitsprozesse beschrieben. In diesem Zusammenhang hat der Bereich auf effiziente Verwaltungsabläufe sowie auf sich nicht widersprechende Regelungen zu achten. Die fachlich zuständigen Stellen wurden bei der Erarbeitung von Regelungen unterstützt, so z. B. zum Einsatz von Informationstechnik oder zur Arbeitszeit.

Es bestehen 16 mit dem Personalrat abgeschlossene Dienstvereinbarungen und 27 durch den Landrat/die Landrätin erlassene Dienstanweisungen. Diese unterliegen einem ständigen Anpassungsbedarf. Mit dem Wirksamwerden der Europäischen Datenschutzgrundverordnung am 25. Mai 2018 haben diese Aufgaben zugenommen.

Die Dienstordnung der Kreisverwaltung wurde im Jahre 2018 vollständig überarbeitet. Gegenwärtig wird der Entwurf im Haus diskutiert. Die neue Dienstordnung soll noch im II. Halbjahr in Kraft treten. Sie soll an bereits novellierte Regelungen anknüpfen, wie zum Beispiel an Dienstanweisungen, die „Leitlinien der Zusammenarbeit und Führung in der Kreisverwaltung Teltow-Fläming“ und auch das Leitbild des Landkreises „Miteinander Leben und die Zukunft gestalten“.

Entwickelt wurde zudem eine Dienstvereinbarung zum Umgang mit Überlastungsanzeigen. Aus der 2014 entwickelten Handlungsempfehlung „Überlastung anzeigen“ wurde eine Dienstvereinbarung, die im Jahr 2019 in Kraft treten soll. Ihr Ziel ist es, die aus dem Arbeits- und Gesundheitsschutz bzw. aus dem besonderen Dienst- und Treueverhältnis abgeleitete Hinweispflicht umzusetzen und ein Verfahren zu etablieren, wie bei auftretenden Überlastungssituationen abgeholfen werden kann.

Ebenfalls überarbeitet wurde die Dienstvereinbarung zur Stellenbewertungskommission. Die Dienstvereinbarung wurde an die aktuellen Rahmenbedingungen angepasst: Zukünftig werden die Beamtenstellen auf Basis der 7. Auflage des KGSt-Gutachtens „Stellenplan – Stellenbewertung“ bewertet. Mit Hilfe der Stellenbewertung werden die Anforderungen erfasst, gemessen und gewichtet, die ein einzelner Arbeitsplatz an den Stelleninhaber/die Stelleninhaberin stellt.

Stellenbeschreibung und Stellenbewertung

Zu einer der umfangreichsten Serviceaufgaben des Bereiches gehörte 2018 die Unterstützung der Fachämter bei der Erstellung von Stellenbeschreibungen für neu geschaffene Stellen oder bei der Aktualisierung von Stellenbeschreibungen.

Die Stellenbewertungskommission bewertet die Stelle nach der Vorbewertung des Sachgebietes Zentrale Steuerung und Organisation. Die Kommission setzt sich paritätisch aus jeweils 3 Personen der Arbeitgebervertretung und der Arbeitnehmervertretung zusammen. Im Berichtszeitraum wurde die Bewertung von 141 Stellen überprüft. Gegenüber dem Jahr 2017 – mit 52 Stellenbewertungen – bedeutet das fast eine Verdreifachung. Gründe dafür waren notwendige Aktualisierungen der Stelleninhalte, Überprüfung der Stellenbeschreibung im Rahmen von Ausschreibungsverfahren oder Anträge auf Überprüfung der Eingruppierung bzw. erstmalige Bewertung bei neu geschaffenen Stellen.

Überprüfung von Stellenbesetzungen

Zum Tagesgeschäft gehört die Überprüfung von Stellenbesetzungen. Dabei werden die Aktualität der beschriebenen Aufgaben, die Fallzahlen, die Schnittstellen sowie die Bewertung der Stelle überprüft. Daraus ergeben sich häufig Veränderungen. Im Abgleich mit und in Fortschreibung der Stellenbedarfsplanung 2014 bis 2024 wird kritisch hinterfragt, ob die Stelle wieder besetzt werden muss. Diese Überprüfung findet daher vor jeder Stellenausschreibung statt. Zur Steuerung der Prozessabläufe und Unterstützung der Führungskräfte wurde weiter daran gearbeitet, fortschreibungsfähige Stellenbemessungsverfahren zu entwickeln bzw. zu aktualisieren (beispielsweise in der Kfz-Zulassungsstelle, in der sozialpädagogischen Arbeit des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes, bei der Widerspruchsbearbeitung im Sozialamt oder in der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses). Hierzu werden der Aufgabenkatalog konkretisiert, die Prozessabläufe dargestellt, geprüft und im analytischen Verfahren (Laufzettel, Arbeitsplatzinterview, Selbstaufschreiben, Momentaufnahme) die mittlere Bearbeitungszeit pro Fall ermittelt. Ergänzt um die aufgezeigten Vollzugsdefizite liegt im Ergebnis ein Verfahren zur Berechnung des Stellenbedarfes vor. Dieses kann jährlich anhand der aktuellen Fallzahlen fortgeschrieben und damit der notwendige Stellenbedarf für die Erfüllung der Aufgabe evaluiert werden. So können auch Störungen in der Ablauforganisation ermittelt und den Fachämtern Handlungsempfehlungen zu Änderungsbedarfen gegeben werden.

Stellenplan

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2018 wurde vom Kreistag mit einem Stellenvolumen von insgesamt 848,57 Vollzeiteinheiten beschlossen.

Im Rahmen der Stellenplanung 2019 sowie aufgrund durchgeführter Stellenbemessungsverfahren bzw. Organisationsuntersuchungen meldeten die Ämter Stellenmehrbedarfe an. Der Bereich zentrale Steuerung und Organisation überprüfte in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Ämtern die Bedarfsanmeldungen. Es wurde hierzu die Informationsvorlage Nr. 5-3622/18-LR – zur Herangehensweise bei der Aufstellung des Stellenplanes 2018 – für den Kreistag am 13. August 2018 erarbeitet. Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2019 wurde in den Kreistag am 10. Dezember 2018 eingebracht.

Rechnungsprüfungsamt

Zur Durchsetzung der allgemeinen und konkreten Haushaltsgrundsätze nimmt das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises durch seine nur dem Gesetz unterliegende prüfende, feststellende und berichtende Tätigkeit konkret und direkt Einfluss auf die Verwaltungen

- des Landkreises,
- der kreisangehörigen Städte und Gemeinden,
- des Amtes Dahme/Mark und
- der Wasser- und Abwasserzweckverbände des Landkreises.

Besonderes Augenmerk wird dabei gelegt auf die

- Durchsetzung der Haushaltsgrundsätze Haushaltssicherung sowie Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit im Umgang mit finanziellen und materiellen Ressourcen,
- Führung der Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung,
- Umsetzung der Grundsätze Haushaltswahrheit und -klarheit sowie
- Einhaltung der Ordnungs- und Rechtmäßigkeit unter Beachtung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

Grundlegendes Ziel ist es, den Kreistag, insbesondere den Rechnungsprüfungsausschuss, die Stadtverordnetenversammlungen sowie die Gemeindevertretungen bei der Ausübung ihrer Kontrollpflichten zu unterstützen. Als Bewertungs- und Entscheidungshilfen für die Durchführung der Haushaltswirtschaft und das allgemeine und konkrete Verwaltungshandeln dienen objektive und fundierte Prüfungsergebnisse. Die Prüfungen umfassten den gesamten Bereich des kommunalen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens und der wirtschaftlichen Betätigung.

Im Bereich der **örtlichen Aufgabenkomplexe** erstreckte sich die Tätigkeit vor allem auf die

- Prüfung von einer Eröffnungsbilanz 2011, 21 Jahresabschlüssen, davon zwölf Abschlussprüfungen noch nicht abgeschlossen, der Haushaltsjahre 2013 bis 2017 im Landkreis, in den Kommunen sowie in den Wasser- und Abwasserzweckverbänden als Voraussetzung für die durch die Kommunalverwaltungen zu fassenden Beschlüsse,
- laufenden Prüfungen der Kassenvorgänge und Belege in Vorbereitung auf die Jahresabschlussprüfungen im Landkreis und den Kommunen,
- Prüfung der zweckentsprechenden Verwendung von Bundes-, Landes- und kreislichen Mitteln von vier Fördermaßnahmen im Landkreis,
- Prüfung der Arbeit der Verwaltungen auf Ordnungs-, Zweck- und Rechtmäßigkeit sowie Wirtschaftlichkeit.

In die Prüfungen der Kreisverwaltung wurden 14 Fachämter der Kreisverwaltung einbezogen.

Im Bereich des **überörtlichen Aufgabenkomplexes** wurden Prüfungen in zwei Kommunen des Landkreises Teltow-Fläming durchgeführt. Gegenstand der Prüfungen war das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen der Gemeinde sowie die Wirtschaftsführung ihres Sondervermögens der Haushaltsjahre 2013 bis 2016.

Im Bereich des **Vergaberechts** wurden in der Kreisverwaltung 35 Auftragsvergaben für Lieferungen und Leistung in Höhe von 3.896.428 Euro, zehn Vergaben für Bauleistungen mit einem Gesamtwert von 6.750.519 Euro und elf Honorarverträge in einer Gesamthöhe von 867.755 Euro entsprechenden Prüfungen unterzogen.

Die in den verschiedensten Bereichen durchgeführten Prüfungen endeten nicht nur mit kritischen Bemerkungen. Es wurde auch Wert darauf gelegt, auf Ursachen für das Entstehen von Unregelmäßigkeiten sowie ihre Wirkung innerhalb des Verfahrensablaufes hinzuweisen und gleichzeitig Vorschläge bzw. Empfehlungen für Veränderungen zu unterbreiten.

Untere Kommunalaufsichtsbehörde

Die Kommunalaufsicht hat im öffentlichen Interesse sicherzustellen, dass die Verwaltung der Gemeinden im Einklang mit den Gesetzen erfolgt. Kommunalaufsicht ist Rechtsaufsicht. Die Kommunalaufsicht über die Städte, Gemeinden und Zweckverbände führt die Landrätin als allgemeine Untere Landesbehörde.

Ihr Hauptbetätigungsfeld sieht die Kommunalaufsicht im Bereich der präventiven Aufsicht. Ziel ist es, bereits im Vorfeld Probleme zu besprechen und Lösungsmöglichkeiten zu finden, bevor bereits Tatsachen geschaffen werden. Vor diesem Hintergrund hat die kommunalaufsichtliche Beratungstätigkeit einen hohen Stellenwert und wird auch zunehmend durch die zu beaufsichtigenden Körperschaften genutzt.

Um gezielt beraten zu können, wurde eine interne Spezialisierung in allgemeine sowie finanzielle und personelle Kommunalaufsicht vorgenommen.

Ein wesentlicher Tätigkeitsschwerpunkt im Bereich der allgemeinen Kommunalaufsicht war die Bearbeitung von Anfragen bzw. Beschwerden mit kommunalrechtlichem Bezug, denen ein öffentliches Interesse zu Grunde lag. Diese kamen sowohl von Gemeindevertretungen als auch von Bürgerinnen und Bürgern. Des Weiteren wurden Kommunen zu Fragen der inneren Gemeindeverfassung und zu Satzungsangelegenheiten beraten.

Auch die weitere Bearbeitung eines Pilotverfahrens der EU-Kommission wegen des Vorwurfes von Vergaberechtsverstößen einer Kommune sowie die Prüfung möglicher Dienstvergehen und die Aufbereitung disziplinarrechtlich relevanter Sachverhalte von Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten stellten wesentliche Tätigkeiten im Bereich der allgemeinen Kommunalaufsicht dar.

Des Weiteren wurden im Bereich des Vergaberechts sowie zu Fragen der gemeindlichen Beitragserhebung umfangreiche Berichterstattungen gegenüber dem Ministerium des Innern und für Kommunales vorgenommen.

Die Vorgaben für die Stichprobenprüfung bezüglich der Teilnahme am automatisierten Grundbuchabrufverfahren(SolumWEB) haben sich auch im letzten Jahr nicht verändert. Es erfolgten sowohl eine Prüfung in einem Zweckverband als auch im gemeindlichen Bereich. In den genannten Fällen wurden Beratungen zum Verfahrensumgang, zur Aktenführung und zum Datenschutz vorgenommen.

Bei beabsichtigten Grundstücksveräußerungen wurde die Veräußerung zum vollen Wert geprüft.

Seit dem 1. Januar 2018 ist die Gemeinde Niederer Fläming amtsangehörige Gemeinde des Amtes Dahme/Mark. Die Zusammenführung beider Verwaltungen, die Veränderung im Amtsausschuss, die Wahl eines ehrenamtlichen Bürgermeisters in der Gemeinde Niederer Fläming und weitere in diesem Zusammenhang zu beantwortende kommunalrechtliche Fragen erforderten die Unterstützung durch die Kommunalaufsichtsbehörde.

Die Wahl des hauptamtlichen Bürgermeisters/der hauptamtlichen Bürgermeisterin der Gemeinde Niedergörsdorf wurde von der Kommunalaufsicht begleitet.

Nach wie vor ist die Kommunalaufsicht unterstützend für die Aufgabenträger der Trinkwasserversorgung und Schmutzwasserentsorgung im Umgang mit den rechtlichen und wirtschaftlichen Folgen des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichtes vom 12.

November 2015 (Altanschießer) tätig. Den unterschiedlichen Betroffenheiten wird dabei in besonderem Maße Rechnung getragen.

Bis zum Ende des Haushaltsjahres 2018 verfügte eine kreisangehörige Gemeinde immer noch über keine geprüfte und beschlossene Eröffnungsbilanz. Mit der Gemeinde wurde gemeinsam nach Wegen gesucht, um zumindest im Jahr 2019 Rechtssicherheit herzustellen.

Rückstände bestehen ebenfalls bei der Aufstellung der Jahresabschlüsse. Die Kommunalaufsichtsbehörde ist hinsichtlich der Anwendung des Gesetzes zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse beratend tätig. Im Haushaltsjahr 2018 befanden sich von 16 kreisangehörigen Städten und Gemeinden 6 in der Haushaltssicherung. In fünf Fällen wurde die kommunalaufsichtliche Genehmigung für das durch die zuständige Vertretung beschlossene Haushaltssicherungskonzept erteilt. In einem Fall steht die Entscheidung noch aus.

Darüber hinaus wurden Kredite im Rahmen der vorgelegten Haushaltssatzungen genehmigt, Stellungnahmen für die Förderung gemeindlicher Vorhaben abgegeben sowie beratende Gespräche zu Entwürfen von Haushalts- bzw. Wirtschaftsplänen sowie haushaltsrelevanten Fragen geführt.

Im Haushaltsjahr 2018 gab die Kommunalaufsichtsbehörde einen dritten Newsletter heraus. Er war den folgenden Themen gewidmet:

- Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen für gemeindliche Vorhaben
- Festsetzung von Verpflichtungsermächtigungen.

Sowohl im Bereich der allgemeinen als auch in der personellen und finanziellen Kommunalaufsicht hat die Beratungstätigkeit im Jahr 2018 zugenommen und deutlich an Priorität gewonnen.

Büro für Chancengleichheit

Im Büro für Chancengleichheit und Integration arbeiten die Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte, die Behinderten- und Seniorenbeauftragte, der Flüchtlingskoordinator, die Sachbearbeiterin LAP/MBS-Gewinnausschüttung und die Schwerbehindertenvertretung eng zusammen. Der Flüchtlingskoordinator ist dabei zuständig für die Förderung der aktiven Zusammenarbeit zwischen einzelnen Fachämtern auf Sachgebiets- und Amtsleitersebene sowie zentraler Ansprechpartner für die Landrätin und die Verwaltungsleitung sowohl in Fragen der Betreuung und Integration von Flüchtlingen, für Fragen der Betreuung von Behinderten und Senioren, als auch in Fragen der Gleichstellung. Alle Beschäftigten im Büro für Chancengleichheit wirken bei der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen des Landkreises mit (Behinderten- und Skaterfest, Festveranstaltung aus Anlass der Brandenburgischen Seniorenwoche usw.)

Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte

Gleichstellung

2018 fanden mit Unterstützung und Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten mehr als 40 Veranstaltungen statt, bei denen viele kreative Ideen, Vorhaben und Projekte im Landkreis umgesetzt wurden. Die Gleichstellungsbeauftragte leistete dafür im Netzwerk für Integration/Migration, im Netzwerk Gesunde Kinder, bei Frauenstammtischen des Landkreises, in Vereinen, Selbsthilfegruppen, ehrenamtlichen Organisationen und in verschiedenen Verwaltungsstrukturen auf Landes- und Kreisebenen und Kommunen sowie in nicht zu zählenden Einzelgesprächen mit Bürger/-innen Mitarbeit, Aufklärungsarbeit, unterstützte und half. Sie achtete auf eine gendergerechte Umsetzung von Förderprogrammen, organisierte Informationsveranstaltungen, beriet und begleitete bei Bedarf in unterschiedlichsten Gremien. Sie gab Impulse an Politik, Wirtschaft und Verwaltung.

Die Kooperationspartner im Landkreis waren die Gleichstellungsbeauftragte der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow, die Gemeinden Nuthe-Urstromtal und Großbeeren, das Amt Dahme/Mark und die Städte Trebbin und Luckenwalde, der KLAB, das Kultur-Café KlassMo sowie der Frauenstammtisch Ludwigsfelde und Nächst Neuendorf, die Akademie 2. Lebenshälfte, die LINKE, SPD, Grüne/Bündnis 90 und die CDU. Themen wie Gleichstellung, Gleichberechtigung und Chancengleichheit sind immer noch nicht ausreichend greifbar. Rückblickend fällt auf, dass sich insbesondere junge Frauen kaum einbeziehen ließen. Noch immer werden Frauen bei der Bezahlung benachteiligt. Besonders alleinerziehende Personen haben mit Mehrfachdiskriminierungen zu tun. Hinzu kommt der Nachteil des ländlichen Raumes.

Im Landkreis, besonders im wirtschaftsstarken Norden fehlt es an bezahlbarem Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen. Zunehmend haben auch ältere Menschen Probleme, eine bezahlbare Wohnung zu finden.

Das Armutsrisiko Alleinerziehender hat zugenommen.

Fast jedes siebte Kind lebt von Hartz IV. Jedes zweite Kind im Hartz IV-Bezug lebt in einer Familie mit einem Elternteil. Damit einher geht Kinderarmut, die ganz wesentlich auf die Armut von Alleinerziehenden zurückzuführen ist. Diesen Kindern müssen gezielt Bildungs- und Teilhabechancen eröffnet werden.

In nahezu allen Kommunen des Landkreises fehlt ein ausreichendes Angebot an Kitaplätzen. Besonders benachteiligt sind Kinder im Vorschulalter.

Frauenwoche im Landkreis

Die 28. Brandenburgische Frauenwoche stand unter dem landesweiten Motto „Selber schuld“. Das provokante Motto rief zu einer (Selbst-) Reflexion auf. Es richtete sich gegen individualisierte Schuldzuweisungen und hinterfragt, woran es liegt, dass Frauen und Mädchen oftmals vorgeworfen wird, sie seien selbst an ihren Benachteiligungen schuld. Das Motto ermahnte zu mehr Bewusstsein für strukturelle Diskriminierungen, die oftmals Ungleichheiten wie Altersarmut und Lohnungleichheit mit sich bringen. Vom 5. bis zum 23. März wies eine Ausstellung darauf hin, dass in der DDR geschiedene Frauen bis zum heutigen Tag gegenüber in der BRD geschiedenen Frauen deutlich benachteiligt sind. Mit den Veranstaltungen konnten über 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erreicht werden.

Schwerpunkt: Bekämpfung häuslicher Gewalt

Die Bekämpfung häuslicher Gewalt ist und bleibt ein wichtiger Handlungsschwerpunkt in der Frauen- und Gleichstellungspolitik. Im Landkreis wird die Umsetzung dieses Verfassungsanspruchs durch die Zufluchts- und Beratungsstätten in Ludwigsfelde und Luckenwalde, in Trägerschaft des Ludwigsfelder Frauenstammtischs e. V., wahrgenommen. Der Trägerverein benötigt stärkere Unterstützung bei der Erfüllung seiner Aufgaben, insbesondere bei der Absicherung von Rufbereitschaften außerhalb der Dienstzeiten und am Wochenende.

In allen Gemeinden des Landkreises konnte die Arbeit der Frauenhäuser bekannt gemacht werden. Das Netzwerk Kinderschutz ist in die Arbeit eingebunden, ebenso die des ergänzenden Hilfesystems für Menschen, die von sexueller Gewalt im Kindesalter betroffen waren oder sind. Die Frauenhäuser betreuen und beraten seit vielen Jahren qualifiziert. Deshalb sind sie prädestinierte Anlaufstellen für Frauen in allen Fällen häuslicher Gewalt. Die Zusammenarbeit mit dem Fachverband Drogen- und Suchthilfe e. V. Berlin Brandenburg konnte vertieft werden.

Schwerpunkte der Arbeit sind:

- Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt, insbesondere der von Männern ausgeübten Gewalt
- psychosoziale und sozialpädagogische Beratung und Begleitung der Frauen während des Aufenthaltes
- Stärkung der Frauen zur Überwindung bzw. Bewältigung der gewaltgeprägten Lebenssituation
- Entwicklung und Vernetzung von Hilfsangeboten für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder
- Mitwirkung an der Verbesserung der Interventionen zur Beendigung der Gewalt und zur Sanktionierung gewalttätigen Handelns
- Opferschutz
- Kooperation mit staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen
- Sensibilisierung der Öffentlichkeit zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und Kinder
- Zusammenarbeit mit dem bundesweiten Hilfetelefon

Zunehmend gibt es Wartelisten für die vorhandenen Plätze in den Zufluchtsstätten. Durch die sehr gute Vernetzung der Anbieter aller Stätten im Land Brandenburg können ratsuchende Frauen auch ohne bzw. nach dem Aufenthalt in einer Zufluchtsstätte ambulante Beratungs- und Unterstützungsangebote in Anspruch nehmen.

Anlässlich des Aktionstages „Gegen Gewalt an Frauen“ führte die Beauftragte am 26. November gemeinsam mit dem Frauenpolitischen Rat, der Koordinierungsstelle Frauenhäuser und dem Frauenstammtisch in Ludwigsfelde eine Veranstaltung durch. Die in der Istanbul-Konvention verankerten Rechtsansprüche für Frauen und Kinder auf Gewaltschutz standen dabei im Mittelpunkt.

Integration

Im Jahr 2018 kamen erheblich weniger Asylsuchende als in den Vorjahren nach Teltow-Fläming. Immer spürbarer dagegen wird die Zuwanderung aus EU- bzw. Drittstaaten. Die Zahl der Ausländer (einschließlich Asylsuchende) ist seit 2008 von 2.460 Personen auf 8.914 (Ende 2018) gestiegen. Seit 2015 hat sich die Zahl der Zugewanderten verdoppelt. Die Hälfte aller Ausländer kommt aus EU-Ländern. Nahezu jede Gemeinde ist von Zuwanderung betroffen.

Größte Herausforderungen blieben u. a.:

- Vermittlung von bezahlbarem Wohnraum
- Integration in Arbeit – insbesondere von jugendlichen Migranten
- fehlende Kitaplätze bzw. Betreuung der Kinder während der Sprachkurse
- gezielte Arbeits- und Ausbildungsangebote (besonders für unbegleitete Minderjährige)
- passende Sprachkurssysteme
- fehlende Fachkräfte, z. B. zum Dolmetschen oder für sozialpädagogische Arbeit
- Mobilität im ländlichen Raum für Personen ohne eigenes Auto
- strukturierte Vor-Ort-Angebote

Eine der Hauptaufgaben der Beauftragten war es, zu informieren, zu beraten, Menschen in ihrem Engagement zu unterstützen und möglichst viele Personen miteinander zu vernetzen. Neben der Arbeit mit Ehrenamtlichen hatten die Information und der Austausch mit Zivilgesellschaft, Schule und Wirtschaft einen großen Stellenwert. Die gesamte Bandbreite der kreislichen Struktur war dabei einzubeziehen. Gemeinsam mit dem Jugendamt hat die Beauftragte ein Netzwerk aufgebaut, welches sich mit den Herausforderungen ausländischer Jugendlicher beim Übergang von der Schule in den Beruf befasste. Unter Einbeziehung bestehender Strukturen ist es gelungen, einen Handlungsleitfaden zu erarbeiten. Gemeinsam mit dem Netzwerk Integration/Migration konnte der Schwerpunkt auf Integration in Ausbildung und Arbeit gesetzt werden.

Gemeinsam mit der R+V-Raiffeisenbank und Akteuren aus der Stadt Luckenwalde und Jüterbog wurde zu Beginn des Jahres für geflüchtete Kinder und Jugendliche ein Kreativ- und Malwettbewerb ausgerufen.

Vom 20. Juni bis 31. Juli 2018 zeigte im Kreishaus die Ausstellung „Fremde im Land Brandenburg“ vom Landes- und Kreisverband Brandenburg/Potsdam/Potsdam-Mittelmark der Europa-Union Deutschland e. V., dass Zuwanderung im Land Brandenburg eine lange Geschichte hat. Im Rahmen dieser Ausstellung wurden zeitgleich die Ergebnisse des Kreativ- und Malwettbewerbes präsentiert. Die besten Exponate wurden öffentlich prämiert.

Einen besonderen Höhepunkt stellte die landesweite Konferenz für geflüchtete Frauen am 1. Dezember im Brandenburg-Saal der Staatskanzlei dar. Das Interesse war derart hoch, dass aufgrund der begrenzten Platzkapazitäten einigen Frauen abgesagt werden musste. Allein aus dem Landkreis Teltow-Fläming nahmen über 20 Frauen teil. Diese Konferenz wurde von einer Gruppe geflüchteter Frauen zusammen mit der Integrationsbeauftragten des Landes und der Landesgleichstellungsbeauftragten entwickelt und vorbereitet. Es nahmen ausschließlich Frauen daran teil. Neben den geflüchteten Frauen waren auch Expertinnen und Beraterinnen, Politikerinnen und Mitarbeiterinnen von Einrichtungen und Vereinen eingeladen, um die Stimme der geflüchteten Frauen zu hören und mit ihnen zu diskutieren.

Partnerschaften für Demokratie und Lokaler Aktionsplan

Die Zusammenarbeit mit dem Begleitausschuss und diversen Projektträgern im Büro für Chancengleichheit zwischen federführendem Amt, Fach- und Koordinierungsstelle und Sachbearbeiterin Haushalt entwickelte sich zunehmend konstruktiv und positiv.

10. Herbstkonferenz TF

Auf der 10. Demokratiekonferenz („10. Herbstkonferenz TF“) am 7. November wurden die Netzwerke und Kooperationen der vergangenen zehn Jahre auf einer großen Bodengrafik sichtbar und in ihrer beispielhaften Entwicklung erlebbar gemacht. Die jährliche Herbstkonferenz hat sich zu einer wertvollen Plattform der Vernetzung und des Austausches entwickelt. Teilnehmende Akteure und Interessierte verständigen sich zu aktuellen gesellschaftspolitischen Themen und Aufgaben. Es entwickeln sich weitere Handlungsstrategien.

Die Herbstkonferenzen bieten nicht nur einen Rückblick auf bisherige Entwicklungen, sondern sind gleichzeitig eine Plattform für weitere Ideen und Impulse.

Die 10. Herbstkonferenz fand während und in Kooperation mit der Wirtschaftswoche Teltow-Fläming statt. Zwischen neuen und bestehenden Partnern wurden Kontakte geknüpft und Kooperationen vereinbart und somit das Netzwerk erweitert. Hervorzuheben sind hier die Wirtschaftsförderung Brandenburg (Fachkräfte und Qualifizierung), Teilnehmer des Bundesprogramms „Willkommen bei Freunden“, Wirtschaftsjunoren Teltow-Fläming, Unternehmer und Bildungsträger.

Die Ergebnisse der 9. Herbstkonferenz Ende 2017 wurden schwerpunktmäßig 2018 in verschiedenen Bereichen umgesetzt. Als unmittelbare Konsequenz entstanden 2018 zwei selbstorganisierte Migrantenvereine. Diese werden zunehmend in unterschiedliche Gremien einbezogen.

Auf der 10. Herbstkonferenz zeigte sich zudem an der hohen Beteiligung von Mitarbeitern der Verwaltung und relevanten Institutionen, dass die Themen der Demokratiekonferenzen zunehmend Beachtung auf allen Ebenen finden.

Die folgende Tabelle zeigt ausgewählte Daten und Fakten der vergangenen zehn Jahre.

Tabelle 5: Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens im Landkreis Teltow-Fläming 2008 bis 2018 anhand ausgewählter Kriterien

Kriterium/Quelle	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Einwohner gesamt/ ¹	161.681	162.103	161.533	160.986	161.120	160.248	161.488	165.320	166.993	166.890	168.069
davon 0- bis 6-Jährige/1	9.134	9.184	9.224	9.169	9.189	9.390	9.631	9.828	10.182	8.680	k. A.
davon 55+-Jährige/1	52.515	53.654	54.867	55.781	56.949	58.142	59.595	61.026	62.621	83.959	k.A.
Anzahl der Nationen/ ²	100	100	100	100	102	103	104	110	110	120	120
Ausländer/2	2.460	2.516	2.445	2.952	3.924	3.956	4.744	6.561	7.200	7.800	8.706
Anteil EU-Bürger/2	k. A.	k. A.	k. A.	1.377	1.556	2.099	2.614	3.245	3.300	3.600	4.375
Anteil Geflüchtete, Asyl/2	188	164	180	193	219	288	497	1.800	1.050	948	931
Anzahl Kitaplätze/2	10.298	9.997	9.854	10.507	10.650	11.465	11.962	10.977	11.201	12.201	12.780
Anzahl Tagespflegeplätze 0 bis 3	k. A.	k. A.	418	435	434	422	405	392	375	375	375
offene Jugendarbeit (Jugendclubs)	k. A.	22 Stellen	32,5 Stellen	21,75 Stellen	20,5 Stellen	k. A.	27 Stellen	32 Stellen	32 Stellen	32 Stellen	16 Standorte
Sozialarbeit an Schulen	k. A.	10,5 Stellen		10,75 Stellen	11,5 Stellen	k. A.					34 Standorte
Jobcenter SGB-II-Bezug/ ³	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.		k. A.	4.090	3.852	3.086	2.587
Arbeitsuchende SGB-I-Bezug/1, 3	8.441	7.973	7.132	6.508	6.752	6.677	6.094	5.668	5.454	4.621	3.983
Pflegeplätze für Senioren/ ⁴	1.608	1.714	1.723	1.823	2.065	2.220	2.300	2.200	2.308	2.310	2.312

¹ 1: StatIS-BBB: <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/>² 2 Tätigkeitsberichte der Landrätin 2009 bis 2017 <http://www.teltow-flaeming.de/de/landkreis/kreisverwaltung/landrat/funktion.php>³ Agentur für Arbeit <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur/Brandenburg/Teltow-Flaeming-Nav.html>⁴ Sozialamt Teltow-Fläming <http://www.teltow-flaeming.de/de/legacy/verwaltungsstruktur.php?iddez=2&numamtartgb=50&numamtgebietgb=1>

Welcoming Communities Transatlantic Exchange (WCTE)

Der Landkreis bewarb sich erfolgreich für die Teilnahme am Austauschprogramm Welcoming Communities Transatlantic Exchange (WCTE) mit den USA. Das Austauschprogramm für Integrationspraktiker/-innen aus Deutschland und den USA hat das Ziel, „Best Practices“ in der kommunalen Integration von Geflüchteten und Migrant/innen auf beiden Seiten des Atlantiks zu identifizieren und in der eigenen Region umzusetzen.

Jede Community stellte dafür eine Querschnittsdelegation aus fünf Personen zusammen, die für verschiedene Bereiche der kommunalen Integration zuständig sind. (z. B. Kreis- und Stadtverwaltung, Bildung, Zivilgesellschaft, usw.). Die Delegation aus TF bestand aus

- Christiane Witt, Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte
- Annette Braemer-Wittke, Koordinierungs- und Fachstelle „Demokratie leben“ DEMOS e. V.
- Mechthild Falk, Pfarrerin und Flüchtlingshelferin Jüterbog, ev. Kirche
- Peter Limpächer, Jobcenter TF/ Bundesagentur A TF
- Gerd Herpay, Jugendamt TF, Teamleiter Betreuung unbegleiteter minderjähriger Ausländer

Die Gruppe nahm vom 28. April bis zum 10. Mai 2018 am Austauschprogramm in den USA teil. In der Zeit vom 9. bis 11. November 2018 besuchten die US-Teilnehmer auch den Landkreis Teltow-Fläming.

Etwa 40 Integrationspraktiker/-innen und Fachleute aus den Vereinigten Staaten und Deutschland kamen zusammen, um über erfolgreiche Maßnahmen in der Integration von Migrantinnen und Migranten und Geflüchteten auf der lokalen Ebene zu diskutieren und voneinander zu lernen. Das Programm „Welcoming Communities Transatlantic Exchange“ fand 2018 zum dritten Mal statt.

Die daraus entstandene vierteilige Dokumentation befindet sich auf der Internetseite des LAP/Partnerschaft für Demokratie Teltow-Fläming. Sie kann unter dem folgenden Link eingesehen werden: <http://www.lap-teltow-flaeming.de/index.php/reader-52/wcte-besuch.html>. Die Erkenntnisse aus diesem Austausch führten u. a. zu einer Kooperation mit der Bertelsmann-Stiftung.

Bürgerumfrage

Darüber hinaus wurde der Dialog zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft durch eine Bedarfsanalyse erweitert. Es wird in einer Machbarkeitsstudie untersucht, wie eine erweiterte und veränderte Nutzung der Fahrbibliothek des Landkreises Teltow-Fläming zu mehr Bürgernähe und Bürgerdialog beitragen kann. Ende 2018 begann eine öffentliche und anonyme Umfrage unter den Einwohnern und Einwohnerinnen Teltow-Flämings. Die Ergebnisse der Studie werden der Verwaltungsleitung sowie dem Kreistag zur Verfügung gestellt.

Tag der Toleranz

Der Tag der Toleranz 2018 fand in Kooperation mit dem Brückenfest Ludwigsfelde statt. Staatssekretär Martin Gorholt, der von der Partnerschaft für Demokratie eingeladen worden war, sprach ein Grußwort. Durch die Anbindung an das Brückenfest erreichte die Partnerschaft für Demokratie TF ca. 1.500 Besucher/-innen und neue Zielgruppen. Das geplante Ziel von 250 erreichten Personen wurde so um ein Sechsfaches übertroffen.

Politischer Landsalon

Das neue partizipative Format "Politischer Landsalon" wurde 2018 als Kooperation mit dem Jugendforum eingeführt. Er fand an unterschiedlichen Orten im Landkreis statt und schuf damit einen weiteren Rahmen für Gespräche. Ziel war es, den politischen Dialog zwischen den Generationen im Landkreis zu fördern. Als Beispiel dafür sei ein politischer Landsalon/Workshop für Jugendliche zum Thema Antisemitismus am 30. November mit dem Regisseur Elkan Spiller in Luckenwalde und Rangsdorf (außerschulischer Workshop für Jugendliche am Fontane Gymnasium) erwähnt.

Eine Weiterführung des „Politischen Landsalons“ ist für 2019 geplant.

Weitere Aktivitäten im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben“

Die Mittlerziele bei der Umsetzung des Bundesprogramms 2018 waren:

1. qualitativ bessere Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Rechtspopulismus
2. Verstärkung der Gewaltprävention
3. Weiterentwicklung von demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten
4. Verbesserung der Integration und des demokratischen Zusammenlebens

Aus dem Aktions- und Initiativfonds wurden insgesamt 14 Projekte realisiert, die Hälfte davon im ländlichen Raum. Elf Projekte waren für die Zielgruppe Kinder und Jugendliche.

Ein breites Publikum wurde zusätzlich durch Beiträge auf der Internetseite und im Newsletter über gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und erprobte Gegenmaßnahmen erreicht.

Der Begleitausschuss unternahm eine Bildungsfahrt in die Sonderausstellung Rassismus im Deutschen Hygiene-Museum Dresden.

Drei partizipative Theaterprojekte an Grund- und Oberschulen setzten sich mit den Themen Mobbing und Gewalt auseinander. Antirassistische Bildungsarbeit wurde beispielsweise durch das Format „Instant-Acts“ von Interkunst e. V. in Kooperation mit der Baruther Oberschule vermittelt. Zwei Projekte für Kinder und Jugendliche im Themenfeld Medienkompetenz befassten sich mit Mobbing im Netz, Manipulation durch Medien und Gewaltprävention.

Fünf Projekte boten Beteiligungsmöglichkeiten bei einem Graffitiworkshop für Jugendliche, gemeinsamem Musizieren sowie Sport und Selbstverteidigung für Mädchen.

Die Satzungen der neu gegründeten selbstorganisierten Migrantenvereine sehen muttersprachliche Demokratieschulungen vor. Die Partnerschaft für Demokratie TF, das Mobile Beratungsteam sowie die Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie, Brandenburg (Fachstelle Islam) unterstützen diese Prozesse.

Statistik

Tabelle 6 - Aktions- und Initiativfonds

Fonds	Plan/Euro	Ist/Euro
Jugendfonds: Plan	7.000,00	7.000,00
Öffentlichkeitsarbeit: Plan	10.000,00	10.056,30
Fach- und Koordinierungsstelle (DEMOS):	45.000,00	45.000,00
MBS	40.000	38.638,34

Tabelle 7 - Bundesprogramm Demokratie leben - Projekte 2018

Projekt	Antragsteller	Projektbezeichnung	PK	Zeitraum	Bewilligung/Euro	Auszahlung/Euro
A0170-002/2018	KinoKultur Bl.-Mahlow	Filmprojekt	1/4438	31.01.-15.10.2018	2.000,00	2.000,00
A0170-003/2018	Kulturkraftwerk Zossen	Theaterprojekt	1/3692	01.02.-31.07.2018	3.921,24	3.921,24
A0170-004/2018	GAG Klausdorf	Internat. Kindertag	1/611	19.04.-15.06.2018	500,00	500,00
A0170-005/2018	Jazz und Mehr e. V.	Umrangiert	1/5378	01.05.-30.09.2018	2.500,00	2.500,00
A0170-006/2018	Ev. Kirchengemeinde	Interkultureller Treff	1/5410	01.03.-31.12.2018	2.500,00	2.500,00
A0170-007/2018	Interkunst	Instant acts 2018	1/2203	01.05.-31.12.2018	4.800,00	4.800,00
A0170-008/2018	DRK Kreisverband	Mit der Spraydose...	1/1838	01.06.-31.12.2018	4.550,00	4.550,00
A0170-010/2018	Volkssolidarität TF	WIR	1/4313	01.06.-31.12.2018	6.044,93	6.044,93
A0170-011/2018	Diakonisches Werk	meindeinunserleben	1/1486	01.06.-31.12.2018	4.145,00	4.145,00
A0170-012/2018	Förderver. GS Stülpe	Die Welt ist bunt...	1/3887	01.05.-31.07.2018	2.500,00	2.071,87
A0170-013/2018	Museumsver. Glashütte	Theaterprojekt	1/2467	01.05.-31.10.2018	2.300,00	2.300,00
A0170-014/2018	Freu. u. För. Baruth	Shine on	1/5273	20.06.-31.12.2018	1.250,00	1.250,00
A0170-015/2018	Schlaglicht e. V.	Meine Meinung, deine Meinung	1/5529	01.08.-31.12.2018	5.390,00	5.390,00
A0170-016/2018	Die Falken	Power Raum, Power Leben	1/4633	01.10.-31.12.2018	1.600,00	1.600,00
<i>gesamt</i>					<i>44.001,17</i>	<i>43.573,04</i>

Behinderten- und Seniorenbeauftragte

Daten und Fakten

Im Landkreis leben ca. 37.000 Menschen, die 65 Jahre alt oder älter sind. Der Anteil der Seniorinnen und Senioren an der Bevölkerung liegt damit bei 23 Prozent, Tendenz steigend. 2005 lag dieser Anteil noch bei 19 Prozent. Von der Alterung der Gesellschaft ist besonders der ländliche Bereich betroffen. Dahme/Mark und Jüterbog waren 2018 die „ältesten“ Kommunen.

Die Anzahl der Personen im berufsfähigen Alter wird in Teltow-Fläming bis 2020 um etwa neun Prozent zurückgehen und bis 2030 um insgesamt ein Viertel sinken. Die Zahl der Seniorinnen und Senioren über 65 Jahre wird bis 2030 mit 57 Prozent um mehr als die Hälfte zunehmen. Momentan leben in unserem Landkreis ca. 6.700 Menschen, die pflegebedürftig sind. Zwei Drittel davon werden zuhause gepflegt.

Mehr als 28.000 Menschen im Landkreis Teltow-Fläming leben mit einer Behinderung (Grad der Behinderung ab 30).

Gesetzliche Grundlage

Vor dem Hintergrund des oben genannten demografischen Wandels haben das Land Brandenburg in seiner Kommunalverfassung (§ 19 BbgKVerf) und der Landkreis Teltow-Fläming in seiner Hauptsatzung (§ 13) festgelegt, die Bevölkerungsgruppe der älteren Menschen stärker in die politischen Entscheidungen mit einzubeziehen. Dazu benennt der Kreistag eine/einen Beauftragten zur Integration behinderter Menschen und zur Vertretung der Interessen der Seniorinnen und Senioren.

Ansprechpartner für Menschen mit Behinderungen, Seniorinnen und Senioren

Als allgemeine Anlaufstelle für Menschen mit Behinderungen werden hier individuelle Bedarfe ermittelt und entsprechende Unterstützungs- und Hilfeangebote zusammengestellt. Die häufigsten Anfragen gab es zu folgenden Leistungen und Themen:

- Ermittlung und Feststellung des Grades der Schwerbehinderung einschließlich Widerspruchsverfahren
- Umbau- und Fördermöglichkeiten zum barrierefreien Wohnraum; Beratung zur Finanzierung von notwendigen Umbaumaßnahmen (Pflegekasse, ILB, KfW, Sozialamt); DIN-Vorschriften zum barrierefreien Ausbau/Umbau
- Personenbeförderung in Ortsteilen und im ländlichen Raum
- Individualverkehr zu Fachärzten, Selbsthilfegruppen, Behördengängen: schlechte Verfügbarkeit von Behindertenfahrdiensten, Taxen oder Mietwagen
- (Wieder-)Eingliederung in eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt
- Unterstützung für pflegende Angehörige
- Suche nach angemessenem barrierefreien Wohnraum und Kostenübernahme durch den Sozialhilfeträger

Stellungnahmen zum barrierefreien Bauen nach § 50 Brandenburgische Bauordnung

Die Behinderten- und Seniorenbeauftragte wird von den zuständigen Fachämtern Kreisentwicklung und technische Bauaufsicht in die barrierefreie Gestaltung öffentlicher Verkehrsräume, der baulichen Ausstattung öffentlich zugänglicher Gebäude und Wohnungen einbezogen und um eine schriftliche Stellungnahme gebeten. Bauherren, Planer und Kommunen nutzen auch außerhalb eines genehmigungspflichtigen Verfahrens den fachlichen Austausch. Schwerpunktthemen sind Wege- und Leitsysteme für Blinde und Sehbehinderte (z. B. an Bushaltestellen und Straßenquerungen) sowie eine rollstuhlgerechte Gestaltung von öffentlichen Einrichtungen und Wohnungen. Insgesamt wurden 63 Stellungnahmen zu genehmigungspflichtigen Verfahren zugearbeitet.

Um das Wissen zum Thema barrierefreien Bauen zu aktualisieren, wurde eine eintägige Fortbildung besucht und regelmäßig Fachliteratur durchgearbeitet.

Organisation und Durchführung von Veranstaltungen***25. Brandenburgische Seniorenwoche***

Die Auftaktveranstaltung des Landkreises Teltow-Fläming zur 25. Brandenburgischen Seniorenwoche fand am 11. Juni 2018 in Luckenwalde statt. Sie stand unter dem Motto „Ein Vierteljahrhundert aktiv und mitbestimmend“. Hier wurden auch in diesem Jahr besonders engagierte Seniorinnen und Senioren für ihre herausragenden Leistungen geehrt. Gleichzeitig wurde der Startschuss für weitere Aktionen und Veranstaltungen in den Städten und Gemeinden gegeben u. a. ein Konzert des Landespolizeiorchesters.

18. Behinderten- und Skaterfest

Das Behinderten- und Skaterfest fand am 2. September zum 18. Mal statt. Als Ehrengast konnte Dr. Ilja Seifert begrüßt werden. Er ist Vorsitzender des Allgemeinen Behindertenverbandes in Deutschland – für Selbstbestimmung und Würde e. V. Die ca. 350 Gäste des Behinderten- und Skaterfestes erlebten ein abwechslungsreiches Bühnenprogramm, nahmen an der Denk- und Sportolympiade teil oder genossen das gemütliche Beisammensein. Eine Besonderheit war in diesem Jahr der Einsatz eines Gebärdendolmetschers, der ebenfalls zur Tradition werden soll.

Das Behinderten- und Skaterfest wird gemeinsam durchgeführt mit den Wohlfahrtsverbänden (DRK, VS, AWO, Diakonie) und deren Einrichtungen, den Wünsdorfer Werkstätten, den regionalen Behindertenverbänden, den Mitgliedern des Senioren- und Behindertenbeirats Luckenwalde, der Stadt Luckenwalde und der Gemeinde Nuthe-Urstromtal.

10. Dialogforum zu den Seniorenpolitischen Leitlinien

2018 fand das Dialogforum zu den Seniorenpolitischen Leitlinien zum 10. Mal statt. Zum diesjährigen Themenschwerpunkt „Gesundheit und Pflege“ standen die Themen Entlassungsmanagement, Ernährung im Alter, alltagsunterstützende Angebote und das Ehrenamt im Mittelpunkt der Veranstaltung.

Am 14. Juli 2008 verabschiedete der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming erstmals Seniorenpolitische Leitlinien. Aktualisierungen der Leitlinien wurden vom Kreistag 2010 und 2015 verabschiedet. Mit ihnen soll auf die demographische Entwicklung im Landkreis reagiert werden. Der Landkreis selbst, der Kreissenorenbeirat, die Städte und Gemeinden sowie alle auf sozialem Gebiet tätigen Träger sind bei der Gestaltung einer einheitlichen Qualität der Seniorenpolitik gefragt und gefordert. Die Leitlinien sind speziell auf den Landkreis Teltow-Fläming abgestimmt und im breiten Dialog entstanden.

Weitere Tätigkeiten

In folgenden Netzwerken, Arbeitskreisen und Beiräten arbeitet die Behinderten- und Seniorenbeauftragte mit und steht hier als Ansprechpartnerin zum Thema Menschen mit Behinderungen und Senioren zur Verfügung:

- Kreissenorenbeirat Teltow-Fläming
- Nahverkehrsbeirat
- Netzwerk Demenz TF
- AG Migration
- „Netzwerk Gesundheitsdienstleister - barrierefreies Bauen“ der Kreishandwerkerschaft TF

Aufgabenkreis Flüchtlinge

2018 ging es vorrangig um den Umzug von anerkannten Flüchtlingen in Wohnungen. Hier unterstützte der Flüchtlingskoordinator bei der Wohnungssuche, wirkte mit bei Erstgesprächen mit Vermietern und unterstützte bei der Beschaffung der Erstausrüstung beim Wohnungsbezug. Über 200 Personen konnten so aus den Gemeinschaftsunterkünften in eine eigene Wohnung wechseln.

Der Flüchtlingskoordinator fungierte 2018 weiterhin als Schnittstelle zwischen den einzelnen Ämtern des Landkreises. So nahm er an Ortsbegehungen in Übergangwohnheimen nach Beschwerden teil und vermittelte bei spezifischen Problemen in den Lebensumständen geflüchteter Personen. Weiterhin war der Flüchtlingskoordinator ein Ansprechpartner für das ehrenamtliche Engagement.

Der Flüchtlingskoordinator leitete die monatlich stattfindende AG Migration und übernahm deren Vor- und Nachbereitung.

Um den sich kontinuierlich ändernden Rechtsvorschriften in der Flüchtlingsarbeit gerecht zu werden, besuchte der Flüchtlingskoordinator eine Vielzahl von Fachtagungen. Darüber hinaus war er als aktiver Netzwerkpartner in verschiedenen Gremien tätig und besuchte in dem Zusammenhang mehrere Netzwerktreffen und Tagungen.

Auf der Internetseite des Landkreises werden die Bürger umfassend zum Thema Asyl informiert. Hier werden Zahlen, Fakten und wichtige Informationen gegeben. Der Flüchtlingskoordinator aktualisiert vorhandene Daten, um eine größtmögliche Transparenz bezüglich der Flüchtlingsarbeit des Landkreises zu gewährleisten.

Für die Förderanträge aus MBS-Mitteln für integrative Maßnahmen für Flüchtlinge nahm der Flüchtlingskoordinator Votierungen der Anträge entsprechend den gesetzlichen Grundlagen vor. Gleichzeitig wurden die Auszahlung der Zuweisungen angewiesen und die Verwendungsnachweise der Projektträger überwacht.

Anfang des Jahres 2018 übernahm der Flüchtlingskoordinator ein Mandat für den Personalrat. Dadurch ist er mit 20 Prozent von seinen ursprünglichen Arbeitsaufgaben für die Personalratsarbeit freigestellt.

Sachbearbeitung LAP/MBS-Gewinnausschüttung

Organisatorisch wurde die Stelle Sachbearbeitung LAP/MBS-Gewinnausschüttung am 1. August 2018 in das Büro für Chancengleichheit und Integration neu zugeordnet und direkt der Landrätin unterstellt.

Zudem hat der Flüchtlingskoordinator seit 2018 die Produktverantwortung für die kompletten MBS-Ausschüttungsmittel inne.

Teilbereich LAP

Im Jahr 2018 wurden neben der normalen Sachbearbeitung einheitliche Vorlagen und verbindliche Verfahrensabsprachen für die Bearbeitung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ erarbeitet.

Teilbereich MBS-Gewinnausschüttung

Die Erstellung einer Datenbank sowie die Überarbeitung der bestehenden MBS-Richtlinie prägten das Jahr 2018. Des Weiteren wurden zwei Kreistagsvorlagen (5-3509/18-I und 5-3672/18-LR) mit einer Förderempfehlung von insgesamt 707.218,90 Euro erstellt.

Tabelle 8 - MBS-Ausschüttungsmittel

Antragsteller	Bezeichnung des Projekts	Förderbereich	Zuwendung
Kreisverwaltung TF, Dez. III	Schulprojekt Energiesparen	Umwelt	9.960,00 €
SC Mega Sport e. V.	Bau einer 3 Feld-Tennisanlage mit Clubhaus	Sport	20.000,00 €
Nachbarschaftsheim Jüterbog e. V.	"SELBSTHILFE kann Brücken bauen – Generationen miteinander"	Soziales, Jugend, Familie	4.500,00 €
VorOrtung e. V.	Feierabend- eine Geschichte der Arbeit in Ludwigsfelde (Theaterprojekt)	Kultur	7.350,00 €
Verein zur Förderung des Friedrich-Gymnasiums	Restaurierung und Aufbau des Foucault'schen Pendels im Friedrich Gymnasium	Bildung	7.500,00 €
Institut zur Entwicklung des ländlichen Kulturrums e. V.	Kostboten, oder Leben geht durch den Magen -3 Veranstaltungsformate zum nachhaltigen Umgang mit Essbarem	Kultur	2.000,00 €
Ruhlsdorfer Ballspielclub 1923 e. V.	Renovation Hauptrasenplatz, Anschaffung Rasentraktor	Sport	20.000,00 €
SV Siethen e. V.	4. Integrationssportfest des SV Siethen	Sport	800,00 €
Borussia Lüdersdorf 1910 e. V.	12. Albert-Wuthe-Gedenklauf	Sport	450,00 €
Sozialmanagement im Land Brandenburg e. V.	Fortsetzung des Modellprojekts Zugang zum Wohnungsmarkt für Flüchtlinge	Integration von Flüchtlingen	17.000,00 €
dPV Regionalgruppe Ludwigsfelde	Mobilität einzelner Gruppenmitglieder zu den Gruppentreffen (Parkinson)	Soziales, Jugend, Familie	3.000,00 €
SG-Stern e. V. Luckenwalde	15. Neujahrsturnier	Sport	1.350,00 €
FSV 63 Luckenwalde e. V.	Nachwuchsarbeit im Fußballkindergarten	Sport	6.400,00 €
Blankenfelder Bogenschützen 08 e. V.	Bau einer witterungsunabhängigen, beheizbaren Einhausung	Sport	5.450,00 €
Petkuser Sportverein e. V.	Errichtung einer Umzäunung für den Sportplatz	Sport	14.000,00 €
SHG Luckenwalde	Dampferfahrt der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft Potsdam	Soziales, Jugend, Familie	1.260,00 €
SV Flaeming-Skate e. V.	7. Flaeming-Skate-Junior-Cup	Sport	2.800,00 €

Antragsteller	Bezeichnung des Projekts	Förderbereich	Zuwendung
Förderverein für Bildung und Erziehung Niedergörsdorf e. V.	"Altes Lager weltweit VERSTANDen"	Kultur	1.500,00 €
Kreismedienzentrum	Ergänzung des Bestandes audiodigitaler Medien, einzelner Bestandsgruppen, sowie Erstellung von Werbematerialien	Bildung	10.000,00 €
Kreishandwerkerschaft Teltow-Fläming	Handwerkliche Arbeitsgemeinschaften für Kinder und Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund	Soziales, Jugend, Familie	35.670,00 €
Kath. Kirchengemeinde St. Nikolaus	2. Bauabschnitt: Sanierung der Kath. Kirche St. Joseph Trebbin	Denkmalpflege	10.000,00 €
Ev. Kirchengemeinde St. Nikolai	2. Bauabschnitt: Sanierung historisches Mischmauerwerk der Friedhofsmauer am Liebfrauenfriedhof in Jüterbog	Denkmalpflege	10.000,00 €
Ev. Kirchengemeinde St. Nikolai	Denkmalgerechte Restaurierung der Rühlmann Orgel	Denkmalpflege	11.000,00 €
Gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Klausdorf	Grüne Begegnungsstätte	Integration von Flüchtlingen	19.756,24 €
Gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Klausdorf	Flüchtlingshilfe Teltow-Fläming (Hotline und Kleiderbörse)	Integration von Flüchtlingen	18.330,86 €
Blankenseer Dorfgemeinschaft e. V.	ARCHIV ERZÄHLTE GESCHICHTE im Bauernmuseum Blankensee	Kultur	5.500,00 €
Förderverein Historisch-Technisches Museum Kummersdorf e. V.	Herrichtung des Ausstellungsortes für die Deutsch-Französische Gemeinschaftsausstellung "Kriege, Wissenschaft und Technologien" von 1914 bis 1945	Denkmalpflege	10.000,00 €
Ev. Kirchengemeinde Kemnitz	2. Bauabschnitt: Turmsanierung Dorfkirche Kemnitz	Denkmalpflege	17.000,00 €
Kreisverwaltung TF, Öffentlichkeitsarbeit	Unterstützung eines pädagogischen Malbuches für Kinder	Bildung	237,00 €
Dorfgemeinschaft Werder e. V.	Kinderspielplatz auf dem Dorfanger Werder	Soziales, Jugend, Familie	20.000,00 €
SSV Jüterbog 1990 e. V.	Durchführung des Spitzbubenlaufs	Sport	700,00 €
RSV Mellensee 08	Anschaffung eines Rasenmähers	Sport	9.250,00 €

Antragsteller	Bezeichnung des Projekts	Förderbereich	Zuwendung
Tennisclub Jüterbog e. V.	Kauf von Trainingsequipment zur Förderung und Ausbau des Kinder- und Jugendtrainings	Sport	1.500,00 €
Landschaftspflegeverein Mittelbrandenburg e. V.	Gelebte Alltagskultur mit Geflüchteten im Natursportpark und Umgebung	Integration von Flüchtlingen	2.503,80 €
Volkshochschule Teltow-Fläming	Offenes Weiterbildungsangebot zur gesellschaftlich-kulturellen, gesundheitlichen und beruflichen Bildung - "Integration Plus"	Integration von Flüchtlingen	24.500,00 €
Gemeinschaftswerk Niedergörsdorf e. V.	Unterstützung von Sprachmittlung und Möbeltransporte für Flüchtlinge und Asylsuchende	Integration von Flüchtlingen	7.000,00 €
Diakonisches Werk Teltow-Fläming e. V.	Ausstattung MGH "Altes Haus" in Zossen	Soziales, Jugend, Familie	3.370,00 €
SPAS e. V.	"Begegnungsstätte SPAS-CAFÉ"	Soziales, Jugend, Familie	1.960,00 €
Kulturforum Ludwigsfelde e. V.	Interkulturelles Brückenfest 2018	Kultur	10.000,00 €
Kultur pflanzen e. V.	"Kulturblütenfestival" in Wahlsdorf	Kultur	5.000,00 €
GEDOK Brandenburg e. V.	"Das andere Kapital", 20 Jahre Galerie KUNSTFLÜGEL	Kultur	7.000,00 €
DRK-Kreisverband Fläming-Spreewald e. V.	Unterstützung der Kleiderkammern	Soziales, Jugend, Familie	7.700,00 €
Förderverein der Kastanienschule Jüterbog e. V.	Inklusive Schreibwerkstatt	Soziales, Jugend, Familie	635,00 €
Förderverein Jakobikirche e. V.	Restaurierung/Wiederherstellung Rundbogenfenster S VI (Fenstergruppe Empore SW)	Denkmalpflege	13.500,00 €
SSC Ludwigsfelde e. V.	Anschaffung Wettkampfkleidung für Kinder und Erwachsene	Sport	1.400,00 €
Kreisverwaltung TF, Büro f. Chancengleichheit und Integration	Unterstützung der Kleiderkammer der Initiative "Menschlich am Mellensee"	Integration von Flüchtlingen	5.000,00 €
KommMit e. V.	Traumatisierte Flüchtlingskinder	Integration von Flüchtlingen	20.650,00 €

Antragsteller	Bezeichnung des Projekts	Förderbereich	Zuwendung
Förderverein der Geschwister-Scholl-Grundschule Jüterbog	Sitzgruppe für die grüne Oase	Soziales, Jugend, Familie	3.000,00 €
Luckenwalder Sportfuchse e. V.	Transport zum Behindertensport in die Fläminghalle LUK	Sport	1.525,00 €
Stiftung Genshagen	Sanierung des Souterrains und der Terrassen- und Treppenanlagen des Schlosses	Denkmalpflege	7.500,00 €
Ev.Kirchengemeinde St. Nikolai	Hüllensanierung St. Nikolai, Jüterbog, 1. Bauabschnitt	Denkmalpflege	14.000,00 €
Förderverein Dorfkirche Mellnsdorf e. V.	Sommerkonzert 2018 (Benefizveranstaltung)	Kultur	600,00 €
Förderverein Historisch-Technisches Museum Kummersdorf e. V.	Deutsch-Französische Gemeinschaftsausstellung "Kriege, Wissenschaft und Technologien" von 1914 bis 1945	Bildung	15.000,00 €
Ludwigsfelder Frauenstammtisch e. V.	Kinderbetreuung für von Gewalt betroffene Kinder im Frauenhaus Luckenwalde	Soziales, Jugend, Familie	20.000,00 €
BSC Preußen 07 Blankenfelde Mahlow e. V.	Bau von zwei überdachten Spielerbänken (Dugouts) auf vorhandenem Baseballfeld	Sport	12.250,00 €
KC Fortschritt Luckenwalde e. V.	Wettkampf eines Kinder- und Jugendturniers	Sport	180,00 €
Kreissportbund Teltow-Fläming e. V.	Entwicklung Sportstättenatlas für Teltow-Fläming	Sport	3.500,00 €
TSV Empor Dahme e. V.	2. Sportfest der Generationen	Sport	2.000,00 €
Reit- und Fahrverein "Dahmer Land" e. V.	22. Reitertag des Reit- und Fahrverein "Dahmer Land" e. V.	Sport	400,00 €
Ev. Kirchengemeinde Dahme	Sanierung des Westgiebels bei der Dorfkirche Bollensdorf	Denkmalpflege	17.500,00 €
Arbeitslosenverband Deutschland, LV BRB e. V.	Anschaffung eines Kühlfahrzeuges für die Tafel in Luckenwalde	Soziales, Jugend, Familie	16.870,00 €
Verband der Feuerwehren des Landkreises Teltow-Fläming e. V.	Durchführung des Kreisjugendlagers der Kreisjugendfeuerwehr 2018	Soziales, Jugend, Familie	6.000,00 €
Diakonisches Werk Teltow-Fläming e. V.	Erweiterung des Sozialatlases durch Erfassung der Selbsthilfegruppe und der gesundheitsrelevanten Angebote	Soziales, Jugend, Familie	6.000,00 €
Ev. Kirchengemeinde Christinendorf	Sanierung des Turminnenraums (Gruft) der Dorfkirche Märkisch Wilmersdorf	Denkmalpflege	11.750,00 €

Antragsteller	Bezeichnung des Projekts	Förderbereich	Zuwendung
Gymnastik und Aerobic Verein Mahlow e. V.	Kauf eines Aerobicbodens	Sport	13.800,00 €
SJD - Die Falken Landesverband Brandenburg	Kinderzeltlager mit jungen Geflüchteten	Soziales, Jugend, Familie	2.640,00 €
Förderverein der Kastanienschule Jüterbog e. V.	Inklusiver Schreibworkshop mit Birte Müller	Bildung	430,00 €
Kreisverwaltung TF, Öffentlichkeitsarbeit	Broschüre 25 Jahre Landkreis TF	Bildung/Kultur	14.000,00 €
Heimatverein Jüterboger Land e. V.	Jüterboger Fürstentag 2018 anlässlich der 470jährigen Wiederkehr des Theologentages zu Jüterbog 1548	Kultur	7.000,00 €
TSV Empor Dahme e. V.	Grundausstattung für Schwimmunterricht	Sport	500,00 €
DRK-Kreisverband Fläming-Spreewald e. V.	Unterstützung der Kleiderkammern	Soziales, Jugend, Familie	5.000,00 €
Reitverein Wahlsdorf e. V.	Fahr- und Vielseitigkeitsturnier mit Landesmeisterschaften Zweispänner und Kreismeisterschaften Vielseitigkeit	Sport	2.000,00 €
Leichtathletik-Club e. V. Jüterbog	14. Fläminglauf/Fläminggehen	Sport	350,00 €
Panda Dojang e. V.	Kinder- und Jugendturnier Panda Pokal 2018	Sport	500,00 €
Kreismusikschule Teltow-Fläming	Reparatur eines Flügels der Kreismusikschule in Luckenwalde	Kultur	2.439,50 €
Kreisverwaltung TF, Umweltamt	Pflege und Unterhaltung des Boden-Geo-Pfades	Umwelt	2.500,00 €
Kreisverwaltung TF, Büro der Landrätin	Landesbus zum BRANDENBURG-TAG 2018	Kultur	2.975,00 €
Volkshochschule Teltow-Fläming	Lernort Atelier der VHS Teltow-Fläming	Kultur	6.144,00 €
Volkshochschule Teltow-Fläming	Gesellschaftliche Teilhabe im Alter	Senioren	1.200,00 €
Kath. Kirchengemeinde St. Nikolaus	Sanierung der Kath. Kirche St. Joseph Trebbin/Putzarbeiten	Denkmalpflege	10.000,00 €
Historisches Dorf Dahlewitz e. V.	Aufstellung des Kunstobjektes "Zwischen Vergangenheit und Zukunft" gefertigt aus der Bahnhofseiche Dahlewitz	Kultur	3.000,00 €

Antragsteller	Bezeichnung des Projekts	Förderbereich	Zuwendung
Gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Klausdorf	Keine Schule, aber trotzdem was gelernt	Soziales, Jugend, Familie	3.000,00 €
Arbeitslosenverband Deutschland, LV BRB e. V.	Mitarbeiter Integration in den Projekten der Einrichtungen Jüterbog und Luckenwalde ALV - LV Brandenburg e. V.	Integration von Flüchtlingen	20.800,00 €
Volkshochschule Teltow-Fläming	Digitale Weiterbildung und Medienkompetenz	Bildung	1.550,00 €
Unser Wiepersdorf e. V.	Seniorenarbeit in der Gemeinde Niederer Fläming und der Erneuerung/Erhaltung von Einrichtungen	Senioren	1.600,00 €
Theater 89 gGmbH	10 Schülervorstellungen JUGEND OHNE GOTT Ödön von Horváth	Kultur	8.000,00 €
Museumsverein Glashütte e. V.	Pflege von Industriekultur (Bergmannsweihnacht)	Kultur	5.300,00 €
Haus der Kulturen der Welten Fläming e. V.	2. Luckenwalder Filmfestival des Fahrrads	Kultur	8.000,00 €
SSC Ludwigsfelde e. V.	Ergänzung der Sportgeräte in den Kindersportgruppen	Sport	115,00 €
Volkshochschule Teltow-Fläming	"Schritt für Schritt zum Spracherwerb" - Vermittlung von alltagsrelevanten Deutschkenntnissen	Bildung	20.200,00 €
Kreismedienzentrum	Erweiterung Bestandsaufbau neuer physischer und digitaler Medien. Projekt Music-Streaming und Moderationen beim Kinderfilmfest	Bildung	20.000,00 €
Nachbarschaftsheim Jüterbog e. V.	Seniorenwerkstatt – Dialog der Generationen – kann Brücken bauen	Senioren	3.200,00 €
Kreisverwaltung TF, Umweltamt	Pflege- und Unterhaltung des Boden-Geo-Pfades in den Sperenberger Gipsbrüchen und Klausdorfer Tongruben	Umwelt	6.000,00 €
Kreisverwaltung TF, Büro f. Chancengleichheit und Integration	MBS-Mittel zum Bundesprogramm "Partnerschaft für Demokratie leben!"	LAP	50.000,00 €
Kreisverwaltung TF	MBS-Mittel zum Landesprogramm Errichtung eines datenbasierten, kommunalen Bildungsmanagements	Bildung	22.520,00 €
	<i>gesamt</i>		797.321,40 €

Behördlicher Datenschutzbeauftragter

Das Jahr 2018 ist hinsichtlich des Datenschutzes geprägt vom 25. Mai 2018. An diesem Tag erlangte die bereits 2016 in Kraft getretene EU-Verordnung zum Datenschutz allgemeine Gültigkeit. Der Datenschutzbeauftragte hatte im Dezember 2017 eine für alle Beschäftigten offene Arbeitsrunde zu den neuen Pflichten nach der DSGVO eingeführt. Diese wurde auch im Jahr 2018 soweit möglich wöchentlich angeboten.

Darüber hinaus nahm der Landkreis ein Schulungsangebot der Landesbeauftragten für den Datenschutz und das Recht auf Akteneinsicht (LDA) wahr. Zwei Beschäftigte der LDA haben vor den Kolleginnen und Kollegen, die ein Dezernat, ein Amt oder ein Sachgebiet leiten, zur Einführung der DSGVO referiert. An dieser Veranstaltung haben auch Amtsleiterinnen und Amtsleiter des Nachbarlandkreises Dahme-Spreewald teilgenommen.

Die Anzahl der individuellen Anfragen und Vorgänge aus den Fachämtern ist leicht zurückgegangen und stammte wie in den Vorjahren meist aus dem Bereich des Büros der Landrätin, hier insbesondere zu den Themen Personal und Organisation.

Im Berichtszeitraum wurden vier Datenschutzvorfälle an die Aufsichtsbehörde gemeldet. Die Meldepflicht ist eine Neuerung aus der DSGVO. Zwei der Vorfälle stammen aus dem Dezernat II, je einer aus dem Dezernat IV und dem Bereich, der der Landrätin zugeordnet ist.

Auswirkungen der DSGVO zeigen sich auch bei den Kontakten des Datenschutzbeauftragten zu Bürgerinnen und Bürgern. Diese haben häufiger als in den Vorjahren von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, sich in Angelegenheiten des Datenschutzes beraten zu lassen oder Nachfragen zu stellen.

Im Rahmen der hauseigenen Aus- und Weiterbildung hat die Veranstaltung „Allgemeine Einführung in den Datenschutz“ im Berichtszeitraum mehrfach stattgefunden. Der Datenschutzbeauftragte schult dabei neu eingestellte Beschäftigte und Auszubildende des Landkreises. Darüber hinaus hat er regelmäßig über aktuelle Entwicklungen zum EU-Datenschutzrecht in den Amtsleiterberatungen der Landrätin referiert.

Beauftragter zur Korruptionsprävention und -bekämpfung

Der Antikorruptionsbeauftragte ist Ansprechpartner für die Beschäftigten der Kreisverwaltung, die Kreistagsabgeordneten, die Bevölkerung sowie für die Strafverfolgungsbehörden. Auf der Webseite des Landkreises werden seine Aufgaben der Öffentlichkeit unter der Rubrik „Keine Chance der Korruption“ vorgestellt. Es sind dort auch Hinweise und Links zu weiterführenden Publikationen einschließlich der Neufassung der Dienstordnung zur Korruptionsprävention vom 16. Oktober 2018 zu finden.

Seit dem 1. Januar 2017 ist ein Antikorruptionstelefon geschaltet. Unter der kostenfreien Rufnummer 0800 0014943 schafft es den direkten Draht zum Antikorruptionsbeauftragten. Das Telefon wurde so eingerichtet, dass der oder die Anrufende auf Wunsch anonym bleiben kann – die Nummer, von der aus der Anruf erfolgt, ist nicht erkennbar und kann auch nicht nachverfolgt werden. Außerhalb der Bürozeiten besteht die Möglichkeit, eine Nachricht auf dem Band zu hinterlassen. Dieses Hinweisgebersystem wurde im zurückliegenden Jahr 7-mal genutzt.

Im Jahr 2018 sind beim Antikorruptionsbeauftragten 72 Vorgänge angefallen. Es handelte sich überwiegend um Fälle verwaltungsinterner Anzeigen von nicht angenommenen Zuwendungen bzw. Anfragen zur Zulässigkeit der Annahme von Vorteilen. Über sieben Sachverhalte wurde die zuständige Staatsanwaltschaft Neuruppin informiert, die Ermittlungsverfahren einleitete.

IT Sicherheitsbeauftragter

Der IT-Sicherheitsbeauftragte koordiniert die Einhaltung und Durchführung der IT-Sicherheit in der Kreisverwaltung. Schwerpunkte im Jahr waren weiterhin die Erstellung einer Anweisung für den Umgang mit Informationstechnik in der Kreisverwaltung und einer Anweisung für den Umgang mit Sicherheitsvorfällen und eine IT-Sicherheitsleitlinie. Es wurden Sicherheitskonzepte für das Gesundheits-, Ordnungs-, das Umweltamt, die Kämmerei und den IT-Service erstellt oder vorbereitet. Des Weiteren wurde das Haussicherheitskonzept weiterentwickelt und das Sicherheitskonzept für die Nebenstellen in Jüterbog, Ludwigsfelde und Blankenfelde-Mahlow weiterentwickelt.

Der IT-Sicherheitsbeauftragte hat als Projektleiter für die Umsetzung eines neuen Content Management System für den Internetauftritt des Landkreises Teltow-Fläming die Verantwortung. Darüber hinaus hat er auch die Projektleitung für das Sicherheitskonzept (Brandschutz, Arbeitsschutz, Datenschutz) der Kreisverwaltung inne.

DEZERNAT I

Hauptamt

Sachgebiet Zentrale Dienste

Das Sachgebiet Zentrale Dienste ist für die Sicherstellung des inneren Dienstbetriebs verantwortlich und somit für sehr unterschiedliche Aufgabenbereiche zuständig. Dazu zählen insbesondere die Beschaffung von Dienstleistungen, Verbrauchsmaterialien und Arbeitsmitteln unterschiedlichster Art. Des Weiteren gehören die Bürgerinformation, die Poststelle, die Bewirtschaftung der Verwaltungsgebäude und Schulen, die Organisation und Verwaltung des Fuhrparks sowie das Archiv in diesen Verantwortungsbereich.

Immer mehr in den Fokus rücken Arbeitssicherheit/Arbeitsschutz und die damit zusammenhängenden Probleme. Dies erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Amt für zentrale Steuerung, Organisation und Personal, der Fachkraft für Arbeitssicherheit und dem Hauptamt. Insbesondere im Sachgebiet Zentrale Dienste sind die Anforderungen diesbezüglich zu bewältigen und umzusetzen.

Beschaffung

Im Jahr 2018 wurden 17 Ausschreibungsverfahren und die entsprechenden Vergaben, einschließlich Interimsvergaben, durchgeführt. Dazu gehörten u. a. die Ausschreibungen von Druckerzubehör für 2018/2019, die Ausschreibung von Reinigungsleistungen für das Kreishaus sowie für die Außenstellen des Gesundheitsamtes und des Jugendamtes in Zossen. Weitere, auch europaweite Vergabeverfahren wurden vorbereitet und werden mit der Auftragsvergabe im Jahr 2019 abgeschlossen.

Des Weiteren erfolgten durch die Vergabestelle im Sachgebiet Zentrale Dienste 706 Auftragsvergaben mit einem Auftragsvolumen in Höhe von ca. 450.000 Euro. Dabei handelt es sich um Verbrauchsmaterialien wie Büro- und Reinigungsmaterial, Ersatz- und Erweiterungsausstattung für das Kreishaus und Außenstellen, Arbeitsschutzbekleidung. Außerdem wurde die Ausstattung der Wohnunterkünfte für Flüchtlinge und Asylsuchende kontinuierlich auf Anforderung des Sozialamtes ersetzt.

Die Beschaffung der Schulbücher für die Schulen in Trägerschaft des Landkreises sowie deren Ausstattung mit Verbrauchs- und Investitionsgütern ist ebenfalls eine der zentralen Aufgaben und erfolgte problemlos.

Haustechnik und Fuhrpark

Im Interesse einer weiteren kontinuierlichen Energie- und Kohlendioxid-Einsparung wurden weitere Teilbereiche des Kreishauses sowie das Parkhaus auf LED-Beleuchtung umgerüstet.

Die Umstellung der gesamten Zeiterfassung war ein Schwerpunkt der Techniker im Haus. Mit diesem neuen Stand der Technik wurden erhebliche Schwachstellen beseitigt. Im Jahr 2019 wird das gesamte System vereinheitlicht und auch im Parkhaus sowie an den Eingangstüren installiert.

Der Fuhrpark der Kreisverwaltung wurde aufgrund abgelaufener Leasingverträge mit 15 Neufahrzeugen ausgestattet (zwölf PKW für den Fahrzeugpool, ein PKW für das Gebäude- und Liegenschaftsmanagement, ein PKW für das Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt und ein PKW für den Brand- und Katastrophenschutz). Diese Fahrzeuge wurden über den Zentraldienst der Polizei des Landes Brandenburg (ZDPol) als zentrale Dienstleistungs- und Serviceeinrichtung für den Polizeidienst und viele Bereiche der Landesverwaltung Brandenburgs beschafft. Durch das Zusammenwirken aller Interessenten konnte der ZDPol eine nutzerrelevante Fahrzeugflotte zu sehr wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vertraglich binden. Der Beschaffungsaufwand wurde dadurch kontinuierlich gesenkt. Weiterhin wurden für den Fuhrpark der Kreisverwaltung ein Transporter für die Kreisstraßenmeisterei und für die Förderschule Jüterbog (Amt für Bildung und Kultur) sowie ein PKW/SUV für das Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt sowie ein PKW/SUV für das Umweltamt als Ersatz beschafft. Die Unterhaltungskosten wurden nachhaltig gesenkt.

Die Aufgaben im Sachgebiet Zentrale Dienste wurden weiterhin unter sehr erschwerten Bedingungen erfüllt, da mehrmonatige Personalausfälle im gesamten Bereich zu kompensieren waren. Durch strikte Priorisierung und Neuverteilung der Arbeitsaufgaben sowie das außerordentlich hohe Engagement aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konnten die Aufgaben bewältigt und der Verwaltungsbetrieb weitestgehend störungsfrei aufrechterhalten werden.

Insbesondere hervorzuheben sind dabei die Hausmeister, die ebenfalls zum Mitarbeiterstamm gehören und die u. a. mit besonderer Einsatzbereitschaft zahlreiche Umzüge innerhalb des Kreishauses durchgeführt haben.

Archiv

Das Kreisarchiv ist das Gedächtnis des Landkreises und dokumentiert das amtliche und gesellschaftliche Leben. Dazu gehört nicht nur die Übernahme von Schriftgut aus den vielen Verwaltungsbereichen, sondern auch die Beratung der Fachämter in allen Fragen der Archivierung und Bestandserhaltung. Zur Unterstützung unterhält das Kreisarchiv ein Zwischenarchiv, in dem das Schriftgut aufbewahrt wird, das in den Ämtern keine große Verwendung mehr findet, aber die Archivreife noch nicht erreicht hat. Eine weitere sehr bedeutende Aufgabe ist die Bereitstellung und Pflege der Archivalien, die für die Bürger aufbereitet werden. Die Benutzung ist daher ein erheblicher Teil der archivischen Arbeit. Alle Anfragen werden sorgfältig in den Beständen recherchiert, um die Bürger optimal beraten zu können. Dazu gehören auch Verweise zu anderen Archiven und Einrichtungen, in denen die Bürger Informationen zu ihrem Anliegen erhalten können.

Tabelle 9: Bestand Kreisarchiv

Bestand/Vorgang	Menge
Umfang der Akten und Amtsbücher	ca. 2.200 lfm
Umfang der Karten und Pläne	1.457 Stück
Umfang der Plakate	1.260 Stück
Umfang des Zeitungsbestandes	ca. 75 lfm
Umfang der Bücher, Broschüren, Druckschriften, Gesetze, Verordnungen, Verfügungen	4.175 Stück
Anzahl der verwendeten Archivalien	1.810 Stück
passive Bestandserhaltung (säurefreie Verpackung)	39,8 lfm

Aufgrund des anhaltenden Personalmangels ist kein signifikanter Zuwachs an Archivalien zu verzeichnen. Die Arbeiten im Archiv konnten nur sehr eingeschränkt und mit einem hohen Arbeitseinsatz der verbliebenen Mitarbeiterinnen bewältigt werden. Das besondere Augenmerk lag im Jahr 2018 auf dem Zwischenarchiv. Durch massiven Bewertungsrückstau war es zeitweise nicht mehr möglich, Schriftgut anzunehmen. Dieses Problem wurde durch Organisationsänderungen und Aufgabenumverteilung teilweise gelöst, so dass die Übernahme von Schriftgut aus den Fachämtern wieder funktioniert.

Sachgebiet Gebäude- und Liegenschaftsmanagement

Die Schwerpunkt-Tätigkeiten ergeben sich unter anderem aus den Pflichtaufgaben des Landkreises als Schulträger und Träger des Rettungsdienstes oder leiten sich aus Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung ab. Insbesondere ist das Sachgebiet für die Aufgaben des technischen Gebäudemanagements zuständig. Dazu zählen die Instandhaltung beziehungsweise Wiedernutzbarmachung sowie die Erweiterung und Modernisierung des Gebäudebestands einschließlich der dazugehörigen Außenanlagen kreiseigener Liegenschaften. Zum Gebäudebestand zählen insgesamt circa 176 Einzelgebäude an 57 Standorten für die Nutzung in den Bereichen Verwaltung, Bildung und Kultur, Rettungswesen, Sozialwesen und Wohnen. Das Sachgebiet ist auch zuständig für die Erstellung fachlicher Stellungnahmen für das Jobcenter Teltow-Fläming. Weitere Aufgaben resultieren aus Fördermaßnahmen des Landes und des Bundes für die kreisangehörigen Gemeinden.

Abgeschlossene und laufende Investitionen

Der Landkreis hat auf der Grundlage des Kommunalinvestitionsfördergesetzes (KInvFG) im Dezember 2015 die einmalige Chance einer Pauschalförderung in Höhe von 6.574.300 Euro erhalten. Diese zweckgebundene 90-prozentige Zuwendung bedeutet ein Investitionsvolumen einschließlich nicht förderfähiger Begleitmaßnahmen in Höhe von 8.021.149 Euro. Im Jahr 2018 wurden die Baugenehmigungen für folgende Maßnahmen erteilt:

- Ersatzneubau Cafeteria und Fachräume, Goethe-Schiller-Gymnasium Jüterbog
- Ausbau Dachgeschoss, Marie-Curie-Gymnasium Ludwigsfelde
- Erweiterungsbau, Fontane-Gymnasium Rangsdorf

Nach den Ergebnissen der ersten Submissionen im Januar und Februar 2019 ist eine teils deutliche Kostensteigerung gegenüber den veranschlagten Kosten zu verzeichnen. Auf die vielfältigen Ursachen wird im nächsten Abschnitt eingegangen.

Die Maßnahmen im Marie-Curie-Gymnasium sowie im Fontane-Gymnasium wurden als erstes ausgeschrieben. Baubeginn für die beiden Maßnahmen ist Frühjahr 2019, so dass bis zum Ende des Förderzeitraumes im Jahr 2020 diese Projekte fertiggestellt sein werden.

Sobald alle Submissionsergebnisse für die beiden Maßnahmen vorliegen, muss entschieden werden, wie und wann die Maßnahme im Goethe-Schiller-Gymnasium ausgeschrieben wird.

Sollte es zu einer Kostenüberschreitung bei den Maßnahmen kommen, muss die Prioritätenliste für die Folgejahre neu sortiert werden.

Die gesamte Pauschalförderung wird bis zum Ende des Förderzeitraumes abgefordert.

Mit dem Austausch der Heizungsanlage im Fontane-Gymnasium Rangsdorf konnte eine weitere Maßnahme aus dem Förderprogramm erfolgreich abgeschlossen werden.

Im Jahr 2018 wurden im Rahmen der Bauunterhaltung und Modernisierung sowie der überjährigen Neubauvorhaben 1.078 Auftragsvergaben mit einem Finanzvolumen in Höhe von insgesamt 5.220.000 Euro durchgeführt. Davon bewältigte die VOB-Vergabestelle des Sachgebietes 92 Ausschreibungsverfahren gemäß der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/A).

Das Sachgebiet begleitete weiterhin die Planung und den Bau von zwei Rettungswachen des Eigenbetriebs Rettungsdienst fachlich und führte die entsprechenden Vergabeverfahren und erforderlichen Beratungen durch.

Im Jahr 2018 wurde mit dem Marie-Curie-Gymnasium Ludwigsfelde die nächste Schule mit flächendeckendem W-LAN ausgestattet.

Besondere Herausforderung im Zusammenhang mit der konjunkturellen Entwicklung

Wie schon in den Vorjahren waren der Fachkräftemangel und die Auslastung der mittelständischen Handwerksbetriebe als Resultat der positiven konjunkturellen Entwicklung spürbar. Dieses Problem verschärfte sich im Jahr 2018 weiter und hat zur Folge, dass die Angebotspreise weiter überproportional steigen und den Baubetrieben die Kapazitäten fehlen. So wurden bei den 92 durch die Vergabestelle durchgeführten Vergaben 6 Vergaben aufgehoben, weil der angebotene Preis erheblich über der Kostenschätzung lag oder weil keine Angebote eingegangen waren. Bei 19 Vergabeverfahren wurde nur jeweils ein Angebot, bei 25 Vergabeverfahren nur zwei Angebote abgegeben. Neben der konjunkturellen Entwicklung sind auch die weiter steigenden technischen und baurechtlichen Anforderungen sowie weitere Standarderhöhungen Ursache für Kostensteigerungen. Zur Verdeutlichung folgen zwei Statistiken des Statistischen Bundesamtes zu den Baupreisindizes und zum Auftragsbestand. Die Erfahrung der Vergabestelle in der Praxis ist jedoch, dass die Angebotspreise weitaus stärker steigen, als es die offiziellen Baupreisindizes vermitteln.

Abbildung 1: Baupreisindizes der Bürogebäude und Wohngebäude

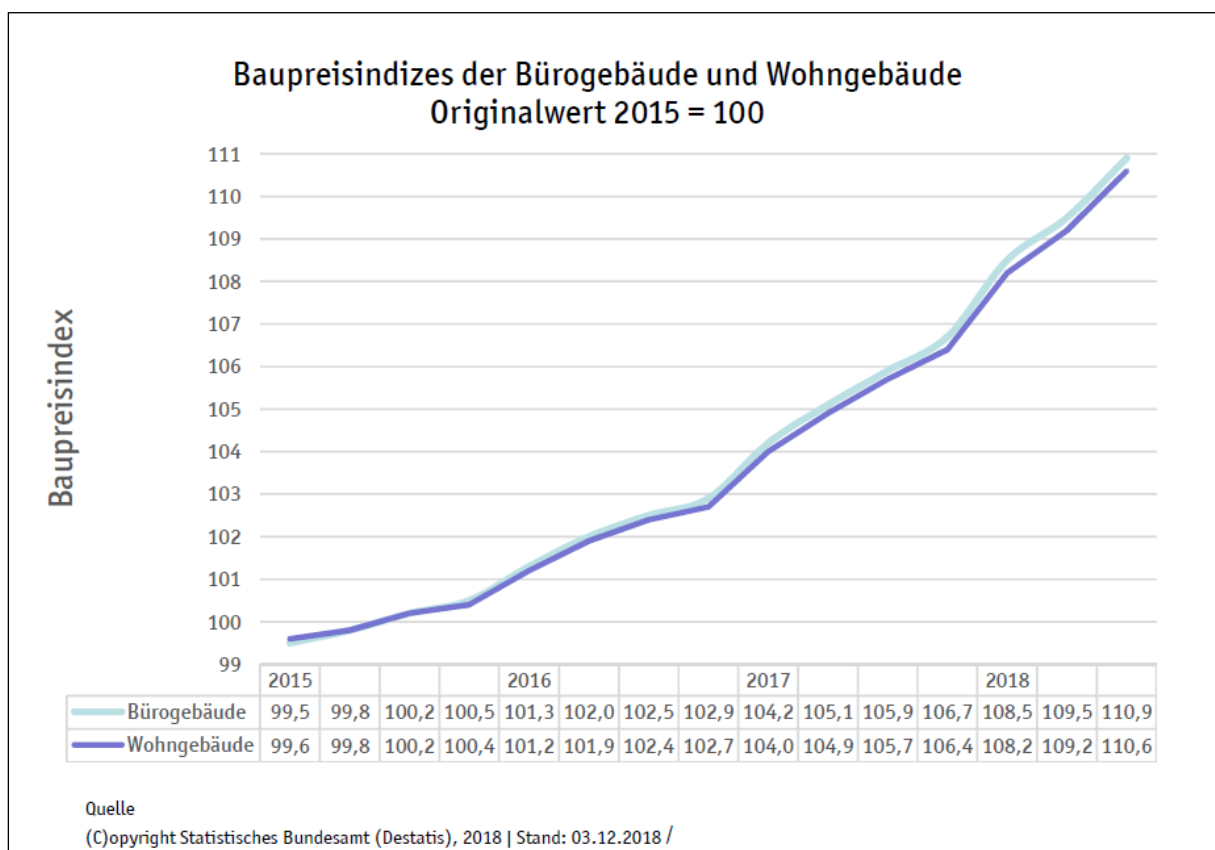
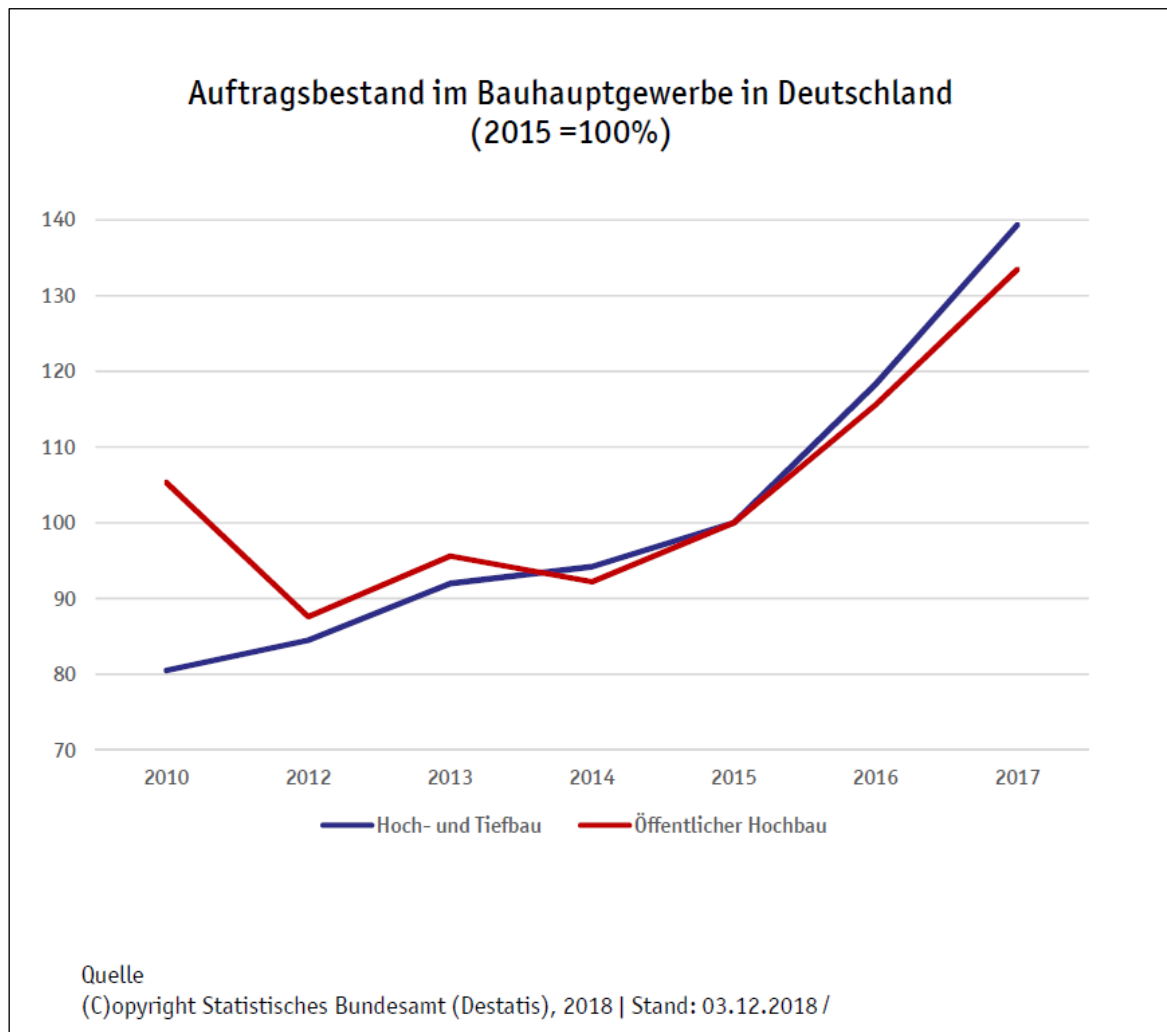


Abbildung 2: Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe in Deutschland, 2015 = 100 Prozent

Weitere Arbeitsschwerpunkte

Im Jahr 2018 wurden zwei Bauanträge zur Umnutzung der Unteren Bauaufsicht für die Schaffung von Büroarbeitsplätzen auf dem Gelände der Volkshochschule in Luckenwalde und dem Goethe-Schiller-Gymnasium Jüterbog gestellt. Mit einer Baugenehmigung wird Anfang 2019 gerechnet.

Weiterhin wurde ein Fördermittelantrag bei der ILB für die Errichtung einer Zwei-Feld-Sporthalle am OSZ-Standort in Ludwigsfelde gestellt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Anforderungen hinsichtlich der Erarbeitung der Antragsunterlagen immens hoch und schon in dieser Phase Architektenleistungen zu erbringen sind. Im vorliegenden Fall wurde ein sechzigseitiger Zuwendungsantrag gestellt, der die schon erwähnten wachsenden Standarderhöhungen sehr deutlich zum Ausdruck bringt.

Neben der zeitlichen Verzögerung der Stellenbesetzungsverfahren hatte das Sachgebiet im Jahr 2018 längere krankheitsbedingte Ausfälle von Beschäftigten zu verzeichnen. So waren die Personalstellen erst ab Juli 2018 wieder vollständig besetzt. Die deutlich gestiegenen Tätigkeiten im investiven Bereich und die dargestellten fehlenden personellen Kapazitäten im Jahr 2018 führten dazu, dass nicht alle geplanten Maßnahmen durchgeführt werden konnten. Neben notwendigen Instandhaltungsarbeiten mussten folgende größere Maßnahmen verschoben werden:

- Neubau der Rettungswache in Dahme
- Neubau der Rettungswache in Heinsdorf
- Sanierung der Formstube im Museumsdorf Glashütte

Im Stellenplan 2019 ist eine neue Stelle für die Projektbearbeitung der vorgesehenen Investitionen geplant. Mit der Besetzung dieser Stellen wird eine Entspannung der momentan bestehenden Überlastung eintreten.

Wartungsverträge

Für alle kreiseigenen Liegenschaften sowie für Objekte des Eigenbetriebs Rettungsdienst werden im Sachgebiet 256 Wartungsverträge mit einem Vertragsvolumen in Höhe von 191.000 Euro verwaltet und betreut. Es wurden insgesamt 17 neue Verträge abgeschlossen und vier Verträge gekündigt.

Die Verträge werden für alle Betreiber-Pflichtaufgaben, welche nicht durch das kreiseigene Personal durchgeführt werden können oder dürfen, abgeschlossen. Durchgeführt werden Wartungen, Inspektionen und Sachverständigenprüfungen für wartungspflichtige Anlagen und Bauteile. Dazu gehören zum Beispiel Aufzüge, Gefahrenmeldeanlagen, Heizungen, Sanitäranlagen, elektrische Anlagen, Blitzschutzanlagen, Ölabscheider, Türen und Tore, labortechnische Anlagen, Spielplätze, Sportplätze, Dächer, Fassaden, Bäume etc.

Ausschreibungen freiberuflicher Leistungen

Die Ausschreibungspflicht für freiberufliche Leistungen, insbesondere Planungsleistungen, rückt immer mehr in den Fokus. Das heißt, nicht nur für Vergaben oberhalb des EU-Schwellenwertes, auch unterhalb des Schwellenwertes sind Leistungen gemäß dem Vergabe- und Haushaltsrecht sowie ggf. Zuwendungsrecht auszuschreiben. Im Frühjahr 2018 wurde die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) im Land Brandenburg eingeführt und damit sind die Vergabeprozesse anzupassen.

Weiterhin wurde die E-Vergabe für europaweite Vergabeverfahren im Oktober im Land Brandenburg Pflicht. Durch die Nutzung des Vergabemarktplatzes Brandenburg wurden auch schon im Vorfeld E-Vergaben durchgeführt, so dass die Umstellung ohne Probleme erfolgte.

Für 36 freiberufliche Leistungen wurden die Ausschreibungsverfahren vorbereitet und begleitet sowie die entsprechenden Aufträge vergeben. Dazu zählen unter anderen die Erstellung von Brandschutzkonzepten, der Neubau von zwei Rettungswachen, die Herstellung der Barrierefreiheit, Freianlagenplanungen und die zuvor angesprochenen Maßnahmen gemäß dem Kommunalinvestitionsfördergesetz.

Die nachfolgende Darstellung eines solchen Verfahrens verdeutlicht, dass die Vorbereitungszeit für einzelne Baumaßnahmen umfangreicher, zeitintensiver und somit auch insbesondere kostenintensiver wird:

Die sogenannte Phase „Null“, also die Stufe vor Beginn der eigentlichen Leistungsphasen der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI), erhält zunehmend eine besondere Bedeutung und wurde im Jahr 2018 ins Bürgerliche Gesetzbuch aufgenommen.

- Klärung der Aufgabenstellung (Leistungsumfang, Leistungsbeschreibung, Termine, Schwierigkeitsniveau, Trennung/Zusammenfassung von Leistungsbildern in Zusammenarbeit mit den Fachämtern)
- Kostenschätzung der Baumaßnahme nach Kostengruppen (DIN 276, 1. Ebene)
- Ermittlung der voraussichtlichen Honorare zur Wahl des Vergabeverfahrens

- Klärung der Vertragsinhalte, -stufungen, -optionen
- Festlegung der Eignungs- und der Zuschlagskriterien, ggf. Erarbeitung einer Bewertungsmatrix
- Erarbeitung/Zusammenstellung der Vergabeunterlagen
- lückenlose Dokumentation
- Durchführung eines Vergabeverfahrens mit:
 - Bekanntmachung der Ausschreibung
 - Bewerberauswahl nach Eignungskriterien je nach Vergabeverfahren
 - Angebotsprüfung
 - ggf. Nachforderung von Unterlagen; Aufklärungs- oder Verhandlungsgespräche
 - Angebotswertung gemäß den Zuschlagskriterien
 - Formulierung der Vergabeempfehlung
 - Zuschlagserteilung und Vertragsabschluss sowie Dokumentation des gesamten Vergabeverfahrens

Liegenschaften

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des Sachgebietes Gebäude- und Liegenschaftsmanagement liegt in der Verwaltung der insgesamt 2.593 Flurstücke des Landkreises mit einer Fläche von etwa 1.122 Hektar sowie die Bearbeitung der 150 laufenden Miet- und Pachtverträge.

Darüber hinaus wurden im vergangenen Jahr insgesamt 24 Kaufverträge im Rahmen des rückständigen Grunderwerbs von Kreisstraßen und der Flaeming-Skate sowie zwei Erbbaurechtsverträge abgeschlossen.

Auch die Wahrnehmung der Interessen des Landkreises bei den derzeit sechs laufenden Bodenordnungsverfahren und den 17 Grenzverhandlungen des vergangenen Jahres nahmen einen breiten Platz in der Arbeit der Beschäftigten ein.

Insgesamt 21 Miet- und Pachtverträge wurden bearbeitet bzw. neu abgeschlossen. Dazu gehören auch Verträge, die im Auftrag anderer Ämter geschlossen werden. Dazu gehört zum Beispiel das Schulverwaltungsamt mit Lehrgängen an der Volkshochschule, Sporthallennutzung, Vermietung von Unterrichtsräumen.

Ebenso wurden in den Außenstellen der angemieteten Objekte arbeits- und brandschutzrechtliche Begehungen durchgeführt. Vorgefundene Mängel wurden mit dem Eigentümer/der Eigentümerin bzw. dem Vermieter/der Vermieterin ausgewertet.

Teltower Kreiswerke Berlin

Im Juli fand eine Begehung ausgewählter Grundstücke der Teltower Kreiswerke GmbH mit allen Gesellschaftern statt. Gegenwärtig werden 11 Grundstücke und Immobilien mit 90 Miet- und Pachtparteien verwaltet und bewirtschaftet.

Die Eigentümergemeinschaft hat Verkaufsverhandlungen über weitere Ufergrundstücke am Stölpchensee geführt. Ein Grundstücksstreifen wurde 2018 veräußert.

Die anteilige Ausschüttung aus der Vermietung und Verpachtung der Berliner Grundstücke betrug 355.500 Euro. Weitere Ausführungen zu den Teltower Kreiswerken sind der Berichterstattung des Rechtsamts/Beteiligungsmanagements zu entnehmen.

Sachgebiet Infrastrukturmanagement

Das Sachgebiet ist als Straßenbaubehörde für den verkehrssicheren Zustand der Straßen und Wege in der Baulast des Landkreises verantwortlich. Dazu gehören deren Neu- und Ausbau, Unterhaltung und Verwaltung. Mit Stand vom 31. Dezember 2018 umfasst das Straßen- und Wegenetz 188 Kilometer Kreisstraßen und 58 Kilometer straßenbegleitende Radwege. Außerdem gehören die Flaeming-Skate-Abschnitte dazu, die sich in Baulast des Landkreises befinden. Das sind 205 von rund 230 Kilometern.

Zu den Aufgaben des Sachgebiets gehören:

- die betriebliche und bauliche Unterhaltung der Straßen, Radwege, Brücken sowie Straßendurchlässe, die Pflege des Straßenbegleitgrüns wie Bankette, Mulden, Straßenbäume, Hecken und die Organisation des Winterdienstes
- die Vorbereitung und Durchführung von Instandsetzungsarbeiten und Erneuerungsmaßnahmen an Kreisstraßen, Radwegen sowie der Flaeming-Skate
- die Verwaltung der Kreisstraßen und Radwege (Führung der Straßenverzeichnisse) sowie die Verwaltung der Flaeming-Skate
- die straßenrechtliche Bearbeitung von Benutzungen der Kreisstraßen und Radwege sowie der Flaeming-Skate (Genehmigungen bezüglich Leitungsverlegungen, Sondernutzungen, Zufahrten, Anbauten und Zustimmungen zu verkehrsrechtlichen Erlaubnissen), dazu gehörten unter anderem
 - Gestattung von 16 Sondernutzungen mit einer Einnahme in Höhe von 9.116 Euro
 - 174 Zustimmungen zu Anträgen für verkehrsrechtliche Erlaubnisse
 - 21 Zustimmungen für Anträge Trinkwasser-, Schmutzwasser- und Gashausanschlüsse sowie
 - 16 Anträge für Zufahrten/Anbindungen bei Ortsdurchfahrten in Städten und Gemeinden
 - Erstellung von 13 Bescheiden für die Herstellung von Telekommunikationslinien
 - Abschluss von 20 Vereinbarungen/Verträgen für die Verlegung von Leitungen der öffentlichen Versorgung
 - Erarbeitung von 347 Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung als Träger öffentlicher Belange
 - Genehmigungen von 169 Schwerlasttransporten auf Kreisstraßen sowie die Erstellung von 38 Gebührenbescheiden
 - Ausführung der Straßenaufsicht gegenüber den Gemeinden als Straßenaufsichtsbehörde
 - Mitwirkung bei Widmungen und Umstufungen von Straßen

Reinigung und Unterhaltung von Straßen und Radwegen

Die Kreisstraßenmeisterei übernimmt die betriebliche Unterhaltung der Flaeming-Skate, ihre Reinigung und die der Radwege.

Leistungen der betrieblichen und baulichen Unterhaltung der Kreisstraßen, Brücken und Radwege (Pflege des Begleitgrüns und der Bankette, Verkehrsbeschilderung, Erneuerung von Leitpfosten, Leiteinrichtungen und Fahrbahnmarkierungen, Reparatur von Fahrbahndecken) sowie der baulichen Unterhaltung der Flaeming-Skate werden überwiegend an entsprechende Fachfirmen vergeben. Diesbezüglich wurden im Jahr 2018 Aufträge mit einem Wertumfang in Höhe von ca. 544.000 Euro erteilt.

Der Winterdienst auf den Kreisstraßen erfolgt durch Beauftragung von Fachfirmen nach durchgeführten Ausschreibungsverfahren. Sie führen den Winterdienst eigenverantwortlich durch. Dem Sachgebiet obliegen die Kontrollen der durchgeführten Leistungen und die Festlegung von Einsatzgrundsätzen.

Abgeschlossene und laufende Bauvorhaben

Im Rahmen von Instandsetzungen, Erneuerungen und des Neubaus von Straßen, Brücken und Radwegen wurden folgende Bauvorhaben durchgeführt bzw. begonnen:

- Instandsetzung der Fahrbahn der K 7239 von Diedersdorf zur L 76
- Instandsetzung der Fahrbahn der K 7225 zwischen Dornswalde und Kreisgrenze LDS
- Vorbereitung der Instandsetzung der Kreisstraße K 7220, Ortsdurchfahrt Ruhlsdorf
- Vorbereitung der Instandsetzung der Kreisstraße K 7201, Ortsdurchfahrt Bärwalde
- Vorbereitung der Instandsetzung der Kreisstraße K 7210, Ortsdurchfahrt Jüterbog
- Abrechnung Verkehrsanlage Radweg entlang der Bundesstraße B 246 in Amtshilfe für den Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg
- partielle Fahrbahnsanierung auf Kreisstraßen zur Herstellung der Verkehrssicherheit
- Fahrbahnmarkierungsarbeiten auf Kreisstraßen zur Herstellung der Verkehrssicherheit
- Erneuerung der Brücken 3 und 4 am Kreishaus
- Vorbereitung des Vergabeverfahrens einschließlich Erstellung des Leistungsverzeichnisses für die Modernisierung der Flaeming-Skate

Folgende Landschaftsbaumaßnahmen bzw. landschaftspflegerische Begleitmaßnahmen sowie Prüfungen und Analysen wurden durch- bzw. weitergeführt:

- Pflege- und Ersatzmaßnahmen, Alleeaufbau, verkehrssichernde Maßnahmen (z. B. Mahd, Baumschnitt, Fällungen) sowie Fertigstellungs- und Entwicklungspflege
- Reinigung der Niederschlagsentwässerungsanlagen und Durchlässe im Zuge von Kreisstraßen
- Bauwerksprüfungen von Brücken und Durchlässen im Zuge der Kreisstraßen und der Flaeming-Skate gemäß Prüfplan

Kreisstraßenmeisterei

Zur Erfüllung der Pflichtaufgaben und zur Gewährleistung der Sicherheit auf den Kreisstraßen, den begleitenden Radwegen sowie der Flaeming-Skate und auf den Liegenschaften des Landkreises hat die Kreisstraßenmeisterei folgende Tätigkeiten ausgeführt:

- kontinuierliche Kontrolle der Kreisstraßen, Radwege und der Flaeming-Skate
- kontinuierliche maschinelle Reinigung der Flaeming-Skate und der begleitenden Radwege an den Kreisstraßen
- Durchführung von Verkehrsschauen auf den Kreisstraßen, Radwegen und der Flaeming-Skate mit dem Straßenverkehrsamt und der Polizei
- Durchführung von Baumschauen an den Kreisstraßen und der Flaeming-Skate
- Unterhaltung und Erneuerung von Verkehrszeichen und Leiteinrichtungen sowie Umsetzung verkehrsrechtlicher Anordnungen
- Wartung und Erneuerung von Leitpfosten entlang des gesamten Kreisstraßennetzes
- maschinelle Reinigung der Leitpfosten und der gesamten Beschilderung an den Kreisstraßen
- Bankettpflege, d. h. Beseitigung von Unfall- und Wildschäden, Auffüllung von Bankettmaterial bei verkehrs- und witterungsbedingten Beschädigungen
- Aufnahme sowie Beseitigung von Unfallschäden
- Grünstreifenmähd an der Flaeming-Skate
- Wildwuchs und Buschwerkbeseitigung an den Kreisstraßen sowie an den begleitenden Radwegen
- Beseitigung von Wurzelhals- und Stammaustrieben an Straßenbäumen
- Bruchholzbeseitigung im Randbereich der Kreisstraßen, Radwege und der Flaeming-Skate
- Baumfällungen (Notfällungen) von Straßenbäumen
- Wildwuchs und Buschwerkbeseitigung an der Flaeming-Skate
- maschineller Heckenschnitt an Kreisstraßen, Radwegen und verstärkt an der Flaeming-Skate
- maschinelle Säuberung der Randbereiche an Kreisstraßen und Radwegen (Einsatz der Wildkrautbürste)
- Wartungsarbeiten an Radwegen, Flaeming-Skate und Kreisstraßenbrücken (Pflegeanstriche)
- Instandsetzung und Wartungsarbeiten an Straßendurchlässen
- Unterhaltung von Rastplätzen und Schutzhütten an der Flaeming-Skate
- Winterdienst auf den Radwegen entlang der Kreisstraßen, die der Schulwegsicherung dienen
- Winterdienst auf der Flaeming-Skate im Bereich der Schulwegsicherung
- Unterhaltung von kreiseigenen Liegenschaften
- Wartung und Pflege des gesamten Technikbestandes der Kreisstraßenmeisterei
- Unterhaltung und Pflege des Betriebshofes der Kreisstraßenmeisterei
- Ausbauarbeiten in der Werkstatt des Betriebshofes

Die Unterhaltungsarbeiten an der Flaeming-Skate gewannen im Jahr wieder zunehmend an Bedeutung. Dazu gehören nicht nur die regelmäßig notwendigen Streckenkontrollen, sondern insbesondere der aufgrund der Verkehrssicherungspflicht erforderliche Heckenschnitt und die Jungbaumpflege.

Kämmerei

Vorbemerkung

Aufgrund des Fach- und Führungskräftemangels ist es zunehmend schwieriger, vakante Stellen in der Kämmerei in kurzer Zeit zu besetzen. Daneben kann nicht über alle freien Stellenanteile verfügt werden, die sich aus Teilzeitverträgen ergeben. Das wirkte sich erschwerend auf die Menge an Aufgaben und auf die Qualität bis hin zur täglichen Arbeit der Kämmerei aus. So konnte die Terminschiene zur Einbringung des Haushaltes 2019 (ursprüngliches Ziel: 22. Oktober 2018) nicht eingehalten werden. Auch die weitere Aufstellung des Jahresabschlusses 2014 musste zurückgestellt werden, um den Haushalt 2019 am 10. Dezember 2018 einzubringen, die sich anschließende Diskussion zu begleiten und die Anfragen und Einwendungen der Kommunen zu bearbeiten. Auch der Haushaltsvollzug 2018 konnte aufgrund des Personalengpasses nicht abgerechnet werden.

Bereich Geschäftsbuchhaltung

Der Haushalt 2018 wurde am 23. Oktober 2017 in den Kreistag eingebracht und wurde am 11. Dezember 2017 mit einem Hebesatz zur Kreisumlage in Höhe von 45,5 Prozent beschlossen. Erstmals konnte der Haushalt für das Folgejahr (2018) noch im laufenden Jahr eingebracht und beschlossen werden. Die Haushaltssatzung des Landkreises Teltow-Fläming enthielt keine genehmigungspflichtigen Bestandteile. Die Genehmigung des Ministeriums des Innern und für Kommunales war nicht notwendig.

Der Gesamtergebnisplan im Jahr 2018 belief sich bei den Erträgen auf 275,5 Mio. Euro und bei den Aufwendungen auf 276,3 Mio. Euro. Die Einzahlungen im Gesamtfinanzplan wurden mit 271,5 Mio. Euro und die Auszahlungen mit 275,2 Mio. Euro festgesetzt.

Im investiven Bereich wurde mit Einzahlungen in Höhe von 3,8 Mio. Euro und Auszahlungen in Höhe von 3,8 Mio. Euro geplant. Für das Haushaltsjahr 2018 betrugen die investiven Schlüsselzuweisungen 1,7 Mio. Euro.

Für das Haushaltsjahr 2018 wurde erstmalig seit Einführung der Doppik im Jahre 2009 ein Nachtragshaushalt aufgestellt.

Grund für die Erstellung waren Änderungen in den Planansätzen der Fachbereiche und ein Nachtragshaushalt des Landes Brandenburg, der nach seiner Verabschiedung deutlich positive Zuwächse bei den Zuweisungen vorsah. Anlässlich der positiven Entwicklung konnte eine weitere Senkung des Kreisumlagehebesatzes um 1,0 Prozent auf 44,5 Prozent erfolgen. Der 1. Nachtragshaushalt 2018 des Landkreises Teltow-Fläming wurde am 25. Juni 2018 beschlossen.

Grundlage dafür war der Beschluss des Kreistages 5-3397/17-KT, wonach bei deutlich positiven Zuwächsen in den Erträgen die Kreisumlage für 2018 weiter gesenkt werden sollte und Maßnahmen zur weiteren Förderung der Tagesmütter für das Haushaltsjahr 2018 zu veranlassen waren. Infolge der positiven Entwicklung konnten der Hebesatzes für die Kreisumlage erneut um 1,0 Prozent auf dann 44,5 Prozent gesenkt und das Finanzpaket zur Förderung der Tagesmütter umgesetzt werden. Der 1. Nachtragshaushalt 2018 des Landkreises Teltow-Fläming wurde am 25. Juni 2018 beschlossen.

Der Gesamtergebnisplan für den Nachtragshaushalt belief sich bei den Erträgen auf 277,6 Mio. Euro und bei den Aufwendungen auf 278,4 Mio. Euro. Die Einzahlungen im Gesamtfinanzplan für den Nachtrag wurden mit 273,6 Mio. Euro und die Auszahlungen mit 277,2 Mio. Euro festgesetzt. Die investive Schlüsselzuweisung erhöhte sich im Nachtrag um 60.540 Euro auf 1.8 Mio. Euro.

Grundlage für die Verteilung der investiven Mittel im Rahmen der Haushaltsdurchführung 2018 bildete die vom Kreistag beschlossene Prioritätenliste mit Schwerpunkt in den Bereichen Bildung und Schule. Die zur Verfügung stehenden Mittel wurden außer für Hoch- und Tiefbaumaßnahmen für den Erwerb von Grundstücken, Sachanlagevermögen und immateriellen Vermögensgegenständen sowie für den Erwerb von geringwertigen Wirtschaftsgütern eingeplant.

Neben dem Tagesgeschäft und der Aufstellung der Haushalte mit einem steigenden Grad an hochwertiger Vorbereitung bildet weiterhin die Erstellung der ausstehenden Jahresabschlüsse 2014 bis 2017 einen Schwerpunkt der Arbeit. Der Jahresabschluss für das Jahr 2014 wurde im Haushaltsjahr 2018 dem Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung übergeben.

Am 10. Dezember 2018 wurde der Entwurf zum Haushalt 2019 von der Landrätin in den Kreistag eingebracht. Aufgrund der weiterhin positiven Entwicklung konnte der Hebesatz zur Kreisumlage um weitere 0,5 Prozentpunkte auf 44,0 Prozent gesenkt werden.

Sachgebiet Kasse/Vollstreckung

Bereich Kasse

Mit dem kassenmäßigen Abschluss 2017 wurde von den Verwahrkonten ein Bestand von rund 3,2 Mio. Euro nicht sachgerechter Ertragsbuchungen übernommen, der bis zum Ende des Jahres durch entsprechende Umbuchungen auf 207.070,89 Euro abgebaut wurde.

Im Jahr 2018 änderte sich die Situation nur geringfügig. Zum Ende des Jahres betrug der Kassenverwahrbestand 2,5 Mio. Euro für die nicht zuzuordnenden Einzahlungen und 3,9 Mio. Euro für Abbuchungen ohne Buchungsbeleg (Auszahlungen).

Bei den Auszahlungen sind 3,7 Mio. Euro allein Sozialhilfe, welche zeitnah umgebucht wird. Im Jahr 2017 wurde das zeitnahe Verbuchen der Lastschriften durch die mangelnde Zuarbeit der entsprechenden Bereiche sehr erschwert.

Durch die oftmals erst nach Aufforderung durch die Kasse zur Kämmerei gereichten Ertragsbelege und der somit von der Kasse nicht sachgerecht zuzuordnenden Einzahlungen erhöhte sich nicht nur die Anzahl der auf Verwahrkonten gebuchten Zahlungseingänge und das Arbeitsaufkommen, sondern es konnte auch nicht ausreichend und zeitnah gemahnt und vollstreckt werden (7.229 Mahnungen, 437 Zahlungserinnerungen, 2.649 Vollstreckungen).

Der kassenmäßige Abschluss 2017 wurde am 4. und 5. Januar 2018 erfolgreich und zeitnah durchgeführt. Die Kontoauszüge ab 2. Januar 2018 wurden bis zum 9. Januar 2018 abgearbeitet. Die Kasse konnte anschließend wieder tagfertig buchen.

Der Beschluss zum Höchstbetrag des Kassenkredites von 24,0 Mio. Euro vom 27. Februar 2017 galt auch im Jahr 2018. Die Nachzahlung der Kreisumlage 2017 von 8,9 Mio. Euro einer Kommune im ersten Halbjahr 2018 verbesserte die Kassenlage nachhaltig und somit wurde der Kassenkredit in 2018 nur an 32 Tagen mit maximal 7 Mio. Euro in Anspruch genommen.

Der Zinssatz auf dem Geschäftskonto des Landkreises Teltow-Fläming betrug weiterhin 1,35 v. H. Durch die Inanspruchnahme von Kassenfestkrediten zu zinsgünstigeren Bedingungen wurde der Ansatz der Zinsaufwendungen für den Kassenkredit für das Haushaltsjahr 2018 auf 115.000 Euro eingeplant.

2017 wurden Verwarentgelte eingeführt. Ein Bestand von mehr als 9 Mio. Euro auf allen Geschäftskonten des Landkreises führte zu Verwarentgelten in Höhe von 0,4 Prozent p. a. Um die Verwarentgelte zu vermeiden, wurden im III. Quartal 2018 Kündigungsgeldkonten eröffnet und etwaige Bestände für 35 Tage fest angelegt. Die lange Kündigungsfrist dieser Konten erschwert die taggenaue Vermeidung der Verwarentgelte bzw. die Vermeidung kurzzeitiger Inanspruchnahme des Kassenkredits. Für das Jahr 2018 wurden insgesamt 27.287,48 Euro Verwarentgelte in Rechnung gestellt.

Das Haushaltsjahr 2018 wurde mit einem positiven Kassenbestand von 23.396.271,47 Euro abgeschlossen.

Bereich Vollstreckung

Die seit 1. Juli 2017 geltenden Pfändungsfreigrenzen ermöglichen dem Bereich Vollstreckung weiterhin nur sehr eingeschränkte Pfändungen. Der Grundfreibetrag liegt bei 1.139,99 Euro. Pfändbare Beträge sind oft nicht vorhanden, so dass meist nur eine fruchtlose Pfändung durchgeführt werden kann. Auch werden immer öfter sogenannte Pfändungsschutzkonten (P-Konten) eingerichtet.

Ein Großteil der Schuldner nahm die Möglichkeit der Ratenzahlung in Anspruch. Es wurde seltener der Einsatz des Ventilwächters angedroht, da die Mehrheit der Schuldner keine Fahrzeuge mehr auf sich zugelassen hat. Angelegt wurde er nicht, da die Forderungen gezahlt wurden oder weiterhin in kleinen Raten abgezahlt werden.

Im Rahmen des Verbraucherinsolvenzverfahrens wurden 26 außergerichtliche Einigungsversuche durchgeführt. Nach Vorlage der Schuldenbereinigungspläne erfolgten drei Zustimmungen und 12 Ablehnungen. Zu Insolvenzanmeldungen kam es letztlich in 25 Fällen. Diese Verfahren laufen über mehrere Jahre, und es ist mit Zahlungen zwischen einem und zehn Prozent zu rechnen.

Anmeldungen zu Zwangsversteigerungsverfahren erfolgten nicht.

Neu hinzugekommen sind seit dem Jahr 2015 Amtshilfeersuchen des Zentraldienstes der Polizei im Land Brandenburg, die Bürger/-innen mit Wohnsitz außerhalb Brandenburgs betreffen. Es handelt sich um durchschnittlich ca. 750 Fälle pro Monat.

Die statistischen Angaben zur Fallbearbeitung können den nachstehenden Tabellen entnommen werden.

Privatrechtliche Forderungen**Tabelle 10: Vollstreckung, privatrechtliche Forderungen**

Forderungen	2018 (Stand 31.12.2018)		2017	
	Anzahl	Betrag/Euro	Anzahl	Betrag/Euro
Neuzugänge	5	7.034,60	4	1.301,99
beigetriebene Forderungen	0	0	1	664,44
Niederschlagungen	0	0	0	0

Öffentlich-rechtliche Forderungen**Tabelle 11: Vollstreckung, öffentlich-rechtliche Forderungen**

Vorgang	2018 (Stand 31.12.2018)		2017		2016	
	Anzahl	Betrag/Euro	Anzahl	Betrag/Euro	Anzahl	Betrag/Euro
Neuzugänge und Wertumfang der eigenen Forderungen	2.655	815.221,22	1.074	242.209,08	2.159	2.733.190,29
Beigetriebene Forderungen	1.378	265.095,72	1.233	266.422,18	2.019	2.645.102,88
Niederschlagungen	283	144.438,82	450	264.141,22	609	219.814,60
Amtshilfeersuchen	9.796		9.283		11.923	
Anzahl der aufgesuchten Schuldner/-innen im Jahr	2.174		2.544		3.055	
Anzahl der Fälle aller aufgesuchten Schuldner/-innen	3.565		4.231		4.954	

Amt für Bildung und Kultur

Sachgebiet Schulverwaltung

Schwerpunktaufgaben

- Organisation und Finanzierung der Beförderung von 7.381 Fahrschülerinnen und Fahrschülern des Landkreises. Die Beförderungskosten betrugen 4.442.160 Euro.
- Bearbeitung von 63 Widersprüchen und einer Klage zur Schülerbeförderung
- Gewährung von Landeszuschüssen in Höhe von 20.437,69 Euro an Berufsschülerinnen und -schüler, die während ihrer theoretischen Ausbildung auswärtig untergebracht werden mussten
- Vergabe von Sporthallen außerhalb des Schulbetriebes an Vereine und Sportgruppen: 14 Sporthallen befinden sich in Trägerschaft des Landkreises. Etwa 40 Vereine und Sportgruppen nutzten außerhalb des Schulbetriebes die Sporthallen zu Trainings- und Wettkampfszwecken. Die erzielten Erträge hierfür betrugen im Jahr 2018 ca. 25.000 Euro.
- Begleitung von Baumaßnahmen in den kreislichen Schulen sowie Umsetzung der Anforderungen aus Gesundheits-, Arbeits- und Brandschutz.
- Begleitung der Projektgruppe zur Errichtung einer Gesamtschule in Ludwigsfelde.

Förderung der Kultur

Die Ausstellungstätigkeit in der NEUEN GALERIE in Wünsdorf und in der Galerie im Kreishaus wurde erfolgreich fortgesetzt. Auf diese Weise förderte der Landkreis sowohl Kunstschaaffende als auch die kulturelle Bildung. Im Jahr 2018 sahen an den 160 Öffnungstagen der NEUEN GALERIE rund 2.000 (1.855) Besucher die Ausstellungen. Die Arbeit mit Kindern wurde mit Workshops in der Galerie inmitten der Bücherstadt weiter intensiviert.

Ausstellungsübersicht – Galerie im Kreishaus

Vier Ausstellungen und eine Ausstellungsbeteiligung:

- NACHKLANG von Sound City Luckenwalde. Fotografien von Uwe Hauth vom größten Jugendkulturfestival Brandenburgs
- Alexandra Liese: Ein Hauch Australien. Aborigines Art: Malerei im Dot-Painting-Stil
- Ein Augenblick Leichtigkeit. Potsdamer Klinikclowns unterwegs in Brandenburg: Ausstellung mit Fotos von Sebastian Höhn
- Marita Wiemer: Malerei, Grafik, Tierillustrationen
- Ausstellungsbeteiligung/Öffentlichkeitsarbeit für die 12. Internationale Barnack-Biennale (Fotowettbewerb der „Gesellschaft für Fotografie“ e. V.) im Foyer

Ausstellungsübersicht – NEUE GALERIE

Fünf Ausstellungen:

- Tinka Scharsich (Collagen) und Jürgen Scharsich (Malerei): Rost – Horn – Blech – Farbe: acht Wochen mit 340 Besuchern
- Ronald Paris, zum 85. Geburtstag, Malerei – Neue Arbeiten, zum Abschluss Finissage in Anwesenheit des Künstlers: neun Wochen mit 425 Besuchern
- Mona Höke – Malerei & André von Martens – Schwarzkeramik: sechs Wochen mit 300 Besuchern

- Erlesene Bilder – Bildende Kunst trifft auf Literatur Ausstellung mit Heike Adner, Rainer Ehrh, Angela Hampel, Andreas A. Jähnig, Gerhard Lahr (1938-2012), Andrea Lange, Helge Leiberg, Núria Quevedo zu den Jubiläen 20 Jahre Bücherstadt – 15 Jahre NEUE GALERIE: fünf Wochen mit 280 Besuchern
- Veranstaltungsangebot „Bücher, Bilder, Bunker“ vom 18.08.-20.09. in Kooperation mit der Bücherstadt-Tourismus GmbH, davon Galerieprogramm: Joachim Gies (Saxophon, Percussion, Sprecher) – JEDER MENSCH TRÄGT EIN ZIMMER IN SICH – Texte: Franz Kafka, Komposition: Joachim Gies (2018), Uraufführung zur Vernissage; Ironisch-erotische Lesung mit Rainer Ehrh und Cathrin Pfeifer (Akkordeon); Konzert von Bücher-Wurm Fridolin (Frank Fröhlich) für Kinder; Sabine Barleben: Lesung & Quiz „Bei der Feuerwehr wird der Kaffee kalt“, für den Hort der Erich-Kästner-Grundschule Zossen/OT Wünsdorf
- Akzente 15, die vorweihnachtliche Verkaufsausstellung mit Arbeiten von 30 Künstlerinnen und Künstlern aus Teltow-Fläming, Potsdam-Mittelmark, Havelland, Dahme-Spreewald, Thüringen, Essen, Berlin, Potsdam: sieben Wochen mit 515 Besuchern

Anfang Mai besuchten zahlreiche Gäste die jährlich stattfindende Aktion „Offene Ateliers“, ein Kooperationsprojekt des Arbeitskreises der Kulturverwaltungen im Land Brandenburg, an dem sich aus dem Landkreis Teltow-Fläming 28 Akteure beteiligten. Dieses Projekt ist von überregionaler Bedeutung. Es trägt seit Jahren zur Stärkung des Kulturtourismus bei.

Der Kalender „Kulturveranstaltungen im Landkreis Teltow-Fläming“ vermittelt einen Überblick über die aktuellen Angebote und wird monatlich in der Rubrik Freizeit/Kulturregion im Internetauftritt des Landkreises veröffentlicht sowie per E-Mail an zahlreiche Abonnenten versendet.

Die Internetseiten in der Rubrik Freizeit/Kulturregion auf der Homepage des Landkreises (Kulturförderung, der Galerie im Kreishaus und der NEUEN GALERIE) wurden mit Bildern und Texten aktualisiert.

MBS-Ausschüttungsmittel

Die Kulturförderung aus der Gewinnausschüttung der Mittelbrandenburgischen Sparkasse Potsdam unterstützte mit rund 86.000 Euro zehn verschiedene Projekte:

- ARCHIV ERZÄHLTE GESCHICHTE im Bauernmuseum Blankensee; Blankenseer Dorfgemeinschaft e. V.
- Interkulturelles Brückenfest; Kulturforum Ludwigsfelde e. V.
- Kulturblütenfestival in Wahlsdorf; KULTUR pflanzen e. V.
- „Das andere Kapital“, 20 Jahre Galerie KUNSTFLÜGEL; GEDOK Brandenburg e. V.
- Sommerkonzert zur Sanierung der Dorfkirche; Förderverein Dorfkirche Mellnsdorf e. V.
- Altstadtfest „Jüterboger Fürstentag 1548“; Heimatverein Jüterboger Land e. V.
- Aufstellung des Kunstobjektes „Zwischen Vergangenheit und Zukunft“, gefertigt aus der Bahnhofseiche Dahlewitz; Historisches Dorf Dahlewitz e. V.
- zehn Schülervorstellungen JUGEND OHNE GOTT Ödön von Horváth; theater 89 gGmbH
- Pflege von Industriekultur (Bergmannsweihnacht); Museumsverein Glashütte e. V.
- 2. Luckenwalder Filmfestival des Fahrrads; Haus der Kultur der Welten Fläming e. V.

Förderung des Sports

Der Landkreis hat sich weiterhin das Ziel gesetzt, die Freizeitmöglichkeiten sowie die Gelegenheiten zur sportlichen und gemeinschaftlichen Betätigung auszubauen. Folgerichtig fördert der Landkreis den Breitensport. Damit gestaltet er die Heimat seiner Einwohner/-innen attraktiv und lebenswert. Die kontinuierliche Förderung des Kreissportbundes Teltow-Fläming e. V. und die Arbeit der Sportvereine stehen im Mittelpunkt eines vielfältigen Sportangebots. Besondere Schwerpunkte in der Förderung des Breitensports tragen dazu bei, den Sport für Mädchen und Frauen, den Seniorensport, den Gesundheitssport, den Sport für benachteiligte Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien, den Integrationssport für Menschen mit Behinderungen und Menschen mit Migrationshintergrund weiter zu entwickeln. Dafür unterstützt der Landkreis den Kreissportbund Teltow-Fläming e. V. in seinem Geschäftsbetrieb. Ein Zuwendungsvertrag schafft gute Bedingungen für eine Finanzierung durch den Kreishaushalt.

MBS-Ausschüttungsmittel

Die Gewinnausschüttung der Mittelbrandenburgischen Sparkasse Potsdam nutzten 31 Mitgliedsvereine des Kreissportbundes Teltow-Fläming e. V. für ihre Maßnahmen und Projekte in diesem Jahr. So konnten 2018 rund 161.000 Euro ausgereicht werden. Besonders begehrt sind nach wie vor Zuwendungen für Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen. Stark nachgefragt auch die Anschaffungen oder Erneuerungen von Sportgeräten und Ausstattungsgegenständen für den Trainings- und Wettkampfbetrieb. In die Verbesserung der Rahmenbedingungen des Sports flossen rund 50 Prozent des kreislichen Sportbudgets.

Bedeutende Vorhaben waren u. a.:

- Renaturierung eines Sportplatzes
- Erweiterung eines Bogenschießstandes
- Wiederherstellung der Umzäunung eines Sportplatzes⁵
- Anschaffung eines Aerobic-Bodens

Veranstaltungen mit überregionaler Bedeutung erhielten ebenfalls Zuschüsse.

Das waren u. a.

- die 1. Bundesliga im Bogenschießen in Blankenfelde
- das Internationale Vielseitigkeitsturnier CIC2* in Liepe
- der Internationale Brandenburg-Cup für Kadetten in Luckenwalde
- Flaeming-Skate-Junior-Cup in Jüterbog
- der Albert-Wuthe-Gedenklauf in Lüdersdorf

Aber auch viele kleinere Veranstaltungen im Kinder- und Jugendbereich, Senioren- und Behindertensport, Integrationssport oder Traditionsveranstaltungen wurden finanziell unterstützt.

Allerdings wurde bereits zum zweiten Mal der Sportentwicklungsbericht nicht veröffentlicht. Es fand wiederholt ebenfalls kein Sportgespräch mit den Kommunen statt. Grund dafür ist der Personalmangel bei der Schulentwicklungsplanung.

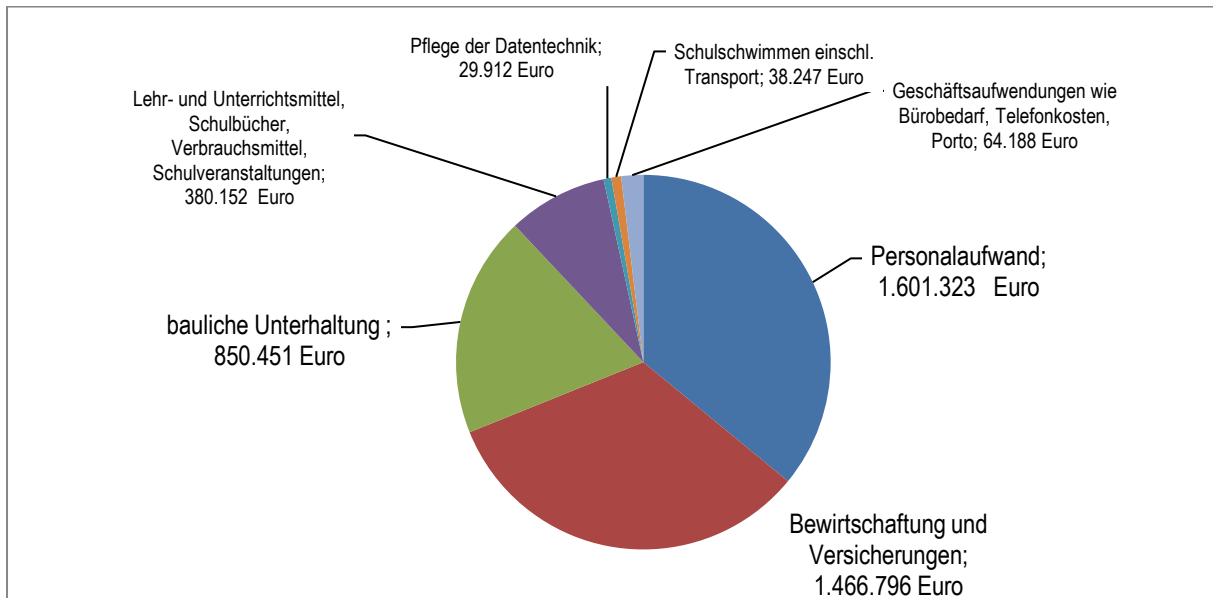
⁵ In diesem Fall ist der Landkreis Drittmittelgeber für die Neugestaltung des Sportplatzes im Rahmen der ELER-Förderung eines Sportvereins.

Sachgebiet Haushalt und Finanzen

Das Sachgebiet ist für die Abwicklung der Haushalts-, Kassen- und Rechnungsangelegenheiten des Amtes zuständig. Im Jahr 2018 betrug das Budget für die zu bewirtschaftenden Produkte rund 19,3 Millionen Euro.

Schulfinanzen

Abbildung 3: Schulfinanzen



In Trägerschaft des Landkreises befinden sich vier Gymnasien, vier Schulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“, zwei Schulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ und das Oberstufenzentrum mit seinen Standorten in Ludwigsfelde und Luckenwalde. Im Jahr 2018 besuchten 4.626 Kinder und Jugendliche diese Schulen. Der bewirtschaftete Gesamtetat für das laufende Geschäft in den kreisangehörigen Schulen betrug ohne Abschreibungen rund 4,5 Millionen Euro.

Investitionen

Die dem Amt für Bildung und Kultur zur Verfügung stehenden Investitionsmittel kamen, wie in den vergangenen Jahren, hauptsächlich den kreisangehörigen Schulen zugute. Die insgesamt 1.251.250 Euro verteilten sich wie folgt:

Tabelle 12: Amts für Bildung und Kultur , Investitionen

Investition	Summe (Euro)
Baumaßnahmen	1.033.990
Beschaffung Datentechnik	89.380
sonstige Ausstattungen	127.880
<i>gesamt</i>	<i>1.251.250</i>

Bei den finanzierten Baumaßnahmen handelt es sich im Wesentlichen um die Fortführung der geförderten Maßnahmen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes. Dabei sind die Inbetriebnahmen des Ergänzungsbaus am Gymnasium Rangsdorf, des Ersatzneubaus am Gymnasium Jüterbog und des ausgebauten Dachgeschosses am Gymnasium Ludwigsfelde für 2020 vorgesehen.

Auf dem Schulhofgelände der Förderschule in Mahlow konnte ein neues Außenspielgerät errichtet werden.

Mit den Mitteln der Datentechnik wurde hauptsächlich die zyklische Erneuerung der Computertechnik in den Schulen vorgenommen. Darüber hinaus konnte der Ausbau des WLAN-Netzes am Gymnasium Ludwigsfelde abgeschlossen werden.

Da die geplanten Ansätze für Datentechnik nur die Erneuerung der vorhandenen Technik berücksichtigten, wurde von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, finanzielle Mittel aus dem Förderprogramm zur Unterstützung des Modellvorhabens „medienfit_sekl“ Medienbildung an weiterführenden Schulen im Land Brandenburg zu akquirieren. Das Programm des Landes ist eine zentrale und zukunftsweisende Maßnahme zur Umsetzung der KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt“. Es wurden für die Gymnasien Ludwigsfelde, Luckenwalde und die Förderschule Mahlow entsprechende Förderanträge beim Ministerium für Bildung, Jugend und Sport gestellt, über die positiv entschieden werden konnte. Das Land gewährte hierbei 90.580 Euro. Das entspricht einer anteiligen Finanzierung von 70 Prozent. Der Landkreis unterstützte das Projekt mit seinem Eigenanteil von 38.820 Euro. Die geförderte IT-bezogene technische Ausstattung (Tablets, interaktive Tafeln, WLAN-Accesspoints u. a.) wurde beauftragt. Wegen des Verfahrensablaufes kann mit der Inbetriebnahme erst zu Beginn des Jahres 2019 gerechnet werden.

Bei den sonstigen Ausstattungen in den kreisangehörigen Schulen wurden finanzielle Mittel überwiegend für den Ersatz von Schulmobiliar, Sportgeräten und hochwertigen Unterrichtsmitteln der Fächer Physik und Biologie eingesetzt. Darüber hinaus erhielt die Kastanienschule in Jüterbog einen neuen Kleinbus, der nun auch die Beförderung eines Schülers im Rollstuhl ermöglicht.

Schulkostenbeiträge

Das Brandenburgische Schulgesetz regelt den Finanzausgleich für die Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit Wohnung oder Ausbildungsstätte außerhalb des Landkreises. Für 236 dieser Personen wurden Schulkosten in Höhe von rund 152.200 Euro anderen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten in Rechnung gestellt. Umgekehrt hat der Landkreis Schulkostenrechnungen in Höhe von rund 1,9 Millionen Euro an andere Landkreise bzw. kreisfreie Städte für 1.793 Kinder und Jugendliche, die nicht im Landkreis Teltow-Fläming beschult werden, erstatten müssen. Darüber hinaus zahlt der Landkreis jährlich die Schulkosten für die Kinder und Jugendlichen der weiterführenden allgemeinbildenden Schulen (Oberschulen, Gymnasium Blankenfelde, Gesamtschule Zossen/Dabendorf) an die Schulträger im Landkreis. Diese Zahlungen betrugen im Jahr 2018 rund 2,4 Millionen Euro für 3.589 Personen.

Schulsozialfonds

Seit dem Jahr 2008 stellt das Land Brandenburg den Schulsozialfonds bereit, der über die Schulträger an die Schulen ausgereicht wird. Diese Mittel werden für Kinder und Jugendliche verwendet, deren Eltern sich in einer finanziellen Notlage befinden. Gefördert werden sollen insbesondere Leistungen, die nicht der Kostentragungspflicht des Schulträgers unterfallen. Hier wurden im Jahr 2018 Aufwendungen in Höhe von rund 2.230 Euro für 55 Personen geleistet. Sie erhielten Dinge, die von der Lernmittelfreiheit ausgenommen sind. Dazu gehörten u. a. Arbeitshefte, Bekleidung für das Schülerpraktikum und für den Schwimmunterricht, Kopfhörer sowie sonstiger Schulbedarf, wie Füller, Stifte, Blöcke, Scheren, Klebestifte u. ä. Es wurden ferner Unterstützungen für Bildungsfahrten gewährt, die nicht über Bildung und Teilhabe finanziert werden konnten.

Landesmittel Weiterbildung

Im Jahr 2018 erfolgte die Vergabe von 175.579,80 Euro Landesmitteln im Rahmen der Weiterbildungsgrundversorgung an vier anerkannte Träger der Erwachsenenbildung des Landkreises entsprechend dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz. Dabei wurden 7.909 Unterrichtsstunden gefördert.

Die anerkannten Einrichtungen der Erwachsenenbildung tragen nicht nur zur Grundversorgung im Landkreis bei, sondern werden mit ihren Vertretern als Mitglieder im regionalen Weiterbildungsbeirat des Kreises gemäß Brandenburgischem Weiterbildungsgesetz in anderer Weise tätig. So hat der regionale Weiterbildungsbeirat am 7. September 2018 im Rahmen der bundesweit stattfindenden Veranstaltungen zum Deutschen Weiterbildungstag einen regionalen Weiterbildungstag unter dem Motto: „Digitale Weiterbildung und Medienkompetenzen“ in der Kreisverwaltung organisiert und erfolgreich durchgeführt. In dieser Veranstaltung haben Vertreter der Weiterbildungseinrichtungen des Landkreises Teltow-Fläming aktuelle Projekte vorgestellt und diese mit den Teilnehmern der Veranstaltung offen diskutiert. Als Teilnehmer waren neben den Vertretern der Weiterbildungseinrichtungen, auch Vertreter der Wirtschaftsförderung, der Innungen, der IHK, der Kommunal- und Landespolitik, Hauptverwaltungsbeamte, der Arbeitsagentur, des Jobcenters, Vertreter des MBJS u. a. geladen und erschienen.

Volkshochschule Teltow-Fläming

Vielfalt in der Weiterbildung

Der Landkreis als kommunaler Träger der VHS garantierte auch im Jahr 2018 ein verlässliches und erreichbares Weiterbildungsangebot für alle Bürgerinnen und Bürger. Mit ca. 6.500 Belegungen wurden 781 Veranstaltungen der gesellschaftlichen, gesundheitlichen, kulturellen, sprachlichen und beruflichen Weiterbildung erfolgreich durchgeführt. Einen großen Anteil an den Veranstaltungen haben die vielen neben- und freiberuflichen Lehrkräfte. Diese leisten eine hervorragende Arbeit.

Mit dem Zweiten Bildungsweg ermöglichte die VHS jungen Erwachsenen das Nachholen eines Schulabschlusses. Zum Schuljahresende 2017/2018 erreichten 33 Absolventinnen und Absolventen der 10. Klasse gute und sehr gute Ergebnisse und wurden feierlich verabschiedet. Für das Schuljahr 2018/2019 meldeten sich 77 junge Menschen für die 9. und 10. Klasse an.

VHS und ihr Grundbildungszentrum

Die VHS beantragte im April 2017 erfolgreich eine Projektzuwendung aus dem Förderprogramm „Maßnahmen zur Alphabetisierung und Grundbildung“ aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) im Förderzeitraum von 2015 bis 2020 für das Grundbildungszentrum. Die VHS verstetigte 2018 das nachhaltige Netzwerk „Alphabündnis Teltow-Fläming“ im Landkreis und konnte drei weitere Netzwerkpartner gewinnen. Das GBZ produzierte einen Filmspot zum funktionalen Analphabetismus mit Lernenden. Der Filmspot wurde im Luckenwalder Kino zu verschiedenen Veranstaltungen im Vorprogramm gezeigt. Im Jahr 2018 suchten insgesamt 498 Teilnehmer/-innen das Lernstudio auf.

VHS als Prüfungszentrum

Folgende Prüfungsleistungen hat die VHS im Jahr 2018 erbracht:

- 28 telc-Prüfungen (allgemeine Sprachentests, Test-Leben in Deutschland, Deutschtest für Zugewanderte) für 188 Teilnehmende
- 10 TestAS – Studierfähigkeitstest und TestDAF – Sprachprüfung für 90 Studierende (Testzentrum der g.a.s.t.)
- 5 Einbürgerungstests mit 54 Teilnehmenden
- 2 Xpert-Prüfungen (für Weiterbildungen in der Betriebswirtschaft)

VHS und Weiterbildung 4.0

Mit dem Konzept „Digitale Weiterbildung für alle“ führte die VHS den digitalen Wandel im Bildungsbereich fort. So konnte die VHS aus Mitteln des Ministeriums für Jugend, Bildung und Sport des Landes Brandenburg zwei Seminarräume mit jeweils einem modernen Paneel ausstatten. Damit ist der Standort in Luckenwalde, Dessauer Str. 25 mit einer digitalen Infrastruktur ausgerüstet.

Kultur macht stark – Bündnisse für Bildung

In einer engen Kooperation der VHS mit der Gemeinde Nuthe-Urstromtal wurden mehrere talentCAMPus-Projekte aus der Förderung „Kultur macht stark“ für Kinder und Jugendliche im Alter von zehn bis 16 Jahren als Ferien-Bildungsprojekt durchgeführt. Es wurde ein Drehbuch weiterentwickelt. Der Film „Der Fluch von Hennickendorf 2“ wurde gedreht.

Ein weiteres Projekt beschäftigte sich mit dem Kunstthema Graffiti. Die Teilnehmenden gestalteten unter professioneller Anleitung die Bahnunterführung in Woltersdorf.

Kreismedienzentrum

Das Kreismedienzentrum bildet eine Struktureinheit aus **Kreisergänzungsbibliothek**, **Fahrbibliothek** und **Kreisbildstelle**.

Der gesamte Medienpool physischer und elektronischer Medien wird genutzt, um die mobile Bibliotheksversorgung durch die Fahrbibliothek im Landkreis zu gewährleisten und die Schulen, Öffentlichen Bibliotheken und andere Bildungseinrichtungen mit physischen und elektronischen Medien zu versorgen. Insgesamt wurden 73.509 Entleihungen erzielt. Es kamen 21.511 Besucher in die drei Einrichtungen.

Der Bestand mehrsprachiger beziehungsweise fremdsprachiger Medien und Themenboxen wurde durch die Förderung von MBS-Mitteln auch 2018 ergänzt. So wird den Asylsuchenden und Flüchtlingen im Landkreis ermöglicht, die Bibliotheken aufzusuchen und die deutsche Sprache zu lernen.

Das Kreismedienzentrum kann im Jahr auf 77 durchgeführte Veranstaltungen sowie gemeinsame, lesefördernde und literarische Aktionen mit insgesamt 5.817 Kindern und Erwachsenen zurückblicken. Zu den wichtigsten zählten unter anderem:

- Kreisentscheid zum 59. Vorlesewettbewerb des Deutschen Buchhandels im Kreishaus, gemeinsam durchgeführt mit der Kreismusikschule
- Veranstaltungsreihe mit den Öffentlichen Bibliotheken des Landkreises „Lange Nacht der Bibliotheken im Landkreis Teltow-Fläming“ zum 12. Mal in Zusammenarbeit mit dem Autor Michael Schmal zum ersten Mal in zwei Seniorenheimen
- Kinderfilmfest mit pädagogisch wertvollen Filmvorführungen und An- und Abmoderationen für die Klassen 1 bis 10 mit insgesamt 2.174 Besuchern

Kreisergänzungsbibliothek

Die Kreisergänzungsbibliothek lud die Leitungen der Öffentlichen Bibliotheken im Landkreis quartalsmäßig zur Kreisarbeitsgemeinschaft ein. Ziel dieser Zusammenkünfte war neben dem fachlichen Erfahrungsaustausch unter anderem auch die Planung von Autorenlesereisen und des Projektes „Lange Nacht der Bibliotheken“. Das Verbundprojekt „Digitale Ausleihe über Ciando“ mit einigen öffentlichen Bibliotheken des Landkreises wurde auch 2018 als Zusatzangebot mit 12.921 E-Medien von den Nutzern sehr gut angenommen. Hier wurde eine Steigerung im Verbund mit insgesamt 9.934 Entleihungen erzielt. Das Kreismedienzentrum hat für alle Mitarbeiter der Öffentlichen Bibliotheken eine Fortbildung zum Thema: „FreeGall Music – Musik streamen, ein neues zeitgemäßes Medienangebot für die Nutzer der Bibliotheken im LK Teltow-Fläming“ organisiert. Dieses Projekt wurde im Verbund 2017 vorbereitet und wird 2019 gestartet.

Fahrbibliothek

Die Fahrbibliothek fährt im Vier-Wochen-Rhythmus 158 Haltepunkte im Landkreis an. Im Jahr konnten während den Ausleihen insgesamt 18.779 Besucher/-innen verzeichnet werden. Darunter waren viele Interessenten aus Kindertagesstätten, Schulen, Horten und Seniorenheimen.

1.226 Personen sind als Nutzer registriert. Davon sind Kinder die stärkste Gruppe – 678 verfügen über einen Bibliotheksausweis. Unter den Nutzern sind zudem 197 Menschen ab 60 Jahren.

Es wurden unter anderen Einführungen in die Fahrbibliothek, Autorenlesungen für Kinder aus Kindertagesstätten, Schulen und Horten durchgeführt, um das Interesse am Lesen zu fördern. Zwei Schulen gestalteten ihren Unterricht direkt in der Fahrbibliothek. Inzwischen bestehen Kooperationsverträge mit drei Schulen. Außerdem bekunden zwei weitere Schulen ihr Interesse, mit der Fahrbibliothek ebenfalls Kooperationsverträge abzuschließen und so die Zusammenarbeit zu vertiefen. Beim Projekt „Lesewoche“ in einer Grundschule war die Fahrbibliothek mit einem Autor vor Ort.

Aber auch die vorhandenen Medienpakete zu bestimmten Themen (so genannte Themenboxen), die in diesem dank der MBS-Förderung ergänzt wurden, Filme und Lesungen wurden und werden gern genutzt, um den Unterricht zu unterstützen und zu ergänzen. So können für die Klassen 1 bis 6 Klassensätze mit Unterrichtsmitteln zur Ausleihe angeboten werden.

Bei kreislichen Höhepunkten wie „20 Jahre Bücherstadt“ und dem Kreiserntefest war die Fahrbibliothek vertreten. So informierte sich auch der Ausschuss für Bildung und Kultur in der Fahrbibliothek vor Ort.

Kreisbildstelle

Die Kreisbildstelle verzeichnete 2018 folgende Entleihungen:

- 7.315 Medien physisch
- 3.299 Medien online
- 154 Geräte

An nachfolgenden Einrichtungen wurden Filmprojekte begleitet und unterstützt:

- Volkshochschule Teltow-Fläming – zweiter Bildungsweg
- Gebrüder-Grimm-Grundschule Ludwigsfelde mit ca. 50 Schüler
- Jugendklub Treffpunkt 29 (Filmprojekt „Wandertag“) und Trickfilmherstellung mit ca. 15 Jugendlichen
- Katastrophenschutz – Filmaufnahmen bei der Ausbildung oder Übungen
- Grundschule „Am Pekenberg“ Zülichendorf
- OSZ Teltow-Fläming Trickfilmherstellung mit 7 Personen
- Vorlesewettbewerb

Zum achten Mal wurde das Kinderfilmfest des Landes Brandenburg im Kreishaus durchgeführt. Das Angebot richtete sich an Schüler/-innen der ersten bis zehnten Klassen. Das Filmfest erfreut sich zunehmender Beliebtheit. 2.174 Kinder und Erwachsene sahen 2018 die Filme.

Kreismusikschule Teltow-Fläming

Statistische Angaben

Im Dezember 2018 wurden insgesamt 1.185 Personen unterrichtet. 156 von ihnen belegten zusätzlich in 350 Unterrichtseinheiten ein zweites, mitunter auch noch ein drittes Fach. Auf der Warteliste stehen 77 Personen. Derzeit unterrichten 16 fest angestellte und 26 freie Lehrkräfte.

In 130 Veranstaltungen spielten kleine und große Ensembles vor mehr als 20.000 Gästen im gesamten Kreisgebiet. Zum Auftritt luden Firmen, Vereine, Städte und Gemeinden sowie Kirchen und Krankenhäuser ein. Die Ensembles traten beispielsweise zur Übergabe der Gesellenbriefe, zur Zeugnisübergabe in Schulen, bei Neujahrsempfängen, Feiern für ältere Menschen, bei Jubiläen oder Einweihungen auf.

Darüber hinaus gehört die Teilnahme an vom Verband der Musik- und Kunstschulen initiierten Veranstaltungen fest in den Terminkalender der Musikschule. So nahmen an der Konzertreihe „Musikschulen öffnen Kirchen“ zwei Ensembles teil („TonFall“ und „projekT Folk“ in den Kirchen Görsdorf/Dahmetal, Woltersdorf und Trebbin). Die Kreismusikschule ist im Projekt „Klasse! Musik für Brandenburg“ mit der Geschwister-Scholl-Grundschule Jüterbog aktiv und mit zwei Schülern in den Spitzenensembles des Landes, „Junge Philharmonie Brandenburg“ und „LaJJazzO junior“, vertreten.

Höhepunkte des Jahres

Hier ist traditionell das Luckenwalder Turmfest zu erwähnen, an dem die Kreismusikschule mit vier Ensembles teilnahm: *Keksorchester*, *Keyboardorchester*, *Bigband* und *Blechtschaden*. Etwas Besonderes waren auch die Schuljahresabschlusskonzerte in Verbindung mit einem Hoffest in Jüterbog und Luckenwalde. Gemeinsam mit den jeweiligen Fördervereinen wurden zwei Nachmittage als Familienfeste gestaltet.

Das Stadttheater Luckenwalde war gleich mehrfach Bühne für die Schülerinnen und Schüler. Im Januar erlebte die „Rockoper 2.0“ eine Wiederholung, und im Juni gab es gleich zwei Aufführungen von „Käpt'n Blaubär“, einer Produktion in Zusammenarbeit mit der Kita „Vier Jahreszeiten“ der Volkssolidarität. Im Dezember folgte dann das traditionelle Weihnachtskonzert. Alle Veranstaltungen waren nahezu ausverkauft.

Probenlager

Gleich drei Probenlager und Workshops wurden 2018 durchgeführt. Die Ensembles TonFall, projekTFolk sowie das Keyboardorchester übten intensiv für jeweils drei Tage in Kloster Zinna, Wahlsdorf und Trassenheide. In anschließenden Konzerten wurde das Gelernte präsentiert.

Weiterbildungen

An insgesamt 63 Weiterbildungstagen wurden neun Lehrkräfte und eine Verwaltungsmitarbeiterin in ihren pädagogischen Kenntnissen und in verwaltungstechnischem Wissen intern und extern weitergebildet.

Einige weitere ausgewählte Veranstaltungen im Kreisgebiet

9. Januar	Mitwirkung beim Neujahrskonzert der Jungen Philharmonie Brandenburg und des LandesjugendJazzorchesters im Berliner Konzerthaus
19. Januar	Neujahrsempfang zum Thema „Sport in Teltow-Fläming“ (TrommelFieber, TastenFeuer und TaktgeFühl)
19. April	musikalische Umrahmung des Stiftungsempfangs im Schloss Baruth/Mark (Kauert)
4. Mai	musikalische Umrahmung einer Festveranstaltung der Schule Trebbin (Kauert)
27. Juni	Auftritt des Renaissance-Ensembles im Max-Planck-Institut, Berlin-Dahlem
7. bis 9. September	Mitwirkung am Stadtfest in Weill am Rhein (The TwelFes)
28. September	musikalische Umrahmung der Zeugnisübergabe des DRK im Stadttheater Luckenwalde (TaktgeFühl)
3. Oktober	Mitwirkung beim Herbstfest in Trebbin (TaktgeFühl, TastenFeuer)
8. November	musikalische Umrahmung einer Veranstaltung der Feuerwehr des Landkreises (TastenFeuer)
9. November	musikalische Umrahmung der Übergabe des Wirtschaftspreises TF in Schönhagen (TaktgeFühl)

Museum des Teltow

Das Museum des Teltow kann für das Jahr 2018 nachfolgende Ereignisse und Besonderheiten vorweisen:

- Vernetzungs- und Weiterbildungsveranstaltung mit Ortschronisten im April 2018
- Vortrag bei der „Seniorenakademie Blankenfelde“ im November 2018
- Organisation und Durchführung einer Weiterbildungsveranstaltung für Leitende und Beschäftigte von Museen und Heimatstuben des Landkreises Teltow-Fläming
- Mitarbeit in der Projektgruppe „Museum in der Natur - Dokumentations- und Forschungszentrum Kummersdorf-Gut“
- Unterstützung von Ortschronisten bzw. Ortschronistengruppen in mehreren Gemeinden
- fachliche Beratung des Ausschusses für Soziales und Kultur der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow bezüglich eines künftigen Ortswappens
- Fortführung der Kooperationsvereinbarung mit dem Kulturverein Blankenfelde e.V.
- Unterstützung mehrerer regionalgeschichtlicher Projekte im Landkreis
- als besonderer Höhepunkt der Ausstellungstätigkeit: Sonderausstellung „Landmaschinenbau in Ostdeutschland gestern & heute“ mit anschließender Weitergabe an das IFA-Museum Nordhausen
- Betreuung von wissenschaftlichen und Hobbyforschern im Museum, die die Museumsbibliothek und das Museumsarchiv genutzt haben,
- Vertretung des Museums auf Landesebene, insbesondere im Museumsverband des Landes Brandenburg e. V.

Darüber hinaus wurden ursprünglich vom Museum des Teltow erarbeitete Ausstellungen auch anderenorts gezeigt. Das Museum hat sowohl seine Sammlungsbestände vielfältig zur Verfügung gestellt als auch beratend mitgewirkt. Auf diese Weise konnten Schulen, Vereine und andere Einrichtungen unterstützt werden. Der Museumsleiter organisierte zudem mehrere gut besuchte Vorträge außerhalb des Museums, unter anderem auch im Auftrag der Volkshochschule des Landkreises.

Das Heimatjahrbuch berichtete erneut über historische und aktuelle Geschehnisse im Landkreis, befasste sich inhaltlich mit Brauchtum und Heimatpflege und trug so zur Stärkung der regionalen Identität bei.

Die klassische museale Tätigkeit – nach museologischen Kriterien sammeln, bewahren, forschen und vermitteln – wurde intensiv weitergeführt.

Sachgebiet IT-Service

Schwerpunkt Migration von Hard- und Software

In Zeiten wachsender Bedrohung durch Cyberkriminalität ist die zyklische Erneuerung zentraler Hardware-Infrastrukturkomponenten und damit verbundener Migration der im Einsatz befindlichen Software auf aktuelle Systemversionen unabdingbar. Dazu zählen u. a. Betriebssysteme, Datenbanken, Mail und Groupware Software. Aus diesem Grund stand 2018 ganz im Zeichen der Migration.

E-Mail-Kommunikation

Die im Jahr 2017 begonnene Migration der Mail- und Groupware Software Exchange auf eine aktuelle Version (Microsoft Exchange Server 2016) wurde 2018 abgeschlossen.

Die Kreisverwaltung Teltow-Fläming stellt neben den 870 persönlichen E-Mail-Postfächern der Beschäftigten und allgemeinen 199 funktionalen Postfächern und Verteilergruppen weitere 441 persönliche E-Mail-Postfächer und 150 allgemeine Konten bzw.

Verteilergruppen für die Lehrkräfte der Schulen in Trägerschaft des Landkreises zur Verfügung.

Die vertrauliche/verschlüsselte E-Mail-Kommunikation auf Basis von Zertifikaten mit dem Jobcenter, welche 2017 zuerst dem Jugend- und Sozialamt zur Verfügung gestellt wurde, wurde nun auch dem Amt für zentrale Steuerung, Organisation und Personal und dem Büro der Landrätin ermöglicht.

IT-Sicherheitskonzepte/Umsetzung DSGVO

Die Erarbeitung von IT-Sicherheitskonzepten für zentrale Infrastrukturkomponenten beanspruchte große Zeitressourcen des IT-Service. Daneben wurden auch die Fachämter bei der Erarbeitung von Sicherheitskonzepten und Verarbeitungsverzeichnissen ihrer Fachanwendungen unterstützt. Das bevorstehende Roll-out einer neueren Office-Version der Kernverwaltung wurde konzeptionell unter anderem mit der Erstellung von Sicherheitskonzepten und eines Verarbeitungsverzeichnisses vorbereitet. Da der Gesetzgeber kein Formular für die Erstellung der Verarbeitungsverzeichnisse vorgegeben hat, hat der IT-Service ein digital ausfüllbares Muster für die Kreisverwaltung erstellt, das in Zusammenarbeit mit dem IT-Sicherheitsbeauftragten und dem Datenschutzbeauftragten finalisiert wurde und allen Fachämtern zur Verfügung steht.

Anbindung Außenstellen

Die Außenstelle in Blankenfelde-Mahlow wurde an das IT-Netz der Kreisverwaltung angebunden.

WLAN für papierlose Kreistagsarbeit

Der IT-Service erstellte ein Konzept für eine zentral verwaltete WLAN-Infrastruktur in ausgewählten Räumen der Kreisverwaltung zur Unterstützung der papierlosen Kreistagsarbeit für Kreistagsabgeordnete, geladene sachkundige Bürger und gemeldete Gäste. Es handelt sich nicht um einen öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienst, sondern um ein beschränktes WLAN mit Zugriff auf das Internet. Die technische Umsetzung war im 2. Quartal 2018 abgeschlossen. Nach erfolgter rechtlicher Prüfung steht diese Infrastruktur ab 2019 zur Nutzung zur Verfügung.

Qualifizierung und Erfahrungsaustausch

Für die effektive Nutzung der IT-Systeme und guten Bürgerservice ist u. a. eine permanente Qualifikation der Beschäftigten wichtig. Der IT-Service leistete auch 2018 seinen Beitrag dazu. Ein Mitarbeiter des IT-Service führte 25 In-House-Schulungen zu Office-Produkten (Word, Excel, Outlook, PowerPoint, OneNote) durch. Die angebotenen Schulungen fanden großes Interesse, so dass 166 Teilnahmezertifikate ausgegeben werden konnten.

Zusätzlich wurden 4 Schulungen für die Arbeit mit dem Geographischen Informationssystem angeboten, an denen 23 Beschäftigte teilnahmen. Aber auch die Beschäftigten des IT-Service qualifizierten sich in 9 unterschiedlichen Schulungsveranstaltungen. So wurden für alle Beschäftigten des IT-Service In-House-Schulungen zum Thema EU-Datenschutzgrundverordnung sowie für das im Einsatz befindliche Ticketsystem durchgeführt. Weitere Schwerpunkte der Schulungen waren Weboffice, IT-Sicherheit und Vergaberecht.

Beschäftigte des IT-Service nehmen regelmäßig an Erfahrungsaustauschen in Arbeits- und Nutzerkreisen sowie Konferenzen der TUIV AG Brandenburg teil bzw. leiten diese selbst. So arbeiten der Arbeitskreis Schulbetreuer IT sowie der ESRI-Nutzerkreis unter Leitung von Beschäftigten des IT-Service. Des Weiteren arbeitet der Leiter des Arbeitskreises Schulbetreuer IT in der Arbeitsgemeinschaft Medienbildung der kommunalen Spitzenverbände und des MBS als Vertreter der TUIV AG Brandenburg mit.

Neue Funktionalitäten im Geoportal

Für die On- und Offline Bearbeitung von Geo-Daten (z. B. Wasserentnahmestellen, Brandschadenspunkte und Flächen, Sirenen, Feuerwachen) durch das Sachgebiet Brand- und Katastrophenschutz wurde eine Web-App in Betrieb genommen.

Medienkonzepte für Schulen

Die fortschreitende Einbindung von Informationstechnik in den Schulbetrieb fordert eine permanente Fortschreibung der Medienentwicklungskonzepte in den Schulen. Die Gymnasien Luckenwalde und Ludwigfelde sowie die Förderschule Mahlow bewarben sich mit ihren Konzepten erfolgreich am Modellvorhaben des Landes Brandenburg „medienfit_sek1“ mit einer Förderung von 70 Prozent. Ein Schwerpunkt des Mitteleinsatzes war hierbei die Bereitstellung von geeigneten mobilen Endgeräten. In Zukunft soll es eine Eins-zu-eins-Ausstattung für alle Lernenden mit dem gleichzeitigen Rückbau der vorhandenen Desktop-Geräte auf ein notwendiges Minimum geben.

Ein neuer Unterrichtsraum-Grundstandard, welcher den zukünftigen medialen Anforderungen genügt (Video, Audio, Anzeige, Interaktivität, Beschallung, Beleuchtung, Raumverdunkelung) wurde definiert und begonnen umzusetzen.

WLAN-Infrastrukturen/Breitbandanbindung in den Schulen

Die im Jahr 2017 begonnene Ausstattung der Schulen mit WLAN-Infrastrukturen im Gymnasium Rangsdorf (Pilotprojekt) und in der VHS wurde 2018 im Gymnasium Ludwigsfelde fortgesetzt und mit einer WLAN-Ausleuchtung im Gymnasium Luckenwalde für 2019 vorbereitet. Somit steht hier in einem weiteren Gymnasium ein modernes, ausfallsicheres und controllerbasiertes WLAN-Netzwerk für den Schulbetrieb zur Verfügung. Die zukünftige Ausrichtung der Bereitstellung von Lehr- und Lernmitteln wird im Online-Bereich liegen (Medien, Schulcloud, Lernplattformen). Aus diesem Grund ist es notwendig, Internetanschlüsse mit geeigneter Bandbreite zur Verfügung zu stellen. Im Jahr 2018 wurden hierzu das Gymnasium Luckenwalde und das Oberstufenzentrum mit einer Bandbreite von 50 Mbit/s ausgestattet.

Zur Erhöhung der Ausfallsicherheit von IT in den Schulnetzwerken tragen der Ausbau der Virtualisierung und die Schaffung von weiteren Redundanzen für zentrale Infrastrukturkomponenten bei.

DEZERNAT II

Stabsstelle Grundsatzsachbearbeitung SGB II

Der Landkreis verfügt mit der Stabsstelle über ein bewährtes Steuerungsinstrument für die Trägeraufgaben im Jobcenter und die Kommunikation mit der Bundesagentur für Arbeit.

Die Zusammenarbeit der beiden Träger der Grundsicherung war 2018 von erhöhten Integrationsbemühungen für Langzeitarbeitslose und deren Familien geprägt. Die Zahl erwerbsfähiger Langzeitarbeitsloser ist somit spürbar gesunken. Als zentrale Schnittstelle des Landkreises zum Jobcenter wurde die kommunale Mittelverwendung im Jobcenter wegen der angespannten Haushaltssituation weiter einem Monitoring unterzogen. Die Stabsstelle kann zeitnah den kommunalen Finanzierungsanteil sowie den Aufwand für die Kosten der Unterkunft darstellen.

Einen Schwerpunkt bilden die Digitalisierungsanforderungen der nächsten Jahre im Jobcenter sowie das Finanzcontrolling für das gesamte Jobcenter.

Für die Dienstleistungsangebote der Bundesagentur für Arbeit erfolgte eine genauere Kostenbetrachtung. Insbesondere der Dienstleistungseinkauf „Forderungseinzug“ stand unter dem kritischen Blick der Stabsstelle.

Ein Schwerpunkt des Jahres 2018 war die durch die Stabsstelle begleitete Einführung der Ergebnisse zur Neuerhebung der Kosten der Unterkunft. Um den Anforderungen des Gesetzgebers und der Sozialgerichtsbarkeit gerecht zu werden, beauftragte der Landkreis Teltow-Fläming die Beratungsgesellschaft Rödl & Partner mit der Erstellung einer Mietstrukturanalyse. Darauf aufsetzend ist eine neue Handlungsempfehlung erarbeitet und durch den Kreistag beschlossen worden.

Die Stabsstelle vermittelte weiterhin lösungsorientiert bei Beschwerden sowie Problemfällen zwischen den Bürgerinnen/Bürgern und dem Jobcenter. Sie unterstützte Hilfebedürftige bei der Wohnungssuche im Landkreis. In vielen Fällen geht es nicht mehr um die Weiterleitung von Beschwerden, sondern um eine Beratung oder um Erklärung von Sachverhalten.

Schulungen im Leistungsbereich des Jobcenters

Im Berichtszeitraum führte die Stabsstelle vier Anwenderschulungen zur neuen „Handlungsempfehlung zu den Kosten der Unterkunft“ für die Mitarbeiter des Leistungs- und Eingangszonenbereiches im Jobcenter durch.

Einen weiteren Schwerpunkt bildeten die Netzwerkarbeit und der Austausch mit Partnern im Arbeitsmarkt und in anderen Landkreisen zur Beschäftigungsförderung von hilfsbedürftigen Bürgern und Geflüchteten sowie zu den bevorstehenden Fragen der Digitalisierung.

Die Stabsstelle ist ständiger Vertreter im Deutschen Landkreistag und beratender Vertreter in der Bund-Länder-Kommission „Verwaltungskosten“.

Wohnraumversorgung

Die Wohnraumknappheit in den Kommunen des Landkreises steht in der öffentlichen Diskussion weiter ganz vorne. Es ist dabei unumstritten, dass die steigenden Mieten und Mietnebenkosten immer größeren Teilen der Bevölkerung den Zugang zum Wohnungsmarkt erheblich erschweren. Vor allem mittlere und untere Einkommensklassen haben zunehmend Probleme, bezahlbaren Wohnraum zu bekommen.

Die in der Stabsstelle integrierte Wohnraumberatung ermöglicht die Ermittlung der ortsüblichen Angebotsmieten für frei finanzierte Wohnungen. Die ermittelten Daten dienen der Markttransparenz für Mieter und Vermieter. Weiterhin sind sie Datengrundlage für die Beratung Wohnungssuchender. Es wird zunehmend schwerer, reale, aktuelle Mietdaten zu erfragen und zu erheben.

Um den Herausforderungen des angespannten Marktes zu begegnen, wurden Gespräche mit kommunalen Vermietern zur Versorgung der SGB-II- und SGB-XII-Bezieher mit Wohnraum geführt und weitere Akteure darüber informiert. Zudem wurde der Leistungsbereich im Jobcenter geschult, um die Hilfebedürftigen besser beraten zu können.

Die Angebotsmieten, die der Landkreis selbst aufbereitet und dokumentiert, stehen in Datensätzen für das untere Wohnungssegment zur Verfügung. Trotzdem mussten vermehrt Einzelfalllösungen bei der Versorgung mit Wohnraum mit dem Jobcenter abgesprochen und dokumentiert werden, um den Wohnungsmarkt für die Hilfebedürftigen weiter zu öffnen.

Besonders erwähnenswert ist die sehr gute Zusammenarbeit mit dem Bereich Soziale Grundsicherungsleistungen SGB XII. Die Zahl der Mischbedarfsgemeinschaften steigt, und nicht selten gehen die Mitglieder dieser Bedarfsgemeinschaften aus dem Jobcenter fließend in den Bezug von Grundsicherungsleistungen nach dem SGB XII über.

Im Jahr 2018 funktionierte die Zusammenarbeit der beiden Träger, des Jobcenters sowie der Akteure am Arbeitsmarkt mit der Stabsstelle reibungslos. Eine gute Kommunikation und eine breite regionale Vernetzung bleiben der Schlüssel zum Erfolg.

Sozialamt

Regionalkonferenzen Soziales

Die halbjährlich stattfindenden Regionalkonferenzen Soziales wurden im Jahr 2018 an zwei Standorten im Landkreis Teltow-Fläming weitergeführt, jeweils einmal im nördlichen und einmal im südlichen Bereich. Diese Regionalkonferenzen Soziales verfolgen das Ziel, aktuelle Themen aus dem sozialen Bereich (wie zum Beispiel Bundesteilhabegesetz, Änderung von Pflegestufen in Pflegegrade, Sozialatlas) und spezielle Fachdienste (Schuldnerberatung, Pflegestützpunkt) bekannt zu machen. Zielgruppen sind die Akteure der Träger der Wohlfahrtspflege (ambulante und stationäre Einrichtungen wie Sozialstationen, Pflegeheime), die Städte und Gemeinden im Landkreis.

Die Veranstaltungen im ersten Halbjahr 2018 fanden in den Städten Zossen und Jüterbog statt.

Themen waren:

- Leistungen für Bildung und Teilhabe
- aktuelle Entwicklung im Asylbereich und Auszugsmanagement
- Entlassungsmanagement aus einer stationären medizinischen Einrichtung

Die Teilnehmenden im zweiten Halbjahr 2018 trafen sich in den Sitzungssälen der Stadt Baruth/Mark und der Gemeinde Nuthe-Urstromtal.

Themen waren:

- Netzwerk Gesundheitsdienstleister – barrierefreies Bauen
- 4. Handlungsempfehlung zu den angemessenen Bedarfen für Unterkunft und Heizung
- Richtlinie zur Förderung ambulanter sozialer Dienste im Landkreis Teltow-Fläming
- Ausführungen zum aktuellen Stand der Umsetzung des Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz)

Sozialhilfe und sonstige Betreuungsangelegenheiten

Das Sachgebiet 50.1 besteht aus drei Funktionsbereichen: Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, Hilfen zur Pflege und Betreuungsbehörde. Jeder Funktionsbereich erfüllt Aufgaben für Menschen, die ohne Hilfen nicht am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Die Funktionsbereiche arbeiten eng zusammen.

Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

Die besondere Herausforderung ist die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, die in mehreren Schritten bis zum 1. Januar 2023 in das SGB IX vollständig übergehen wird. Die Bundesregierung bezweckt damit die konkrete Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und eine bessere Unterstützung und Versorgung von Menschen mit Behinderungen. Oberste Priorität hat die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft und eine flächendeckende Barrierefreiheit.

Das Sozialamt ist Träger der Eingliederungshilfe und somit verantwortlich für die allumfassende Teilhabeplanung unter Hinzuziehung aller Rehabilitationsträger (Jugendämter, Krankenkassen, Rentenkassen, Bundesagentur für Arbeit, Jobcenter etc.). Im Land Brandenburg gilt der Integrierte Teilhabeplan (ITP) als Instrument der Teilhabeplanung ab 1. Januar 2019 (Rundschreiben LASV vom 21. Dezember 2018). Hierfür ist es erforderlich, die Fachkräfte bei der Anwendung des ITP Brandenburg fortzubilden und ausreichend Fachkräfte zur Erfüllung der Pflichtaufgaben vorzuhalten. Für das Jahr 2018 wurden daher für den Funktionsbereich Eingliederungshilfe vier Sachbearbeiterstellen und fünf Sozialarbeiterstellen zusätzlich geschaffen. In Vorbereitung auf die neuen Aufgaben wurden Inhouse-Seminare und Seminare bei Bildungsträgern durchgeführt.

Zudem hat sich der Landkreis Teltow-Fläming für die modellhafte Erprobung für die Jahre 2018 bis 2021 erfolgreich beworben. Das Modellprojekt wird vom Bundesministerium für Soziales gefördert und evaluiert. Es soll untersucht werden, ob sich das neue Gesetz (SGB IX) in der jetzt gültigen Fassung für die behinderten Menschen umsetzen lässt oder ob Änderungen vorgenommen werden müssen. Zudem soll ein Vergleich zwischen der bisherigen Gesetzgebung im SGB XII und der neuen Gesetzgebung im SGB IX erfolgen. Diese Ergebnisse fließen ebenfalls in die Evaluation ein.

Die Leistungen der Eingliederungshilfe werden von den Hilfen zum Lebensunterhalt ab 1. Januar 2020 getrennt. Das bedeutet, dass die Leistungsberechtigten mehrere Hilfen nach unterschiedlichen Gesetzen erhalten können: die Eingliederungshilfe nach dem SGB IX, die Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII. Gerade bei der Zuordnung der Kosten der Unterkunft in besonderen Wohnformen (bis jetzt vollstationäre Einrichtungen) wird eine Splittung erfolgen, nämlich in die angemessenen Kosten der Unterkunft nach dem SGB XII für den eigenen Wohnraum und in die Eingliederungshilfe nach dem SGB IX für die Nutzung von Gemeinschaftsräumen der Tagesstruktur und individuellen Förderung behinderter Menschen.

Die Verbände der freien Wohlfahrtspflege nehmen zahlreiche Aufgaben wahr und halten entsprechende Angebote für behinderte und pflegebedürftige Menschen vor. Der Sozialhilfeträger und der Träger der Eingliederungshilfe arbeiten mit den Verbänden unter Berücksichtigung des Wunsch- und Wahlrechts der betroffenen Menschen weiterhin eng zusammen. Die Angebote fördern die Selbstständigkeit, Selbstbestimmung und soziale Teilhabe von behinderten und pflegebedürftigen Menschen mit und ohne Demenz und entlasten daneben die Angehörigen. Zu den Angeboten gehören beispielsweise:

- aufsuchende Hilfen in der Häuslichkeit,
- Hilfen in betreuten Wohngemeinschaften und Wohnstätten,
- allgemeine Beratungsangebote,
- die Schuldnerberatung,
- die Betreuung in Frauenhäusern,
- familienentlastende Dienste,
- alltagsunterstützende Angebote.

Betreuungsbehörde

Sofern eine gesetzliche Betreuung beim Amtsgericht angeregt wird, erstellen die Mitarbeiter/-innen der Betreuungsbehörde einen ausführlichen Sozialbericht und geben eine Empfehlung zur Einrichtung einer gesetzlichen Betreuung an das Amtsgericht. Dazu gehören auch Zuarbeiten im Falle von Eilbetreuungen, die innerhalb kürzester Zeit zu entscheiden sind. Hierfür steht den Beschäftigten der Betreuungsbehörde nur ein Zeitfenster von drei bis fünf Werktagen zur Verfügung. In bestimmten Fällen werden sie auch als Verfahrenspfleger vom Amtsgericht eingesetzt. Zudem werden sie in Zwangsunterbringungsverfahren hinzugezogen.

Oberstes Ziel ist es, rechtliche Betreuungen zu vermeiden und Alternativen zu finden. Es werden Beratungs- und Hilfsangebote wie z. B. der Schuldnerberatungsstelle und des Sozialpsychiatrischen Dienstes sowie Angebote zur Pflege vermittelt. Vorrangig machte jedoch eine Vorsorgevollmacht die rechtliche Betreuung überflüssig. Die Betreuungsbehörde und auch die Betreuungsvereine bieten dafür umfangreiche Beratungen und Informationen z. B. in Selbsthilfegruppen oder Einrichtungen an. Auch auf der Personalversammlung wurde zum Thema Vorsorgevollmacht eine ausführliche Präsentation vorgetragen. Die Resonanz ist sehr positiv.

Zweimal pro Jahr führt die Betreuungsbehörde den Arbeitskreis Betreuungsrecht durch. Dazu werden die Berufsbetreuer/-innen, die Betreuungsvereine und die Amtsgerichte Luckenwalde und Zossen eingeladen. Dieser Arbeitskreis ist ein wichtiger Bestandteil in der Zusammenarbeit. Die Themenvorschläge der Betreuer/-innen werden entsprechend vorbereitet, vorgetragen und im Anschluss diskutiert und ausgewertet. Im Jahr 2018 ging es unter anderem um das Bundesteilhabegesetz und die damit verbundenen Herausforderungen an die Betreuer und Betreuungsvereine.

Sonstige soziale Leistungen

Grundsicherung

Im Bereich der Grundsicherung nach dem 4. Kapitel SGB XII sind zum Stichtag 31. Dezember 2018 im Landkreis insgesamt 1.261 Bedarfsgemeinschaften zu verzeichnen. Davon gehören 884 Bedarfsgemeinschaften der Personengruppe der dauerhaft erwerbsunfähigen Menschen und 377 Bedarfsgemeinschaften der Gruppe der Altersrentner an. Im Jahr 2018 wurden 296 (330 im Jahr 2017) Neuanträge auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung gestellt.

Jeder einzelne Fall wird pro Jahr einmal angeschrieben und aufgefordert, einen Wiederholungsantrag zu stellen, um die Einkommens- und Vermögensverhältnisse zu prüfen. Durch die jährlichen Rentenanpassungen im Juli kommt es regelmäßig zu einem erhöhten Arbeitsaufkommen, da jede neue Rente manuell in das Programm eingegeben und jeder Fall neu berechnet werden muss. Ähnlich verhält sich das jeweils im Januar eines neuen Jahres durch die Anpassung der Krankenkassenbeiträge.

Hilfe zum Lebensunterhalt

Im Jahr 2018 wurden 135 Neuanträge auf Hilfe zum Lebensunterhalt gestellt, davon wurden 116 bewilligt. Die Gesamtzahl der laufenden Fälle in 2018 beläuft sich auf 218.

Insgesamt erhalten 30 Kinder, die bei Verwandten leben, Hilfe zum Lebensunterhalt. Der häufigste Ablehnungsgrund der Anträge auf Hilfe zum Lebensunterhalt ist das den Bedarf übersteigende Einkommen der Antragsteller.

Ausbildungsförderung

Tabelle 13: Entwicklung der Fallzahlen Ausbildungsförderung

gesetzliche Grundlage	Fallzahlen	Neuanträge
Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)	521	140
Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	1.175	441
Brandenburgisches Ausbildungsförderungsgesetz (BbgAföG)	312	123

Im Kalenderjahr 2018 lagen im Bereich der Ausbildungsförderung insgesamt 2.008 Akten vor. Viele dieser Fälle werden im Laufe eines Kalenderjahres mehrfach bearbeitet, zum Beispiel bei Prüfung des Antrages, Vorliegen von Änderungsanträgen, bei Einstellung und Rückforderung von Leistungen und Geltendmachung der Rückforderung im Rahmen des Forderungsmanagements.

Insgesamt waren 704 Neuanträge auf Erst- und Weiterbewilligung zu verzeichnen. Des Weiteren kommen Ablehnungen und auch zahlreiche Änderungsanträge hinzu. Diese bezogen sich hauptsächlich auf allgemeine Änderungen der Anspruchsvoraussetzungen der Antragsteller/-innen, aber auch Verkürzungen der Anspruchsdauer.

Das Forderungsmanagement ist wichtig, um Rückforderungen gegenüber den Antragstellern im Rahmen von Stundungen, Mahnung, Vollstreckung, Mitwirkung in Insolvenzverfahren usw. geltend zu machen.

2018 wurde zudem das Brandenburgische Ausbildungsförderungsgesetz rückwirkend zum 1. August 2018 geändert. Die monatliche Förderungssumme wurde angehoben, so dass auch für alle Antragsteller im laufenden Bezug ein Änderungsbescheid zu erstellen war.

Wohngeld

Insgesamt wurden 1.902 Anträge auf Miet- und Lastenzuschuss bearbeitet. Dies ist eine Steigerung zum Vorjahr um 151. Es konnten 1.091 Anträge bewilligt werden.

Die größte Gruppe von Antragstellern fällt mit 1.032 Personen auf Ein-Personen-Haushalte, wovon 570 Anträge bewilligt wurden. Die zweitgrößte Gruppe der Antragsteller mit 731 Personen sind Rentner. Hier wurden 481 Wohngeldanträge bewilligt.

So wurden in diesem Aufgabenbereich insgesamt 1.666 Anträge auf Mietzuschuss und 236 Anträge auf Lastenzuschuss berechnet.

Zusätzlich zu den 1.902 gestellten Wohngeldanträgen war die Prüfung aufgrund der Ergebnisse des automatisierten Datenabgleichs nach § 33 Wohngeldgesetz mit der Datenstelle der Träger der Rentenversicherung vorzunehmen.

Im Ergebnis dessen wurden 338 Wohngeldfälle zur Überprüfung gemeldet. Es stand eine Rückforderungssumme bis zum III. Quartal 2018 in Höhe von 5.637,00 Euro zur Disposition.

Das durchschnittlich bewilligte Wohngeld betrug im Jahr 2018 144,63 Euro. Das ist zu 2017 eine leichte Steigerung pro Bewilligung in Höhe von 6,09 Euro. Die Gesamtausgaben an Wohngeldzahlungen belaufen sich im Jahr 2018 auf 157.794,20 Euro.

Die Zahl der eingelegten Widersprüche gegen rechtskräftige Bescheide ist in etwa gleich hoch wie in den Vorjahren. Waren es im Jahr 2016 42, so sind im Jahr 2017 43 und im Jahr 2018 45 Widersprüche zu verzeichnen.

Häufigster Grund für einen Widerspruch waren 2018 wie auch in den Vorjahren die Ablehnung und die berechnete Höhe von Wohngeld.

Bildung und Teilhabe

Leistungen für Bildung und Teilhabe sollen seit 2011 dem besonderen Bedarf von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Familien mit geringem Einkommen Rechnung tragen und ihnen den Zugang zu Lernmöglichkeiten und zu sozialen und kulturellen Aktivitäten erleichtern.

Im Kalenderjahr 2018 lagen im Bereich der Bildung und Teilhabe insgesamt 790 Anträge zur Bearbeitung vor. Hiervon wurden 777 bewilligt und 13 abgelehnt. Häufigster Ablehnungsgrund war das Fehlen der Grundleistung.

Im Jahr 2018 war ein Widerspruch zu verzeichnen.

Die laufende Pflege der Datensätze für die Statistik erfolgte wie im Jahr 2017 in regelmäßigen Abständen und wurde im Jahr 2018 erweitert.

Abbildung 4: Ausgaben der Leistungen für Bildung und Teilhabe im Jahr 2018 (Personenkreis SGB II i. V. m. BKGG)

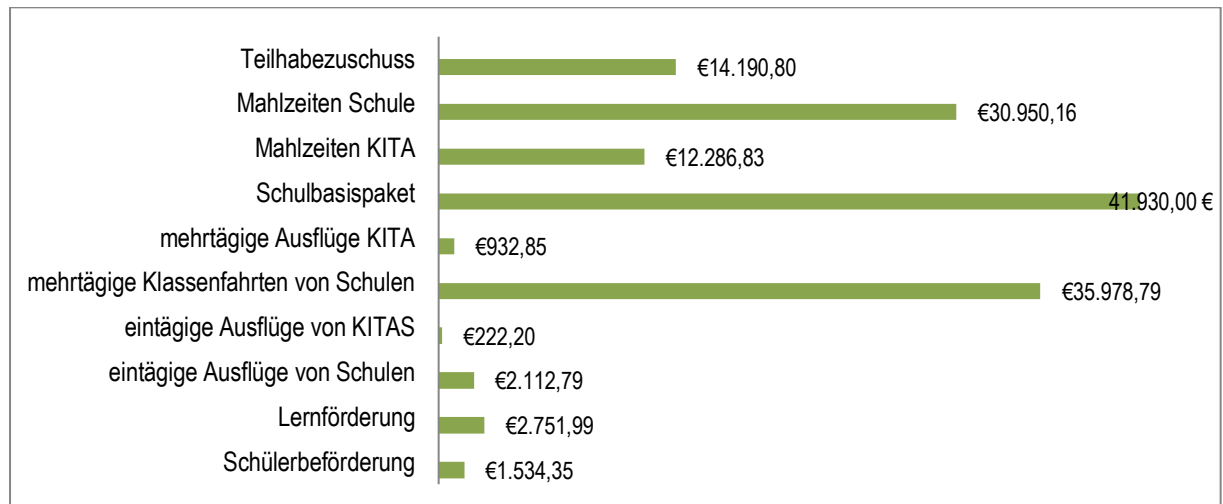
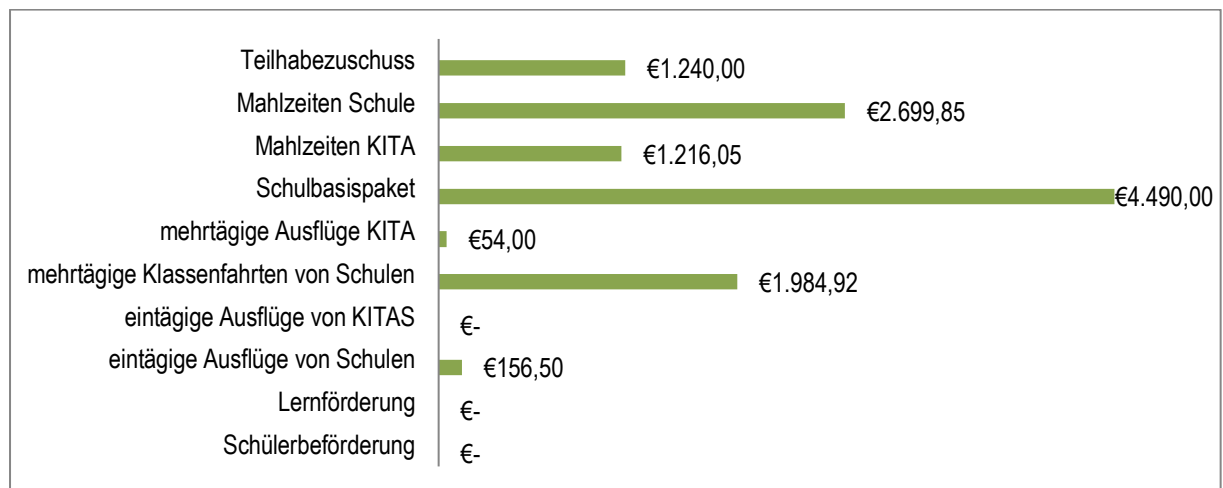


Abbildung 5: Ausgaben der Leistungen für Bildung und Teilhabe im Jahr 2018 (Personenkreis SGB XII)



Asylsuchende und Flüchtlinge

Dem Landkreis wurden im Jahr 2018 vor allem Asylsuchende und Flüchtlinge aus der Russischen Föderation (Tschetschenien), Afghanistan und aus verschiedenen afrikanischen Ländern zugewiesen. Insgesamt gab es 161 Zuweisungen durch die zentrale Ausländerbehörde Brandenburg und 46 Geburten von Kindern der Asylsuchenden. Zudem kamen 44 Spätaussiedler, Kontingentflüchtlinge und afghanische Ortskräfte der Bundeswehr in den Landkreis.

Tabelle 14: Asylsuchende und Flüchtlinge, Entwicklung der Fallzahlen in Übergangwohnheimen

Jahr	Zuweisungen	Fallzahl AsylbLG	Fallzahl SGB II
2015	1.848	1.964	15
2016	438	1.050	597
2017	287	948	408
2018	207	974	204

Unterbringung

Tabelle 15: Asylsuchende und Flüchtlinge, Entwicklung der Unterbringungskapazitäten

Jahr	Anzahl Einrichtungen	Anzahl Unterbringungsplätze
2015	15	1.964
2016	17	2.326
2017	12	1.581
2018	10	1.213

Diese Unterbringungskapazitäten wurden abgebaut:

- Schließung Übergangwohnheim Kastanienweg Ludwigsfelde: 66 Plätze
- Schließung Übergangwohnheim Große Straße Jüterbog: 50 Plätze

Mit den Schließungen wurden die Kapazitäten an den tatsächlichen Bedarf angepasst und signifikante Leerstandskosten für den Landkreis vermieden. Dies war notwendig, da sich das Land Brandenburg an den tatsächlichen Leerstandskosten lediglich bis zum 30. Juni 2018 und nur pauschal mit 479.300 Euro beteiligte.

Seit November 2018 muss der Landkreis seinen Rückstand aus dem Aufnahmesoll des Jahres 2016 abbauen. Die Zentrale Ausländerbehörde weist seitdem kontinuierlich Asylsuchende/-innen zu. Derzeit und in Abhängigkeit von der Schlussrechnung des Jahres 2018 ist noch ein rechnerischer Rückstand von 136 Asylsuchenden aus dem Jahr 2016 aufzunehmen.

Auszugsmanagement

Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt im Sachgebiet 50.3 des Sozialamtes war das Auszugsmanagement für die SGB II-Empfängerinnen und -empfänger in den Übergangseinrichtungen. Hierbei handelte es sich um anerkannte Asylsuchende, die berechtigt sind, sich eine Wohnung zu nehmen und arbeiten zu gehen. Sie finden erfahrungsgemäß nur sehr schwer geeigneten bzw. angemessenen Wohnraum. Durch Beratung und Unterstützung, aber auch durch konkrete Forderungen wurde darauf hingewirkt, dass sich insbesondere Familien zum Zwecke der besseren Integration verstärkt um Wohnraum bemühen. Bei über 200 Personen gelang im Laufe des vergangenen Jahres der Wechsel in die eigene Wohnung. Die Entwicklung stagniert jedoch, da sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt, insbesondere im nördlichen Bereich des Landkreises, weiter verschärft hat.

Migrationssozialarbeit

Das Land Brandenburg weitete im Juli 2018 die gemeindenahe Migrationssozialarbeit rückwirkend zum 1. Januar 2018 so aus, dass nun auch anerkannte Asylberechtigte davon profitieren konnten. Im Sozialamt ist mit der Koordinierung und Durchführung dieser neuen Leistung ein Sozialarbeiter betraut. Er hat mit der Implementierung von geeigneten Beratungs- und Betreuungsleistungen begonnen. Die geplanten und bereits bewilligten Projekte werden im kommenden Jahr umgesetzt.

Jugendamt

Kindertagesbetreuung

Die Aufgaben nach § 12 Abs. 1 des Kindertagesstättengesetzes Brandenburg (KitaG) wurden, wie im Vorjahr, auf alle Kommunen des Landkreises mittels einheitlicher öffentlich-rechtlicher Verträge übertragen. Hiervon ausgenommen sind die Stadt Zossen, mit der kein öffentlich-rechtlicher Vertrag besteht, sowie die Gemeinde Rangsdorf, die zum 1.1.2018 den öffentlich-rechtlichen Vertrag teilweise gekündigt und die Aufgabe der Kindertagespflege zurück an den Landkreis gegeben hat.

Insgesamt gibt es im Landkreis 117 Kindertagesstätten, von denen sich 66 in kommunaler und 51 in freier Trägerschaft befinden. Hinzu kommen fünf Juniorclubs, eine Eltern-Kind-Gruppe und 81 Tagespflegestellen. Insgesamt wurden 10.552 Kinder betreut.

Im Einzelnen wurden in Einrichtungen im Landkreis betreut:

Tabelle 16: Vom Jugendamt betreute Kindereinrichtungen in TF

Alter	Anzahl
Kinder im Alter von 0 bis unter 3 Jahre	1.908
Kinder im Alter von 3 Jahren bis Schuleintritt	5.053
Kinder im Grundschulalter in Kindertagesstätten (Hort)	4.443
Kinder im Juniorclub (Grundschulalter)	412
Kinder (vorwiegend im Krippenalter) in Kindertagespflegestellen	375
Kinder in Eltern-Kind-Gruppen	10

302 Kinder, die ihren Wohnsitz im Landkreis haben, wurden außerhalb des Landkreises betreut. Demgegenüber wurden im Landkreis Teltow-Fläming 175 Kinder aus anderen Landkreisen und Bundesländern betreut. Die hierfür entstandenen Kosten wurden den entsprechenden Jugendämtern in Rechnung gestellt.

Bei der Finanzierung der Kindertagesstätten mussten im laufenden Jahr erneut mehrere Änderungen Berücksichtigung finden. So kam es unter anderem zu regulären Tarifierungen, die Auswirkungen auf die Personalkostenzuschüsse hatten. Ferner wurde zum 1. August die Bezuschussung der Personalkosten verändert.

Am 1. August trat das Gesetz zum Einstieg in die Elternbeitragsfreiheit in Kitas in Kraft. Es wurden 92 Kindertageseinrichtungen mit 1.313 regulären einzuschulenden Kindern sowie 210 der darin enthaltenen Rücksteller erfasst und an das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport gemeldet. Für diese wurde der Pauschalbetrag in Höhe von 125,00 EUR erstattet. Zusätzlich wurden neun Anträge auf erhöhte Einnahmeausfälle gestellt. Diese wurden an das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport gemeldet. Die Erstattung erfolgte ebenfalls.

Praxisberatung Kindertagesbetreuung

Die Praxisberatung hat dafür Sorge zu tragen, dass die berufliche Eignung der Beschäftigten aufrechterhalten und weiterentwickelt wird (§10 Abs. 4 KitaG), so dass die Träger von Kindertageseinrichtungen ihre Aufgaben und Ziele gem. § 22 SGB VIII und § 3 KitaG Brandenburg erfüllen können.

Das Thema „Sprachförderung in der Kindertagesbetreuung“ war auch im Jahr 2018 ein Schwerpunkt. Zweimal fand ein moderierter Fachaustausch mit allen Kitas mit dem Schwerpunkt Sprache statt. Zusätzlich gab es für alle anderen interessierten Einrichtungen Fortbildungstage zum Thema Sprache.

Den pädagogischen Fachkräften in der Kindertagesbetreuung wurden Beratungs- und Fortbildungsangebote zur fachlichen Weiterentwicklung und zum gegenseitigen Austausch angeboten. Diese wurden gemeinsam mit der Volkshochschule erarbeitet, abgestimmt und organisiert.

Familienförderung und Frühe Hilfen

Der Landkreis beteiligte sich im siebenten Jahr u. a. in Kooperation mit freien Trägern der Jugendhilfe und dem Netzwerk Gesunde Kinder Teltow-Fläming an der Bundesinitiative Frühe Hilfen. Die Bundesinitiative wurde per 1. Januar 2018 im Rahmen der Bundesstiftung Frühe Hilfen weitergeführt. Die Grundlage im Landkreis Teltow-Fläming dafür ist ein Rahmenkonzept. Dort sind folgende Meilensteine gesetzt worden:

- Erstellung einer Angebots- und Leistungsdatenbank zu Frühen Hilfen im Landkreis
- Entwicklung eines Familienbegleitbuches – Informationen für junge Eltern
- Aufbau eines Arbeitskreises Frühe Hilfen innerhalb des Netzwerkes Kinderschutz
- Hausbesuche durch einen Baby-Begrüßungsdienst
- Einsatz von Familienhebammen und der Familien-Gesundheits-Kinderkrankenpflege.

Die ersten beiden Maßnahmen sind bereits abgeschlossen, lediglich das Familienbegleitbuch muss regelmäßig aktualisiert werden. Die Ausgabe des Buches wurde intensiviert. Diese informative Sammlung hilfreicher Informationen und Kontaktdaten ist ein voller Erfolg bei den werdenden Eltern. Der Arbeitskreis Frühe Hilfen konnte seinen Akteurskreis erweitern. Seit dem 1. Januar 2018 ist die Stelle Netzwerkkoordination Frühe Hilfen neu besetzt.

Die Richtlinie zur Allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie wurde von den freien Trägern und geeigneten Fachkräften sehr gut angenommen, so dass zahlreiche Angebote gefördert werden konnten: u. a. FABEL-Kurse (Familienzentriertes Baby-Eltern-Konzept) in Blankenfelde-Mahlow, evolutionspädagogische Arbeit mit Kindern und Eltern vor der Einschulung im Amtsbereich Dahme/Mark und die Eltern-Kind-Gruppe im Familienzentrum Dahme/Mark.

Im Jahr 2018 wurden sechs Familienzentren im Landkreis gefördert. Neu hinzugekommen sind das Familienzentrum Plus des DRK KV Fläming-Spreewald in Luckenwalde und das Familienzentrum in Baruth/Mark (Träger: Stiftung SPI).

Jugendförderung

Der Bereich Jugendförderung führte im Rahmen der Evaluation des "Konzeptes zur Jugendarbeit und Sozialarbeit an Schulen für den Zeitraum 2015 bis 2017" auch die Evaluation der „Sozialarbeit an Schulen im Landkreis mit dem Schwerpunkt Sozialarbeit an Grundschulen“ durch.

Der Bereich hat im Rahmen der EU-Jugendstrategie ein Modellprojekt zur grenzüberschreitenden Jugendmobilität entwickelt. Dieses Modellprojekt hat das Ziel, mehr jungen Menschen unabhängig von kultureller und sozialer Herkunft, Behinderung und Bildungsgrad Lernerfahrungen durch grenzüberschreitende Mobilität zu ermöglichen. Mit internationalen Begegnungen sollen das Demokratiebewusstsein und persönliche und interkulturelle Kompetenzen der teilnehmenden Jugendlichen gefördert werden.

Jugendliche, die sich für einen temporären Aufenthalt in einem (EU-)Land interessieren (z. B. im Rahmen von FSJ, FÖJ, etc.), sollen durch eine gute Beratung vor Ort erreicht und unterstützt werden. Hierzu werden die Träger und Fachkräfte der Jugend- und Jugendsozialarbeit qualifiziert.

In diesem Rahmen fanden bereits mehrere Workshops und ein Fachkräftedialog in Litauen statt. Das Modellprojekt soll einen konkreten Beitrag zur Weiterentwicklung der europäischen Dimension in der Jugendhilfe sein und einen Beitrag zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie leisten. Das Modellprojekt wird durch das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBJS) zu 90 Prozent finanziert und soll perspektivisch verstetigt werden.

Jugendberufsagentur

Die Jugendberufsagentur (JBA) Teltow-Fläming ist mittlerweile an den Standorten Luckenwalde und Zossen etabliert. Die Agentur für Arbeit, das Jobcenter und der Landkreis TF unterstützen gemeinsam junge Menschen im Alter von 15 bis 27 Jahren beim Übergang von der Schule in die Ausbildung oder den Beruf.

Die JBA-Mitarbeiterinnen des Jugendamtes nehmen an rund 50 Veranstaltungen jährlich teil. Damit soll das Beratungsangebot weiter bekanntgemacht werden. Zu den Aktivitäten zählen beispielsweise Netzwerktreffen, Präsenz bei Ausbildungsmessen, Mitwirkung am Tag der offenen Tür an den Standorten der JBA, Präventionsveranstaltungen des Gesundheitsamtes (Bereich Gesundheitsförderung) an Schulen u. v. m.

Ergänzend zur Berufswegeplanung der Agentur für Arbeit und den Integrationsberatungen des Jobcenters nahmen 2018 je Standort ca. 250 Jugendliche die Unterstützung und Lebenswegeberatung der Jugendhilfe in Anspruch. Zudem fanden Tandemgespräche im Kontext der Berufsberatung oder Arbeitsvermittlung statt.

Elterngeld

Das Elterngeld ist eine Einkommensersatzleistung nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz für alle Eltern, die sich vorrangig selbst der Betreuung des Kindes widmen wollen und deshalb nicht voll erwerbstätig sind. Im Jahr 2018 wurden 2.184 Anträge auf Elterngeld gestellt (Vorjahr: 1.999).

Mit den Regelungen im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz wurde den Eltern auch ermöglicht, Betreuungsgeld in Anspruch zu nehmen, wenn sie keinen öffentlich geförderten Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung nutzen. Diese Regelung wurde wegen fehlender Gesetzgebungskompetenz durch das Bundesverfassungsgericht mit Urteilsverkündung am 21. Juli 2015 aufgehoben. Im Jahr 2018 ist das Betreuungsgeld nun komplett ausgelaufen. Es wurden keine Zahlungen mehr getätigt und keine Anträge gestellt.

Das ElterngeldPlus wurde 2018 in 350 Fällen beantragt (im Vorjahr 334). In 61 Fällen wurde auch die Teilzeitregelung in Anspruch genommen. Das zeigt, dass ElterngeldPlus häufig als verlängerte Auszahlungsvariante genutzt wird. Der Partnerschaftsbonus wurde in 23 Fällen (Vorjahr: 34) genutzt. Die neuen Formen des Elterngeldes wurden insgesamt in 373 Fällen (Vorjahr: 368) in Anspruch genommen.

Mit der Einführung der Neuregelungen des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes ist der Beratungsaufwand enorm gestiegen. Dieser ergibt sich insbesondere daraus, dass das Elterngeld verschiedenartig genutzt und auf den familiären Bedarf individuell angepasst werden kann.

2018 haben 599 Väter Anträge auf Elterngeld gestellt, das sind 31,33 Prozent (zum Vergleich: 2017 waren es 559 antragstellende Väter). Dies war in erster Linie mit der Inanspruchnahme der Partnermonate verbunden. So wurden insgesamt 993 Partnermonate genutzt. Das sind 96 mehr als im Vorjahr. Die Fälle, in denen ein Elternteil das Elterngeld als Alleinerziehender/Alleinerziehende bezieht, sind von 30 auf 21 gesunken. Die Zahl der selbstständig Erwerbstätigen mit nunmehr 72 Fällen ist konstant geblieben. Elterngeld wurde in 142 Fällen von Eltern beantragt, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Diese Zahl ist im Vergleich zum Vorjahr auch ähnlich konstant geblieben (135 Antragsteller).

Die Anträge mit EU-Bezug (wenn zum Beispiel Elternteile in unterschiedlichen Ländern arbeiten oder leben) haben sich jedoch im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt mit insgesamt 26 Anträgen. Hier ist der Arbeitsaufwand durch die Prüfung der Antragsunterlagen, die Abstimmung und Koordinierung mit der Familienkasse und den ausländischen Behörden besonders hoch.

2018 hat die Elterngeldstelle die Beratung abermals erweitert. Nach Beratungen in den Übergangswohnheimen ist die Elterngeldstelle nun auch im Arbeitskreis der frühen Hilfen aktiv. Dabei wurden Kontakte geknüpft und gefestigt. Es hat ein Erfahrungsaustausch stattgefunden, von dem beide Seiten profitieren konnten und diese nachhaltig beeinflusst haben. Auch Termine zu Beratungen in den Einrichtungen wurden vereinbart und haben teilweise schon stattgefunden. So kam es, dass Mitarbeiterinnen am Schwangerenfrühstück vom Netzwerk Gesunde Kinder teilgenommen haben. In diesem Rahmen wurde die Thematik Elterngeld erläutert und Einzelfallberatungen durchgeführt.

Familienunterstützende Hilfen

Das Sachgebiet Familienunterstützende Hilfen ist für verschiedenste Aufgaben des Jugendamtes zuständig. Sie verfolgen das Ziel, junge Menschen in ihrem Aufwachsen zu fördern und ihren Schutz vor Gefahren zu sichern.

Das Aufgabenspektrum ist nach wie vor geprägt von gesellschafts-, jugend- und familienpolitischen Entwicklungen und bewegt sich im Spannungsfeld der Abwendung von Kindeswohlgefährdungen, dem Schutz der Elternrechte und sozialstaatlichen Handlungsspielräumen.

Die Fülle an Möglichkeiten für die Lebensgestaltung sowie die zu beobachtende erhöhte Erziehungsunsicherheit und Brüchigkeit von Beziehungen in den Familien stellt hohe Anforderungen an die Fall-Bearbeitung.

Die bestehenden Personaldefizite im Sozialpädagogischen Dienst konnten auch 2018 aufgrund von Schwangerschaften, Stellenwechseln, Renteneintritten und Kündigungen, nicht vollständig kompensiert werden. Aktuell sind noch fünf Stellen zu besetzen, für die es bisher keine geeigneten Bewerber/-innen gab. Teilweise bis zu 20 Prozent unbesetzte Stellen in diesem Bereich des Sachgebietes bedeuten für die verbleibenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine hohe Verantwortung und Arbeitsbelastung.

Sozialpädagogischer Dienst

Allgemeine Beratungsaufgaben

Die Beratung ist eine Kernaufgabe der Fachkräfte im Sozialpädagogischen Dienst (SpD). Oft geht es um erzieherische Schwierigkeiten bzw. Verhaltensauffälligkeiten von Kindern und Jugendlichen. Darüber hinaus sind Fragen nach Leistungen anderer Behörden, zum Beispiel des Jobcenters oder Sozialamtes, sowie allgemeine Lebensumstände Inhalt der Gespräche. Das Angebot der außergerichtlichen Beratung im Rahmen von Trennung, Scheidung und Sorgerecht nimmt einen immer größer werdenden Stellenwert ein.

Der Bedarf an Beratungen im gesamten Landkreis, insbesondere im „Speckgürtel“ von Berlin, wächst stark, ohne dass darauf Einfluss genommen werden kann.

Mitwirkung in Verfahren vor den Familiengerichten

§ 50 SGB VIII verankert die Mitwirkung des Jugendamtes in Verfahren vor dem Familiengericht. Die gesetzlich verankerte Beteiligung verdeutlicht die Stellung des Kindes als Träger eigener Rechte.

Hier wird das Jugendamt in Verantwortungsgemeinschaft mit dem Familiengericht tätig, welches sich stets an den gesetzlich vorgegebenen Zielen und Handlungsmaximen des SGB VIII auszurichten hat.

In Sorgerechts- und Umgangsverfahren beinhaltet der Bericht in der Regel eine Beschreibung der Lebenssituation des Kindes, die Vorstellungen aller Beteiligten zum jeweiligen Antrag und eine Empfehlung zur Sorgerechts- bzw. Umgangsregelung unter Berücksichtigung des Kindeswohls. Die Mitwirkung beinhaltet im Bedarfsfall auch die Teilnahme an gerichtlichen Anhörungsterminen. Mitgewirkt wurde auch in Verfahren, in denen gerichtliche Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls zu bearbeiten sind. Diese erfordern eine hohe Beratungskompetenz.

Im Jahr 2018 wurden vom Sachgebiet 629 neue familiengerichtliche Verfahren in die Bearbeitung aufgenommen.

Erzieherische Hilfen und Hilfeplanung

Der Leistungskatalog der Hilfen zur Erziehung gemäß §§ 27 ff SGB VIII umfasst ein Spektrum ambulanter, teilstationärer und stationärer Hilfen für Kinder und Jugendliche sowie Hilfen für junge Volljährige. Die Hilfen unterstützen oder ersetzen die Erziehung in der Familie. Die Leistungen der Jugendhilfe müssen von den Sorgeberechtigten beim Jugendamt beantragt werden. Die Anspruchsvoraussetzungen liegen vor, wenn eine dem Wohl des Kindes oder Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht oder nicht ausreichend gewährleistet ist.

Das Prüfen der Anspruchsvoraussetzungen sowie Einrichten, Steuern und Organisieren von Jugendhilfeleistungen gehört neben der Beratung und den Prüfaufträgen, auch immer im Kontext des staatlichen Wächteramtes, zu den Kernaufgaben des Sozialpädagogischen Dienstes.

Die Koordination von und die Kommunikation in Helfersystemen lassen wenig Raum für Routine.

Art und Umfang der Hilfen richten sich nach den individuellen erzieherischen Bedürfnissen in der Familie. Um diese Bedürfnisse zu ermitteln, bedarf es eines oft umfangreichen

Klärungsprozesses unter Einbeziehung des sozialen Umfeldes des Kindes bzw. der Familie sowie anderer Beteiligter.

Das Verfahren zur Gewährung einer Hilfe zur Erziehung ist gesetzlich im § 36 SGB VIII verankert und mündet in der Aufstellung eines Hilfeplanes. Dies geschieht im Zusammenwirken der beteiligten Fachkräfte, der Erziehungsberechtigten und des Kindes/Jugendlichen. Der Bedarf an Hilfen zur Erziehung nimmt nach wie vor zu. Sie sind unter anderem von verschärften Problemlagen wie psychischen Erkrankungen der Eltern aber auch Kinder, Drogen, Alkohol, Elternstreitigkeiten bei Trennungen, häuslicher Gewalt, Vernachlässigungen und sexuellem Missbrauch geprägt.

Es wird es zunehmend schwerer, notwendige und geeignete Jugendhilfemaßnahmen im Rahmen der Hilfe zur Erziehung zu installieren, da auch die Träger der freien Jugendhilfe vom Fachkräftemangel betroffen sind.

Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung

Im Jahr 2018 wurden 383 Mitteilungen zum Verdacht auf Kindeswohlgefährdung aufgenommen, von denen mehr als 500 Kinder betroffen waren.

Das staatliche Wächteramt nach Art. 6 Grundgesetz wird durch den Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung entsprechend § 8a SGB VIII ausgeübt und unterliegt einem festgeschriebenen Verfahren.

Der im Landkreis bestehende Kinder- und Jugendnotdienst „Die Perspektive“ der Gemeinnützigen Gesellschaft zur Förderung Brandenburger Kinder und Jugendlicher mbH (GFB) in Luckenwalde ist eine Einrichtung der Krisenintervention. Sie bietet den Kindern und Jugendlichen, die durch das Jugendamt in Obhut genommen werden oder sich aufgrund einer akuten Notsituation selbst in Obhut begeben, einen Schutzraum.

Im Jahr 2018 wurden 173 Kinder und Jugendliche in Obhut genommen.

Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche, die seelisch behindert oder von einer solchen Behinderung bedroht sind, haben Anspruch auf Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII. Das Vorliegen einer seelischen Behinderung ist Vorbedingung zur Prüfung der Teilhabebeeinträchtigung. Eine einzelfallbezogene Wertung ist stets notwendig. Für die Prüfung eines Anspruchs auf Eingliederungshilfe ist die Vorlage einer ärztlichen oder psychotherapeutischen Stellungnahme erforderlich. Die Prüfung der Teilhabebeeinträchtigung obliegt dem Jugendamt.

Komplexe Störungsbilder bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen nehmen insgesamt zu. Hinzu kommt eine veränderte Haltung in breiteren Bevölkerungsschichten gegenüber Leistungen oder Maßnahmen des Jugendamtes. Eltern machen selbstverständlicher von der Möglichkeit Gebrauch, Eingliederungshilfe in Form therapeutischer Hilfen oder schulischer Unterstützungsleistungen für ihre Kinder zu beantragen und in Anspruch zu nehmen. Kitas und Schulen sind mit stark verhaltensauffälligen Kindern und Jugendlichen zunehmend überfordert und fordern die Eltern zur Beantragung von Eingliederungshilfe in Form von Einzelbegleitungen in Kita und Schule auf.

Im Landkreis Teltow-Fläming werden 76 Prozent der Kinder- und Jugendlichen, denen Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII gewährt wird, wegen schulischer Probleme betreut.

Davon werden 29 Prozent in Form von Schulbegleitung gewährt. Diese Tendenz ist steigend (von insgesamt 129 Anträgen im Jahr 2017 auf 138 im Jahr 2018).

Fachdienst Migration

Im Jahr 2018 war ein erheblicher Rückgang der Zugangszahlen von unbegleiteten minderjährigen Ausländern zu verzeichnen. Von insgesamt 94 Fällen waren 70 laufend; 21 Fälle wurden beendet und drei Fälle waren nicht angekommen bzw. waren abgängig. Das Verhältnis Minderjährige zu jungen Volljährigen betrug 30:70. Dies hatte unmittelbar Auswirkungen auf die Trägerlandschaft der Jugendhilfe und vorgehaltene Angebote im Landkreis. Die Angebote wurden dementsprechend modifiziert bzw. die Platzzahl reduziert. Die dem Kindeswohl entsprechende bedarfsgerechte Unterbringung, Versorgung und Betreuung von unbegleiteten ausländischen Kindern bzw. jungen Heranwachsenden konnte sichergestellt werden.

Der gleichzeitige Anstieg von Familien mit Migrationshintergrund führt dazu, dass sich der Fokus des Fachdienstes Migration auf Bedarfe dieser Familien wie zum Beispiel Hilfe zur Erziehung, Beratung oder Sicherstellung des Kinderschutzes verschiebt.

Jugendgerichtshilfe

Die sozialpädagogischen Fachkräfte unterstützten Jugendliche im Alter von 14 bis unter 18 Jahren und Heranwachsende im Alter von 18 bis unter 21 Jahren sowie deren Eltern im Strafverfahren. Die Mitwirkung in Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz (JGG) ist im § 52 SGB VIII verankert. Im Jahr 2018 konnte die Mitwirkung in diesen Verfahren durch die Jugendgerichtshilfe regelhaft vorgehalten werden.

Alle von Gerichten und Staatsanwaltschaft erforderlichen Stellungnahmen wurden erstellt, sämtliche Ladungen zu Terminen im gerichtlichen Strafverfahren wurden von der Jugendgerichtshilfe wahrgenommen. Die Überprüfung der Auflagen und Weisungen, wie es dem Auftrag der Jugendgerichtshilfe entspricht, wurden durchgeführt.

Untersuchungshäftlinge wurden ein- oder mehrmals in der Jugendvollzugsanstalt aufgesucht.

Verfahren von Flüchtlingen bedeuten neue Herausforderungen aufgrund von Sprachbarrieren, Mentalitäten und Rechtsverständnis. Die Einschätzung der Persönlichkeit ist zumeist schwierig. Gründe dafür sind andere kulturelle Ursprünge und gesellschaftliche Bedingungen, fehlende oder unkonkrete Geburtsdaten.

Die Tendenz steigender Fallzahlen aus 2017 war auch im Jahr 2018 zu verzeichnen:

Tabelle 17: Fallzahlen Jugendgerichtshilfe

Fälle	2017	2018
Gerichtsverfahren	229	279
daraus Hilfen zur Erziehung	22	25

Pflegekinderdienst

Die Vollzeitpflege ist unter fachlichen Gesichtspunkten als familienanaloge Unterbringungsform besonders wichtig. Pflegeeltern werden vom Pflegekinderdienst betreut. Nur durch eine sehr enge Zusammenarbeit des sozialpädagogischen Dienstes mit dem Pflegekinderdienst ist es möglich, für die Kinder und Jugendlichen geeignete Pflegefamilien zu finden.

Der familiäre Rahmen der Vollzeitpflege in einer Pflegefamilie bietet durch den Aufbau tragfähiger Bindungen und Beziehungen insbesondere für jüngere Kinder die Möglichkeit, Entwicklungsdefizite aufzuarbeiten, korrigierende Erfahrungen zu machen und so zu eigenständigen und selbstverantwortlichen Persönlichkeiten heranzuwachsen.

Nichtsdestotrotz engagiert sich der Pflegekinderdienst auch für ältere Kinder und Jugendliche und ist bestrebt, geeignete Pflegefamilien zu finden.

Ein besonderer Schwerpunkt des Pflegekinderdienstes ist die professionelle Arbeit mit Pflegeeltern in bestehenden Pflegeverhältnissen, wenn es zur Feststellung eines erweiterten pädagogischen Förderbedarfes für das Pflegekind kommt. Das heißt, die Erziehung des Kindes ist durch erheblich erschwerende Beeinträchtigungen des Pflegekindes geprägt und nur durch erweiterte Anforderungen an die Erziehungsleistung der Pflegeeltern möglich. Betreuungsvoraussetzungen, die sich aufgrund des besonderen Bedarfes des Kindes oder Jugendlichen ergeben haben, können auch dazu führen, dass die Pflegefamilie diesen Anforderungen nicht mehr entspricht. Der Pflegekinderdienst muss hier sehr strukturiert und sensibel mit der Gesamtsituation umgehen und die Pflegeeltern unterstützen, sich die notwendigen Kenntnisse anzueignen, ohne dass es zu einer Kindeswohlgefährdung kommt.

Im Jahr 2018 lebten 180 Kinder und Jugendliche in Pflegefamilien. Der Pflegekinderdienst betreut insgesamt 127 Pflegefamilien.

Auch 2018 haben wieder zwei Infoabende und mehrere Einzelgespräche stattgefunden. Daraus resultierten 11 Bewerbungen sowie 4 Verwandtenpflegestellen, die dann auch ein Bewerberseminar besucht haben. Der Pflegekinderdienst konnte davon lediglich sieben neue Pflegefamilien akquirieren. Nur drei Verwandtenpflegestellen konnten letztendlich erfolgreich überprüft werden.

Sachgebiet Planung, Controlling, Finanzen

Berichtswesen und Controlling

Zur Planung, Steuerung und Kontrolle der Jugendamtsverwaltung ist ein regelmäßiges Berichtswesen notwendig. Durch standardisierte und regelmäßige Informationen über vereinbarte und erbrachte Leistungen wird Transparenz über Zielerreichung und Ressourcenverbrauch geschaffen, um so ggf. erforderliches Gegensteuern frühzeitig zu ermöglichen.

Darüber hinaus dient das Berichtswesen dazu, Jugendamts-, Dezernats- und Verwaltungsleitung sowie dem Jugendhilfeausschuss bei entsprechendem Bedarf Informationen über die Entwicklung der Jugendhilfe im Landkreis Teltow-Fläming geben zu können. Berichtet wird über alle Angelegenheiten des Jugendamtes auf Grundlage der Produkte.

Adressaten, Zeitpunkte und Inhalte der regelmäßig vorzulegenden Berichte ergeben sich aus folgender Übersicht:

Tabelle 18: Berichterstattung im Jugendamt

	Worüber?	In welcher Form?	Wem? ⁶	Turnus	Stand
1	produktbezogene Informationen über Finanz-, Personal- und Leistungsdaten einschließlich der Plandaten für das Folgejahr/ Entwurf Haushaltsplanentwurf Jugendamt	Informationsvorlage Haushaltsplanentwurf	JHA KT	jährlich III. Quartal	aktueller Stand
2	produktbezogene Information zu den Produktzielen	Bericht über die Produktzielerreichung	SGL AL	jährlich II. Quartal	Daten vom Vorjahr
3	produktbezogene Informationen zum Haushaltsvollzug	Statusberichte zum Finanzcontrolling über den Ergebnis- und Finanzhaushalt	SGL AL D II VL JHA KT	monatlich zum 5. des Folgemonats	Daten vom Vormonat
	produktbezogene Informationen bei Planabweichungen in den Finanz-, Personal- und Leistungsdaten	Informationsvorlage bzw. Antrag auf überplanmäßige Ausgaben	SGL AL D II VL	bei Bedarf	aktueller Stand
4	Entwicklung von Strukturdaten, Fallzahlen und Kosten in der Jugendhilfe	Jugendhilfebericht	VL JHA KT	jährlich III. Quartal	Daten vom Vorjahr
5	interkommunaler Vergleich	Gesamtbericht zu Daten der	SGL	jährlich	Daten vom

⁶ SGL: Sachgebietsleitung, AL: Amtsleitung, D II: Dezernatsleitung, VL: Verwaltungsleitung, JHA: Jugendhilfeausschuss, KT: Kreistag

	Worüber?	In welcher Form?	Wem?⁶	Turnus	Stand
	Jugendhilfe	Jugendhilfe im Land Brandenburg	AL VL	IV. Quartal	Vorjahr

Daneben bildet der weitere Ausbau des Fachcontrollings im Jugendamt einen besonderen Schwerpunkt in der Arbeit. Mit der konsequenten Nutzung der Fachamtssoftware LogoData, insbesondere der Verbesserung der Datenqualität, soll in den kostenintensiven Produkten erreicht werden, dass

- die Wirksamkeit vor allem erzieherischer Hilfen nach §§ 27 bis 35 a SGB VIII in Verbindung mit dem Mitteleinsatz messbar gemacht werden kann;
- unterschiedliche Bedarfslagen, insbesondere der erzieherischen Hilfen, aber auch anderer Leistungen der Jugendhilfe, kleinräumig erfasst und kontinuierlich beobachtet werden;
- spezielle, von den Beschäftigten des Sozialpädagogischen Dienstes gewünschte Auswertungen geliefert werden können, die für die Evaluation ihrer Arbeit notwendig sind;
- eine fundierte Zahlengrundlage für die haushaltspolitische Debatte zur Verfügung gestellt werden kann und
- Aussagen zur Einhaltung der Mindeststandards (Umfang der Hilfen, Verweildauer in Einrichtungen) möglich sind.

Aussagen hierzu fließen in ein strukturiertes kennzahlengestütztes Berichtswesen ein, um somit besonders die Qualität, Steuerung und Finanzierung der sozialen Arbeit im Jugendamt zu verbessern.

Jugendhilfeplanung

Nach wie vor fehlen im Landkreis Teltow-Fläming Betreuungsplätze, insbesondere für 0- bis 3-jährige Kinder, aber auch zunehmend im Altersbereich der 6- bis unter 12-jährigen Kinder.

Gründe für diese Entwicklung sind u. a.:

- Fachkräftemangel, weswegen Kinder nicht neu aufgenommen werden können,
- steigende Zahl der Kinder im Alter von 0 bis unter 3 Jahren, u. a. durch infrastrukturelle Entwicklungen im Landkreis (verstärkte Zuzüge von Familien, die vorher nicht prognostiziert werden konnten),
- Zunahme von Flüchtlingsfamilien mit Kindern in dieser Altersgruppe in den Jahren 2015/2016 und
- Geburtenzuwachs.

Die Prognose des Bedarfes für die kommenden Jahre wurde im Rahmen der Fortschreibung des Kita-Bedarfsplanes 2018 neu ermittelt und soll ab 2019 zweijährlich überprüft und aktualisiert werden.

Wirtschaftliche Jugendhilfe

Aufgabe der wirtschaftlichen Jugendhilfe ist die Übernahme der Kosten der Hilfen zur Erziehung, der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen und der Hilfen für junge Volljährige im ambulanten, teilstationären und vollstationären Rahmen einschließlich der Bearbeitung von Beihilfen für Pflegeeltern und Pflegefamilien.

Für Leistungen, bei denen das Jugendamt auch für den Lebensunterhalt der Kinder oder Jugendlichen aufkommt (Pflegestellen, Heimerziehung), wird ein so genannter Kostenbeitrag von den Eltern sowie von den Kindern und Jugendlichen erhoben. Dies gilt auch für teilstationäre Leistungen, zum Beispiel Tagesgruppen. Der Bereich Wirtschaftliche Jugendhilfe berät über Umfang und Höhe der Heranziehung zu den Kosten der Jugendhilfe. Der Kostenbeitrag wird vom Bereich Wirtschaftlichen Jugendhilfe errechnet und festgesetzt.

Mögliche Einnahmen (Erträge) der wirtschaftlichen Jugendhilfe sind neben dem oben genannten Kostenbeitrag der Eltern so genannte Ersatzleistungen wie Waisenrente, Berufsausbildungsbeihilfen, Ausbildungsförderung.

Zum Stichtag 31. Dezember 2018 wurden 1.161 laufende Leistungsfälle bearbeitet. Zum 31. Dezember 2016 betrug die Anzahl der Leistungsfälle noch 1.133.

Sachgebiet Unterhalt

Beistandschaft, Unterstützung und Beratung

Sicherung von Unterhalt für minderjährige Kinder

Können Eltern von minderjährigen Kindern die Vaterschaft bzw. die Unterhaltszahlungen nicht selbstständig klären, hat der Elternteil, in dessen Obhut sich das Kind bzw. die Kinder befinden, die Möglichkeit, Beratungs- und Unterstützungsleistungen im Jugendamt in Anspruch zu nehmen. Besteht darüber hinaus die Notwendigkeit gerichtlicher Schritte, kann der entsprechende Elternteil eine Beistandschaft beantragen. Damit wird das Jugendamt bevollmächtigt, die Ansprüche des Kindes auf die Klärung der Vaterschaft und Sicherung des Unterhalts gerichtlich feststellen und durchsetzen zu lassen.

Im Laufe des Jahres waren es insgesamt 1.108 Beratungen und Unterstützungen und 1.337 Beistandschaften. Davon 345 Beratungen und Unterstützungen und 1.201 Beistandschaften geführt.

Bei den Beratungen und Unterstützungen ist jährlich eine hohe Fluktuation zu verzeichnen, da die Vorgänge in der Regel mit der Erledigung der Vaterschaftsfeststellung und der Unterhaltssicherung beendet werden. Demgegenüber sind Beistandschaften längstens bis zum 18. Lebensjahr zu führen, sofern sie nicht vom beauftragenden Elternteil vorher beendet werden.

Gemäß der Devise „So viel Beratung und Unterstützung wie möglich, so viel Beistandschaft wie nötig“ wird das gesetzgeberische Ziel verfolgt, die Eltern, soweit es geht, in ihre Verantwortung zu nehmen, sich in den Fragen Vaterschaft und Unterhalt untereinander zu verständigen. Die Eltern sollen vorwiegend selbst dafür sorgen, dass sie die Ansprüche ihrer Kinder möglichst ohne gerichtliche Auseinandersetzungen untereinander klären. Dies kann dem Familienfrieden dienen und soll das Wohl des Kindes nicht gefährden. In vielen Fällen ist dafür schon eine fachliche Beratung ausreichend.

So wurden im Jahr 1.075 Beratungen in Fragen der Vaterschaft und des Unterhalts in Anspruch genommen, in denen keine Verwaltungsvorgänge angelegt worden sind.

Im Januar 2019 erhöhen sich die Mindestunterhalte. Je nach Altersstufe steigt der Mindestunterhalt um 6, 7 oder 9 Euro. Im Dezember des Jahres wurden in 1.260 Vorgängen Unterhaltserhöhungen bearbeitet.

Beurkundungen

Im Jugendamt werden Beurkundungsleistungen angeboten. Beurkundet werden unter anderem Vaterschaftsanerkennungen, Sorgeerklärungen und Unterhaltsverpflichtungen. Diese beurkundeten Dokumente dienen dazu, die Ansprüche der Kinder und der Eltern rechtssicher zu bekunden.

Im Jahr wurden insgesamt 1.414 Urkunden aufgenommen. Das sind 68 mehr als im Vorjahr. Im Einzelnen handelte es sich dabei um 532 Vaterschaftsanerkennungen, 650 Sorgeerklärungen, 208 Unterhaltsverpflichtungen und 24 sonstige Urkunden. Weiterhin wurden 55 Abschriften von Urkunden erstellt, weil Eltern ihre Abschriften nicht mehr verfügbar hatten oder Unterhaltsansprüche auf öffentliche Träger übergegangen sind.

Unterhaltsvorschussleistungen

Für Kinder, die keinen oder nicht ausreichenden Unterhalt vom unterhaltsverpflichteten Elternteil erhalten, gewährt das Jugendamt an getrennt lebende Elternteile Unterhaltsvorschussleistungen. Seit Juli 2017 können unter besonderen Voraussetzungen Unterhaltsvorschussleistungen auch bis zum 18. Lebensjahr der Jugendlichen gewährt werden. Diese werden aus Landes- und Bundesmitteln finanziert. Für die Unterhaltsschuldner besteht eine Rückzahlungspflicht, soweit sie leistungsfähig sind. Der Rückgriff auf die Unterhaltsschuldner stellt im Verhältnis zur Leistungsgewährung den weitaus größeren Aufgabenanteil dar. Er ist im Allgemeinen mit jahrelangen Einzugsverfahren und gerichtlichen Durchsetzungsmaßnahmen verbunden.

Im Jahr 2018 sind im Jugendamt 823 Anträge auf Unterhaltsvorschussleistungen registriert worden. Bis zum März des Jahres zog sich noch die Bearbeitung der Antragswelle aus der Gesetzesänderung vom 1. Juli 2017 hin. Dafür wurden vier zusätzliche Stellen in der Sachbearbeitung eingerichtet. Die letzte Stellenbesetzung erfolgte im September. Die neuen Beschäftigten wurden im Laufe des Jahres eingearbeitet.

Durch die vorrangige Bearbeitung der Neuansträge aus der Gesetzesreform, geriet der Rückgriff auf die Unterhaltsschuldner in Verzug. Damit sind die Ausgaben für Unterhaltsvorschussleistungen im Jahr schneller gestiegen, als die Rückholmaßnahmen durchgesetzt werden konnten. Dies spiegelt sich im Rückgang der Einnahmen wider.

Im Jahr wurden 5.710.233 Millionen Euro Unterhaltsvorschussleistungen gewährt und 703.866 Euro von den Unterhaltsschuldnern wieder zurückgeholt.

Die Erhöhungen des Mindestunterhaltes wirken sich je nach Altersstufe um 6 oder 7 Euro auf die Zahlungsbeträge im Unterhaltsvorschuss aus. Die Umstellungsarbeiten durch die Erhöhung des Mindestunterhaltes zum Januar des Jahres betrafen 1.920 Vorgänge.

Amtsvormundschaften/Amtspflegschaften

Kinder und Jugendliche brauchen einen Vormund als gesetzliche Vertretung, wenn Mütter und/oder Väter ihre elterliche Sorge nicht wahrnehmen können oder ihnen die elterliche Sorge ganz oder teilweise entzogen wurde. Wenn dem Kind nahestehende Personen oder geeignete ehrenamtliche Vormünder bzw. Berufs- oder Vereinsvormünder nicht zur Verfügung stehen, überträgt das Familiengericht dem Jugendamt die elterliche Sorge.

Die elterliche Sorge nehmen dann beauftragte Beschäftigte des Jugendamtes wahr, indem sie durch richterlichen Beschluss die Amtsvormundschaft übernehmen bzw. die Amtspflege ausüben. Am Stichtag 31. Dezember 2018 wurden insgesamt 244 Amtsvormundschaften

und Amtspflegschaften geführt. Darunter waren 63 Amtsvormundschaften für unbegleitete minderjährige Ausländer. Ein Großteil von ihnen ist bereits 16 und 17 Jahre alt. Mit Erreichen der Volljährigkeit wird die Amtsvormundschaft beendet, da die jungen Erwachsenen dann selbst voll geschäftsfähig sind und somit die elterliche Sorge nicht mehr ausgeübt werden muss. Die Volljährigkeit bestimmt sich nach dem Herkunftsland und kann in Einzelfällen auch erst mit dem 21. Lebensjahr eintreten. Im Jahr 2018 endeten insgesamt 11 Amtsvormundschaften von unbegleiteten minderjährigen Ausländern. Demgegenüber wurden für diesen Personenkreis 13 neue Amtsvormundschaften eingerichtet.

Gleichzeitig nimmt das Jugendamt im Rahmen seiner Gesamtverantwortung die Gewährleistungsverpflichtung nach §§ 79 und 53 SGB VIII wahr und wirbt um ehrenamtliche Vormünder. Eine ehrenamtliche Einzelvormundschaft zu führen ist eine ausgesprochen anspruchsvolle Aufgabe, der sich nicht viele Menschen stellen wollen. Es gibt nur vereinzelt Interessenten, die ehrenamtlich die Vormundschaft für ein Kind oder einen Jugendlichen übernehmen möchten. Von einigen Interessenten wurden Patenschaften für unbegleitete minderjährige Ausländer übernommen.

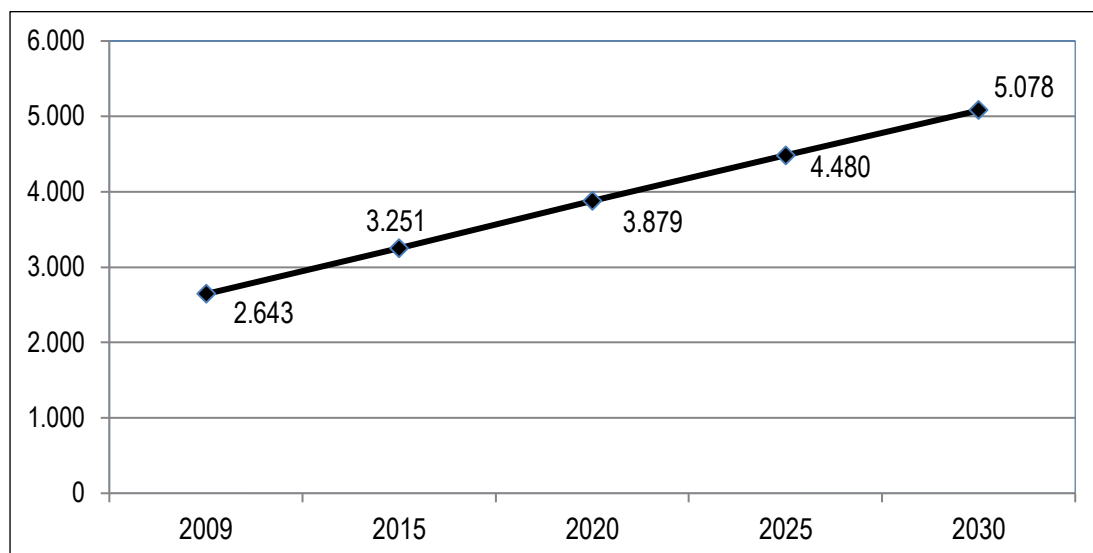
Gesundheitsamt

Psychiatriekoordination/Gesundheitsplanung

Im Rahmen des Aufgabengebietes der Psychiatriekoordination fanden im Jahr 2018 sechs Treffen der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaften statt. Aufgrund personeller Veränderungen tagten die Arbeitskreise Erwachsenenpsychiatrie und Sucht teilweise gemeinsam. Durchschnittlich nahmen an den Beratungen 20 Personen teil.

Dort wurde vor allem das regionale Leistungsangebot der verschiedenen Träger im Landkreis Teltow-Fläming beleuchtet. Ziel ist es, durch die kooperative Zusammenarbeit und Kenntnis der Leistungen der einzelnen Träger den hilfesuchenden Bürgern eine schnelle Unterstützung anbieten zu können. Des Weiteren wurden fachliche Probleme und gesetzliche Änderungen besprochen. Weiterhin nimmt die Personengruppe älterer Menschen mit einer psychischen Erkrankung, insbesondere mit einer Demenzerkrankung, eine wichtige Rolle in der gemeindepsychiatrischen Versorgung ein.

Abbildung 6: Projektion der Zahl an Demenzerkrankten im Landkreis TF bis 2030⁷



Das Netzwerk Demenz führte im Jahr 2018 vier Kooperationstreffen durch. Ein wichtiges Projekt war die Umsetzung einer Wanderausstellung. In diesem Projekt wurden Demenzerkrankte in Wohngruppen und Pflegeeinrichtungen unterschiedlicher Trägerschaft unter Anleitung kreativ tätig. Die öffentliche Präsentation der Ergebnisse ist ein sichtbarer Beitrag zur Aufklärung darüber, dass auch alte und kognitiv eingeschränkte Menschen mit Freude kreativ arbeiten können. Die Ergebnisse sowie das vermittelte positive Lebensbild der Erkrankung Demenz stießen bei der Eröffnung der Ausstellung auf durchweg positive Resonanz durch die Öffentlichkeit.

⁷ MASGF (2013): Demenzerkrankungen in Brandenburg: Entwicklung bis 2030.

https://masgf.brandenburg.de/media_fast/4055/MASF_Entwicklung_Demenz_final.pdf (Zugriffsdatum: 04.01.2019).

Gesundheitsberichterstattung

Im Jahr 2018 wurde eine Situationsanalyse der psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung der Kinder und Jugendlichen im Landkreis Teltow-Fläming erarbeitet. Der 42-seitige Bericht stellt dar, welche psychiatrischen und psychotherapeutischen Hilfen und Angebote es für Kinder und Jugendliche mit einer psychischen Erkrankung, mit einer Abhängigkeitserkrankung und für Kinder und Jugendliche als Angehörige von suchterkrankten Eltern im Landkreis Teltow-Fläming gibt. Die Situationsanalyse wurde im Jugendhilfe-ausschuss sowie im Ausschuss für Gesundheit und Soziales vorgestellt.

Aufgrund der verzögerten Datenanalyse zur Kindergesundheit, die im Landesgesundheitsamt (LAVG) zentral durchgeführt wird, ist mit der Fertigstellung des nächsten Gesundheitsberichtes erst im Januar 2019 zu rechnen. Die Berichterstattung dient der Information interessierter Bürgerinnen und Bürger, Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, den Akteuren des Gesundheitssystems sowie Beschäftigten in Behörden und Verwaltungen. Ein Großteil der verarbeiteten Daten wurde vom Gesundheitsamt des Landkreises Teltow-Fläming erhoben.

Koordination der kommunalen Gesundheitsförderung

HIV/AIDS-Prävention sowie auf die Aufklärung über sexuell übertragbare Infektionen bilden nach wie vor einen großen Themenschwerpunkt in der Gesundheitsförderung. Grund für die Präventionsbemühungen sind die steigenden Zahlen von sexuell übertragbaren Infektionen und Erkrankungen in Deutschland bzw. das hohe Plateau der Erkrankungen über Jahre hinweg.

Nach Schätzungen des Robert-Koch-Institutes lebten Ende 2017 deutschlandweit ca. 86.100 HIV-Infizierte oder AIDS-kranke Menschen⁸. 2.700 Menschen haben sich mit dem HI-Virus neu infiziert. Im Land Brandenburg sind etwa 400 Menschen mit dem Virus infiziert oder an AIDS erkrankt. Davon haben 110 eine diagnostizierte Infektion, und mehr als geschätzte 290 Menschen leben ohne HIV-Diagnose⁹. Im angrenzenden Berlin leben ca. 14.900 Menschen mit der HIV-Infektion bzw. einer AIDS-Erkrankung¹⁰. Es ist davon auszugehen, dass die hohe Zahl der HIV-Infektionen auf den nördlichen Raum von Teltow-Fläming Einfluss hat. Gegenüber 2015 kam es zu einem Anstieg von HIV-Infektions- und Erkrankungszahlen.

⁸ Robert-Koch-Institut (2018): Epidemiologisches Bulletin; HIV-Infektionsdaten Deutschlandweit.

https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2018/Ausgaben/47_18.pdf?__blob=publicationFile (Zugriffsdatum: 11.0.2019)

⁹ Robert Koch-Institut (2018): Epidemiologisches Bulletin; HIV-Infektionsdaten Land Brandenburg.

https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/H/HIVAIDS/Eckdaten/EckdatenBrandenburg.pdf?__blob=publicationFile (Zugriffsdatum: 11.01.2019)

¹⁰ Robert Koch-Institut (2018): Epidemiologisches Bulletin; HIV-Infektionsdaten Land Berlin.

https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/H/HIVAIDS/Eckdaten/EckdatenBerlin.pdf?__blob=publicationFile (Zugriffsdatum: 11.1.2019)

Tabelle 19: Übersicht Vergleich HIV-Infektionen/AIDS-Erkrankung in Jahren

Jahr	Deutschland	Land Brandenburg	Land Berlin
2017	86.100	400	14.900
2015	84.700	360	16.500

Mit der Zulassung des freien Verkaufs von HIV-Selbsttests in Apotheken in Deutschland – seit Oktober 2018 – wurde betroffenen Menschen der Zugang zum HIV-Test erleichtert. Es wird davon ausgegangen, dass damit eine HIV-Infektion schneller festgestellt und damit behandelt werden kann.

Seit 2009 steigen auch die Zahlen der Syphilisinfektion deutschlandweit kontinuierlich an. Die meisten Infektionen wurden aus Berlin gemeldet. Da Teltow-Fläming unmittelbar an Berlin grenzt, ist auch hier von einem Einfluss auf den Landkreis auszugehen. Brandenburg zeigt hierbei zwar eine Zunahme gegenüber den Vorjahren, aber insgesamt eine eher niedrige Infektionsrate¹¹. Daten für den Landkreis Teltow-Fläming stehen nicht zur Verfügung, da die Meldedaten an das Robert-Koch-Institut lediglich nach Bundesländern erhoben werden.

Im Rahmen von Präventionsveranstaltungen und Aufklärungen zu sexuell übertragbaren Infektionen (STI) wurden Jugendliche und junge Menschen über mögliche Übertragungswege informiert. Im Setting Schule und Jugendeinrichtungen fanden 14 Veranstaltungen zur HIV/AIDS-Prävention statt. 1.162 Schülerinnen und Schüler nahmen daran teil. Der Mitmach-Parcours der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) wurde dabei genutzt.

In Teltow-Fläming arbeiten Akteure der HIV/AIDS-Prävention und Sexualpädagogik in einer Arbeitsgemeinschaft zusammen. Vertreten sind zum Beispiel die Schwangerschaftskonfliktberatungen der AWO in Luckenwalde und in Jüterbog, der Pro familia aus Ludwigsfelde sowie die Schulgesundheitsfachkraft.

Im Rahmen der brandenburgweiten Initiative „Gemeinsam gegen AIDS“ erhielten ca. 1.553 Schülerinnen und Schüler aller 10. Klassen in Teltow-Fläming die Lümmeltüten, um an sexuell übertragbare Infektionen zu erinnern und über Ansprechstellen in Liebesdingen zu informieren. Der Arbeitskreis AIDS-Prävention und Sexualpädagogik übergab den Jugendlichen gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendgesundheitsdienst des Gesundheitsamtes die Materialien zur Aufklärung.

¹¹ Robert-Koch-Institut (2018): Epidemiologisches Bulletin; Syphilis in Deutschland im Jahr 2017- Anstieg von Syphilis-Infektionen bei Männern, die Sex mit Männern haben, setzt sich weiter fort.

https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2018/Ausgaben/46_18.pdf?__blob=publicationFile. (Zugriffsdatum: 11.01.2018).

Medizinalaufsicht

Überwachung der Berufe im Gesundheitswesen

Zu den Aufgaben der Unteren Gesundheitsbehörden (Gesundheitsämter) gehört die Überwachung von nichtärztlichen Berufen des Gesundheitswesens.

Zu den Akteuren der ambulanten Gesundheitsversorgung gehören auch Hebammen, Heilpraktikerinnen und Heilpraktiker sowie sogenannte Heilmittelerbringer. Zu Letzteren zählen beispielsweise Physiotherapeuten, Logopäden und Ergotherapeuten. Sie erbringen bestimmte Dienstleistungen wie physikalische oder Sprachtherapien und erhalten eine Kassenzulassung, wenn sie über die erforderliche Ausbildung und Praxisausstattung verfügen sowie die gemäß SGB V geltenden Vereinbarungen zur Patientenversorgung anerkennen.

Das Gesundheitsamt überwacht die Berechtigung zur Ausübung der Berufe im Gesundheitswesen und die Führung der Berufsbezeichnung.

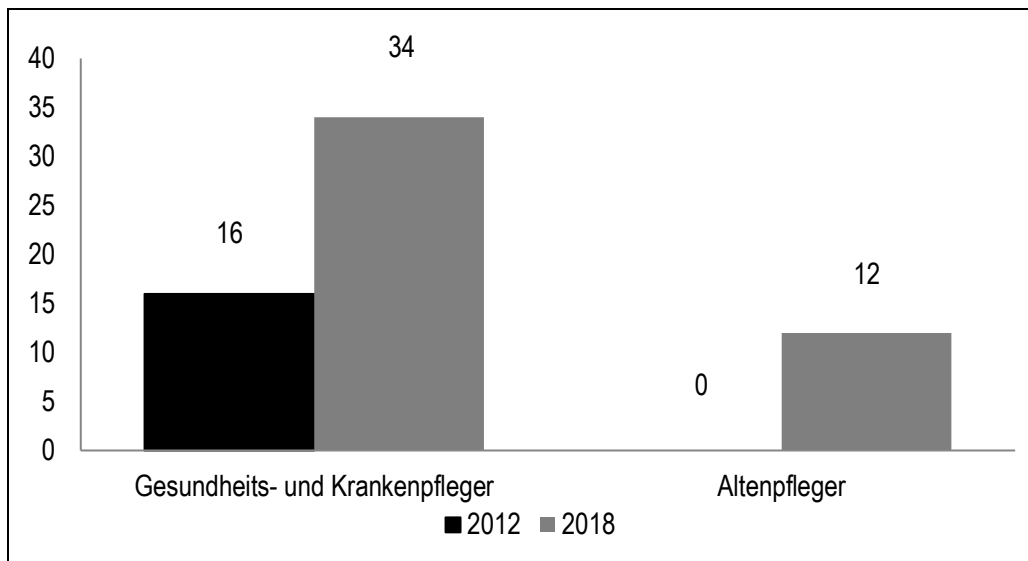
Tabelle 20: Gemeldete Gesundheitsberufe im Landkreis Teltow-Fläming laut BbgGDG

Berufsbezeichnung	Anmeldungen 2017	Anmeldungen 2018	Anmeldungen gesamt
Physiotherapeut/-in, Masseur/Masseuse, Krankengymnast/-in	6	5	111
Häusliche/-r Kranken- oder Altenpfleger/-in	1	1	53
Hebamme (kreisintern)	1	0	26
Logopäde/Logopädin	1	2	22
Ergotherapeut/-in	1	1	19
Podologe/Podologin	2	1	11
Desinfektor/-in	1	0	3
freiberufliche Gesundheits- und Krankenpfleger/-innen	2	3	34
freiberufliche Altenpfleger/-innen	1	2	12

Gesundheits- und Krankenpfleger/-innen sowie Altenpfleger/-innen benötigen für die freiberufliche Berufsausübung eine Erlaubnis des Gesundheitsamtes.

Im Vergleich zu 2012 ist aufgrund der wachsenden Altersstruktur der Bevölkerung ein Anstieg der freiberuflichen Gesundheits- und Krankenpfleger/-innen sowie Altenpfleger/-innen zu verzeichnen.

Abbildung 7: Anzahl der Gesundheits- und Krankenpfleger/-innen und Altenpfleger/-innen im Jahresvergleich 2012 und 2018



Sachgebiet Hygiene/Umweltmedizin

Krätze

Krätze (Skabies) ist eine Erkrankung der Haut, bei der ein Hautausschlag und ein starker Juckreiz auftreten. Sie wird durch Krätzmilben verursacht, die in die Haut eindringen und innerhalb der Haut tunnelartige Gänge graben.

Krätze ist sehr ansteckend. Sie wird meist durch längeren engen Körperkontakt mit Personen übertragen, die mit Krätzmilben infiziert sind (z. B. beim Kuscheln, beim Schlafen in einem Bett oder beim gemeinsamen Spielen).

Personen, die an Krätze erkrankt sind, verschreibt der Arzt eine Hautcreme und/oder Tabletten, mit denen die Krankheit wirksam behandelt werden kann.

Das Gesundheitsamt ermittelt Personen, die engeren Körperkontakt zu der an Krätze erkrankten Person hatten. Diese Kontaktpersonen könnten sich angesteckt haben und ihrerseits an Krätze erkranken. Um dies zu verhindern, verschreibt das Gesundheitsamt den ermittelten Kontaktpersonen eine vorbeugende Krätze-Behandlung. Da für Krätze-Erkrankungen keine Meldepflicht besteht, ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen.

Tabelle 21: Krätze-Erkrankungsfälle im Zeitraum von 2016 bis 2018 im Landkreis TF

Art der betroffenen Einrichtung	Zahl der Krätze-Erkrankungsfälle im Landkreis Teltow-Fläming		
	Jahr 2016	Jahr 2017	Jahr 2018
Übergangwohnheim	4	19	27
Schule	17	9	11
Kita / Hort	4	15	5
Kinderheim	9	6	0
Justizvollzugsanstalt	2	0	0
andere	6	8	3
Gesamtzahl	54	57	46

Badesaison 2018***Qualität der Badegewässer im Landkreis Teltow-Fläming***

Im Jahr 2018 überprüfte das Gesundheitsamt des Landkreis Teltow-Fläming wie in den Vorjahren 15 Badegewässer mit insgesamt 19 amtlich ausgewiesenen Badestellen.

Die Badesaison beginnt jedes Jahr am 15. Mai und endet am 15. September. Das Gesundheitsamt entnimmt in dieser Zeit an den jeweiligen Badestellen mindestens eine Wasserprobe pro Monat und sendet diese in ein Labor zur mikrobiologischen Untersuchung.

Unmittelbar vor Beginn der Badesaison zeigten die Laborergebnisse, dass die Badewasserqualität an allen Badestellen gut und im Falle des Kliestower Sees sogar ausgezeichnet war. Im Laufe der Badesaison 2018 wurden die in der Brandenburgischen Badegewässerverordnung genannten Grenzwerte für gesundheitsgefährdende Bakterien (*Escherichia coli*, intestinale Enterokokken) nicht überschritten.

Das Gesundheitsamt führte darüber hinaus vor Ort Messungen des pH-Wertes, der Wassertemperatur und der Sichttiefe des Badewassers durch.

Die höchste Badewassertemperatur (28,8°C) wurde Anfang August 2018 im Körbaer See gemessen.

Die Sichttiefen der Badegewässer lagen zwischen 2,30 und 0,25 Metern. Die höchsten Sichttiefen (zwei Meter oder mehr) zeigten der Große Zeschsee und der Motzener See; die geringste Sichttiefe (0,25 Meter) wurden im Rangsdorfer See und im Kliestower See festgestellt. Zu geringe Sichttiefen können Rettungsmaßnahmen bei Badeunfällen erschweren.

Aufgrund des Wachstums von Blaualgen, welches zu einer Verringerung der Sichttiefe führte, wurden Anfang August 2018 für den Mellensee und Ende August 2018 für den Gottower See entsprechende Warnhinweise veröffentlicht.

Während der Badesaison informiert das Gesundheitsamt die Bevölkerung an den überwachten Badegewässern mit Informationstafeln. Darüber hinaus konnten sich interessierte Personen im Foyer der Kreisverwaltung in Luckenwalde im Rahmen einer Ausstellung ausführlich über die aufgeführten Badestellen informieren. Auch über Pressemitteilungen und im Internet wurde über die Badewasserqualität berichtet.

Sachgebiet Amtsärztlicher und sozialmedizinischer Dienst

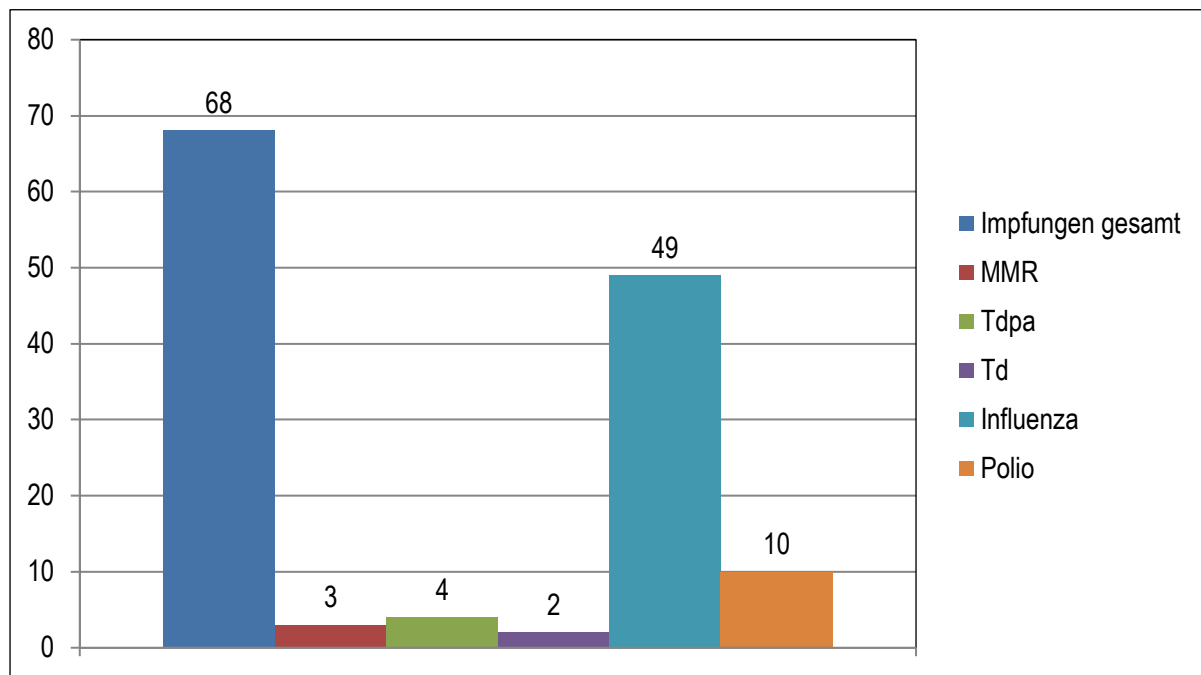
Der Öffentliche Gesundheitsdienst hat nach dem Brandenburgischen Gesundheitsdienstgesetz auf einen umfassenden Impfschutz der Bevölkerung hinzuwirken, fördert öffentlich empfohlene Schutzimpfungen und kann die Impfungen subsidiär durchführen.

Durch die Impfstelle des Gesundheitsamtes wurden 2018 insgesamt 770 öffentlich empfohlene Schutzimpfungen im Amt und vor Ort durchgeführt.

Es fanden Impfkaktionen bzw. -angebote in Gemeinschaftseinrichtungen des Landkreises statt, in dessen Rahmen Personen, die zu Risikogruppen zählen, geimpft wurden.

Im Jahr 2018 erhielten 45 Flüchtlinge bei vier Impfterminen in vier Übergangswohnheimen 68 Schutzimpfungen. Dabei wurden 49 Impfungen gegen Influenza, zehn gegen Kinderlähmung und sechs Impfungen gegen Tetanus, Diphtherie und Keuchhusten verabreicht. Gleichzeitig wurden vier Internationale Impfausweise ausgestellt.

Abbildung 8: Durchgeführte Schutzimpfungen bei Flüchtlingen in Übergangswohnheimen 2018



Im Jahr 2018 wurden elf behinderte Menschen, die in Werkstätten beschäftigt sind, gegen Hepatitis A, Hepatitis B oder gegen Hepatitis AB geimpft.

Nach einer Hepatitis A-Infektion wurden die Kontaktpersonen zur Prävention gegen Hepatitis A geimpft.

Im Rahmen eines Masernausbruchs unter Saisonarbeitern wurden im Mai dieses Jahres 15 enge Kontaktpersonen sofort gegen Masern, Mumps und Röteln geimpft (sogenannte Riegelungsimpfungen). Da die Mehrzahl der Saisonkräfte keinen Mumps-Masern-Röteln-Impfschutz aufwiesen bzw. nachweisen konnten, führte der betreuende Arzt der Einrichtung die Riegelungsimpfungen fort bzw. ergänzte den Masernimpfschutz (202 Impfungen).

Impfstatus bei älteren Menschen in stationären Pflegeeinrichtungen

In zwei Seniorenwohneinrichtungen im Landkreis wurden der Impfstatus der Bewohner überprüft, erfasst und gleichzeitig Impfeempfehlungen für fehlende Impfungen ausgesprochen. Die Mitwirkung der Bewohner/-innen war gering bis mäßig. 33 (22,6 Prozent) der insgesamt 146 Bewohner/-innen beider Seniorenwohneinrichtungen erklärten ihre Bereitschaft und legten den Impfausweis vor. Von den untersuchten Personen in den beiden Seniorenwohneinrichtungen hatten 44,4 Prozent bzw. 71 Prozent einen aktuellen und ausreichenden Tetanus-Diphtherie-Keuchhusten-Impfschutz. Ebenfalls konnten Unterschiede bei den Influenza-Impfquoten zwischen den beiden Einrichtungen festgestellt werden. Während in einer Einrichtung 33,2 Prozent der Bewohner/-innen gegen Influenza geimpft waren, lag der Anteil in der anderen Einrichtung bei 66,7 Prozent. Aufgrund des geringen Stichprobenumfangs gelten die Daten als nicht repräsentativ.

Trotzdem zeigt das Ergebnis, dass die Impfquoten älterer Menschen in Seniorenwohneinrichtungen offenbar nicht ausreichend sind, das heißt, ältere Heimbewohner/-innen Impflücken bei den öffentlich empfohlenen Standardimpfungen zeigen. Hier besteht ein Handlungsbedarf.

Auch aus diesem Grund hat sich das Gesundheitsamt TF aktiv in der Arbeitsgruppe „Impfschutz bei älteren Menschen“ im „Bündnis Gesund älter werden“ an der Erarbeitung einer „Handreichung zur Stärkung des Impfschutzes in stationären Pflegeeinrichtungen“ (26 Seiten), die im Dezember 2018 erschienen ist, engagiert.

Pflegestützpunkt Luckenwalde

Pflegestützpunkte sind örtliche Anlaufstellen für Versicherte der Pflegeversicherung und ihre Angehörigen. Mit dem Paragraphen 92c des Elften Gesetzbuches (SGB XI) wurden durch die Pflege- und Krankenkassen, Landkreise und kreisfreien Städte Pflegestützpunkte errichtet.

Im Landkreis Teltow-Fläming existiert seit 2010 ein Pflegestützpunkt, der mit einer Pflege- und Sozialberaterin besetzt ist. Eine Außenstelle existiert nicht. Es wird eine neutrale und kostenlose Beratung zum Pflegegesetz angeboten.

Die Sozialberatung findet an drei Tagen in der Woche statt. Adressaten für die Beratung sind Bürger mit chronischen Erkrankungen, Behinderungen und dauerhaften Einschränkungen.

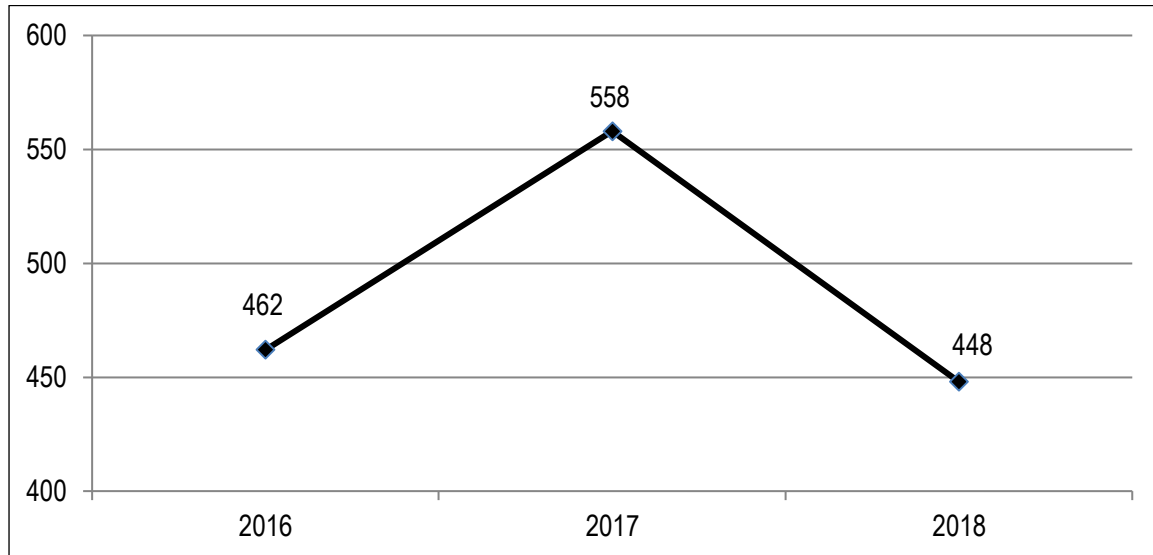
Die Themenschwerpunkte liegen in der Beantwortung von Fragen:

- zur Pflege,
- zur Schwerbehinderung,
- zur Arbeitsfindung bzw. zur Rehabilitation.

Komplexere Problemsituationen (Verwahrlosung, Demenzerkrankungen oder Schulden) benötigen mehrmalige Kontakte sowie die Einbeziehung anderer Dienstleistungsangebote.

In der Sozialberatung wurden 262 persönliche Beratungen, 150 telefonische Beratungen und 36 Hausbesuche in Anspruch genommen. Im Vergleich mit 2017 ist die Zahl deutlich gesunken. Zu begründen ist dies, dass viele Bürger 2017 Nachfragen im Zusammenhang mit dem neuen Pflegestärkungsgesetz hatten. Im Jahr 2018 hat die Anzahl der Kontakte wieder das frühere Niveau erreicht.

Abbildung 9: Anzahl der Kontakte im Pflegestützpunkt von 2016 bis 2018



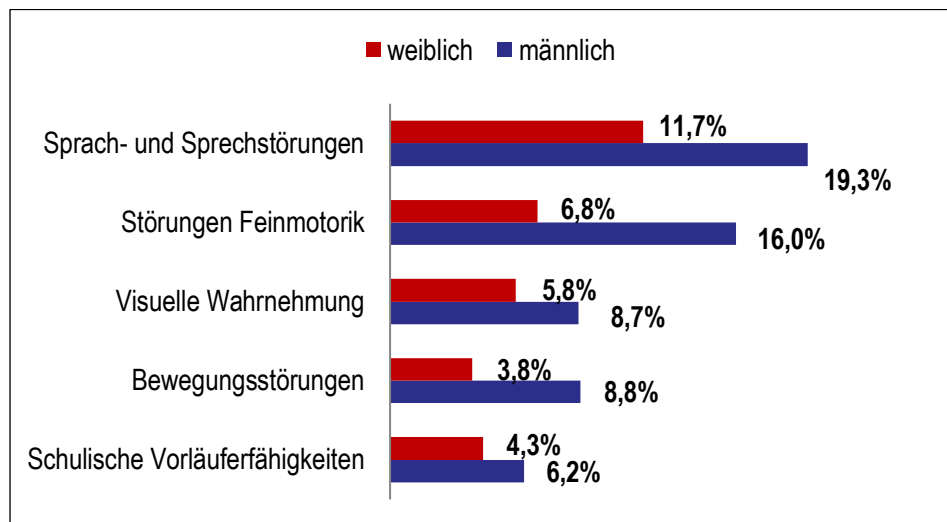
In der Pflegeberatung gab es 1.404 Kontakte mit 234 Beratungsgesprächen im Pflegestützpunkt, 888 telefonische Beratungen und 282 Hausbesuche.

Sachgebiet Kinder- und Jugendgesundheitsdienst (KJGD)

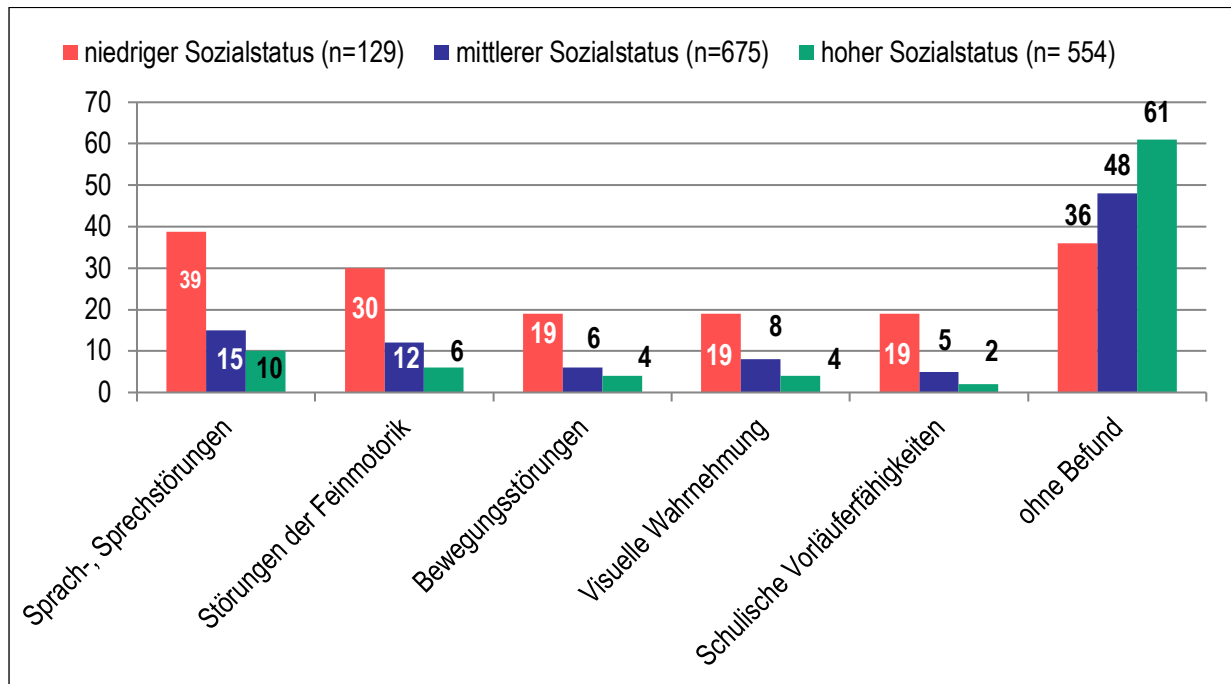
Im Schuljahr 2017/2018 hat der KJGD 1.600 Schulanfänger untersucht. Von diesen wurden 228 Kinder als sogenannte Rücksteller untersucht. Da aktuell noch keine Untersuchungsergebnisse aus dem Schuljahr 2017/2018 vorliegen, wird auf die entwicklungsrelevanten Befunde aus dem Jahr 2017 eingegangen.

Insgesamt wurden im Rahmen der Einschulungsuntersuchung im Schuljahr 2016/2017 1.530 Kinder untersucht. Sprach- und Sprechstörungen nehmen den größten Anteil der erhobenen Befunde ein, gefolgt von Störungen der Feinmotorik und der visuellen Wahrnehmung. Wie die Abbildung 10 aufzeigt, sind geschlechterspezifische Unterschiede bei den Befundhäufigkeiten zu erkennen. Einzuschulende Jungs wiesen häufiger entwicklungsrelevante Auffälligkeiten auf als einzuschulende Mädchen. Ein besonders großer Unterschied ist bei den Störungen der Feinmotorik zu erkennen. Von den Mädchen wiesen 6,8 Prozent eine Störung auf, bei den Jungen (16,0 Prozent) war es mehr als doppelt so häufig.

Abbildung 10: Darstellung entwicklungsrelevanter Untersuchungsbefunde von Einschülern nach Häufigkeit und Geschlecht, 2017



Weiter wurde die Befundhäufigkeit anhand der sozialen Herkunft bewertet. Wie bereits in zahlreichen Studien beschrieben wurde, sind auch im Landkreis Teltow-Fläming Unterschiede bei den entwicklungsrelevanten Befundhäufigkeiten in Abhängigkeit vom Sozialstatus festzustellen. Bei Kindern mit einem niedrigen sozialen Status wurde in allen untersuchten Bereichen häufiger eine Störung diagnostiziert. Auch hier dominierten Sprech- und Sprachstörungen. Kinder, deren Eltern einen hohen Sozialstatus aufweisen, bleiben am häufigsten ohne Befund.

Abbildung 11: : Entwicklungsrelevante Befunde nach Sozialstatus

Sachgebiet Zahnärztlicher Dienst

Hauptaufgabe des Zahnärztlichen Dienstes ist die Förderung der Zahn- und Mundgesundheit aller Kinder und Jugendlichen. Eine Schlüsselstellung dabei haben die Früherkennungsuntersuchungen und präventive Maßnahmen. Durch das aktive Herantragen präventiver Leistungen wird es möglich, typische sozialspezifische Unterschiede in der Inanspruchnahme auszugleichen.

Im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen zahnärztlichen Vorsorgeuntersuchungen hat der Zahnärztliche Dienst im Schuljahr 2017/18 im Landkreis 14.746 Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis 16 Jahren untersucht.

Gruppenprophylaktisch wurden im Berichtszeitraum 12.998 Kinder und Jugendliche in Kindergärten, Schulen und Heimen mit einem ersten Prophylaxe-Impuls betreut. Einen zweiten Prophylaxe-Impuls erhielten 2.533 Kinder und Jugendliche mit einem erhöhten Kariesrisiko.

Diese aufsuchende Betreuung umfasst neben der zahnärztlichen Untersuchung Maßnahmen zur Verbesserung des Mundhygieneverhaltens und der Zahnschmelzhärtung mittels lokaler Fluoridierung (die zu einer 30- bis 60-prozentigen Kariesreduktion führen kann), auch Ernährungsberatung, Motivation zum regelmäßigen Zahnarztbesuch sowie die Durchführung von Multiplikatorenschulungen sowie Öffentlichkeitsarbeit und Elternabende.

Die folgenden Untersuchungsergebnisse ergaben sich unter anderem bei der Betreuung von:

- 86 Kindertagesstätten,
- 80 Kindertagespflegestellen,
- 31 Grundschulen,
- 3 Gymnasien mit Klassenstufe 5 und 6,
- 4 Schulen mit dem sonderpädagogischen Schwerpunkt „Lernen“,
- 2 Schulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“,
- 2 Wohnstätten für geistig Behinderte,
- 12 Oberschulen und
- 6 Gymnasien mit den Klassenstufen 7 bis 10.

3- und 5-jährige Kinder

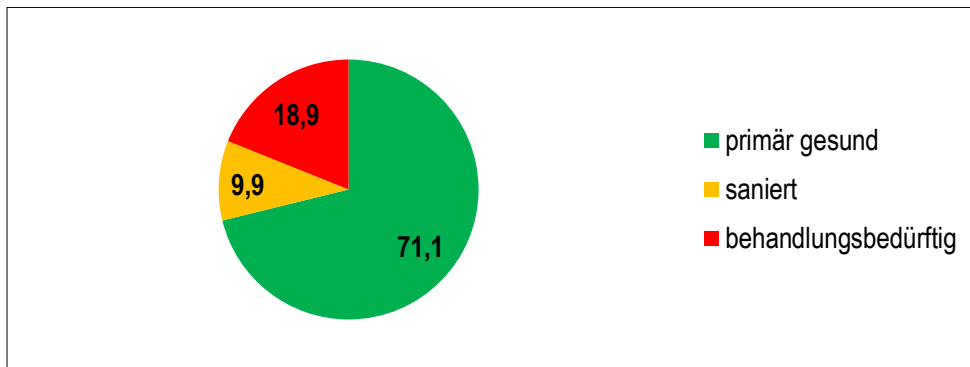
Besondere Aufmerksamkeit benötigt weiterhin die Gruppe der Kindergartenkinder, da die frühkindliche Karies ein gesundheitliches Problem der Jüngsten darstellt. Kaum eine andere Erkrankung ist mit einfachen Maßnahmen so einfach zu mindern oder zu verhindern wie die Karies. Maßnahmen zur Förderung der Mundgesundheit im Kleinkindalter haben daher einen hohen Stellenwert und sollten Bestandteil ganzheitlicher Konzepte der Gesundheitsförderung sein. Für diese Altersgruppe werden intersektorale Strategien in der jeweiligen Region entwickelt. Eltern, Erzieher, Kita-Träger sowie regionale Netzwerke werden als Multiplikatoren gewonnen. Wissenschaftlich nachgewiesen ist die eindeutige Beziehung zwischen Sozialstatus und Kindergesundheit und damit auch der Zahngesundheit. Zur Milderung der sozialen Unterschiede können nur aufsuchende Betreuung der Kinder (Untersuchung und Gruppenprophylaxe und Motivation zum Zahnarztbesuch) und die Gesundheitsvorsorge in den Kindereinrichtungen beitragen. Bewährt hat sich in dieser Altersgruppe das Präventionsprogramm „Kita mit Biss“. Daran nahmen im Landkreis Teltow-Fläming im Schuljahr 2017/2018 38 Kitas und 51 Kindertagespflegestellen teil. Eine der wichtigsten Grundlagen dafür ist die tägliche Zahnpflege in den Einrichtungen. Leider stellen immer mehr Kitas das gemeinsame Zähneputzen ein. Im Landkreis wurden im Schuljahr 2016/2017 nur noch in 53 von 86 der Kitas Zähne geputzt.

Mundgesundheit ist als Teil der Kindergesundheit Fürsorgepflicht der Eltern, aber auch Bildungsauftrag in den Kindertageseinrichtungen. Aus fachlicher Sicht ist es dringend notwendig, dass das tägliche Zähneputzen zum Wohl der Kinder in den Kitas etabliert bleibt bzw. wieder eingeführt wird.

Von 1.310 in Einrichtungen des Landkreises gemeldeten 3-jährigen Kindern wurden im Schuljahr 2017/2018 1.016 zahnärztlich untersucht (77,5 Prozent). Davon waren 932 Kinder (91,7 Prozent) kariesfrei. Damit hat man das Teilziel 1 des Bündnisses „Gesund aufwachsen im Land Brandenburg“ von 90 Prozent Kariesfreiheit der 3-jährigen Kinder des Landkreises erfüllt. Andererseits waren weiterhin 6,9 Prozent der Dreijährigen behandlungsbedürftig. Der Gang in die Zahnarztpraxis ist trotz aller Anstrengungen immer noch keine Selbstverständlichkeit.

Bei den fünfjährigen Kita-Kindern liegt das Ziel bei 80% Kariesfreiheit von Milchzähnen. Im Landkreis Teltow-Fläming wurden lediglich 71,7 Prozent erreicht. Von 1.372 in Einrichtungen des Landkreises gemeldeten Fünfjährigen wurden 1.064 zahnärztlich untersucht (77,6 Prozent). Auch in dieser Altersgruppe ist die Zahl der behandlungsbedürftigen Gebisse (18,9 Prozent) hoch.

Abbildung 12: Gebisszustand der 5-Jährigen im Landkreis Teltow-Fläming im Schuljahr 2017/2018 in Prozent



12-jährige Kinder

Von 1.250 zu untersuchenden 12-Jährigen wurden im Schuljahr 2017/18 insgesamt 971 zahnärztlich untersucht (77,7 Prozent). 752 Schüler und Schülerinnen hatten gesunde Gebisse (77,5 Prozent), 15,4 Prozent wurden bereits aufgrund von Karies saniert und 7,1 Prozent wiesen behandlungsbedürftige Zähne auf.

Öffentlichkeitsarbeit

Insgesamt konnten mit 32 Veranstaltungen im Schuljahr 2017/2018 (Elternnachmittage und -abende, Zahnputzaktionen, Projekte usw.) 961 Kinder und ca. 1.000 Erwachsene erreicht werden. Dazu gab es beispielsweise anlässlich des Tages der Zahngesundheit am 25. September an der Grundschule in Trebbin zwei Aufführungen der Veranstaltungskünstler „Holzwurmtheater“ zum Thema Zahn- und Mundgesundheit. Das Publikum bestand aus 248 Vorschulkindern umliegender Kitas, Mädchen und Jungen der Grundschule Trebbin und dem pädagogischen Personal.

Sachgebiet Sozialpsychiatrischer Dienst

Der Sozialpsychiatrische Dienst (SpDi) im Gesundheitsamt des Landkreises Teltow-Fläming leistet entsprechend den geltenden gesetzlichen Bestimmungen des BbgGDG¹² und des BbgPsychKG¹³ Hilfen für psychisch kranke, seelische behinderte und suchtkranke Menschen. Er berät und begleitet diese vor und nach stationären oder ambulanten Behandlungen. Menschen mit psychischen Erkrankungen, Suchtproblemen und psychosozialen Notlagen finden so stabile Beratungs- und Betreuungsangebote vor.

Im Landkreis Teltow-Fläming ist der SpDi gemeindenah und personenzentriert an fünf Standorten ansässig. Er wird tätig ohne vorherige Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen und stellt so das niedrigschwelligste Angebot im gemeindepsychiatrischen Versorgungssystem dar.

¹² Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Land Brandenburg (Brandenburgisches Gesundheitsdienstgesetz - BbgGDG)

¹³ Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen sowie über den Vollzug gerichtlich angeordneter Unterbringung für psychisch kranke und seelisch behinderte Menschen im Land Brandenburg (Brandenburgisches Psychisch-Kranken-Gesetz - BbgPsychKG)

Die Leistungsangebote des SpDi umfassen überwiegend die telefonische Beratung, Beratungen im Amt und Hausbesuche sowie sonstige Leistungen, wie zum Beispiel das Verfassen von Sozialberichten, Stellungnahmen für die Polizei, Kriseninterventionen und Einweisungen nach dem PsychKG.

Auch im Jahr 2018 hat der SpDi Beratungsleistungen entsprechend §16 a SGB II zusätzlich zu den bereits genannten Arbeitsaufgaben für das Jobcenter erbracht. Erwerbsfähige Hilfsbedürftige mit psychosozialen Problemen und mit Sucherkrankungen wurden im Rahmen einer Eingliederungsvereinbarung durch die Mitarbeiterinnen des SpDi betreut, um eine Vermittlung auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Insgesamt wurden vom SpDi 1.266 Beratungen nach § 16 a SGB II angeboten, davon 54 Prozent für Klienten des Jobcenters mit dem Vermittlungshemmnis psychische Erkrankung und 46 Prozent mit dem Vermittlungshemmnis Alkohol- und Drogenabhängigkeit. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Beratungen nach § 16 a SGB II gesunken.

Tabelle 22: Zahl der Beratungen nach § 16 a SGB II, 2017 und 2018

Jahr	Zahl der Beratungen
2017	1.452
2018	1.266

Um fachliche Standards in der Beratung weiterzuentwickeln, wurden die Leistungsmodule zur Suchtberatung und zur psychosozialen Beratung der Klienten des Jobcenters überarbeitet und den Fallmanagern und Arbeitsvermittlern des Jobcenters in einer Fachveranstaltung von den Mitarbeiterinnen des SpDi vorgestellt und erläutert.

DEZERNAT III

Fluglärm- und Schallschutzberatung

Aufgaben des Fluglärmbeauftragten

Die Aufgabe des Fluglärmbeauftragten für den Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld ist seit Anfang 2011 mittels Verwaltungsvereinbarung an den Landkreis übertragen. Im Jahr 2018 wurden 246 Beschwerden eingereicht, ausgewertet und beantwortet. In einem Fall ergaben sich Anhaltspunkte für eine Ordnungswidrigkeit, und die Daten wurden an das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung zur weiteren Ermittlung beziehungsweise Einleitung eines Ordnungswidrigkeitsverfahrens abgegeben.

Eine Zusammenfassung unterschiedlichster Informationen rund um das Thema Fluglärm und Luftverkehr wird den Bürgern auf der Domain des Fluglärmbeauftragten in einem überarbeiteten frischen Design (www.fluglaermschutzbeauftragter-ber.de) zur Verfügung gestellt. Von dieser Möglichkeit machten immer mehr Menschen Gebrauch, informierten sich oder wandten sich mit weitergehenden Fragen per E-Mail an das Büro. Etwa 200 Personen suchten das Büro des Fluglärmbeauftragten auf und erbaten Auskünfte zur aktuellen oder zukünftigen Lärmsituation durch den Flughafen BER. Die Bürger/-innen möchten sich vor dem Erwerb oder Bau einer Immobilie umfassend informieren, sind aber ob der unzähligen und teils widersprüchlichen Informationen im Internet verunsichert. Die objektive Beratung und Erklärung der unterschiedlichen Sachverhalte wurde dankbar angenommen.

Die Mitwirkung in der Fluglärmkommission, der Arbeitsgruppe Betriebsregelung der Staatskanzlei und im Rahmen des Dialogforums (Arbeitsgruppe 2 – Lärm) wurde weiter fortgesetzt. Darüber hinaus wurden wieder Gespräche mit unterschiedlichsten am Flugverkehr beteiligten Institutionen, aber auch mit Bürgerinitiativen und Betroffenen geführt. Darin wurden die Belange der Fluglärm Betroffenen vorgetragen, nach Lösungsmöglichkeiten zur Verbesserung gesucht und um Verständnis für die Anwohner/-innen geworben.

Flughafenbelange

Tätigkeitsschwerpunkte im Zusammenhang mit dem neuen Flughafen Berlin Brandenburg (BER) bildeten wiederum die Beratung von Bürgern und die Mitarbeit in den Gremien zur Flughafenumfeld-Entwicklung. So wurde die Mitarbeit des Landkreises in der Fluglärmkommission sowie im Dialogforum und in dessen verschiedenen Arbeitsgruppen zur Entwicklung des Flughafenumfeldes auf allen Ebenen fortgeführt.

In der Fluglärmkommission, der Steuerungsgruppe des Dialogforums und in dessen Arbeitsausschuss wird der Landkreis durch die Beigeordnete Dietlind Biesterfeld vertreten, im großen Dialogforum vertritt den Landkreis die Landrätin. In den Arbeitsgruppen 1 und 3 vertreten ihn die Beigeordnete Dietlind Biesterfeld und der Amtsleiter und amtierende Leiter des Dezernats 4 Siegmund Trebschuh und in der Arbeitsgruppe 2 die Mitarbeiterin der Schallschutzberatung Nicole Brettschneider.

Im Rahmen des Kommunalen Dialogforums beteiligte sich der Landkreis an der Fortschreibung des Gemeinsamen Strukturkonzepts (GSK) für die Flughafenregion und an der durch das Forum in Auftrag gegebenen verkehrlichen Grundlagenuntersuchung.

Die Beratungstätigkeit für die von den Auswirkungen des Flughafens betroffenen Menschen im Bürgerberatungszentrum in Schönefeld wurde fortgesetzt. Rund 1.100-mal wurde die Schallschutzberatung des Landkreises Teltow-Fläming tätig. Fortgesetzt wurde auch der Austausch mit der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH. In regelmäßigen Gesprächsrunden wurden Einzelfälle auf Wunsch der Bürger besprochen und Lösungen herbeigeführt.

Hauptsächlich wandten sich die Ratsuchenden mit Fragen zur schallschutzbezogenen Verkehrswertermittlung und mit der Bitte um Beratung zu den schalltechnischen Objektbeurteilungen an das Beratungszentrum. Zudem gab es Fragen zum Procedere des Schallschutzprogramms des Flughafens und dessen Umsetzung. Dabei wurden die Betroffenen bei der Antragstellung unterstützt, Fragen zu den jeweiligen Grundstücken und den Schallschutzansprüchen erläutert und es wurde durch Kommunikation mit dem Schallschutzteam des Flughafens oder den eingesetzten Ingenieurbüros bei der Durchsetzung der Ansprüche geholfen. Es wurden die vom Flughafen ausgegebenen Unterlagen erklärt und unterschiedlichste Probleme erörtert (zum Beispiel Innendämmung, Belichtung von Räumen, Raumhöhen). Betroffene erhielten bezogen auf das konkrete Grundstück die Daten zu den Lärmschutzzonen und Informationen zu ihren Ansprüchen aus dem Planfeststellungsbeschluss aus dem Jahr 2004 sowie dem Planergänzungsbeschluss aus dem Jahr 2010. Es suchten auch Personen aus dem Nachbarlandkreis und dem Land Berlin das Zentrum auf und baten um Auskunft.

Auch im Jahr 2018 haben die Mitarbeiterinnen der Bürgerberatung in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Teltow-Fläming öffentliche Gesundheitstage angeboten, deren Veranstaltungen vom Publikum gut angenommen wurden.

Rechtsamt

Versicherungsangelegenheiten

Im Bereich Versicherungsangelegenheiten werden alle Sach- und Haftpflichtversicherungen sowie die außergerichtliche Durchsetzung haftungsrechtlicher Ansprüche des Landkreises Teltow-Fläming gegen Dritte bearbeitet. Für die dem Anwaltszwang unterliegenden Schadenersatzklagen vor dem Landgericht Potsdam obliegen der zuständigen Sachbearbeiterin die Sachverhaltsermittlung und die Erarbeitung von Stellungnahmen als Arbeitsbasis für die den Landkreis in diesen Fällen vertretenden Rechtsanwälte.

Bei der jährlich stattfindenden Mitgliederversammlung des Kommunalen Schadenausgleichs (KSA) nimmt die Sachbearbeiterin die Interessen des Landkreises Teltow-Fläming wahr.

Darüber hinaus ist die Sachbearbeiterin für Versicherungsangelegenheiten Anlaufstelle für hausinterne versicherungsrechtliche Auskünfte und Stellungnahmen zu allen den Landkreis Teltow-Fläming betreffenden Versicherungsbereichen.

2018 wurden weniger Schadensfälle gemeldet als 2017. Dabei gibt es zwischen den einzelnen Sparten zum Teil deutliche Unterschiede. Die größte Abweichung ist im Bereich der Kaskoschäden festzustellen. Während im Jahr 2017 noch 51 neue Schäden zu bearbeiten waren, sind es für das Jahr 2018 nur noch 16. Grund für die enorme Abweichung ist, dass der Rettungsdienst die Fahrzeugschäden seiner Fahrzeuge selbst bearbeitet. Die zweite große Abweichung gibt es bei den Gebäudeschäden. Im Unterschied zu 2017 ist der Landkreis im Jahr 2018 von Wettererscheinungen wie Sturm und Gewitter verschont geblieben, was sich deutlich auf die Schadenanzahl in dieser Sparte ausgewirkt hat.

In der Inventarversicherung ist die Anzahl der Schäden zwar ebenfalls rückläufig. Durch zwei schwere Einbruch-Diebstähle (der erste fand zum Anfang des Jahres in der Zulassungsstelle Zossen, der zweite im Sommer in der Kreisstraßenmeisterei statt) mit knapp 10.000 Euro im ersten und knapp über 30.000 Euro im zweiten Fall übersteigt allerdings das Schadenvolumen den Durchschnitt der letzten Jahre um ein Vielfaches.

Die neu zu bearbeitenden Schadensfälle verteilten sich im Jahr 2018 wie folgt:

Tabelle 23: Rechtsamt: Anzahl der bearbeitenden Schadensfälle

Art der Schadensfälle	Anzahl
Allgemeine Haftpflichtschäden	16
Schäden gegen Dritte	8
Dienstreisekasko	2
Gebäudeschäden	8
Inventarschäden	4
Kaskoschäden	16
Kfz-Haftpflichtschäden	6
Schülersachschäden	4
versicherungsrechtliche Stellungnahmen	7
<i>insgesamt</i>	<i>71</i>

Die sich bereits in den vergangenen Jahren abzeichnende Tendenz im Hinblick auf die zunehmende Komplexität einzelner Schadensfälle und daraus resultierend die kontinuierlich steigende Anzahl der aus Vorjahren fortzuführenden Schadensakten fand auch 2018 ihre Fortsetzung.

Im Jahr 2018 wurde eine neue Schadenersatzklage gegen den Landkreis erhoben.

Ebenfalls im Jahr 2018 ist es gelungen, den Versicherer für die Straf-Rechtsschutz-Versicherung zu wechseln und damit deutlich günstigere Konditionen in der Beitragshöhe bei gleichbleibend sehr guten Versicherungsbedingungen zu erhalten. Aus dem Versichererwechsel resultiert neben dem Wegfall der Selbstbeteiligung von 3.500 Euro je Schadensfall eine jährliche Einsparung in Höhe von derzeit 8.731,49 Euro.

Rechtsangelegenheiten

Die Anzahl der im Jahr 2018 neu hinzugekommenen gerichtlichen Verfahren liegt mit 176 in etwa auf dem Niveau des Vorjahres.

Die Verfahren werden von den Juristinnen und Juristen des Rechtsamtes vor unterschiedlichen Gerichtsbarkeiten geführt, schwerpunktmäßig vor den Verwaltungs- und den Sozialgerichten in erster und zweiter Instanz, aber auch vor den Arbeitsgerichten und Amtsgerichten, u. a. einer speziellen Kammer für Landwirtschaftssachen am Amtsgericht in Rathenow.

Bezogen auf die Rechtsgebiete liegen zahlenmäßige Schwerpunkte unverändert im Bereich des Sozialrechts, des öffentlichen Baurechts, des Straßenverkehrsrechts sowie im Ausländerrecht. Auffällig war allerdings die Zunahme von Verfahren, die mit dem Ziel angestrengt wurden, einen Betreuungsplatz für Kinder in den Kommunen zu erhalten. Diese Entwicklung deutete sich bereits Ende des Jahres 2017 mit dem Eingang von einstweiligen Anordnungsverfahren an. Insgesamt 10 Verfahren wurden 2018 dazu beim Verwaltungsgericht in Potsdam anhängig gemacht.

Besonders hervorzuheben ist ein Verfahren vor der Vergabekammer Brandenburg infolge einer vergaberechtlichen Beschwerde eines unterlegenen Bieters. Das Verfahren wurde rechtskräftig zugunsten des Landkreises entschieden.

Besondere finanzielle Bedeutung kommt auch der Klage des Landkreises gegen das Landesamt für Soziales und Versorgung des Landes Brandenburg zu. Klageziel ist die Zahlung weiterer Vorhaltekosten für Aufwendungen, die dem Landkreis im Zusammenhang mit der erstmaligen Bereitstellung von Unterbringungsplätzen aufgrund der Flüchtlingskrise 2015 entstanden sind. Das Verfahren wird von der zuständigen Juristin in enger Zusammenarbeit mit dem Sozialamt geführt und ist noch nicht abgeschlossen.

Im Einzelnen verteilen sich die Zugänge bei den gerichtlichen Verfahren amtsbezogen wie folgt:

Tabelle 24: Rechtsamt, Anzahl der neuen gerichtlichen Verfahren

Amt	Anzahl der neuen gerichtlichen Verfahren
Hauptamt (A10)	2
Amt für zentrale Steuerung, Organisation und Personal (A11)	12
Kämmerei (A20)	1
Ordnungsamt (A32)	22
Straßenverkehrsamt (A36)	17
Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt (A39)	9
Amt für Schulverwaltung und Kultur (A40)	1
Sozialamt (A50)	51
Jugendamt (A51)	26
Kommunalaufsicht (A 15)	2
Umweltamt (A67)	2
Landwirtschaftsamt (A 83)	3
Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde (A 63)	24
Hauptamt (A10)	2
Rechtsamt (A 30)	
- Versicherungsangelegenheiten/Schadensersatz	1
- Bestellung gesetzlicher Vertreter	1
<i>insgesamt</i>	<i>176</i>

79 Verfahren wurden im Jahre 2018 auf verschiedenen Verfahrenswegen abgeschlossen. Darunter befinden sich rechtskräftige Urteile und Beschlüsse (in einstweiligen Verfahren), Anerkenntnisurteile, Vergleiche, Klagerücknahmen, Erledigungserklärungen. Streitige Entscheidungen wurden in sechs Fällen zu Lasten des Landkreises entschieden.

In behördlichen Disziplinarverfahren werden Juristinnen und Juristen des Rechtsamtes von der Landrätin in ihrer Zuständigkeit als Dienstvorgesetzte für die Beamtinnen und Beamten des Landkreises sowie als Rechtsaufsichtsbehörde anstelle der Dienstvorgesetzten der hauptamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, des Amtsdirektors, der Ersten Beigeordneten sowie der hauptamtlichen Verbandsvorsteher regelmäßig als Ermittlungsführerinnen und Ermittlungsführer in behördlichen Disziplinarverfahren bestellt.

Im Jahre 2018 waren vier behördliche Disziplinarverfahren anhängig. Ein Verfahren gegen einen (früheren) Beamten des Landkreises sowie ein Verfahren gegen einen hauptamtlichen Bürgermeister wurden im Jahre 2018 bestandskräftig abgeschlossen.

Die Anzahl der zur Beantwortung durch die Landrätin bearbeiteten Petitionen/Beschwerden aller Art hat sich im Jahr 2018 im Verhältnis zum Vorjahr mit 78 Vorgängen fast verdoppelt. In einigen wenigen Fällen konnten überlange Bearbeitungszeiten aufgrund unzureichender Personalausstattung als berechtigte Begründung für die Beschwerde festgestellt werden. Dies wurde den jeweiligen Organisationseinheiten mit Verbesserungsvorschlägen mitgeteilt. Die Beratungsanfragen aus den Ämtern und Organisationseinheiten in der Verwaltung nahmen erneut zu. Insgesamt verzeichnete das Rechtsamt 611 Anfragen, von denen derzeit noch 55 in Bearbeitung sind.

Die Zahl der Beratungsanfragen verteilte sich wie folgt:

Tabelle 25: Rechtsamt, Anzahl der Beratungsanfragen

Amt	Anzahl der Beratungsanfragen
Hauptamt (A 10)	49
Amt für zentrale Steuerung, Organisation, Personal (A11)	135
Untere Kommunalaufsichtsbehörde	7
Rechnungsprüfungsamt	20
Kämmerei (A 20)	23
Ordnungsamt (A 32)	30
Straßenverkehrsamt (A 36)	20
Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt (A 39)	19
Amt für Schulverwaltung und Kultur (A 40)	30
Sozialamt (A 50)	64
Gesundheitsamt (A 53)	3
Jugendamt (A 51)	58
Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde (A 63)	5
Umweltamt (A 67)	13
Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung (A 80)	19
Landwirtschaftsamt (A 83)	2
Büro der Landrätin	40
Kreistagsbüro	7
Beteiligungsmanagement (A 30)	30
Grundstücksverkehr (A 30)	24
Versicherungen (A 30)	6
Eigenbetrieb/Rettungsdienst	2
Dezernat III	5
<i>insgesamt</i>	<i>611</i>

Das Rechtsamt versteht sich als interner Dienstleister für alle Beschäftigten und Leitungsebenen in der Kreisverwaltung. Es hat sich eine verstärkte Informationsverbreitung, verteilt über die Bandbreite rechtlicher Themen einer Kommunalverwaltung, zum Ziel gesetzt. Hierzu wurden im Jahr 2018 16 Newsletter im Intranet veröffentlicht. Fünf Newsletter haben einen vergaberechtlichen Schwerpunkt (Vergabenewsletter), zwei Newsletter beschäftigten sich mit Versicherungsfragen. Zudem wurde eine Entscheidungsdatenbank eingerichtet, die mit Entscheidungen aus der prozessualen Arbeit des Rechtsamtes gespeist wird und allen Beschäftigten zugänglich ist. Mit der Hilfe von kurzen Inhaltsangaben wird den Beschäftigten der Zugang zu den gerichtlichen Entscheidungen erleichtert. Die Juristinnen und Juristen kommen auf Wunsch in die Dienstbesprechungen des Hauses und erläutern rechtliche Fragestellungen. Dies gilt auch für die kommunalpolitischen Gremien und Arbeitsgruppen. So wurde zum Beispiel eine Darstellung der Aufgaben im Zusammenhang mit der Bestellung und Überwachung gesetzlicher Vertretungen in der Bürgermeisterdienstberatung vorgenommen.

Beteiligungsmanagement

Zu den ständigen Aufgaben zählen neben der Steuerung und Kontrolle der kreislichen Unternehmen die Beratung der Personen in finanziellen und gesellschaftsrechtlichen Fragen, die den Landkreis in den Organen der Unternehmen vertreten sowie die Gewährleistung ihrer Qualifizierung und Weiterbildung. Die Gesellschafterversammlungen und Aufsichtsratssitzungen werden vom Beteiligungsmanagement regelmäßig vor- und nachbereitet.

Ein Schwerpunktthema war im Jahr 2018 erneut die Struktur- und Wirtschaftsfördergesellschaft mbH (SWFG mbH). Sie nahm und nimmt weiterhin einen großen Umfang der Tätigkeit des Beteiligungsmanagements in Anspruch. Der Kreistag beauftragte die Landrätin, vorrangig und umgehend die Geschäftsfelder Biopark Wohnen sowie Immobilienverwaltung zu veräußern, die Vermarktung des Geschäftsfeldes Biopark Gewerbe mit dem gesamten Immobilienbestand des Biotechnologieparks voranzutreiben und dabei zuvorderst darauf zu achten, dass der Wirtschaftsstandort Biotechnologiepark erhalten und die Arbeitsplätze bestehen bleiben. In diesem Zusammenhang sollen die Möglichkeiten für eine Beschäftigung des Personals der SWFG mbH beim Landkreis Teltow-Fläming geprüft werden.

Im Jahr 2018 wurden weitere Immobilien aus dem Bestand veräußert. Es ist ein steigendes Interesse an Grundstücken in den Gewerbegebieten zu verzeichnen. Daher konnten Einnahmen durch die Verkäufe erzielt und somit die Liquidität der SWFG mbH weiterhin stabil gehalten werden. Die Vermarktung des Geschäftsfeldes Biopark Gewerbe mit dem gesamten Immobilienbestand des Biotechnologieparks wurde weiter vorangetrieben. Es erfolgten vorbereitende Maßnahmen zur Ausschreibung/Vermarktung im Jahr 2019.

Für die Begleitung des Prozesses zu einem möglichen Verkauf des Biotechnologieparks (Biopark Gewerbe) suchte die SWFG mbH eine geeignete Beratung. Es wurde eine öffentliche Ausschreibung vorbereitet, um eine Beratung mit verwaltungsrechtlicher Kompetenz, juristischem Fachwissen in den Rechtsgebieten öffentliches Bau- und Planungsrecht, aber auch Steuerrecht, Mietrecht und Immobilienkaufrechts, zu finden.

Mit Übernahme der Aufgaben als Beigeordneter teilte Johannes Ferdinand mit, dass er seine Tätigkeit als Geschäftsführer der SWFG mbH zum 31. Dezember 2018 beenden werde. Ab dem 1. Januar 2019 übernahm Detlef Laubinger die Geschäftsführung der SWFG mbH.

Daneben beschloss der Kreistag am 26. Februar 2018 die Änderung des Betrauungsaktes der Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH (FGS mbH) durch Wegfall des § 3 Absatz 2.

Der Beteiligungsbericht für das Jahr 2016 wurde am 26. Februar 2018 in den Kreistag eingebracht.

Grundstücksverkehrsgenehmigungen und Bestellung gesetzlicher Vertreter

Genehmigung nach der Grundstücksverkehrsordnung (GVO)

Zum 1. Juli 2018 traten Änderungen der Grundstücksverkehrsordnung (GVO) sowie des Gesetzes zur Regelung offener Vermögensfragen (VermG) in Kraft. Danach ist die Erteilung einer Grundstücksverkehrsgenehmigung bei Grundstücksgeschäften nur noch dann erforderlich, wenn kein Anmeldevermerk im Grundbuch eingetragen ist. Die Entscheidung, ob ein entsprechender Antrag gestellt wird, liegt allerdings bei den Vertragsparteien bzw. den dazu bevollmächtigten Notariaten.

Die damit verbundenen Erwartungen auf einen erkennbaren Rückgang der Anträge auf Erteilung von Grundstücksverkehrsgenehmigungen sind eingetreten. Mit 1.416 Grundstücken, die auf das Vorliegen vermögensrechtlicher Ansprüche geprüft wurden, und 793 erteilten Genehmigungen ist ein Rückgang auf fast die Hälfte der Zahlen für das Jahr 2017 festzustellen.

Der verminderte Genehmigungsbedarf lässt sich auch aus der Höhe der Gebühreneinnahmen ablesen, die von circa 63.000 Euro im Jahr 2017 auf 39.817,88 Euro gesunken sind.

Negativatteste

Im Jahr 2018 wurden 85 Anträge auf Negativattestierung eingereicht, 88 Auskünfte wurden erteilt.

Bestellung gesetzlicher Vertreter

Zur Sicherung der rechtlichen Interessen von unbekannten Grundstückseigentümern und deren Rechtsnachfolgern werden im Bereich „Bestellung gesetzlicher Vertreter“ Anträge auf Bestellung und Abberufung einer gesetzlichen Vertretung nach § 11b VermG sowie Art. 233 § 2 Abs. 1 EGBGB sowie alle damit zusammenhängenden Überwachungs- und Genehmigungsvorgänge bearbeitet.

Derzeitig befinden sich 608 Akten in Bearbeitung.

Im Jahre 2018 wurden 83 Entscheidungen (Ablehnungen, Abberufungen, Widerrufe, Bestellungen, Umbestellungen) getroffen. Darüber hinaus wurden 24 Genehmigungen für Pachtverträge, Verkäufe und Belastungsvollmachten erteilt.

Neben den Fallzahlen gibt es noch einen Aktenbestand von 1.354 Fällen, die vor der endgültigen Archivierung auf Vollständigkeit geprüft werden müssen.

Einen wesentlichen und verantwortungsvollen Teil der Bestellung gesetzlicher Vertreter stellt die Überwachung der ordnungsgemäßen Verwaltung und Bewirtschaftung der Vermögenswerte dar. In diesem Zusammenhang trägt der Landkreis eine erhebliche finanzielle Verantwortung für die verwalteten und bewirtschafteten Vermögenswerte. Im Jahr 2018 wurden laufende Kontostände in Höhe von circa 1,7 Millionen Euro verwaltet.

Ordnungsamt

Sachgebiet Allgemeine Sicherheit und Ordnung

Aufgaben als Fachaufsicht über die örtlichen Ordnungsbehörden und als Kreisordnungsbehörde

Schwerpunkt der Arbeit als Fachaufsichtsbehörde über die örtlichen Ordnungsbehörden des Landkreises bildete die Beratung und Unterstützung dieser Behörden zum Teil vor Ort und auch unter Einbeziehung der Fachämter des Hauses. Am 19. November 2018 fand eine Arbeitsberatung mit den Ordnungsamtsleiterinnen und Ordnungsamtsleitern aller Kommunen statt.

Auf Grundlage des Prostituiertenschutzgesetzes (ProstSchG) vom 21. Oktober 2016 wurden im Bereich der Fachaufsicht die Aufgaben der Anmeldung, Information und Beratung der Prostituierten nach dem ProstSchG übernommen.

Die Fachaufsicht führte 20 Vor-Ort-Termine bei den Kommunen durch; zum einen handelte es sich um Fachaufsichtskontrollen und zum anderen um Absprachen zu fallbezogenen Verfahren.

16 Fach- und Dienstaufsichtsbeschwerden von Bürgerinnen und Bürgern über die Arbeitsweise einiger örtlicher Ordnungsbehörden waren zu prüfen und wurden mit der Ordnungsamtsleitung ausgewertet.

Fünf Widerspruchsverfahren gegen Verfügungen der Städte und Gemeinden wurden bearbeitet.

In 212 Fällen wurden Stellungnahmen zu Planungs- und Bauvorhaben als Träger öffentlicher Belange gemäß Bau-, Planungs- und Naturschutzrecht erarbeitet, davon 162 nach dem Baugesetzbuch. Zusätzlich verfasste die Untere Jagd- und Fischereibehörde 13 Stellungnahmen zu Flora-Fauna-Habitat-Gebieten (FFH-Gebieten).

Im Sachgebiet werden auch die Glückwunschscheine für besondere Alters- und Ehejubiläen der Bürger/-innen im Landkreis Teltow-Fläming für die Landrätin vorbereitet. Im Jahr 2018 waren es 780 dieser Schreiben.

Im Bereich der Pflegepflichtverletzung wurden im Berichtsjahr 387 Bußgeldverfahren nach dem Sozialgesetzbuch Elftes Buch (SGB XI) eingeleitet und bearbeitet. Wegen Verstoßes gegen das Pressegesetz des Landes Brandenburg (BbgPG) wurde im Jahr 2018 ein Verfahren geführt.

Gräberangelegenheiten

Der Bund stellte Pauschalgeber in Höhe von 142.300 Euro für die Pflege und Instandsetzung der Kriegsgräber im Landkreis zur Verfügung. Diese wurden anteilig an die Kommunen ausgereicht.

Standesamtsaufsicht

Den Standesbeamtinnen und Standesbeamten im Landkreis wurde umfangreiche Unterstützung gegeben. Die Zusammenarbeit gestaltete sich auch im Jahr 2018 effektiv und erfolgreich, hier insbesondere auch mit dem Landesfachverband Brandenburg.

Im Bereich der Standesamtsaufsicht fand im Berichtsjahr eine Fortbildungsmaßnahme an der Akademie für Personenstandsrecht in Bad Salzschlirf statt. Zudem wurde an den Schulungen des Landesfachverbandes Brandenburg teilgenommen.

Untere Jagdbehörde

Im Landkreis sind aktuell 840 aktive Jagdscheininhaber/-innen registriert. Darunter befinden sich zehn Personen mit Ausländerjahresjagdscheinen, sechs Jäger/-innen mit einem Falknerjagdschein sowie vier Jugendjagdscheininhaber/-innen unter 18 Jahren. Insgesamt gibt es derzeit im Kreisgebiet 267 Jagdbezirke, davon 176 gemeinschaftliche Jagdbezirke, 71 Eigenjagdbezirke und 20 Verwaltungsjagdbezirke. Im Landkreis bzw. kreisübergreifend gibt es acht Hegegemeinschaften.

Es wurden 287 Abschusspläne (inklusive Nachbeantragungen) bearbeitet und bestätigt bzw. festgesetzt. In den Hegegemeinschaften, welche aus freiwillig zusammengeschlossenen Jagdbezirken bestehen, können Wildarten großräumig bewirtschaftet werden. Mit den hier zur Anwendung kommenden Gruppen- und Mindestabschussplänen kann gezielt auf die Bestandsentwicklung der Wildarten eingewirkt werden.

Mit dem Jagdberater und dem Jagdbeirat des Landkreises Teltow-Fläming sowie dem Kreisjagdverband besteht eine intensive Zusammenarbeit. Gleiches gilt für die 176 Jagdgenossenschaften, deren Aufsicht der Unteren Jagdbehörde obliegt.

Mit dem Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft (MLUL), der Obersten Jagdbehörde, den benachbarten Unteren Jagdbehörden und dem Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt wurde in Vorbereitung der Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) eng zusammengearbeitet.

Die Streckenergebnisse des Jagdjahres 2017/18 im Landkreis Teltow-Fläming wurden am 8. November 2018 den Mitgliedern des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt vorgestellt.

Untere Fischereibehörde

An Fischer/-innen und Angler/-innen wurden im vergangenen Jahr 231 Fischereischeine als unbefristete Genehmigungen zur Ausübung des Fischfangs mit Angelgeräten ausgestellt. Gegenwärtig gibt es damit im Landkreis circa 6.500 aktive Angler/-innen mit und ohne Fischereischein. Es fanden zwei durch die Untere Fischereibehörde durchgeführte Anglerprüfungen mit insgesamt 31 Prüflingen statt. 38 Anglerprüfungen fanden im Landkreis durch benannte Personen des Landesanglerverbandes Brandenburg e. V. mit insgesamt 501 Prüflingen statt. Im Jahr 2018 haben im Landkreis insgesamt 527 Personen die Voraussetzung für die Erteilung eines Fischereischeins erworben.

Im Landkreis gibt es 66 ehrenamtliche Fischereiaufseher/-innen, von denen vier im Jahr 2018 neu berufen wurden. An der jährlichen Schulung nahmen 24 Fischereiaufseher/-innen teil. Die Zusammenarbeit mit den Kreisanglerverbänden Zossen e. V. und Luckenwalde e. V. wurde gepflegt. Besonders hervorzuheben sind die durch die Kreisanglerverbände organisierten und mit einigen Fischereiaufsehern an den Vereinsgewässern des Landesanglerverbandes Brandenburg e. V. im Landkreis erfolgreich durchgeführten Komplexkontrollen.

Die Zusammenarbeit mit dem Fischereiberater und dem Fischereibeirat wurde erfolgreich fortgesetzt.

Gewerbeangelegenheiten

Im Berichtsjahr wurde in allen 13 örtlichen Ordnungsbehörden im Rahmen der Fachaufsicht die Einhaltung gewerberechtlicher Vorschriften geprüft. Bei Sachentscheidungen der örtlichen Gewerbebehörden wurde in 154 Fällen beratend und unterstützend mitgewirkt.

Auch 2018 gab es umfangreiche Änderungen im Gewerberecht. So ist beispielsweise die Änderung des § 34c Gewerbeordnung (GewO) in Kraft getreten. Nun benötigen auch Wohnimmobilienverwalter/-innen eine Erlaubnis; der Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung ist erforderlich und es besteht eine Weiterbildungspflicht.

2018 wurden wieder vier Veranstaltungen als Ausstellungen gemäß § 69 i. V. m. § 65 GewO festgesetzt.

Nach der Landeschiffahrtsverordnung wurden eine Regatta und eine Lichterfahrt genehmigt. Widerspruchsverfahren wurden in drei gewerberechtlichen Verfahren geführt.

Bekämpfung der Schwarzarbeit

Am 25. September 2018 tagte unter Leitung des Ordnungsamtes die Koordinierungsgruppe zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Gewerbe- und Handwerksausübung am Sitz des Landesamtes für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit in Potsdam. Ständige Mitglieder der Koordinierungsgruppe sind das Hauptzollamt Potsdam, die Bauberufsgenossenschaft Hannover, die Steuerfahndung Cottbus, das Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit, die Kreishandwerkerschaften Teltow-Fläming und Potsdam, die Handwerkskammer Potsdam und die Ordnungsämter der Landkreise Teltow-Fläming und Potsdam-Mittelmark sowie der Stadt Brandenburg an der Havel und das Ministerium für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg.

Anlass dieser jährlichen Tagung ist der Austausch von Informationen zu Gesetzes- oder Strukturänderungen, zur Einhaltung des Mindestlohns sowie die Auswertung festgestellter Verstöße von Schwarzarbeit und unerlaubter Gewerbe- und Handwerksausübung im Vergleich zum Vorjahr. In diesem Jahr informierte das Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit über Arbeitsschutzvorschriften im Baugewerbe sowie über Arbeitszeitvorschriften.

Am 10. Oktober 2018 wurde nach Planung und unter Federführung der Kreisordnungsbehörde ein Seminar zu den Themen „Arbeitsausbeutung, Zwangsarbeit und Menschenhandel – Erkennen und Reagieren“ im Kreishaus durchgeführt.

Im November 2018 präsentierte die Kreisordnungsbehörde ihre Arbeitsweise zur Schwarzarbeitsbekämpfung im Rahmen der 28. Koordinierungsberatung der Arbeitsgruppe „Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung in Berlin und Brandenburg“ in Berlin.

122 Baustellen wurden im Berichtsjahr im Kreisgebiet Teltow-Fläming kontrolliert. 47 Ermittlungsverfahren wurden insgesamt geführt, hiervon wurden 37 Verfahren durch andere Behörden weiterverfolgt bzw. eingestellt. So wurden sechs Verfahren an das Hauptzollamt Potsdam und drei Verfahren an die Steuerfahndung Cottbus zur weiteren Verfolgung abgegeben. In zehn Verfahren erhärtete sich der Anfangsverdacht, so dass sich weitere Ermittlungserfordernisse für das Ordnungsamt Zuständigkeit ergaben.

Schornsteinfegerangelegenheiten

Auch im Jahr 2018 wurde die Aufsicht über die 20 bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger (BBSF) hinsichtlich der Wahrnehmung der ihnen übertragenen Aufgaben und Befugnisse nach dem Schornsteinfeger-Handwerksgesetz (SchfHwG) kompetent ausgeübt.

Ausgehend von der Richtlinie des Ministeriums für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg über die Führung, Vorlage und Prüfung der Kehrbücher (Kehrbuchrichtlinie) erfolgte die Überprüfung von vier ausgewählten Kehrbüchern der BBSF.

Nach dem SchfHwG und unter Beachtung der Brandenburgischen Bezirksschornsteinfegerausschreibungs- und Auswahlverordnung war ein Kehrbezirk auszuschreiben. Nach abschließender Prüfung wurde der Kehrbezirk zum 1. Juli 2018 besetzt. Der bisherige bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger erhielt den Zuschlag und wurde für weitere sieben Jahre bestellt.

Mit dem neuen SchfHwG kam es zu einer neuen Qualität in der Bearbeitung und Durchsetzung der Eigentümerpflichten. Der in diesem Verfahren zu erstellende Feuerstättenbescheid bildet hier die Grundlage für das weitere Verwaltungshandeln in Form des Zweitbescheides und einer daraus folgenden Ersatzvornahme. Es wurden weiter Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen Verstößen nach dem SchfHwG sowie Verfahren zur Beitreibung rückständiger Schornsteinfegergebühren durchgeführt. Insgesamt wurden 101 Verwaltungsverfahren geführt.

Versicherungsbehörde

Die Versicherungsbehörde wurde von 670 Bürgerinnen und Bürgern aufgesucht. Insgesamt wurden 273 Anträge auf Altersrenten, Hinterbliebenenrenten, Erwerbsminderungsrenten, Halbwaisenrenten, Überführung der Zusatzversorgungsanwartschaften als auch Widersprüche, Klagen und Zeugenaussagen entgegengenommen und bearbeitet. Des Weiteren wurden Anträge zur medizinischen Rehabilitation sowie Anträge zur Teilhabe am Arbeitsleben aufgenommen und die Antragsteller umfassend beraten.

Sehr gut angenommen wird die Rentenberatung in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow in der dortigen Gemeindeverwaltung, die dort jeweils am letzten Donnerstag des Monats durchgeführt wird.

Sachgebiet Ausländer- und Personenstandswesen

Ausländerbehörde – Allgemeine Ausländerangelegenheiten

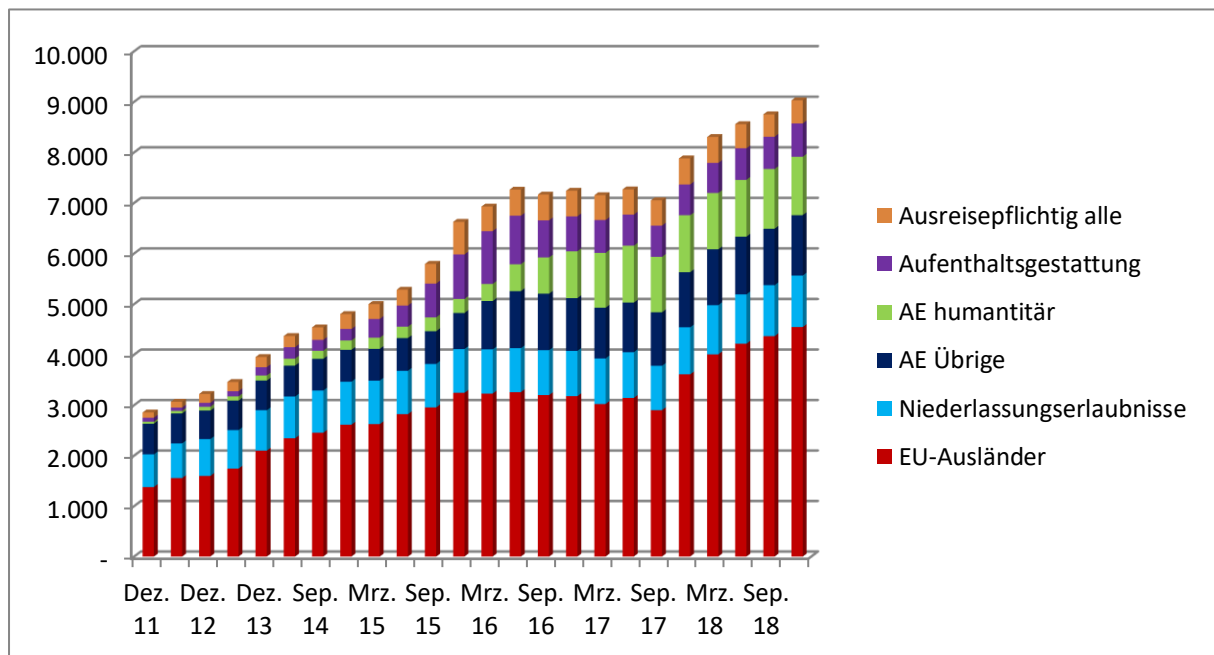
Ende 2018 waren mit 8.964 erstmalig knapp 9.000 Ausländer bei der Ausländerbehörde des Landkreises Teltow-Fläming mit 120 verschiedenen Staatsangehörigkeiten registriert.

Darüber hinaus waren 351 Personen zum 28. Dezember 2018 in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Brandenburg in Zossen, OT Wünsdorf gemeldet. Der Ausländeranteil im Landkreis stieg 2018 auf 5,6 Prozent (2013 - 2,5 Prozent).

Einige statistische Zahlen:

- Die größte Gruppe der Ausländer sind mit 4.545 Personen EU-Ausländer (50 Prozent). Jeder zehnte EU-Ausländer ist unter 16 Jahre.
- 1.019 Personen (11 Prozent) haben ein Daueraufenthaltsrecht und sind bis auf das fehlende Wahlrecht und den ausländischen Pass den Inländern rechtlich gleichgestellt und erfüllen weitestgehend die Voraussetzungen für die Einbürgerung.
- Aus 25 Ländern leben derzeit jeweils nur ein oder zwei Staatsangehörige im Landkreis, u. a. Bolivien, Namibia und Tadschikistan.

Abbildung 13: Ausländer/-innen im Landkreis Teltow-Fläming von 2011 bis 2018 nach Aufenthaltsstatus



Seit Frühjahr 2016 nimmt die Anzahl der neu aufzunehmenden Schutzsuchenden im Landkreis ab. Die zahlreichen gesetzlichen Änderungen und die veränderten Rahmenbedingungen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge führen zu wechselnden Arbeitsschwerpunkten in der Ausländerbehörde. Inzwischen liegen für viele der Schutzsuchenden zum Zeitpunkt der Zuweisung vom Land die Entscheidungen im Asyl-Erstverfahren bereits vor. Schutzsuchende, bei denen festgestellt wurde, dass eine Asylantragstellung bereits in einem anderen EU-Staat erfolgte, werden fast ausschließlich kurz vor dem Ablauf der Überstellungsfrist nach der Dublin-II-Verordnung zugewiesen. Dies hat zur Folge, dass ein erneuter Überstellungsversuch durch die Ausländerbehörde des Landkreises Teltow-Fläming in der Regel nicht mehr umgesetzt werden kann.

Im Berichtszeitraum wurden 1.214 elektronische und 167 elektronische Reiseausweise verfügt.

Tabelle 26: elektronische Aufenthaltstitel und Reiseausweise 2015 bis 2018

Ausweis	2015	2016	2017	2018
elektronische Aufenthaltstitel	736	1.559	1.271	1.214
elektronische Reiseausweise	172	680 ¹⁴	185	167

¹⁴ Die sprunghafte Zunahme 2016 ist begründet in der sehr hohen Anzahl an anerkannten Flüchtlingen (680 Personen), denen auch gleichzeitig ein Reiseausweis für Flüchtlinge ausgestellt wurde.

Die Änderung der Entscheidungspraxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge hat seit Mitte 2016 zur Folge, dass Schutzberechtigten überwiegend der subsidiäre Schutz zuerkannt wird. Im Gegensatz zur 3-jährigen Aufenthaltserlaubnis für Flüchtlinge erhalten die übrigen anerkannten Schutzsuchenden eine Aufenthaltserlaubnis zuerst für ein Jahr, die dann für weitere zwei Jahre verlängert wird.

Anerkannte Schutzsuchende dürfen seit August 2016 auf Grund der Wohnsitzregelung des § 12a Aufenthaltsgesetz in den ersten drei Jahren nur dann in einen Ort außerhalb des Landes Brandenburg umziehen, wenn die nachhaltige Integration nachgewiesen wird (u. a. Arbeitsplatz, Wohnung, Ausbildung oder Studium). Dies wird häufig genutzt.

Der stetige Zuwachs an EU-Ausländern und Nicht-EU-Ausländern im Landkreis ist auch eine Folge der hohen Nachfrage an Arbeitskräften in den unterschiedlichsten Branchen.

Ausländerbehörde - Asylangelegenheiten

Im Jahr 2018 erfolgte von der Erstaufnahme des Landes die Zuweisung von 207 Personen im laufenden Asylverfahren aus 20 verschiedenen Herkunftsländern. Darüber hinaus wurden 44 Personen, unter anderem afghanische Ortskräfte oder Kontingentflüchtlinge, aufgenommen. Per 31. Dezember 2018 waren 941 Asylsuchende bzw. abgelehnte Asylsuchende registriert.

Tabelle 27: Zuweisungen und registrierte Asylsuchende 2015 bis 2018, jeweils per 31.12.

Personenkreis	2015	2016	2017	2018
zugewiesene Personen im laufenden Asylverfahren	1.848	438	287	207
registrierte Asylsuchende und abgelehnte Asylsuchende	1.946	1.050	948	941

37 Asylsuchende bzw. abgelehnte Asylsuchende kehrten im Rahmen der freiwilligen Ausreise mit bzw. ohne Rückkehrförderung ins Herkunftsland zurück (Vorjahreszeitraum: 48 Personen).

Im Berichtsjahr wurden 75 Maßnahmen der Aufenthaltsbeendigung vorbereitet (2017: 92). Im Ergebnis konnten nur bei fünf Personen die Aufenthaltsbeendigungen umgesetzt werden (2017: 20; 2016: 35). Davon waren drei Personen Insassen der JVA Heidering (2017: 8; 2016: 2). Die Mehrzahl der ausgereisten Personen entschied sich im laufenden Prozess der Aufenthaltsbeendigung zur freiwilligen Ausreise als Alternative zur Abschiebung.

Namensänderungen

Im Jahr 2018 wurden zehn Anträge auf Namensänderung gestellt (2017: 8), davon fünf Anträge auf Familiennamensänderung und fünf Anträge auf Vornamensänderung.

Staatsangehörigkeiten

Es wurden 102 Einbürgerungsberatungsgespräche geführt (2017: 119; 2016: 90) und zusammen mit der ausländischen Person wurden die individuellen Voraussetzungen geprüft und festgestellt, ob bzw. ab wann ein aussichtsreicher Antrag auf Einbürgerung gestellt werden kann. Im Mai 2018 wurde eine Informationsveranstaltung zum Thema Einbürgerungen bei Rolls-Royce gemeinsam mit der Volkshochschule durchgeführt.

78 Personen stellten 2018 Anträge auf Einbürgerung (2017: 54). 65 Personen mit insgesamt 30 verschiedenen Staatsangehörigkeiten erhielten die deutsche Staatsbürgerschaft (2017: 46). Davon waren acht im Jahr 2017 und zwölf im Jahr 2018 britische Staatsangehörige.

Sachgebiet Brand- und Katastrophenschutz

Abwehrender Brandschutz

Die Feuerwehren des Landkreises wurden im Berichtszeitraum zu 702 Bränden (2017: 620 Einsätze) und 1.484 technischen Hilfeleistungen (2017: 2.180 Einsätze) gerufen.

Schwerpunkte bei der Brandbekämpfung waren 132 Gebäudebrände sowie 124 Brände im Bereich der Land- und Forstwirtschaft. Technische Hilfe wurde insbesondere bei 312 Verkehrsunfällen und bei der Beseitigung von 56 Gefahrenstellen durch Unwetter geleistet. Weiterhin kam es zu 272 Einsätzen durch Auslösung von Brandmeldeanlagen sowie zu 50 Fehllarmierungen.

Auf Grund des extrem trockenen Sommers kam es während der Waldbrandsaison zu 221 Wald- und Flächenbränden mit einer Gesamtbrandfläche von 672,98 Hektar. Schwerpunkt bildeten hier die Monate Juli und August mit 106 Bränden und einer Fläche von 645 Hektar. Dabei waren allein bei den beiden Bränden auf dem ehemaligen Übungsplatz Jüterbog/West vom 25. Juli bis 02. August 2018 circa 250 Hektar und vom 23. August bis 28. August 2018 circa 300 Hektar betroffen.

Vorbeugender und baulicher Brandschutz

Aufgabe der Brandschutzdienststelle ist die Durchführung von Brandverhütungsschauen in baulichen Anlagen mit erhöhter Brand- oder Explosionsgefährdung und in Anlagen, bei denen bei Ausbruch eines Brandes eine große Anzahl von Menschen oder erhebliche Sachwerte gefährdet sind. Die Brandschutzdienststelle hat im Landkreis aktuell 742 derartige Objekte erfasst. Aufgabe ist es weiterhin, die Belange des vorbeugenden und abwehrenden Brandschutzes im Rahmen bauaufsichtlicher Verfahren durchzusetzen. Im Jahr 2018 wurden im Landkreis 72 Brandverhütungsschauen und Begehungen zur Erteilung der Betriebserlaubnis durchgeführt sowie 187 Stellungnahmen im Rahmen baugenehmigungspflichtiger Vorhaben oder als Träger öffentlicher Belange erarbeitet. Weiterhin wurde die Brandschutzdienststelle bei elf Aufschaltungen von Brandmeldeanlagen und 16 Inbetriebnahmen von Feuerwehrschrüsseldepots tätig.

Zivil- und Katastrophenschutz

Im Berichtsjahr organisierte der Fachbereich Zivil- und Katastrophenschutz für die Mitglieder der Koordinierungsgruppe des Katastrophenschutzstabes des Landkreises sechs Ausbildungstage, in denen verschiedene Einsatzszenarien geprobt und insbesondere die Aufgaben des Rufbereitschaftsdienstes in der Anfangsphase der jeweiligen Szenarien bearbeitet wurden. Schwerpunkt der Ausbildung bildete die Integration des gesamten Systems in die Gefahrgutübung des Landkreises am Goethe-Schiller-Gymnasium in Jüterbog am 26. April 2018. Hier musste die Koordinierungsgruppe die Lage unter anderem für die Besprechung des Katastrophenschutzstabes aufbereiten. Im Rahmen der Übung wurden zwei Stabsbesprechungen durchgeführt, an denen die Fachbereiche Umwelt, Gesundheit, Schulverwaltung, Straßenverkehr, Liegenschaften, Öffentlichkeitsarbeit mit Aufgaben betraut wurden und diese abarbeiten mussten.

Die Regionalleitstelle informierte den Rufbereitschaftsdienst im vergangenen Jahr zu 33 Einsätzen. Bei vier Einsätzen nahm die Koordinierungsgruppe ihre Arbeit in den Räumen der Verwaltung auf. Hierbei handelte es sich um einen Verkehrsunfall auf der BAB A10, in den ein Reisebus verwickelt war, einen Torfflächenbrand sowie zwei größere Waldbrände auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Jüterbog im Juli und August 2018. Da die Flächen munitionsbelastet sind, musste sich der Einsatz auf die Eindämmung und die Verhinderung der weiteren unkontrollierten Ausbreitung des Feuers beschränken. Zum gleichen Zeitpunkt wüteten im Nachbarkreis Potsdam-Mittelmark zwei große Waldbrände. Hier unterstützte der Landkreis Teltow-Fläming mit der Entsendung von Einheiten der Feuerwehr und des Katastrophenschutzes wie der Schnelleinsatzgruppe Verpflegung, der Schnelleinsatzgruppe Führungsunterstützung sowie der Regieeinheit Notfallseelsorge-Krisenintervention. Zur weiteren Verbesserung der Ausrüstung und damit der Einsatzbereitschaft konnte im Berichtsjahr in den Bestand des kreislichen Katastrophenschutzes ein neuer Feldkochherd für die Schnelleinsatzgruppe Verpflegung übernommen werden. Damit wurde die Erneuerung des Fahrzeugbestandes in den Einheiten fortgesetzt.

Der Bereich Katastrophenschutz nahm an sechs Vor-Ort-Besichtigungen des Landesamtes für Umweltschutz in Betrieben teil, die den Regeln der Störfallverordnung (12. BImSchV) unterliegen.

Der Bereich Katastrophenschutz führte 13 Ausbildungsveranstaltungen durch bzw. unterstützte sie fachlich. Dies betraf sowohl die Kreisausbildung wie auch Übungen der Kommunen. Der Schwerpunkt in der Ausbildung lag bei der Weiterbildung der Mitglieder der Regieeinheit Notfallseelsorge-Krisenintervention und der Sondereinsatzgruppen Führung und Führungsunterstützung.

Zur Verbesserung von Alarmierungsgeschwindigkeit und Ausfallsicherheit des digitalen Alarmierungsnetzes des Landkreises wurde ein weiterer digitaler Alarmumsetzer am Standort des Feuerwehrtechnischen Zentrums (FTZ) in Luckenwalde aufgebaut. Zur Erhöhung der Ausfallsicherheit wurden weitere Standorte im Rahmen der Einsatzplanung „Black Out“ mit leistungsstärkeren Batterien und Anschlüsse für Notstromspeisung versehen.

Kreisbrandmeister

Der Kreisbrandmeister und seine beiden Stellvertreter, Herr Lothar Schwarz (FF Großbeeren) und Herr Silvio Kahle (FF Trebbin), üben im Auftrag der Landrätin die Sonderaufsicht über die amtsfreien Gemeinden und das Amt Dahme/Mark als Träger des örtlichen Brandschutzes und der örtlichen Hilfeleistung sowie über die im Katastrophenschutz mitwirkenden Einrichtungen und Einheiten aus. Ferner kann ihnen durch die Gesamtführung die Einsatzleitung bei überörtlichen Brand- und Hilfeleistungseinsätzen sowie bei Großschadenslagen und Katastrophen übertragen werden.

Im Jahr 2018 wurde die Sonderaufsicht im Wesentlichen wieder durch die fachliche Begleitung von Einsätzen und diverse Ausbildungs- und Schulungsmaßnahmen wahrgenommen.

Feuerwehrtechnisches Zentrum (FTZ)

Der Ausbau des FTZ zum Kompetenzzentrum für Brand- und Katastrophenschutz wurde unter anderem durch folgende Maßnahmen fortgeführt:

Tabelle 28: Maßnahmen zum Ausbau des FTZ

Maßnahme	Kosten in Euro
Erneuerung und Instandsetzungsarbeiten von baulichen Anlagen	55.826,39
Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen für Ausbildung (z. B. Bekleidung, Absturzsicherung)	17.507,31
Ausrüstungsgegenstände FTZ, u. a. zur Prüfung von Feuerwehrtechnik und -ausrüstung	60.366,36
Erweiterung Kreisreserve (Flaschen, PA, Masken, Betten, Notstromaggregate)	38.118,34
Erweiterung digitales Alarmierungsnetz	22.232,98
Erneuerung Katastrophenschutz Fahrzeuge / Abrollbehälter	485.865,70

Im Rahmen der Kreisausbildung konnte dem Bedarf von insgesamt 812 Ausbildungsplätzen nur mit 497 tatsächlich zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätzen entsprochen werden. Dies sind 61,2 Prozent des bestehenden Bedarfes. Die Teilnehmer/-innen wurden in 35 Lehrgängen in zwölf verschiedenen Fachrichtungen des feuerwehrtechnischen Dienstes sowie in speziellen Bereichen des Brand- und Katastrophenschutzes geschult. Die tatsächliche Auslastung betrug mit 424 Personen 85,3 Prozent.

Die Atemschutzübungsstrecke nutzten 590 Kameradinnen und Kameraden an 25 Wochenenden.

Auf Grund der hohen Nachfrage wurde zusätzlich im Auftrag der Landesschule und Technische Einrichtung für Brand- und Katastrophenschutz ein Gerätewartlehrgang mit 20 Teilnehmenden im FTZ durchgeführt.

Für die Träger des Brandschutzes wurden im Jahr nachfolgende Prüf-, Wartungs- und Pflegearbeiten an der feuerwehrtechnischen Ausrüstung der Wehren erbracht:

Tabelle 29: Prüfung, Wartung, Pflege der Ausrüstung im FTZ

Geräte/Ausrüstung	Anzahl
Pressluftatmer gereinigt und geprüft	2.654
Lungenautomaten gereinigt und geprüft	524
Atemschutzmasken gereinigt und geprüft	2.903
Chemikalienschutzanzüge geprüft	58
Druckluftflaschen gefüllt	3.251
Druckschläuche gewaschen, geprüft, repariert	4.230
Tragkraftspritzen instandgesetzt	2

Brandschutzerziehung

Das Team Brandschutzerziehung war auch im Jahr 2018 wieder sehr aktiv. Im Landkreis wurden in acht Kitas, vier Grundschulen und zwei Behinderteneinrichtungen insgesamt weit über 1.000 Kinder, Schüler/-innen und Erzieher/-innen über die Gefahren von Feuer und Rauch aufgeklärt sowie das richtige Verhalten in Notfällen geschult und trainiert. Das Team war des Weiteren auch wieder auf zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen, wie z. B. Tagen der offenen Tür, vertreten. Natürlich wurden auch die Feuerwehren bei ihren Veranstaltungen vor Ort wieder aktiv unterstützt. Mittlerweile ist die Brandschutzerziehung in vielen Einrichtungen im Landkreis selbstverständlich geworden. Auch über die Kreisgrenzen hinaus genießt das Team großes Ansehen.

Das Team unterstützte aktiv mit Material und Personal die Schulungen von Kita- und Lehrpersonal sowie die Hausmeister im Umgang mit Handfeuerlöschern. Die eigene Weiterbildung hat dabei natürlich auch immer einen sehr hohen Stellenwert. So wurde im März 2018 ein Seminar zur Pädagogik in der Brandschutzerziehung im Feuerwehrtechnischen Zentrum durchgeführt. Hierbei wurden wieder zahlreiche Multiplikatoren, speziell aus dem Bereich Kinder- und Jugendarbeit der Feuerwehren, ausgebildet.

Unterstützung Feuerwehrverband

Mit der Bereitstellung von Ausrüstung und Technik unterstützte der Landkreis den Verband der Feuerwehren des Landkreises bei der Vorbereitung und Durchführung folgender Höhepunkte:

- kreisoffener Kindertag der Feuerwehr Nuthe-Urstromtal in Felgentreu am 16. Juni 2018
- Kreismeisterschaften der Jugendfeuerwehren im Hakenleitersteigen und Hindernislauf im Feuerwehrtechnischen Zentrum sowie der Löschangriff nass in Trebbin am 23. Juni 2018
- Jugendlager für Kinder und Jugendliche vom 10. bis 15. Juli 2018 in Kallinchen
- Nachtpokal „Löschangriff nass“ in Gräfendorf am 22. September 2018
- Pokallauf der Löschkrümel der Kinderfeuerwehren in Nuthe-Urstromtal, OT Woltersdorf am 22. September 2018
- Völkerballturnier der Kinder- und Jugendfeuerwehren in Mellensee am 17. November 2018

Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Im Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt sind neben der Sekretärin und der Amtsleiterin 22 Personen tätig, davon sieben im Sachgebiet Veterinärwesen und 15 im Sachgebiet Lebensmittelüberwachung.

Die besondere Herausforderung des Jahres 2018 bestand in der Prävention der Afrikanischen Schweinepest, einer Tierseuche, die in Deutschland noch nie aufgetreten ist. Dazu wurden zahlreiche Fortbildungen besucht, Schulungen für interessierte Bürger durchgeführt und die materiell-technische Basis für die Bekämpfung dieser verheerenden Tierseuche für Deutschland weiter verbessert.

Sachgebiet Veterinärwesen

Tierseuchen

Planmäßige Kontrollen Tierseuchen/tierische Nebenprodukte:

122 Kontrollen wurden in Nutztierhaltungen im Bereich Tierseuchen durchgeführt.

Im Bereich Tierseuchen/tierische Nebenprodukte wurden zehn Bußgeldverfahren eingeleitet. Es wurden Bußgelder bzw. Verwarngelder in Höhe von 390 Euro erhoben.

Besondere Aufgaben aus der Tierseuchenbekämpfung:

Untersuchungen auf das Bovine Herpesvirus 1 (BHV 1):

Im Jahre 2015 begann die Umstellung auf milchserologische BHV-1-Untersuchung in den milchproduzierenden Rinderbetrieben. Nach intensiver Vorbereitung und Beratung der betreffenden Betriebe konnte die Umstellung in diesem Jahr bei 18 von 20 Betrieben abgeschlossen werden.

Afrikanische Schweinepest (ASP):

Zur Vorsorge des Eintrages von ASP in die Nutztierbestände des Landkreises wurden 2018 alle Schweinefreilandhaltungen und ein Großteil der Auslaufhaltungen auf die Einhaltung der Vorgaben der Schweinehaltungshygieneverordnung hin überprüft. Darüber hinaus wurden vorbereitende Maßnahmen ergriffen, um bei einem Schweinepestausbuch vorbereitet zu sein (Materialbeschaffung, Überprüfung Wildsammelstellen, Information der Jäger).

Blauzungenkrankheit (BTV):

Seit Dezember 2018 gibt es wieder Ausbrüche von BTV-8 bei Rindern in Deutschland. Damit hat Deutschland seinen Status BTV-frei verloren, was verschärfte Handelsrestriktionen mit sich bringt. Aufgabe wird es sein, die Rinderbestände in unserer Region vor dem Eintrag des BTV-Virus zu schützen. Es besteht die Möglichkeit der freiwilligen Impfung der Rinder-, Schaf- und Ziegenbestände.

Internationaler Tierhandel – Transportkontrollen:**Tabelle 30: Rinderverladungen**

Rinderverladungen	in EU-Länder	in Drittländer	gesamt 2018	gesamt 2017
Anzahl Tage	11	21	32	120
Atteste	20	373	393	353
Anzahl der Rinder	400	12.779	13.179	12.892

Tabelle 31: Schweineverladungen

Schweineverladungen	in EU-Länder	in Drittländer	gesamt 2018	gesamt 2017
Anzahl Tage	45	1	46	22
Atteste	65	1	66	31
Anzahl Schweine	33.596	725	34.321	15.517

Tabelle 32: Schafverladungen

Schafverladungen	in EU-Länder	in Drittländer	gesamt 2018	gesamt 2017
Anzahl Tage	1	0	1	0
Atteste	1	0	1	0
Anzahl Schweine	197	0	197	0

Tabelle 33: Kälberverladungen

Kälberverladungen bei der U. E. G.	in die Niederlande/nach Polen, 2018	gesamt 2017
Anzahl Tage	27	35
Atteste	37	45
Anzahl der Kälber	6.054	8.093

Tabelle 34: Kontrolle der 24-Stunden-Pause bei Tiertransporten

Kontrolle der 24-Stunden-Pause bei Transporten	Rinder	Schafe	gesamt 2018	gesamt 2017
Anzahl Tage	1	1	2	1
Anzahl der Lkw	18	1	19	1

Tabelle 35: Tierseuchenrechtliche Kontrollen bei aus dem Ausland in den Landkreis verbrachten Tieren

Tierseuchenrechtliche Kontrollen von aus dem Ausland in den Landkreis verbrachten Tieren	Anzahl kontrollierter Tiere 2018	Anzahl kontrollierter Tiere 2017
Nutztiere	4.902	6.187
Heimtiere	36	121

Tabelle 36: Hähnchenausstellungen

Hähnchenausstellungen	zum Schlachthof, 2018	gesamt 2017
Anzahl Tage	34	26
Atteste	130	105
Anzahl der Hähnchen	2.239.150	1.894.300

Tierschutz**Tabelle 37: Tierschutzmaßnahmen**

Vorgang	Anzahl
Bearbeitete Tierschutzanzeigen, gesamt	234
- Hunde/Katzen/Heimtiere	143
- Nutztierhaltungen	65
- Sonstige	26
eingeleitete Ordnungswidrigkeitenverfahren	34
Verfügungen	25
Tierhalteverbote, neu ausgesprochen	8
Fortgenommene, beschlagnahmte, ausgesetzte Tiere, gesamt:	80
- Katzen	18
- Hunde	41
- Pferde	5
- Rinder, Schafe, Ziegen, Schweine	0
- Sonstige (Geflügel, Kaninchen, Exoten)	16
Kontrollen Nutztierhaltung	267

Bisher wurden Bußgelder in Höhe von 2.375 Euro verhängt.

Besondere Tierschutzfälle

Es kam mehrfach zu Anordnungen zur Auflösung von Nutztierbeständen, nachdem die zuvor erteilten Auflagen grob und mehrfach nicht eingehalten wurden.

So wurde einem Rinderhalter mit circa 400 Milchkühen sowie der dazugehörigen Nachzucht an Jungrindern und Mastbullen auferlegt, seinen Bestand innerhalb einer gesetzten Frist aufzulösen. Dies war nötig geworden, da elementare Bestandteile der Tierversorgung über einen längeren Zeitraum nicht erfüllt waren. So fehlte ständiger Zugang zu Wasser bei den Mastbullen, waren die Liegeflächen der Milchkühe tierschutzwidrig, wurden erkrankte Tiere mangelhaft tierärztlich versorgt sowie gab es Defizite in der Kälberhaltung. Der Tierhalter kam dieser Anordnung fristgerecht nach.

In einem anderen Fall wurde einem Rinderhalter mit circa 2.500 Tieren ebenfalls die Auflösung des Tierbestandes angeordnet, woraufhin der Tierhalter Rechtsmittel einlegte. Das Eilverfahren ist seit mehreren Monaten bei Gericht anhängig und bis dato nicht entschieden.

Auch bei einem Schweinehalter mit circa 60 Tieren musste die Auflösung des Tierbestandes angeordnet werden, da die Tiere unter mangelnder Wasserversorgung über längere Zeit litten und entsprechende Ordnungsverfügungen vom Tierhalter nicht beachtet wurden.

In einem Fall von animal hoarding (krankhaftes Sammeln von Tieren) mussten 20 Hunde und zwei Katzen aus grob tierschutzwidriger Haltung fortgenommen werden.

In mehreren Fällen wurde die Arbeit dadurch erschwert, dass Tiere vor den Mitarbeiterinnen des Amtes versteckt wurden und wissentlich falsche Angaben gemacht wurden, um eine Fortnahme von Tieren (insbesondere Hunde und Pferde) zu vereiteln. Insgesamt hat der Aufwand für die Bearbeitung einzelner Tierschutzfälle nicht nur wegen absichtlicher Fehlinformation der Behörde und gleichzeitig erhöhten Rechercheaufwands zugenommen.

Zwei Fälle gab die Behörde an den Staatsanwalt ab, da ein hinreichender Verdacht auf das Vorliegen einer Straftat nach §17 Tierschutzgesetz vorlag. In einem der Fälle musste das betroffene Tier tierschutzgerecht getötet werden, da keine Aussicht auf Heilung der schwerwiegenden Verletzungen bestand. In einem anderen Fall konnte das Tier auf Grund intensivtiermedizinischer Versorgung vor dem Tode bewahrt werden.

Besonders zeit- und arbeitsaufwendig gestaltete sich das Verfahren um eine zoologische Einrichtung im Landkreis, da durch einen Geschäftsführerwechsel und das Auslaufen der Zoogenehmigung die Untere Naturschutzbehörde ein neues Erlaubnisverfahren starten musste. Das Veterinäramt war durch die Genehmigungspflicht zur Zurschaustellung beteiligt. Hierfür wurden externe Sachverständige hinzugezogen. Eine Flut von Tierschutzanzeigen begleitete das Verfahren.

Insgesamt mussten für amtlich fortgenommene oder verwahrte Tiere Kosten in Höhe von 38.529,46 Euro aufgebracht werden.

In mehreren Fällen waren Sicherungsmaßnahmen der Polizei notwendig.

Erneut musste festgestellt werden, dass Tierhaltungen von Personen mit psychischen Problemen bzw. Einschränkungen zunehmen. So ergaben sich im Rahmen von Tierschutzkontrollen Hinweise auf Alkoholabhängigkeit, Demenz und manifeste psychische Erkrankungen der Tierhalter, die eine effiziente Durchführung der Kontrollen erschwerten.

Tierarzneimittelüberwachung

Von 43 tierärztlichen Hausapotheken im Landkreis Teltow-Fläming wurden 18 im Jahr 2018 kontrolliert. Die arzneimittelrechtliche Überwachung von Betrieben, die lebensmittelliefernde Tiere halten, fand bei 81 Beständen statt. Acht Einzelhandelsbetriebe mit freiverkäuflichen Arzneimitteln und fünf Tierheilpraxen wurden überwacht. Es wurde im Bereich Tierarzneimittelüberwachung ein Bußgeld verhängt. Im Antibiotika-Monitoring befanden sich im Landkreis Teltow-Fläming im Jahr 2018 48 Betriebe.

Futtermittelüberwachung

In der amtlichen Futtermittelüberwachung hat sich mit zahlreichen und umfassenden Änderungen in der EU-Gesetzgebung seit dem Jahr 2005 die Anzahl der im Landkreis Teltow-Fläming zu kontrollierenden landwirtschaftlichen Unternehmen auf aktuell 515 Betriebe deutlich mehr als verdoppelt. Die Planvorgabe gemäß Risikoanalysen für das Jahr 2018 sah 178 Vor-Ort-Kontrollen und 30 Futtermittelproben vor. Es wurden 195 Betriebe kontrolliert und 31 Futtermittelproben analysiert.

Die Futtermittelproben wurden auf insgesamt 1.294 Parameter hinsichtlich Höchstwertüberschreitungen unerwünschter Stoffe, nicht bzw. nicht mehr zugelassener sowie verbotener Stoffe untersucht. Die Analysen ergaben keine Beanstandungen.

Tabelle 38: Futtermittelüberwachung

Kriterium	Wert
Betriebe	515
Kontrollen inkl. CC	195
Probenahmen	31
Verwarn-/Bußgelder	50,00 Euro

Sachgebiet Lebensmittelüberwachung

Qualitätsmanagement

Im Juni führten Auditoren des Qualitätsmanagementsystems des Landes Brandenburg im Sachgebiet Lebensmittelüberwachung das planmäßige Audit durch. Der Fokus lag in diesem Jahr auf dem Prozess der amtlichen Probenahme. Dabei wurden die vorschriftsmäßige Entnahme der amtlichen Proben, der Transport der Proben ins Amt und die Lagerung der Proben bis zur Übergabe an den Kurier des Landeslabors Brandenburg überprüft. Besonderes Augenmerk galt der Einhaltung der geforderten Kühl- und Tiefkühltemperaturen bei Transport und Lagerung. Im Ergebnis wurden keine Abweichungen festgestellt.

Im Gegenzug führten geschulte Auditoren unseres Landkreises in zwei Kreisen Brandenburgs entsprechende Audits durch.

Risikoorientierte Betriebskontrollen

Im Landkreis sind 2.033 Betriebe für die Herstellung oder den Vertrieb von Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen und Kosmetika registriert. Beschäftigte des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes führten in diesen Betrieben im Jahr 2019 insgesamt 2.301 Betriebskontrollen durch. Darunter waren 1.903 Plankontrollen, 25 Ein- und Ausfuhrkontrollen und 373 außerplanmäßige Kontrollen. Unter den außerplanmäßigen Kontrollen waren 58 Nachkontrollen, 52 Beschwerdekontrollen und 50 Rückrufkontrollen.

Tabelle 39: Betriebskontrollen Lebensmittelüberwachung 2017 bis 2018

Betriebsart	gemeldete Betriebe		kontrollierte Betriebe		Zahl der Kontrollen		beanstandete Betriebe	
	2017	2018	2017	2018	2017	2018	2017	2018
Erzeuger (Urproduktion) ¹⁵	383	388	35	33	39	37	5 (14,3 %)	5 (15,2 %)
Hersteller und Abpacker ¹⁶	62	64	43	44	198	182	13 (30,2 %)	5 (11,4 %)
Vertriebsunternehmer u. ä. ¹⁷	62	62	35	31	153	103	3 (8,6 %)	0 (0,0 %)
Einzelhändler ¹⁸	486	474	300	325	550	640	24 (8,0 %)	23 (7,1 %)
Dienstleistungsbetriebe ¹⁹	927	929	617	645	1058	1170	67 (10,9 %)	51 (7,9 %)
Hersteller im Einzelhandel ²⁰	114	114	65	66	120	155	10 (15,5 %)	7 (10,6 %)
gesamt	2.035	2.033	1.096	1.145	2.133	2.301	122 (11,1 %)	90 (7,9 %)

Die Zahl der kontrollierten Betriebe und der Betriebskontrollen konnte 2018 im Vergleich zu 2017 geringfügig erhöht werden. Der Anteil der beanstandeten Betriebe lag 2018 mit 7,9 Prozent niedriger als 2017 (11,1 Prozent).

Im Rahmen der Betriebskontrollen wurden 151 Schnellwarnmeldungen, 69 Verbraucherbeschwerden und 46 Meldungen zu Erkrankungshäufungen bearbeitet. In keinem Fall konnten Lebensmittel als Ursache von Erkrankungen ermittelt werden.

Handelsklassenkontrollen

Diese umfassen die Überprüfung der festgelegten Handelsklassen für frisches Obst und Gemüse sowie für Geflügel und Eier. Außerdem wird die Fischetikettierung (verpflichtende Angaben für Herkunft und Fangmethode) geprüft. Bei 141 Betriebskontrollen gab es nur in 13 Fällen nichts zu beanstanden, in 128 Fällen waren Abweichungen zu verzeichnen. Hier wurden in der Regel Anordnungen erlassen und Verwarnungen (mit und ohne Verwarngeld) ausgesprochen.

¹⁵ z. B. Tierhalter, Imker, Erzeuger von Getreide

¹⁶ z. B. Schlachtbetriebe, zugelassene Metzgereien, Hersteller von Kosmetika

¹⁷ z. B. Lebensmittellager, Großhändler

¹⁸ z. B. Supermärkte, Metzgerei- und Bäckereifilialen, Getränkemärkte

¹⁹ z. B. Gastronomie, Großküchen, Essenausgabestellen in Kitas und Schulen

²⁰ z. B. kleine Bäckereien und Metzger, Eisdielen mit eigener Herstellung, landwirtschaftliche Direktvermarkter

Probenahme

Im Jahr 2018 wurden insgesamt 854 Proben von Lebensmitteln, Kosmetika und Bedarfsgegenständen gezogen, davon 767 Planproben und 50 Verdachts-, Beschwerde- oder Verfolgsproben. Die Beanstandungsquote lag im Mittel bei etwa 15,3 Prozent. Beanstandungsgründe waren in erster Linie Mängel der Kennzeichnung und Aufmachung (66,7 Prozent der Beanstandungen).

Wie in den Jahren zuvor gab es keine Beanstandungen bei Frischobst, Frischgemüse, Kartoffeln und Pilzen (gesamt 64 Proben). Bei einigen Warengruppen waren deutlich überdurchschnittliche Beanstandungsquoten zu verzeichnen:

Tabelle 40: Warengruppen mit überdurchschnittlichen Beanstandungsquoten 2018

Warengruppe	Probenzahl	Beanstandet (Stück)	Beanstandet (Prozent)
Nahrungsergänzungsmittel	6	6	100,0
Konfitüren und ähnliches (häufig Direktvermarktung)	8	6	75,0
Diätetische Lebensmittel, Säuglings-, Kleinkindernahrung	14	7	50,0
Kosmetische Mittel	23	10	43,5
Milchprodukte (vor allem aufgeschlagene Sahne)	24	8	33,3

Export/Import

Es wurden Exportkontrollen für neun Sendungen Geflügelfleisch (gesamt 180 Tonnen) und für fünf Sendungen Schokoladenprodukte (gesamt circa 50 Tonnen) durchgeführt. Neu hinzugekommen sind Kontrollen zum Export von Milchpulver (drei Sendungen, gesamt 175 Tonnen). Außerdem wurden Exportzertifikate für sechs Sendungen Feinkostprodukte (gesamt circa 30 Tonnen) und acht Sendungen Erfrischungsgetränke (gesamt circa 47.000 Liter) erstellt. Im Rahmen der Einfuhrkontrollen wurden elf Sendungen (gesamt circa 70 Tonnen) Pistazien, Haselnüsse und Erdnussprodukte abgefertigt.

Fleischhygiene

Untersuchungszahlen

Nach wie vor ist eine rückläufige Tendenz der gewerblichen Schlachtungen zu verzeichnen. Bei den Hausschlachtungen gab es dagegen 2018 wieder einen leichten Anstieg.

Tabelle 41: Untersuchungen Fleischhygiene

Jahr	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
gewerbliche Schlachtungen gesamt, darunter	97.391	86.510	79.836	75.530	77.621	74.484	69.348	65.714
- Schafe	85.941	73.380	68.372	62.697	65.759	63.425	60.598	57.077
- Schweine	10.726	10.212	8.460	8.468	7.587	6.834	7.218	7.407
- Rinder	530	2.655	2.780	3.968	3.994	3.915	1.249	970
Wild aus Wildbearbeitungsbetrieben	1.860	2.017	2.295	1.882	2.095	1.818	2.037	1.383
Trichinenuntersuchungen (von Jägern entnommenen Proben)	2.177	2.513	2.419	2.397	2.419	2.258	2.983	2.662
Hausschlachtungen	353	196	280	185	166	170	130	162

Trichinenuntersuchung

Im März des Jahres hat das Trichinenlabor im Rahmen der Qualitätssicherung erneut an dem durch das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) organisierten Ringversuch mit sehr gutem Ergebnis teilgenommen. Alle Ergebnisse lagen im Toleranzbereich.

Seit Mai 2018 ist auf Antrag die gebührenfreie Untersuchung von Trichinenproben von erlegten Wildschweinen möglich. Grund dafür ist das besondere öffentliche Interesse an der Verringerung der Wildschweinbestände. Damit soll die Gefahr der Verschleppung der Afrikanischen Schweinepest in unsere Region vermindert werden. Bei etwa 70 Prozent der Proben haben die Jäger Anträge auf Gebührenerlass gestellt. Diese wurden in allen Fällen genehmigt.

Tabelle 12: Trichinenuntersuchung: Anträge auf Gebührenerlass

Monat	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Juni-Dez.
von Jägern entnommene Proben	209	160	160	160	198	292	285	1464
Anträge auf Gebührenerlass	165	111	109	120	146	180	192	1023
Anteil Anträge an Proben	78,9 %	69,4 %	68,1 %	75,0 %	73,7 %	61,6 %	67,4 %	69,9 %

Die Möglichkeit der Gebührenbefreiung für die Trichinenuntersuchung von Proben erlegter Wildschweine hat jedoch offensichtlich nicht zu einer Erhöhung des Probenaufkommens geführt.

Die Gesamtzahl der untersuchten Trichinenproben lag 2018 mit 3.482 etwa im Bereich der Jahre 2015 und 2016, jedoch deutlich niedriger als 2017. Bei den Proben aus zugelassenen Betrieben lag die Probenzahl mit 764 wesentlich niedriger als 2015 bis 2017. Bei den von Jägern entnommenen Proben lag 2018 die Zahl der entnommenen Proben mit 2.718 zwar niedriger als 2017, jedoch höher als in den Jahren 2015 und 2016.

Tabelle 13: Statistik: Untersuchte Trichinenproben 2015 bis 2018

Monat	Zahl untersuchter Trichinenproben gesamt				Zahl untersuchter Proben aus zugelassenen Betrieben				von Jägern entnommene Proben			
	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018
Januar	319	312	418	359	119	98	137	118	200	214	281	241
Februar	213	109	151	254	36	43	48	54	177	66	103	200
März	230	232	243	262	73	43	53	59	157	189	190	203
April	188	256	252	342	63	53	59	53	125	203	193	289
Mai	338	217	372	426	110	68	139	105	228	149	233	321
Juni	271	209	305	267	73	49	107	58	198	160	198	209
Juli	181	200	257	213	43	43	72	53	138	157	185	160
August	217	166	299	231	82	61	81	71	135	105	218	160
September	330	311	339	195	117	128	92	35	213	183	247	160
Oktober	336	344	459	238	123	133	117	40	213	211	342	198
November	528	506	666	350	208	155	239	58	320	351	427	292
Dezember	475	448	514	345	160	189	106	60	315	259	408	285
gesamt	3.626	3.310	4.275	3.482	1.207	1.063	1.250	764	2.419	2.258	2.983	2.718

Töten im Herkunftsbetrieb

Seit 2010 gibt es die gesetzliche Möglichkeit, auf Antrag des Landwirts die Tötung einzelner Rinder im Haltungsbetrieb zu genehmigen, wenn diese ganzjährig im Freiland gehalten werden. Im Herkunftsbetrieb muss ein amtlicher Tierarzt/eine amtliche Tierärztin zur Lebendbeschau und zur Überwachung der Tötung vor Ort sein. Unverzüglich nach der Tötung muss der Tierkörper zur weiteren Behandlung in einen zugelassenen Schlachtbetrieb befördert werden. Dort führt der amtliche Tierarzt/die amtliche Tierärztin die Fleischuntersuchung durch. In den letzten Jahren gab es einen deutlichen Anstieg derartiger Anträge. Im Jahr 2018 genehmigte das Amt 31 Anträge. Diese betrafen insgesamt 44 Tiere.

Tabelle 42: Erteilte Genehmigungen zum Töten von Tieren im Herkunftsbetrieb

Jahr	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
erteilte Genehmigungen	2	8	3	6	17	24	15	31
Anzahl Tiere	3	11	3	7	21	24	18	44

Gebühren für die amtliche Schlachttier- und Fleischuntersuchung

Am 14. Februar 2018 fand vor dem Verwaltungsgericht Potsdam die mündliche Verhandlung zu den seit 2014 anhängigen Klageverfahren eines Schlachtbetriebes gegen die Gebühren für die Schlachttier- und Fleischuntersuchung und die Auslagen für die nach Nationalem Rückstandskontrollplan entnommenen Proben statt. Es geht um Kosten der Jahre 2014 bis 2017 in einer Gesamthöhe von über 300.000 Euro. Das Gericht kam in seiner Entscheidung zu dem Urteil, dass die Gebührenbescheide des Landkreises im Wesentlichen rechtswidrig seien. Die beglaubigten Abschriften der Urteile übersandte das Gericht im Juni 2018. Im Juli stellte der Landkreis vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg einen Antrag auf Zulassung zur Berufung, da er eine andere Rechtsauffassung als das Verwaltungsgericht Potsdam vertritt und ihm anderslautende Entscheidungen anderer Verwaltungsgerichte bekannt sind. Eine Entscheidung seitens des Oberverwaltungsgerichts ist bis dato noch nicht getroffen worden.

Rettungsdienst

Im Jahr 2018 wurde der Rettungsdienst zu 20.710 Notfalleinsätzen (Vorjahr 17.551) gerufen. Im qualifizierten Krankentransport kam der Rettungsdienst in 1.059 Fällen (Vorjahr 1.919) zum Einsatz. In 35 Großschadensfällen kam der Organisatorische Leiter Rettungsdienst (Vorjahr 30) zum Einsatz, davon 15-mal zusammen mit einem Leitenden Notarzt (Vorjahr 12). Knapp 1.050.000 Einsatzkilometer (Vorjahr 1.025.000) wurden in allen rettungsdienstlichen Leistungsbereichen abgerechnet.

Die Einhaltung der Hilfsfrist (Eintreffen am Einsatzort innerhalb von 15 Minuten) soll im Jahr zu 95 Prozent erreicht werden. Tatsächlich konnte der Rettungsdienst in 93,54 Prozent aller hilfsfristrelevanten Einsatzfälle des Jahres Vorgabe erfüllen (Vorjahr 93,57 Prozent).

Zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Rettungsdienstes erfolgten im Berichtsjahr Ersatz- oder Neubeschaffungen im Umfang von 1.704.000 Euro für Rettungswagen, knapp 400.000 Euro für Medizintechnik sowie rund 100.000 Euro für Betriebs- und Geschäftsausstattung der Rettungswachen und Verwaltung.

An den Rettungsdienststandorten Ludwigsfelde und Dahlewitz haben die Bauvorhaben für die Errichtung neuer oder zusätzlicher Rettungswachen begonnen.

Die kreiseigene Rettungsdienstgesellschaft hat im Jahr die Vollzugsaufgaben des bodengebundenen Rettungsdienstes mit durchschnittlich 217 Beschäftigten an zwölf Standorten vertragsgemäß erfüllt.

Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde

Sachgebiet Technische Bauaufsicht

Die Beschäftigten im Bereich Baugenehmigungsverfahren waren auch in diesem Berichtsjahr weiterhin einer hohen Belastung ausgesetzt.

Anfragen allgemeiner Art und Nachfragen zu Genehmigungsverfahren per E-Mail oder telefonisch haben weiter zugenommen.

Die folgende Tabelle zeigt anhand des Antragsaufkommens an Bauanträgen (Neubau, Umbau/Änderung, Nutzungsänderung, Nachträge, Vorbescheide, Bauanzeige- und vereinfachte Genehmigungsverfahren) die Entwicklung der Bautätigkeit der vergangenen drei Jahre. Hier nicht berücksichtigt sind Verfahren zu Bescheinigungen nach WEG, Einigungen zu beschränkten persönlichen Dienstbarkeiten sowie Anträge auf Ausnahme, Befreiung oder Abweichung.

Tabelle 43: Antragsaufkommen Baugenehmigungsverfahren

Jahr	2016	2017	2018
Antragsaufkommen	1.633	1.859	1.667

Das im Vergleich zum Vorjahr wieder gesunkene Antragsaufkommen insgesamt schlägt sich hingegen nicht auf den Wohnungsbau nieder. Für den Wohnungsneubau ist im Landkreis Teltow-Fläming im Berichtsjahr weiter ein Anstieg zu verzeichnen.

Tabelle 44: Entwicklung Wohnungsneubau

Jahr	2016	2017	2018
Anträge Wohnungsneubau	547	717	747

Diese Darstellung spiegelt hier jedoch nur den Neubau wider. Änderungen und Umbauten sind hier nicht dargestellt. Rückschlüsse über die Zahl der Wohnungen können aus dieser Übersicht nicht gewonnen werden. Die Zahlen beinhalten nur die Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäuser (darunter auch Geschosswohnungsbauten) insgesamt. Folglich ist die Zahl der Wohnungen höher. Auch kann die Darstellung keine Informationen über die tatsächliche Entwicklung der Wohnungsmarktsituation hergeben, da die Wiedernutzbarmachung von leer stehenden Wohngebäuden, wie sie zum Beispiel in Luckenwalde in vielen Straßenzügen noch vorzufinden sind, häufig nicht mit genehmigungspflichtigen Umbaumaßnahmen verbunden sind. In den nördlichen Gemeinden des Landkreises in Randlage zur Bundeshauptstadt gibt es praktisch keinen Wohnungsleerstand. Dementsprechend sind Zuzüge häufig mit dem Neubau von Wohnraum verbunden.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Bautätigkeit im Wohnungsneubau in den Gemeinden des Landkreises im Überblick. Dabei wird unterschieden zwischen dem nördlichen Teil des Landkreises (sogenannter enger Verflechtungsraum mit Berlin), der circa ein Drittel der Fläche des Landkreises bedeckt, und dem zwei Drittel der Kreisgebietsfläche beanspruchenden Süden (sogenannter äußerer Entwicklungsraum).

Tabelle 45: Entwicklung der Bautätigkeit im Wohnungsbau (Neubau von Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäusern)

Stadt/Gemeinde/Amt	2016	2017	2018	zu 2017
Nordkreis				
Blankenfelde-Mahlow	183	171	150	-12 %
Großbeeren	42	35	30	-14 %
Rangsdorf	60	47	64	+36 %
Trebbin	22	45	43	-4 %
Zossen	79	108	135	+25 %
Ludwigsfelde	97	160	160	0 %
Summen	483	566	582	+3 %
Südkreis				
Baruth/Mark	3	9	20	+122 %
Dahme/Mark	10	4	5	+25 %
Am Mellensee	25	70	63	-10 %
Niedergörsdorf	4	4	5	+25 %
Nuthe-Urstromtal	13	19	15	-21 %
Jüterbog	15	15	28	+73 %
Luckenwalde	24	30	29	-3 %
Summen	94	151	165	+9 %
Summen gesamt	577	717	747	+4 %

Die Schere zwischen dem Norden und dem Süden des Landkreises besteht nach wie vor. Während knapp 78 Prozent des Wohnungsneubaus auf die Gemeinden des nördlichen Kreisgebiets verteilt sind, haben im Süden lediglich 22 Prozent der Neubautätigkeit stattgefunden. Es gab zwar einen leichten Rückgang in den Gemeinden Blankenfelde-Mahlow, Großbeeren und der Stadt Trebbin, aber auch deutlich erkennbaren Zuwachs in Zossen und Rangsdorf. Damit bleibt der Norden in seiner Besiedlungsdichte weit vor dem Süden des Landkreises.

Auch die folgende Tabelle macht die in den Gemeinden unterschiedliche Entwicklung der Bautätigkeit insgesamt (alle genehmigungspflichtigen Vorhaben) in den letzten Jahren deutlich. Während 2017 etwa das Zweifache der Bautätigkeit insgesamt in den Gemeinden im engen Verflechtungsraum gegenüber der Bautätigkeit in den Gemeinden im äußeren Entwicklungsraum zu verzeichnen war, stieg die Bautätigkeit im engen Verflechtungsraum im Vergleich zum äußeren Entwicklungsraum im Jahr 2018 auf das 2,5-fache an. Das zeigt die nachstehende Tabelle.

Tabelle 46: Entwicklung der Bautätigkeit 2016 bis 2018 (Neubau, Umbau/Änderung, Nutzungsänderung, Vorbescheid, Bauanzeige, vereinfachte Baugenehmigungsverfahren und Nachträge)

Stadt/Gemeinde/Amt	2016	2017	2018	zu 2017
Nordkreis				
Blankenfelde-Mahlow	375	354	322	-9 %
Großbeeren	113	84	71	-15 %
Rangsdorf	151	126	126	0 %
Trebbin	89	114	123	+8 %
Zossen	234	266	272	+2 %
Ludwigsfelde	195	317	283	-11 %
Summen	1.157	1.258	1.195	-5 %
Südkreis				
Baruth/Mark	53	52	52	0 %
Dahme/Mark	60	62	49	-21 %
Am Mellensee	75	146	108	-26 %
Niedergörsdorf	24	26	21	-19 %
Nuthe-Urstromtal	66	81	42	-48 %
Jüterbog	78	75	73	-3 %
Luckenwalde	120	159	127	-20 %
Summen	476	601	472	-21 %
Summen gesamt	1.633	1.859	1.667	-10 %

Dabei hat wiederum traditionell – trotz Rückgangs – die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow den höchsten Anteil, gefolgt von Ludwigsfelde und Zossen. Auch in diesem Berichtsjahr gehören Niedergörsdorf und Dahme/Mark wieder zu den sogenannten statistischen Schlusslichtern in der Bautätigkeit. Ein starker Rückgang der Bautätigkeit war in der Gemeinde Nuthe-Urstromtal im Jahr 2018 zu verzeichnen – sie steht nun an unterer Stelle bei der Bautätigkeit gesamt im Landkreis Teltow-Fläming.

Schwerpunkte der Tätigkeit der Baugenehmigungsbehörde waren neben dem Wohnungsbau der weitere Ausbau erneuerbarer Energien (Windkraftanlagen) und die weitere Ansiedelung im Bereich der Logistikbranche.

Durch die Arbeit der Behörde konnten im Haushalt des Landkreises Gebühreneinnahmen in Höhe von etwa 3,8 Millionen Euro verbucht werden.

Die höchsten Einnahmen folgten dabei wieder aus Gebührenabführungen des Landesamts für Umwelt für immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren (z. B. für Windkraftanlagen). Aber auch aus der beantragten Errichtung bzw. Erweiterung großer Hallen in der Logistikbranche haben sich zum Teil beachtliche Baugenehmigungsgebühren ergeben. So entstehen z. B. in Genshagen ein neues Paketzentrum, in Ludwigsfelde neue Gewerbehallen und in Großbeeren soll ein vorhandenes Logistikzentrum um zwei Hallen erweitert werden.

Entsprechend der Größe der Vorhaben liegen die vereinnahmten Baugenehmigungsgebühren hier jeweils zwischen 55.000 Euro und 278.000 Euro. Darüber hinaus schlugen die Sanierung eines Mehrfamilienhaus-Komplexes in Luckenwalde, die Errichtung von drei Mehrfamilienhäusern mit Gewerbefläche in Ludwigsfelde und ein Bürogebäude in Dahlewitz jeweils mit Gebühren zwischen 55.000 Euro und 153.000 Euro zu Buche.

Sachgebiet Rechtliche Bauaufsicht

Gegenstand der Tätigkeit des Sachgebiets ist die Durchführung bauordnungsrechtlicher Verfahren, insbesondere wegen illegaler Bautätigkeit und Nutzungsänderungen baulicher Anlagen, die Durchsetzung der Beseitigung nicht genehmigungsfähiger Baulichkeiten und der Sicherung baulicher Anlagen, von denen Gefahren ausgehen, sowie Schornsteinfegersachen. Hinzu kommt die Bearbeitung sämtlicher Widersprüche gegen Entscheidungen der Unteren Bauaufsichtsbehörde und der Unteren Denkmalschutzbehörde ebenso wie die Durchführung von Bußgeldverfahren wegen baurechtlicher, baunebenrechtlicher und denkmalschutzrechtlicher Ordnungswidrigkeiten. Des Weiteren sind Gegenstand der Tätigkeit Verfahren zur Ersetzung des gemeindlichen Einvernehmens im Rahmen von Baugenehmigungsverfahren, wenn die Gemeinden ihr gemeindliches Einvernehmen rechtswidrig versagt haben, die Bearbeitung von Anträgen auf Akteneinsicht in schwierigen Fällen sowie die Führung des Baulastenverzeichnisses.

Ordnungsverfügungen

Im Jahr 2018 wurden 378 bauordnungsrechtliche Verfahren neu eingeleitet. Zum größten Teil handelte es sich um Verfahren wegen Bauens bzw. Nutzungsänderungen ohne Baugenehmigung. Insgesamt konnten im Berichtsjahr 295 Verfahren abgeschlossen werden. Es wurden 216 Anhörungen geschrieben und unter anderem 25 Baueinstellungsverfügungen, neun Nutzungsverbote, drei Beseitigungsanordnungen sowie drei sonstige Ordnungsverfügungen erlassen. In 14 Fällen wurden Zwangsmittel (Zwangsgeld) zur Durchsetzung der bauaufsichtlichen Anordnungen festgesetzt. Im Durchschnitt hatte jede Sachbearbeiterin etwa 180 laufende Verfahren in Bearbeitung.

Widerspruchsbearbeitung und Ersetzungsverfahren

Im Rahmen der Widerspruchsbearbeitung waren im Berichtszeitraum 116 Eingänge zu verzeichnen. Abgeschlossen wurden 110 Verfahren, wobei in 22 Fällen den Widersprüchen stattgegeben bzw. teilweise stattgegeben wurde. 51 Widersprüche wurden zurückgewiesen, und 37 Verfahren endeten durch Widerspruchsrücknahme beziehungsweise haben sich auf andere Weise erledigt. Die meisten Widersprüche richteten sich gegen bauaufsichtliche Ordnungsverfügungen, Gebührenentscheidungen sowie die Ablehnung von Baugenehmigungen. In drei Fällen wurde in Baugenehmigungsverfahren das versagte gemeindliche Einvernehmen ersetzt.

Ordnungswidrigkeiten, Baulastenverzeichnis, Akteneinsichten

Im Jahr 2018 wurden 24 bauaufsichtliche Bußgeldverfahren neu eröffnet. Die Verfahren, die im Berichtsjahr abgeschlossen werden konnten, führten zu vereinnahmten Bußgeldern von etwa 23.600 Euro. 66 Bußgeldverfahren sind noch nicht abschließend entschieden worden. Daneben haben die Beschäftigten des Bußgeldbereiches 178 Baulastanträge und 157 Anträge auf Akteneinsicht bearbeitet. Für diese Amtshandlungen wurden Gebühren von etwa 82.200 Euro eingenommen.

Sachgebiet Untere Denkmalschutzbehörde

Das Jahr 2018 war für die Denkmalschutzbehörde ein besonderes Jahr. Unter dem Motto „Sharing Heritage“ hatte die Europäische Kommission das Jahr zum Europäischen Kulturerbejahr erklärt und aufgerufen, in verschiedenen Aktionen die öffentliche Aufmerksamkeit auf das gemeinsame kulturelle Erbe Europas zu lenken. Das letzte Europäische Denkmalschutzjahr war 1975, liegt also schon über 40 Jahre zurück. Unter dem Punkt „Öffentlichkeitsarbeit“ werden die Beiträge des Landkreises gesondert geschildert.

Das zurückliegende Jahr war wie die Jahre zuvor vom anhaltenden Bauboom und den damit einhergehenden steigenden Fallzahlen geprägt. Auch 2018 wurden denkmalgeschützte Gebäude, vor allem Großanlagen, verkauft, für die es bislang kaum Perspektiven zu geben schien. Hier wären insbesondere die Fabrik Haag 12 in Luckenwalde und die Mannschaftsgebäude der Artillerieschießschule in Jüterbog II zu nennen. Auch das ehemalige Amtsgericht in Jüterbog hat einen neuen Eigentümer gefunden, ebenso wie das Pfarrgehöft in Oehna, das Gehöft Oscar-Barnack-Straße 1 in Lynow und das Wohnhaus Große Straße 88 in Jüterbog. Weiterhin wurden das ehemalige Wohn- und Geschäftshaus Rudolf-Breitscheid-Str. 33, die Fabrikantenvillen Triftstraße 2 und Puschkinstraße 18 und das ehemalige Verwaltungsgebäude in der Industriestraße 1c in Luckenwalde verkauft. Auch mehrere Luckenwalder Wohnhäuser in der Baruther Straße wurden veräußert.

Regel Fluktuation auf dem Immobilienmarkt steht der Verfall größerer Objekte durch langen Leerstand gegenüber, der die Behörde zum ordnungsrechtlichen Eingreifen zwingt. Um diesen Aufgaben nachzukommen, wurde eine neue Stelle im Sachgebiet geschaffen, die ab Januar 2019 besetzt ist.

Denkmalliste

2018 wurden nur wenige neue Objekte vom Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum in die Denkmalliste eingetragen. Vor dem Hintergrund, dass historisch bedeutende Gebäude auch dann den Schutzbestimmungen unterliegen, wenn sie nicht in die Liste eingetragen sind, dies aber mangels Gutachten durch die Untere Denkmalschutzbehörde eigenständig begründet werden muss, führt es zwangsläufig zu Mehraufwand, wenn Denkmale nicht auf der Liste verzeichnet sind. Der Personalschwund in der Fachbehörde macht sich hier deutlich bemerkbar und stellt die kreislichen Denkmalschutzbehörden vor Probleme.

Die Änderungen der Denkmalliste ergeben sich aus der folgenden Tabelle.

Tabelle 47: Eintragungen in die Denkmalliste 2018

Nr.	Gemeinde/Stadt/Amt	Anschrift	Objekt	eingetragen am
1	Großbeeren	Kleinbeeren, Altes Forsthaus 1	Altes Forsthaus	05.03.2018
2	Niedergörsdorf	Oehna, Oehna 21	Pfarrgehöft bestehend aus Pfarrhaus und Wirtschaftsgebäude	16.03.2018

Insgesamt sind von den etwa 1.900 archäologischen Fundstellen zum Ende des Jahres 2018 circa 86 Prozent über Benachrichtigungsschreiben an die Eigentümer oder öffentlich bekanntgegeben worden.

Denkmalsanierungen

Im Jahr 2018 begonnene Denkmalsanierungen (Auswahl)

- Jüterbog, Nikolaikirche, Sanierung des Dachraums und der Fassaden
- Niedergörsdorf, Dorfkirche in Dennewitz
- Wiepersdorf, Gutshaus
- Blankenfelde, Kirche

Im Jahr 2018 weitergeführte Denkmalsanierungen (Auswahl)

- Luckenwalde, Boulevard 2. BA
- Jüterbog, Sanierung und Ausbau der B 102
- Jüterbog, Kloster Zinna, Klosterkirche, 6. Bauabschnitt
- Luckenwalde, Heinrichstift
- Dahme/Mark, Kleinbahnhof
- Jüterbog, OT Markendorf, Sicherung Gutsanlage
- Waltersdorf, Dorfkirche, 2. BA
- Zossen, Bettenhaus
- Zossen, Stadtpark
- Genshagen, Gutshaus
- Nächst Neuendorf, Schützenhaus

Im Jahr 2018 abgeschlossene Denkmalsanierungen (Auswahl)

- Luckenwalde, Scheune Markt 20
- Luckenwalde, Wohnhaus Zinnaer Straße 6
- Luckenwalde, Alex-Sailer-Str. 1a
- Luckenwalde, Parkstraße 6
- Rangsdorf, Kirche
- Petkus, Kirche
- Blankenfelde, Kirche
- Glasow, Kirche
- Prensdorf, Kirche
- Zossen, Wohn- und Geschäftshaus Berliner Straße 1

Erwähnenswert sind noch die teilweise abgeschlossenen Vorplanungen für Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen an den Zossener Kalkschachtöfen, dem Luckenwalder Stadtbad und den Gebäuden der Wünsdorfer Infanterieschießschule sowie der Buckerwerke in Rangsdorf.

Bodendenkmalpflege

Im Jahr 2018 blieben auch die Fallzahlen der Bodendenkmalpflege auf einem hohen Niveau. Meist fanden archäologische Untersuchungen im Zusammenhang mit der Errichtung von Einfamilienhäusern und der Verlegung von Ver- und Entsorgungsleitungen statt. Außergewöhnliche Funde wurden den Medien bekannt gegeben. Besonders die Grabung in der Dorfkirche Kaltenborn und ihre Ergebnisse fanden dort ein großes Echo.

In Dahme/Mark fanden parallel zum dritten Bauabschnitt zur Sanierung der B 102 archäologische Dokumentationsarbeiten statt. Auch im westlichen Altstadtzentrum wurden mehrere Lagen hölzerner Straßen aus dem Mittelalter freigelegt, die teilweise exzellent erhalten waren. Zahlreiche Metall- und Keramikfunde weisen auf regionalen und überregionalen Handel durch Kaufleute hin. Direkt am Vogelturm fanden sich Tonscherben der Slawenzeit aus dem 10./11. Jahrhundert nach Christus. Zur mittelalterlichen Stadtbefestigung gehören Reste eines Torhauses und mehrere verfüllte Wassergräben, die in neuen Leitungsgräben angetroffen wurden. Außergewöhnliche Funde wurden durch die Denkmalfachbehörde mittels einer Drohne und durch ein Kamerateam dokumentiert.

Jüterbog kann auf eine mehr als 1.000 Jahre alte Geschichte zurückblicken. Beim Ausbau der B 102 wurde im Berichtsjahr bei Ausgrabungen unter anderem eine mittelalterliche Straße aus Kieselsteinen entdeckt. Zahlreiche Funde aus Holz, Leder, Metall und Keramik weisen auf spezialisierte Handwerker hin. Im 14. Jahrhundert errichtete man an der schmalen Straße Fachwerkhäuser, deren straßenseitige Fassaden auf linear ausgelegten Findlingen aufgesetzt waren. Dies ist der Nachweis für einen planmäßigen Straßenbau mit angrenzenden Häuserzeilen.

Förderung

Im Jahr 2018 wurden Maßnahmen im Denkmalschutz aus der MBS-Gewinnausschüttung und aus dem entsprechenden Produktkonto des Kreishaushalts gefördert. Während aus den MBS-Mitteln nur gemeinnützige Träger gefördert werden, können private Denkmaleigentümer Mittel aus dem Kreishaushalt beantragen. Denkmalbedingte Mehrkosten werden somit abgedeckt.

Alle zehn MBS-Anträge auf eine Gesamtfördersumme von 139.750 Euro wurden positiv beschieden. Sieben Anträge stammen von Kirchengemeinden, zwei von Vereinen, einer von einer Stiftung. Die ausgereichte Summe belief sich auf 132.250 Euro. Das gesamte Investitionsvolumen der Maßnahmen belief sich auf 1.073.923 Euro.

Aus den kreislichen Mitteln wurden von den 20 beantragten Förderanträgen 15 positiv beschieden. Bewilligt wurden insgesamt 50.000 Euro bei einem Investitionsvolumen von 479.050 Euro. Beantragt waren 211.740 Euro.

Öffentlichkeits- und Vereinsarbeit

Zu den Aufgaben der Denkmalschutzbehörde gehört es unter anderem, die Öffentlichkeit über die Arbeitsinhalte und Arbeitsweise der Behörde zu informieren. Das Jahr 2018 als Europäisches Kulturerbejahr war für die Denkmalschutzbehörde Anlass, wieder ein „Denkmalforum“ zu organisieren. Die Veranstaltung möchte der interessierten Öffentlichkeit Einblicke in die Behördenarbeit der Baudenkmalpflege verschaffen, die weiteren Beteiligten wie Bauherren und Architekten zu Wort kommen lassen und Gelegenheit zu gegenseitigem Austausch bieten. Um Synergieeffekte zu nutzen, wurde das Denkmalforum der Baudenkmalpflege gemeinsam mit dem 21. Archäologentag im Kreistagssaal ausgerichtet. Die Behörde konnte bei der Veranstaltung auch ihre neue Publikation präsentieren, ein Buch über die „Denkmale zwischen Teltow und Fläming“. Das Buch verbindet zahlreiche farbige Aufnahmen von Denkmälern unseres Landkreises mit Wissenswerten zu allgemeinen Fragen des Denkmalschutzes und zu den speziellen Objekten.

Der Denkmalkalender und das „Denkmal des Monats“, ein regelmäßig von der Behörde an die Medien übermittelter Artikel über ein spezielles Denkmal in unserem Kreis, tragen weiterhin zum Kennenlernen der historischen Zeugnisse in unserem Landkreis bei. Zahlreiche Pressemeldungen informierten aktuell über archäologische Funde und Ausgrabungen bei Baumaßnahmen.

Der Tag des offenen Denkmals, der jährlich am 2. Septembersonntag stattfindet, wird regelmäßig von der Denkmalschutzbehörde begleitet. Das Interesse der Bevölkerung ist stets hoch, wie die lebhafteste Teilnahme der Bevölkerung am Tag des offenen Denkmals beweist. Ein Magnet waren im Jahr 2018 das Schloss Genshagen und die in seiner Nachbarschaft gelegene ehemalige Brennerei.

Das im Foyer der Kreisverwaltung gezeigte Fragment des mittelalterlichen Bohlendamms wurde ins Rathaus der Stadt Jüterbog verlagert und dort ausgestellt. Eine Überraschung war die lange Haltbarkeit der Bohlen, die selbst nach Monaten an der (Heizungs-)Luft noch nicht zerfallen waren.

Die Denkmalschutzbehörde im Landkreis Teltow-Fläming wird von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern unterstützt. Von den 26 ehrenamtlichen Beauftragten für Denkmalpflege untersuchen und kartieren 21 in ihrer Freizeit bekannte archäologische Fundstellen und sammeln dort Oberflächenfunde auf. Fünf ehrenamtliche Baudenkmalpfleger sind überwiegend in Kummersdorf aktiv.

Projektgruppe Kummersdorf

Trotz erheblicher Hürden ist es dem Kummersdorfer Verein und der Projektgruppe Kummersdorf gelungen, in Kooperation mit dem Museum La Coupole in Nordfrankreich (Pas de Calais) die dort konzipierte und produzierte Ausstellung „Krieg, Wissenschaft und Technik, 1914-1945“ in der Heeresversuchsstelle Kummersdorf zu zeigen. Über 2.000 Besucher haben sich die Ausstellung bis zum Ende am 17. November angeschaut. Das Projekt wurde von der MBS, der „Kulturland Brandenburg gGmbH“, dem Finanzministerium des Landes Brandenburg und dem Landkreis Teltow-Fläming gefördert.

Am 19. Juni widmete die Gedenkstätte „Topografie des Terrors“ einen Abend der Heeresversuchsstelle Kummersdorf. Mit Vorträgen und einer Podiumsdiskussion wurde dieses bislang in der Hauptstadt nahezu unbekannte Denkmal der Berliner Öffentlichkeit nahegebracht.

Die interdisziplinäre Projektgruppe Kummersdorf trifft sich seit Beginn ihrer Gründung Ende 2008 auch weiterhin regelmäßig alle vier bis sechs Wochen und plant für das kommende Jahr ein Projekt zum 25. Jahrestag des Abzugs der GUS-Streitkräfte (Westgruppe der russischen Truppen, WGT) aus Brandenburg. Mit dem Landesjugendring ist ein Schülerprojekt „Von Kummersdorf zum Mond“ anlässlich des 50. Jahrestags der Mondlandung geplant.

Umweltamt

Amtsleiterbereich

Im Jahresverlauf stand die erforderliche Personalkapazität für eine zeitnahe Widerspruchsbearbeitung nur eingeschränkt zur Verfügung, weil parallel eine Reihe von grundlegenden verwaltungsrechtlichen Fragen für die einzelnen Behörden im Amt zu klären waren.

Drei Azubis wurden im Rahmen ihrer Ausbildung im Umweltamt betreut.

Tabelle 48: Aufgaben Amtsleiterbereich Umweltamt

Aufgaben	2016 Anzahl	2017 Anzahl	2018 Anzahl
Widersprüche (einschließlich Einsprüche)	10	21	
Bündelung Verfahren Bundesimmissionsschutzrecht	(159)	38	
Auskunftsersuchen nach Umweltinformationsgesetz	8	10	

Klimaschutz-Koordinierungsstelle

Am 25. Juni 2018 beschloss der Kreistag Teltow-Fläming in seiner 25. Sitzung im öffentlichen Teil die 3. Fortschreibung des Energiespar- und Klimaschutzprogramms. Hierin enthalten sind mehr als 20 Maßnahmen, die einen Beitrag zum Erreichen des Klimaschutzziels der Vereinten Nationen durch Reduzierung des Kohlendioxidausstoßes wie auch Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels enthalten. Die Projekte sind erstmals zielgruppenspezifisch ausgerichtet. Zielgruppen sind:

- Beschäftigte der Kreisverwaltung,
- kreisangehörige Kommunalverwaltungen,
- Zivilgesellschaft,
- Wirtschaft, Politik und andere.

Das im Leitbild des Landkreises von 2015 verankerte Bekenntnis zum Klimaschutz wird durch das kreisliche Energiespar- und Klimaschutzprogramm mit validierbaren Maßnahmen untersetzt.

Erstmals in seiner Geschichte nahm der Landkreis Teltow-Fläming im September 2018 am internationalen Wettbewerb „STADTRADELN“ teil. Mehr als 500 Teilnehmer/-innen legten binnen drei Wochen etwa 100.000 Kilometer mit dem Fahrrad zurück. Bei Nutzung von Kraftfahrzeugen wären etwa 7.700 Liter klimaschädlicher Kraftstoffe verbrannt worden. Zwei Teams, der Einzelfahrer mit den meisten Kilometern sowie der sogenannte „STADTRADELN-Star“, der als Bürgermeister der Stadt Trebbin für drei Wochen auf die Nutzung eines Autos verzichtete, erhielten besondere Auszeichnungen. Die Ehrungen erfolgten im Rahmen der Wirtschaftswoche des Landkreises Teltow-Fläming.

Bereits zum fünften Mal stand ein Tag der Wirtschaftswoche ganz im Zeichen des Energiesparens und des Klimaschutzes. Etwa 40 interessierte Unternehmer/-innen erhielten beim zweistündigen Klima-Imbiss Informationen zu Energiefressern und Klimakillern im Einzelhandel und Gewerbe.

Im Zusammenhang mit den entsprechenden Bemühungen des Landkreises verzichtet die im Kreishaus ansässige Kantine seit Juni 2018 auf die Abgabe von Einweg-Verpackungen aus Kunststoff für Speisen, Getränke und Imbissartikel.

Auf der Mai-Tagung der KFZ-Innung Jüterbog/Luckenwalde zeigte die Klimaschutz-Koordinierungsstelle Möglichkeiten zum Energiesparen und Klimaschutz im KFZ-Gewerbe auf.

Auf der ersten bundesweiten Klimaschutzveranstaltung für Landkreise im Herbst 2018 war die Klimaschutz-Expertise der Landrätin in einer Podiumsdiskussion mit Vertretern des Bundesumweltministeriums, dem Deutschen Landkreistag und anderen Entscheidungsträgern gefragt.

Es wurden Jugendliche sowohl im Kreishaus (als Praktikantinnen und Praktikanten) als auch bei Jugendcamps (Jugendcamp der Feuerwehren) durch Vorträge, Quizzes und Praxismaterialien (Solarkocher u. a.) für das Thema Klimaschutz sensibilisiert.

Der Sektor Mobilität findet sich unter anderem in der Erstellung einer „Kreislichen Elektroladesäulen-Strategie“ wieder, mit der im Herbst unter Beteiligung der 13 kreisangehörigen Kommunen begonnen wurde.

Die Sensibilisierung und Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern bezüglich der Themen Energiesparen, Klimaschutz sowie Anpassung an die Folgen des Klimawandels erfolgt neben den oben erwähnten Schulprojekten unter anderem durch Auslage von Faltblättern zum Thema Energiesparen, die der Landkreis kostenlos in sieben Sprachen herausgibt. Ergänzt wird diese Maßnahme durch das mehrjährige vom Bund geförderte Projekt „Stromspar-Check“. Hier werden im gesamten Landkreis einkommensschwache Haushalte in Kooperation mit der GAG mbH (Gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Klausdorf) beraten.

Tabelle 49: Übersicht ausgewählter klimawirksame Maßnahmen 2018

Maßnahme	Erläuterung
Fördermittel	Fördermittelakquise für Schulprojekte und energetische Sanierung (KlnVG), Teilnahme an zu 100 Prozent geförderten Projekten des Bundes (Landkreis in Führung, Arbeitskreis Kommunalen Klimaschutz, Sanierungen gemäß KlnVG, Energieeffizienz im Einzelhandel ...)
Gas/Benzin-Hybrid-Kfz, E-Auto, Optimierung des Fuhrparks	Betrieb von einem der insgesamt 86 KFZ mit innovativer Hybridtechnik (Gas/Benzin)
Optimierung des Fuhrparks	kontinuierlich, Austausch von 17 Dienst-Kraftfahrzeugen durch verbrauchsärmere Modelle
Erfassung von Kennwerten (Fuhrpark, Medienverbrauch kreiseigener Gebäude) , energetische Gebäudesanierung/-optimierung, Ressourcenschonung	Übermittlung der Energiedaten durch die Schul-Hausmeister monatlich; zentrale Zusammenfassung, bedarfsgerechte Nachsteuerung. Förderschule Ludwigsfelde: Austausch der Beleuchtungsanlage gegen LED und Sanierung der Sozialräume in der Turnhalle. Gymnasium Jüterbog: Sommerlicher Wärmeschutz, Haus 2: Ersatzneubau, Baumaßnahme bis 2020, Förderung über

Maßnahme	Erläuterung
	KInvFG²¹. Gymnasium Luckenwalde: Fassadensanierung sowie Erweiterungsbau, 1. Bauabschnitt Gymnasium Rangsdorf: Austausch der Heizungsanlage gegen Brennwerttechnik, Förderung über KInvFG. Desweiteren: Austausch der Beleuchtungsanlage gegen LED-Technik mit einer tageslicht- und präsenzabhängigen Steuerung, 1. und 2. Bauabschnitt, Förderung über KInvFG; Ersatzneubau, Baumaßnahme bis 2020, Förderung über KInvFG Gymnasium Ludwigsfelde: Dachgeschossausbau, Baumaßnahme bis 2020, Förderung über KInvFG. Musikschule Luckenwalde: Austausch Nebeneingangstür OSZ Luckenwalde: Dachsanierung im Sozialteil der Turnhalle Kantine im Kreishaus: Umstellung von Kunststoff-Einwegverpackungen auf Mehrweg
Beschaffung energieeffizienter PC, Monitore	Beschaffung/Ersatz/Austausch von 296 der insgesamt 2310 PC/Laptops/Monitore durch aktuelle Modelle
Ermittlung des gemäß EEG erzeugten Stroms	Auswertung der Energiesteckbriefe der Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH (WfBB) für den Landkreis
Mitarbeit/Mitgliedschaften in Foren und Gremien	anerkannte 100-EE-Region, Klima-Bündnis e. V., Cluster Energietechnik, Aktionsbündnis Klimaschutz 2020 der Bundesregierung, Arbeitskreis Kommunalen Klimaschutz des difu
Photovoltaik auf kreiseigenen Dächern und Beteiligungsgesellschaften	Installierte Leistung der PV-Anlagen auf Flächen des Kreises und der kreislichen Beteiligungsgesellschaften: VTF GmbH, Flugplatz Schönhagen GmbH, SBAZV, LK TF: In Summe: 2,5 MWp. Inbetriebnahme der PV-Dachanlage auf der kreiseigenen Rettungswache in Luckenwalde im März 2018 Erzeugte Strommenge: 34.883,9 kWh, Eigenverbrauch: 30.161,5 kWh..
Kohlendioxid-Bindung im Kreiswald	69080 fm 2018 (=57.518 t Kohlendioxid-Bindung – konservativ betrachtet)
Workshops, Informationsveranstaltungen, Internet-, Presse-, Intranetbeiträge, Beratungen, Praktikantenbetreuung.	Hausmeisterworkshop, FM-Beratung für Kommunen, Gasverdichterstation Baruth, Vorträge beim BMU, diverse Pressebeiträge (MAZ), Newsletter, fünfzehn Intranet- und neun Internetbeiträge, Auslage Energiesparflyer (in 7 Sprachen) und Broschüren, Fachkonferenz zur Kompensation Windenergieanlagen, Fachvortrag KFZ-Innung, Energietag in Ludwigsfelde, 2 Wanderausstellungen „Straßenkreuze“ und „Ablenkung im Verkehr – Rad“ ; Unterstützung der GAG: „Beratung einkommensschwache Haushalte“, Beratung von

²¹ Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen (Kommunalinvestitionsförderungsgesetz - KInvFG)

Maßnahme	Erläuterung
	Kommunen (Projekt Wärmetauscher Gasverdichterstation Baruth), 2 Schüler-Praktikanten und 1 Azubi im Klimaschutzbereich, Jugendcamp der Feuerwehr in Kallinchen
kostenloser Messgeräte-Verleih „Klimakiste“, „Waldkiste“ „Firmenticket“, Abi-App, Solarkocher	kontinuierlicher Verleih von Messgeräten an Beschäftigte, Praktikanten, Bildungsträger, Projekt Waldkiste, Angebot „Firmenticket“, Solarkocher an Schulen und Jugendfeuerwehr
Weiterführung von Energiesparmodellen in kreiseigenen Schulen	Weiterführung des Projektes in allen 11 kreiseigenen Schulen (jährliche Einsparung: 300.000 kg Kohlendioxids, >10 Prozent Energie, circa 100.000 Euro gegenüber dem Vergleichsjahr 2010)
Verleih-Geräte für Bibliotheken	Verstetigung des Verleihs von Energiemessgeräten in öffentlichen Bibliotheken
Krankheiten	Erfassung und Monitoring seltener bzw. bislang unbekannter Krankheiten
Netzwerkausbau	Vernetzung mit Klimaschutzmanagern in Brandenburg, Schulen, Verbraucherzentrale, Landkreise bundesweit, Teilnahme an den BMU-Projekten „Landkreis in Führung“, Arbeitskreis Kommunalen Klimaschutz des difu, Deutsches Institut für Urbanistik, fachlicher Austausch mit Heinrich-Böll-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Potsdam Institut für Klimafolgenforschung, Klima-Bündnis e. V., DBU (Deutsche Stiftung Umwelt) u. a.

Sachgebiet Wasser, Boden, Abfall

Das Sachgebiet umfasst die Produkte Gewässerschutz, Bodenschutz und Abfallwirtschaft mit der Umweltstreife.

Gewässerschutz (Untere Wasserbehörde)

Die Tätigkeit der Unteren Wasserbehörde lag nahezu ausschließlich in der Gewährleistung reibungsloser Abläufe der Erlaubnis- und Genehmigungsverfahren sowie der ausgedehnten Überwachungs- und Kontrolltätigkeiten und den Beteiligungsverfahren (Kernaufgaben, siehe Tabelle).

Der Wasser- und Abwasserzweckverband Region Ludwigsfelde wurde/wird bei den Vorbereitungen des Baus eines neuen Wasserwerkes begleitet. Gemeinsam mit dem Wasser- und Abwasserzweckverband Komplexsanierung Mittlerer Süden Zossen wurde/wird die dringend notwendige Erweiterung der Abwasserreinigungskapazitäten im Verbandsgebiet vorbereitet.

Die Klärschlamm Entsorgung aller Abwasseraufgabenträger gestaltet sich nach den Änderungen der Düngeverordnung und der Klärschlammverordnung zunehmend problematisch. Die Reinigungsleistung der Kläranlagen wird dadurch gefährdet. Die landwirtschaftliche Verwertung bricht allmählich weg. Als Entsorgungsweg bleibt am Ende die Verbrennung/Mitverbrennung. Hier fehlen landes- und bundesweit die Kapazitäten. Zwischenlagerungen in erheblichem Umfang werden erforderlich.

Tabelle 50:- Aufgaben UWB/Anzahl Fälle 2016 bis 2018

Aufgabenfeld UWB	2016	2017	2018
Erteilung/Aufhebung von Erlaubnissen/ Anzeigen für Gewässerbenutzung (z. B. Abwassereinleitungen, Kleinkläranlagen etc.)	412	395	322
Genehmigung/Ablehnung von Anlagen in und an Gewässern (z. B. Brücken, Stege, Kabelverlegung)	15	18	24
Zulassung zum Befahren nicht schiffbarer Gewässer	0	0	0
Genehmigung/Ablehnung von Abwasseranlagen und Indirekteinleitungen	34	34	41
Überprüfung von Abwassereinleitungen (ggf. zzgl. Anzahl der Wartungsprotokolle KKA, hier: amtliche Überwachung)	519	323	354
Bearbeitung von Anzeigen zum Umgang von wassergefährdenden Stoffen (z. B. Tankstellen, Ölheizungen sowie ständige Überprüfungen etc.)	505	501	443
Meldungen über Austritt wassergefährdender Stoffe und Gewässerverunreinigungen	1	5	2
Überwachung der Gewässerunterhaltung	243	278	260
Durchführung von Gewässer- und Deichschau	19	21	17
Anordnung von Schutzarbeiten bei Hochwasser (alternativ Angabe in Tagen)	0	4	0
Feststellung alter Rechte und Befugnisse	20	4	2
Ordnungsbehördliche Verfahren/Maßnahmen	162	166	174
Bußgeld- und Entschädigungsverfahren	1	1	0
Stellungnahmen/Einvernehmen (z. B. BImSch-Genehm., Baugenehmigungen etc.)	788	798	817
Anzeigen/Außerbetriebsetzen von Anlagen/Benutzungsanlagen	0	0	0
Ausnahmegenehmigungen zu Verboten an Hochwasserschutzanlagen und in Hochwasserschutzgebieten	3	1	2
Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigungen (LAR) und Grundwassermessstellen	1	0	0
Befreiung von der Abwasserbeseitigungspflicht (z. B. Kleinkläranlagen)	33	18	29
Bauabnahmen	51	36	39
Abwasserbeseitigungskonzepte	2	4	0
Anordnung zum Gemeingebrauch	0	1	0
Anordnung/Anzeige bei Erdaufschlüssen (z. B. Wärmepumpen)	224	161	217

Aufgabenfeld UWB	2016	2017	2018
Festsetzung von Wasserschutzgebieten, Verfahren in Trinkwasserschutzszonen	18	27	12
Umweltinspektionen, CC-Kontrollen	35	18	21
<i>gesamt</i>	<i>3.086</i>	<i>2.811</i>	<i>2.776</i>

Bodenschutz (Untere Bodenschutzbehörde)

Die Sanierungsanlage in Neues Lager „Chemische Reinigung“ (größte militärische Altlast des Landkreises) wurde weiter optimiert. Bisher wurden insgesamt bereits circa 40,0 t chlorierte Kohlenwasserstoffe (CKW) aus der Umwelt entfernt.

Das Altlasten-Haftungsfreistellungsprojekt „Wäscherei Blankenfelde“ (größte zivile Altlast des Landkreises) wurde ebenfalls kontinuierlich fortgeführt. Bisher konnten insgesamt aus der Bodenluft circa 7 t CKW und aus dem Grundwasser circa 10 t CKW entfernt werden.

Die Gemeinde Nuthe-Urstromtal wurde intensiv in ihren Bestrebungen unterstützt, den Altlastenstandort „Teerpappenfabrik“ im Ortsteil Woltersdorf zu sanieren. Die Maßnahme ist weitestgehend abgeschlossen. Derzeit lagern noch circa 200 t teerhaltige Produkte auf der Baustelle. Die Entsorgung gestaltet sich sehr schwierig und soll möglichst bis Februar 2019 abgeschlossen sein.

Abfallwirtschaft (Untere Abfallwirtschaftsbehörde)

Angemeldete gewerbliche und gemeinnützige Abfallsammlungen des privaten Sektors werden überwacht. Es geht um die Erfassung der gesammelten Mengen, die Kontrolle der Wege der Verwertung bzw. Beseitigung und die Einhaltung von Fristen. Diese Überwachungen wurden kontinuierlich und umfassend fortgesetzt.

Weitere Schwerpunkte bilden die ständige Kontrolle der aktiven Rekultivierungsbaustellen von sogenannten „Bürgermeisterdeponien“. Besonderes Augenmerk galt 2018 der Baustelle Malterhausen. Klärungsbedürftig waren die Baustellenlogistik und der Bauablauf. Hier mussten zwingend neue Festlegungen getroffen werden. Weiteres Augenmerk galt auch der Verfolgung und Beseitigung illegaler Abfallablagerungen im Kreisgebiet.

Die Umweltstreife hat folgende illegal abgelagerte Abfallmengen eingesammelt und einer sachgerechten Verwertung oder Beseitigung zugeleitet:

Tabelle 51: Beseitigung von Abfällen durch Umweltstreife 2016 bis 2018

Abfallart	2016	2017	2018
hausmüllähnliche Abfälle in kg	40.710	38.760	49.400
Kühlgeräte in Stück	13	28	21
Reifen in Stück	415	320	295
Batterien in Stück	0	0	0
Elektronische Geräte in Stück	37	26	51
Sonderabfälle in kg	540	420	1.850

Sachgebiet Untere Naturschutzbehörde (UNB)

Der Fachbereich umfasst die Aufgabenbereiche Landschaftsplanung, Eingriffsregelung, Schutzgebiete, -objekte, Artenschutz und Landschaftspflege sowie die dazu gehörenden Verwaltungsverfahren.

Die Begleitung von Vorhaben der BADC (Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH) aus Ersatzzahlungsgeldern des Flughafens BER im Rahmen des internationalen Flächen- und **Maßnahmepools** im Flughafenumfeld wurde fortgesetzt (z. B. Tauentzien-Kaserne Blankenfelde). Es wurde auch mit der Umsetzung des Projektes „Herstellung einer barrierefreien Wegeverbindung Rathaus bis zur Nussallee“ in Großbeeren begonnen.

Das Projekt „Komplexe Kompensationsmaßnahmen Zülowniederung“ wurde nach der Umsetzung im Jahr 2017 weiterhin von der UNB begleitet. Der Schwerpunkt liegt hier in der zeitnahen Überprüfung der Entwicklungsziele der einzelnen Maßnahmen. Dazu wird ein intensives Monitoring durch den Flughafen bzw. den Landschaftspflegeverein durchgeführt. Daraus resultierende Änderungen der Pflegemaßnahmen sind inhaltlich durch die untere Naturschutzbehörde im Rahmen der Erfolgskontrolle zu bestätigen.

Die Brandenburgische Boden Gesellschaft BBG veranlasste 2018 auf den ehemaligen WGT-Liegenschaften Neues Lager, Forst Zinna und Jüterbog Dammkaserne umfangreiche Abriss- und Entsiegelungsmaßnahmen, die zum Teil als Poolmaßnahmen angerechnet wurden. Diese Arbeiten wurden und werden von der UNB fachlich begleitet.

Auch im vergangenen Jahr wurde im Bereich der **Schutzgebiete** weitergearbeitet. Das Ministerium schloss das Thema NATURA 2000 im Landkreis Teltow-Fläming vorerst ab. Der Minister unterzeichnete die Verordnung für das Naturschutzgebiet „Körbaer Teich und Niederungslandschaft am Schweinitzer Fließ“ unter Beteiligung des Landkreises im November. In den Erhaltungszielverordnungen Nummer 18, 23 und 24 wurden die letzten Schutzgebiete des Landkreises gesichert. Die Grenzen der Schutzgebiete wurden ins GEOPORTAL des Landkreises eingepflegt. Die entsprechenden Schutzgebietsverordnungen stehen somit den Fachbereichen des Hauses digital zur Verfügung.

Mit der anhaltenden Ausbreitung des streng geschützten **Bibers** im Landkreis steigt auch der Arbeitsaufwand der Unteren Naturschutzbehörde in Sachen Konfliktmanagement. Das dabei unterstützende Team der ehrenamtlichen Biberberater bekam mit dem Naturschutzhelfer aus Baruth/Mark weitere Verstärkung. Die Reviere in Gottsdorf (Mühle), Hennickendorf und Stangenhagen (Strassgraben), Großbeeren (Lilograben), Wiesenhagen (Amtgraben), Dobbrikow (Pfeffergraben), Schiaß und Gröben (Nuthe) und Woltersdorf (Hammerfließ) wurden in diesem Jahr besonders intensiv beobachtet, da hier unterschiedliche Konfliktpotenziale vor allem mit benachbarten Landnutzungsformen zu bewerten und zu lösen waren.

Im Januar trat die **Brandenburgische Wolfsverordnung** (BbgWolfV) in Kraft, für deren Vollzug nunmehr naturschutzfachlich allein das Landesamt für Umwelt (LfU) zuständig ist. Involviert ist die UNB immer wieder bei Wolfsübergriffen auf Nutztiere. Nach Auskunft des LfU wurden insgesamt 13 Rissvorfälle mit bestätigter Wolfsbeteiligung im Landkreis registriert (Stand 12. November 2018). Insgesamt sind mittlerweile fünf Rudel bekannt (Dobbrikow, Sperenberg, Luckenwalde, Heidehof und Baruth).

Dem **Wildpark Johannismühle** wurde nach langem Ringen im Dezember 2018 eine Verlängerung der Zoogenehmigung mit strengen Auflagen bis Ende November 2019 gewährt. Es kamen hier viele Probleme zusammen, die UNB und Veterinäramt mit hohem Zeitaufwand gemeinsam lösten.

Veranlasst durch den extrem trockenen Sommer und die damit zusammenhängenden Waldbrände im Bereich ehemaliger Truppenübungsplätze fanden intensive Beratungsrunden zu den **Waldbrandschutzkonzepten** „ehemaliger Truppenübungsplatz Jüterbog“ und „Flugplatz Sperenberg/Kummersdorf-Gut“ statt. Beide Areale sind Refugien für den Arten- und Biotopschutz und deshalb zum Großteil Naturschutz- und NATURA 2000-Gebiete. Hierbei war unter anderem zu klären, unter welchen Parametern die Aspekte der Waldbrandvorsorge mit denen der Naturschutzbelange vereinbar sind.

In der UNB wird die Vorgangsverwaltungssoftware **Pro UMWELT** eingeführt. Bislang wurde in der Testumgebung an der Einrichtung und Ausgestaltung der Software gearbeitet (Registratur, Verfahrensprüfung, Bearbeitungsbogen). Es schließt sich die Erarbeitung von Textbausteinen und Serienbriefen an.

423 **Naturdenkmale** kontrollierte die UNB im vergangenen Jahr auf Vitalität, Verkehrssicherheit und Standfestigkeit. Auf Grund der dabei festgestellten Mängel wurde eine gutachterliche Begehung von 37 Naturdenkmalen an 25 Standorten mit einem Fachbüro für notwendig angesehen. Im Ergebnis wurden 13 Einzelbäume an sechs Standorten eingehend untersucht. Insgesamt wurden an 61 Naturdenkmalen Pflegemaßnahmen in einem Gesamtwert von circa 36.000 Euro vorgenommen.

Der **Naturschutzbeirat** des Landkreises tagte 2018 insgesamt viermal. Er fasste 15 Beschlüsse. Am 14. April 2018 fand die Frühjahrsitzung der Naturschutzbeiräte des Landes Brandenburg im Naturparkzentrum am Wildgehege in Glau statt. Minister Vogelsänger und der Abteilungsleiter für Naturschutz waren zugegen und berichteten über neue Entwicklungen aus der Arbeit des Ministeriums und des Ehrenamts im Land Brandenburg. Die Veranstaltung mit Exkursionen im Kreisgebiet wurde von Naturschutzbeirat des Landkreises Teltow-Fläming und der UNB organisiert und vorbereitet.

Tabelle 52: Aufgaben der UNB/Entwicklung der Fallzahlen

Aufgabenfeld UNB	Fälle 2016	Fälle 2017	Fälle 2018
Stellungnahmen zu Fachplanungen/Planungen	487	405	178
Zustimmungen/Genehmigungen/Ablehnungen bei Einzelvorhaben in geschützten Gebieten	177	108	108
Genehmigungen/Ablehnungen gemäß Baumschutzverordnung	321	483	706
Stellungnahmen bei Verfahren mit Konzentrationswirkung sonstige Stellungnahmen	1.508	1.329	1243
naturschutzrechtliche Genehmigungen gemäß § 17 Abs. 3 BNatSchG	173	202	246
sonstige naturschutzrechtliche Genehmigungen	742	702	704
Anordnung zur Wiederherstellung des früheren Zustandes	0	0	0
Erstellung/Fortschreibung/Beteiligung bei der Aufstellung von Landschaftsrahmenplänen	0	0	0
Kontrollen im Rahmen des Vertragsnaturschutzes/ sonstige Kontrollen und Prüfungen	417	444	348
ordnungsbehördliche Verfahren/Maßnahmen	61	92	153
Bußgeld- und Entschädigungsverfahren	173	147	116
Unterschutzstellungsverfahren/Pflegepläne für Schutzgebiete	31	34	13
Beteiligung an Förderprogrammen	96	54	47
Ausschreibungen/Vergabe an Dritte	6	6	4
<i>gesamt</i>	<i>4.202</i>	<i>4.006</i>	<i>3.866</i>

DEZERNAT IV

Straßenverkehrsamt

Allgemein

Die Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden sowie dem Amt Dahme/Mark zur Entwicklung von serviceorientierten Leistungen im Bereich Fahrerlaubniswesen wurde fortgeführt.

Durch personelle und organisatorische Maßnahmen wurde auch in diesem Jahr erreicht, dass an regelmäßigen Servicetagen beide Kraftfahrzeug-Zulassungsstellen (Zossen und Luckenwalde) und die Fahrerlaubnisstelle in Luckenwalde geöffnet hatten. Die Zulassungsstelle Zossen konnte im März an mehreren Tagen nicht arbeiten, weil durch einen Einbruch umfangreiche Schäden entstanden waren.

Besondere Anstrengungen erforderte der Betrieb während der Hitzeperiode Ende Juli wegen extremer Temperaturen an den Arbeitsplätzen und der Fürsorgepflicht für die Beschäftigten und Kunden.

Die Kommunen wurden dabei unterstützt, die ihnen als Straßenbaubehörden in straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften eröffneten Handlungsspielräume konsequent zu nutzen, um bauliche Maßnahmen an Gemeinde- und sonstige Straßen künftig effizienter zu realisieren.

Amtsleiterbereich

Die Amtsleitung übernimmt unter anderem sachgebietsübergreifend die IT-Verfahrenskoordination, die Haushaltssachbearbeitung und die Bearbeitung von Widersprüchen und gegebenenfalls Klageverfahren.

Arbeitsschwerpunkte bildeten die Korruptionsprävention in den Bereichen mit hohem Publikumsverkehr, die Umsetzung neuer Datenschutzbestimmungen und der Gesundheits- und Arbeitsschutz der Beschäftigten. Das zuständige Landesamt für Arbeitsschutz und der Unfallversicherer haben eine Bewertung der bisherigen Maßnahmen vorgenommen und dann Hinweise zur Gestaltung der Arbeitsstätten gegeben.

Auch in diesem Jahr haben Fahrzeughalter/-innen, Antragsteller/-innen und Inhaber/-innen einer Fahrerlaubnis oder einer Fahrschule ihr Recht genutzt, den gegen sie gerichteten Ordnungsmaßnahmen zu widersprechen. Einige Halter haben danach die Entscheidung auch durch das Gericht überprüfen lassen. Besondere Bedeutung hatten dabei die Verfahren wegen Untersagung des Betriebs eines Dieselfahrzeugs.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Anzahl der Widersprüche um rund 18 Prozent reduziert. Die Anzahl der Entscheidungen, bei denen nachfolgend auch ein Gericht urteilen sollte, hat sich um 14,3 Prozent erhöht.

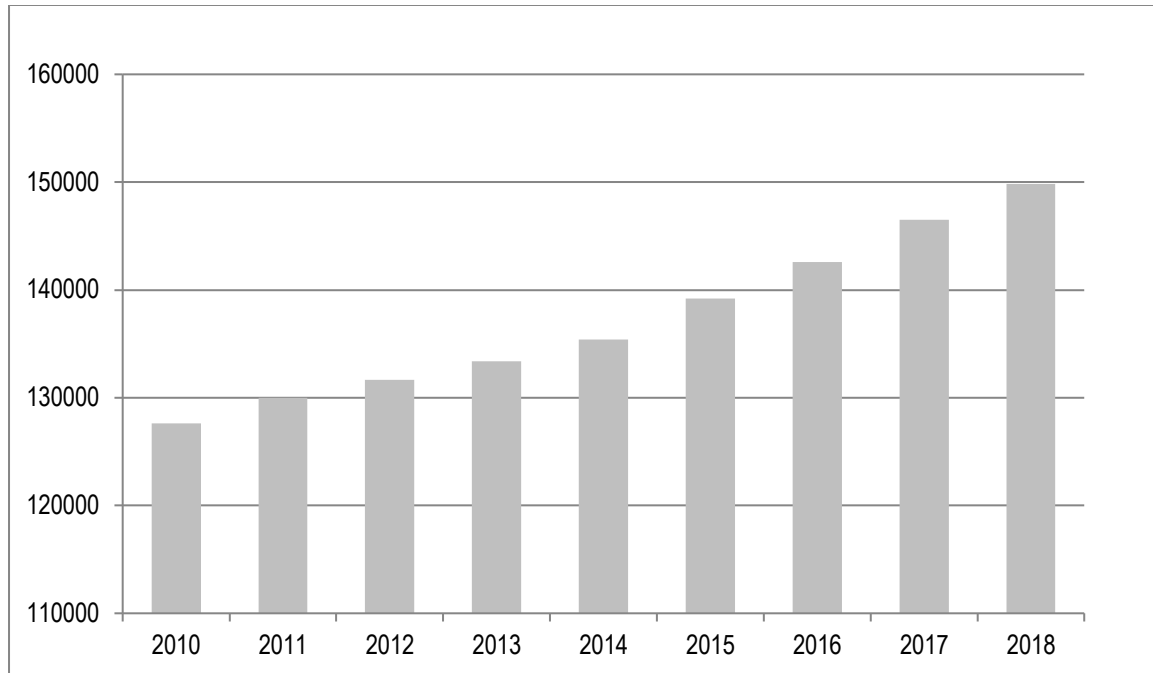
Tabelle 53: Straßenverkehrsamt: Anzahl der Widersprüche und gerichtlichen Verfahren

Bestand oder Vorgang	2016	2017	2018
Widersprüche/vorgerichtliche Verfahren	111	139	137
Zuarbeiten bei Gerichtsverfahren	64	66	81

Sachgebiet Kraftfahrzeug-Zulassung

Mit Stichtag 31. Dezember 2018 waren im Landkreis 149.838 Fahrzeuge (Vorjahr 146.511) gemeldet. Die Anzahl der registrierten Fahrzeuge und Anhänger stieg um 3.327 (Vorjahr 3.911). Gegenüber dem Jahr 2010 hat sich damit die Anzahl der im Landkreis gemeldeten Fahrzeuge um 14,8 Prozent erhöht.

Abbildung 14: Anzahl der registrierten Fahrzeuge



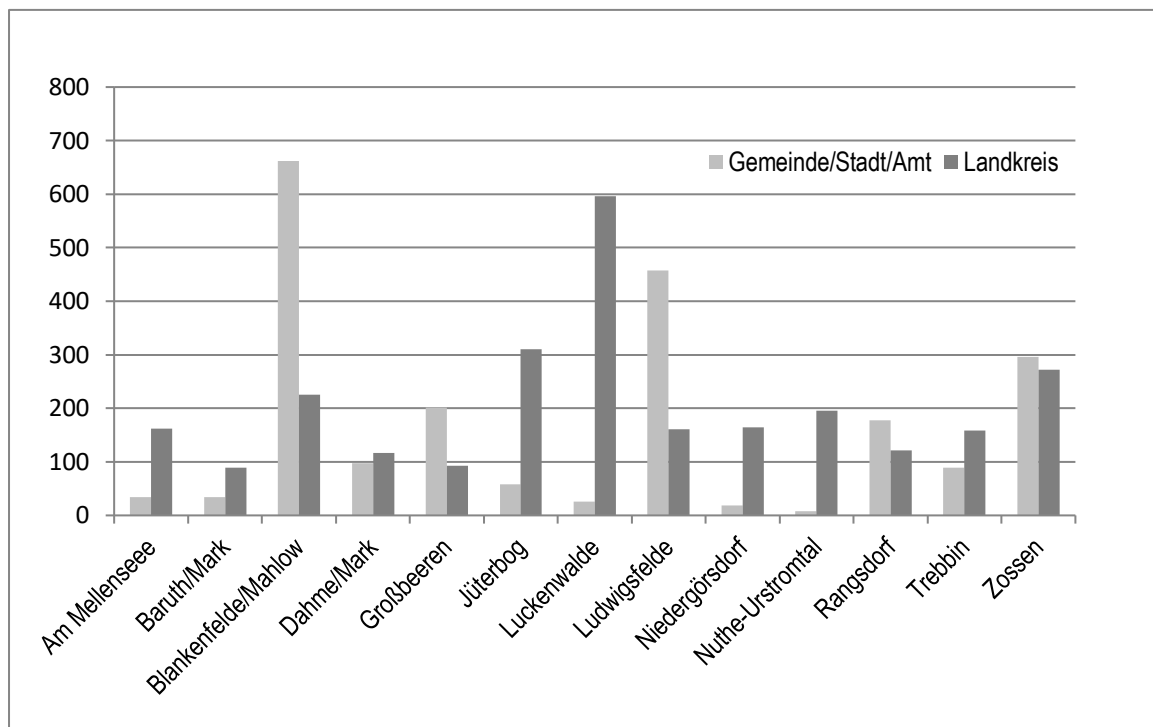
Von den 100.692 gemeldeten Personenkraftwagen (Vorjahr 98.942) haben (nur) 107 Fahrzeuge (Vorjahr 60) einen reinen Elektroantrieb. Das ist ein Anteil von 0,1 Prozent (Vorjahr 0,06 Prozent). Bei Lastkraftwagen haben von 11.008 gemeldeten Fahrzeugen (nur) fünf Lastkraftwagen einen rein elektrischen Antrieb. Das ist ein Anteil von 0,04 Prozent.

Sachgebiet Fahrerlaubniswesen und Fahrschulwesen

Die gemeinsame Aufgabenerfüllung bei der Annahme von Anträgen auf Erteilung einer Fahrerlaubnis durch Städte, Gemeinden, das Amt Dahme/Mark und den Landkreis wurde weiter intensiviert.

Der Anteil der Antragsteller, die das wohnortnahe Angebot in der örtlich zuständigen Stadt- beziehungsweise Gemeindeverwaltung genutzt haben, hat sich mit 2.160 auf 44,7 Prozent weiter erhöht (Vorjahr 41,7 Prozent). In Bezug auf die Gesamtanzahl von 4.827 gestellten Anträgen (Vorjahr 4.589) gab es gegenüber dem Vorjahr nur noch eine leichte Steigerung um rund drei Prozent (+ 245 Anträge).

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunen wurden fachlich in der Bearbeitung der verschiedensten Antragsarten und der dazugehörigen Unterlagen angeleitet.

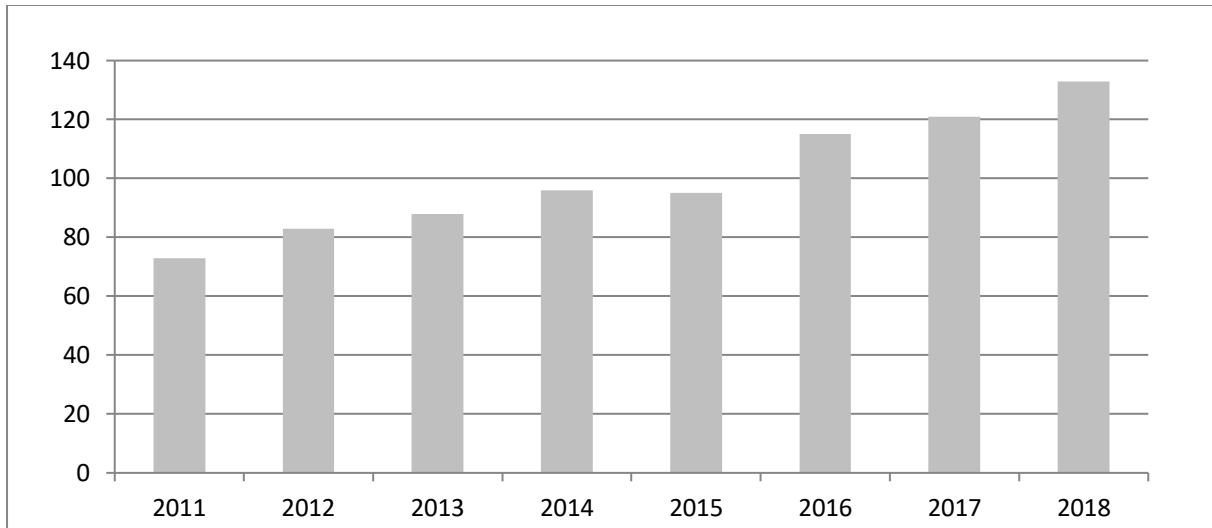
Abbildung 15: Anträge auf Erteilung einer Fahrerlaubnis – Verteilung der Entgegennahme

Der Modellversuch „Moped mit 15“ wurde um zwei Jahre verlängert. Seit 1. Mai 2017 ist es auch im Land Brandenburg möglich, den Führerschein für Fahrerlaubnisklasse AM ein Jahr vor Vollendung des 16. Lebensjahres zu erwerben. Insbesondere in den ländlichen Regionen wird damit dem Bedarf bei Jugendlichen nach eigenständiger Mobilität, insbesondere mit Beginn der Ausbildung, entsprochen. Im Landkreis haben 86 Jugendliche die Chance genutzt und vorzeitig die Fahrerlaubnis erlangt.

Sachgebiet Verkehrsordnungswidrigkeiten

Im Jahr 2018 haben die Beschäftigten des Sachgebietes Verkehrsordnungswidrigkeiten die Geschwindigkeit an 133 mobilen und sieben stationären Geschwindigkeitsmesspunkten kontrolliert. Das sind zwölf Kontrollstellen mehr als im Vorjahr. Seit 2011 hat der Landkreis die Anzahl seiner Kontrollstellen um 75 Prozent erhöht.

Abbildung 16: Anzahl der mobilen Geschwindigkeitsmesspunkte 2011 bis 2018



92 Prozent der im Jahr 2018 neu eingerichteten Kontrollstellen dienen dem Schutz von Schul- und Spielwegen in den Städten beziehungsweise Gemeinden Luckenwalde, Jüterbog, Nuthe-Urstromtal, Ortsteil Jänickendorf, Blankenfelde-Mahlow, Amt Dahme/Mark, Ortsteil Gebersdorf, und der Stadt Zossen im Ortsteil Wünsdorf-Waldstadt.

Von den derzeit insgesamt 140 Geschwindigkeitsmesspunkten befinden sich 74 Prozent an Schul- und Spielwegen und 21 Prozent an Stellen mit besonderer Gefährdung (zum Beispiel wegen der Querung der Flaeming-Skate über Bundesstraßen, infolge von Baumunfällen oder hinsichtlich der Geschwindigkeitsreduzierung aufgrund von Lärm). Weitere fünf Prozent der Kontrollstellen wurden an Straßen vor Senioreneinrichtungen und Krankenhäusern eingerichtet.

Nach dem Abschluss der Bauarbeiten an der Bundesstraße 102 im Ortsteil Altes Lager der Gemeinde Niedergörsdorf konnte am 23. August 2018 der dortige stationäre Messpunkt wieder in Betrieb genommen werden.

Der Landkreis hat 40 Anträge auf Einrichtung von Messpunkten (Vorjahr 27) geprüft. Zwölf Anträge erhielten durch die kreisliche Unfallkommission eine Zustimmung.

Wegen des Seniorenheims wurde am 28. August 2018 die Geschwindigkeit auf der Bundesstraße 96 in Zossen, Straße der Jugend, zwischen sechs und 22 Uhr auf Tempo 30 reduziert. Grund zur erleichterten streckenbezogenen Anordnung dieser Geschwindigkeitsbeschränkung ist die weitere Umsetzung der Änderung des Paragraphen 45 Absatz 9 Satz 4 Nr. 6 der Straßenverkehrs-Ordnung aus „Artikel 1 Erste Verordnung zur Änderung der Straßenverkehrs-Ordnung vom 30. November 2016“, die jetzt unter anderem auch vor Alten- und Pflegeheimen an Bundesstraßen eine Anordnung der Beschränkung ermöglicht. In diesem Bereich befindet sich eine stationäre Messstelle. Hier wurden aus Richtung Wünsdorf auch die häufigsten Geschwindigkeitsüberschreitungen festgestellt. Bezogen auf die Gesamtzahl aller geblitzten Fahrzeuge, hielten sich dort 26 Prozent der Fahrzeugführer/-innen nicht an die beschilderte Geschwindigkeit.

Am schnellsten wurde am stationären Standort Bundesstraße 96 (in Richtung Südringcenter) gefahren. Eine Person hatte diese Kontrollstelle mit 154 Kilometern pro Stunde passiert. Da hier nur Tempo 70 zulässig ist, drohen ihr ein dreimonatiger Verzicht auf den Führerschein, zwei Punkte in Flensburg und ein Bußgeld von 600 Euro.

Auch im Jahr 2018 führte das europäische Netzwerk Traffic Information System Police (TISPOL) europaweite Verkehrskontrollwochen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit durch. Den europaweiten „24-Stunden-Blitz-Marathon“ unterstützten zwei Beschäftigte der Kreisverwaltung am 18. April 2018 mit zwei Einsatzfahrzeugen. In zwölf Stunden wurden 1.883 Fahrzeugdurchfahrten registriert, davon 60 mit einer Überschreitung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit. Das entspricht einem Anteil von 3,2 Prozent – im Vorjahr waren es 2,8 Prozent. Mit einer Geschwindigkeit von 52 Kilometern pro Stunde, die um den Toleranzabzug bereits bereinigt wurde, fuhr eine Person an der Messstelle im OT Hennickendorf zu schnell. Aufgrund der Kita ist dort nur eine Geschwindigkeit von Tempo 30 erlaubt. Es war die höchste Überschreitung, die an diesem Tag gemessen wurde.

Aufgrund von Verstößen gegen Geschwindigkeitsbeschränkungen hat das Sachgebiet 161 Führerscheine in amtliche Verwahrung genommen. Das sind vier mehr als im Vorjahr (157) und eine Steigerung um zwei Prozent.

Sachgebiet Verkehrssicherheit und -lenkung

Die Anzahl der verkehrsrechtlichen Anordnungen zur Baustellensicherung im öffentlichen Verkehrsraum, die straßenverkehrsrechtlichen Veranstaltungserlaubnisse und Ausnahmegenehmigungen sind gegenüber dem Vorjahr auf einem ähnlich hohen Niveau geblieben.

Räumliche Schwerpunkte der verkehrsrechtlichen Anordnung zur Sicherung von Baumaßnahmen im öffentlichen Verkehrsraum sind der Norden des Landkreises und die Kreisstadt Luckenwalde.

Neue Wohn- und Gewerbegebiete sowie die Fertigstellung von Straßenbauprojekten machten vermehrt verkehrsrechtliche Anordnungen zur Regelung des Verkehrs erforderlich. Darüber hinaus wurden durch die Veränderung der Verkehrsbelastung und Straßennutzung im vorhandenen Straßennetz vermehrt verkehrsrechtliche Maßnahmen erforderlich.

Statistik

Tabelle 54: zugelassene Fahrzeuge 2017, 2018

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2017	Stand 31.12.2018
Fahrzeugbestand gesamt, davon	146.511	149.838
- Kräder	10.181	10.479
- Pkw	98.942	100.692
- Lkw	10.590	11.008
- Zugmaschinen	3.532	3.619
- sonstige Kfz	793	830
- Kfz-Anhänger	22.303	23.043
- KOM	170	167

Tabelle 55: Fahrerlaubniswesen 2017, 2018

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2017	Stand 31.12.2018
Ersterteilung oder Erweiterung von Fahrerlaubnissen	2.119	2.146
Umschreibung einer		
- Dienstfahrerlaubnis	48	63
- EU/EWR-Fahrerlaubnis	35	61
- Drittstaat-Fahrerlaubnis	91	208
Anerkennung von ausländischen Fahrerlaubnissen		
- EU/EWR	0	0
- Drittstaat	1	1
Umstellung auf neuen EU-Führerschein	618	608
Anträge auf Neuerteilung nach Entzug der Fahrerlaubnis, einschließlich Beratung	423	405
Versagung eines Antrages auf Erteilung einer Fahrerlaubnis	20	24
Verzicht auf einen Antrag auf Erteilung einer Fahrerlaubnis	798	988
Verzicht auf die Fahrerlaubnis und Rückgabe des Führerscheins	123	123
Rücknahme oder Widerruf einer Fahrerlaubnis	1	0
Internationaler Führerschein	513	559
Erteilung, Erweiterung oder Verlängerung einer Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung	156	169

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2017	Stand 31.12.2018
Entziehung von Fahrerlaubnissen, Verhängung von isolierten Sperrfristen sowie Fahrerlaubnissen zur Fahrgastbeförderung		
- durch Gericht	85	95
- durch Fahrerlaubnisbehörde	49	63
Erfassung von vorläufigen Entziehungen von Fahrerlaubnissen	149	163
Maßnahmen nach dem Fahreignungs-Bewertungssystem (§ 4 Abs. 5 StVG)		
- Ermahnungen	482	466
- Verwarnungen	93	81
- Entzüge (siehe Entziehung von Fahrerlaubnissen durch Fahrerlaubnisbehörde)	-	-
Maßnahmen im Rahmen der Fahrerlaubnis auf Probe (§ 2a StVG)		
- Anordnung Aufbauseminar (ASF)	92	123
- Verwarnungen	20	17
- Entzüge (siehe Entziehung von Fahrerlaubnissen durch Fahrerlaubnisbehörde)	-	-
Zwangsgeldfestsetzungen	25	28
Verlängerung Fahrerlaubnis (Lkw- und Busklassen)	790	838
Ausstellung Ersatzführerschein,	2.731	2.889
davon Nachweis der Berufskraftfahrerqualifikation	198	142
Anordnung und Auswertung von ärztlichen oder medizinisch-psychologischen Gutachten	299	262
Begleitetes Fahren mit 17 Jahren		
- Anträge	796	697
- Erteilung Prüfungsbescheinigungen	631	644
Fahrerlaubnisklasse AM mit 15 Jahren	52	86
Auslösung Sach- und Personenfahndung	6	16
Ausstellung von vorläufigen Fahrberechtigungen	345	422
Erfassung von Fahrverboten	1.033	1.028
Ausfertigung von Karteikartenabschriften	476	434

Tabelle 56: Kontrollgerätekarten zur Überwachung der Ruhe- und Lenkzeiten nach der Fahrpersonal-Verordnung 2017, 2018

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2017	Stand 31.12.2018
Digitale Kontrollgerätekarten: Fahrerkarten, Unternehmerkarten, Werkstattkarten		
- Erteilung, Verlängerung, Ersatz	1.008	799
- Reklamation	22	7

Tabelle 57: Fahrschulwesen/Fahrlehrerwesen 2017, 2018

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2017	Stand 31.12.2018
Anzahl der Fahrschulen und Zweigstellen	36	33
Erteilung/Erweiterung Fahrschul-/Zweigstellenerlaubnis	2	0
Verzicht auf Fahrschul-/Zweigstellenerlaubnis und Rückgabe der Urkunde	2	3
Widerruf einer Fahrschul-/Zweigstellenerlaubnis	0	0
Anzahl der Fahrlehrer		
- registrierte Fahrlehrer	113	108
- tätige Fahrlehrer	78	71
Erteilung/Erweiterung/Neuerteilung Fahrlehrererlaubnis		
- Antrag (mit Prüfungszulassung)	3	9
- Erteilung	2	5
Umschreibung einer Fahrlehrererlaubnis (Bundeswehr) – ohne Prüfung	0	0
Verzicht auf die Fahrlehrererlaubnis und Rückgabe Fahrlehrerschein	1	1
Widerruf einer Fahrlehrererlaubnis und Rückgabe Fahrlehrerschein	0	0
Neuausstellung eines Fahrlehrerscheines (z. B. Ein- oder Austragung eines Beschäftigungsverhältnisses)	9	8
Bearbeitung von Punktemitteilungen gegen Fahrlehrer	6	2
Überwachung und Erfassung Fortbildung	53	34
Überwachung Ablauf Fahrerlaubnis	4	3
Anzahl der Seminarleiter für		
- Aufbauseminare nach § 2a StVG	9	7
- Teilmaßnahme der Fahreignungsseminare nach § 4a StVG	6	6

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2017	Stand 31.12.2018
Erteilung einer Seminarerlaubnis	0	0
Verzicht auf eine Seminarerlaubnis und Rückgabe Seminarerlaubnis	1	2
Anordnung und Auswertung von Fahrschulüberwachungen (Fahrschulen, Fahrlehrer, Seminare)		
- Überwachung durch Dritte ohne Mängel	13	6
- Überwachung durch Dritte mit Mängeln	2	1
- eigenständige Überwachung ohne Mängel	4	2
- eigenständige Überwachung mit Mängeln	1	0
Feststellung von Ordnungswidrigkeiten/Vorbereitung Ordnungswidrigkeitenverfahren		
- Fahrlehrer	1	0
- Fahrschulen	0	0
- Seminarleiter	0	0

Tabelle 58: gewerblicher Personenverkehr 2017, 2018

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2017	Stand 31.12.2018
Unternehmen im Gelegenheitsverkehr mit		
- Taxen	14	14
- Mietwagen	28	27
- Taxen und Mietwagen (zwei Konzessionen)	26	23
Mischkonzessionen		
- Taxi und Mietwagen mit einem Fahrzeug	1	1
- Ausflugsfahrten und Ferienzweck-Reisen	1	0
Erteilung/Verlängerung/Erweiterung von Konzessionen im Gelegenheitsverkehr	22	25
Mahnungs- und Widerrufsverfahren	2	2
Anzahl der eingesetzten Fahrzeuge		
- mit Konzessionen	214	208
- im freigestellten Personenverkehr	37	68
Fahrzeugtausch	21	16
Überprüfung im Rahmen der Aufsicht		
- Fahrzeugabnahmen	40	30

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2017	Stand 31.12.2018
- Betriebsprüfungen im Rahmen der Konzessionsverlängerung	7	18
- Fahrzeug- und Fahrerkontrollen z. B. an Taxenstandplätzen	27	22
- Erfassung Hauptuntersuchung und Eichbelege	366	357
- Erfassung Hauptuntersuchung freigestellter Personenverkehr	37	68
- Überwachung freigestellter Personenverkehr	16	5
Beteiligung am Anhörungsverfahren für Konzessionen mit Kraftomnibussen	2	1
Feststellung von Ordnungswidrigkeiten/Vorbereitung Ordnungswidrigkeitenverfahren	15	11
Ortskundeprüfungen	10	11

Tabelle 59: Fahrtenbuchauflagen 2017, 2018

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2017	Stand 31.12.2018
Prüfung der Anträge auf Anordnung eines Fahrtenbuches	115	119
Anordnung eines Fahrtenbuches	79	58
Überwachung eines Fahrtenbuches	101	100
Androhung für den Wiederholungsfall	2	3
Feststellung von Ordnungswidrigkeiten/Vorbereitung Ordnungswidrigkeitenverfahren	3	7

Tabelle 60: Ausnahmegenehmigungen 2017, 2018

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2017	Stand 31.12.2018
Anträge nach § 43 BOKraft	22	60
- davon erteilte Ausnahmen	22	58
Anträge nach § 74 FeV	10	11
- davon erteilte Ausnahmen	5	4

Tabelle 61: Verkehrsordnungswidrigkeiten 2017, 2018

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2017	Stand 31.12.2018
eingeleitete Bußgeldverfahren	2.074	2.659
- stationär	1.180	1.848
- mobil	449	351
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	445	460
eingeleitete Verwarnungsgeldverfahren	19.296	25.939
- stationär	14.370	21.569
- mobil	4.560	3.993
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	366	377
Bußgeldverfahren aus Verwarnungsgeldverfahren	663	772
- stationär	406	497
- mobil	142	156
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	115	119
<i>gesamt</i>	<i>22.033</i>	<i>29.370</i>

Tabelle 62: Statistik mobile Kontrollen in Städten und Gemeinden sowie im Amt Dahme/Mark 2017, 2018

Stadt/Gemeinde/Amt	Anzahl der Standorte		Zahl der Einsätze		festgestellte Geschwindigkeitsüberschreitungen	
	2017	2018	2017	2018	2017	2018
Jahr	2017	2018	2017	2018	2017	2018
Gemeinde Am Mellensee	10	11	56	45	266	187
Stadt Baruth/Mark	8	8	29	13	419	178
Gemeinde Blankenfelde-Mahlow	19	21	113	93	765	982
Gemeinde Großbeeren	3	3	28	14	611	173
Stadt Jüterbog	12	14	51	38	99	199
Stadt Luckenwalde	12	14	65	59	123	262
Gemeinde Niederer Fläming	9	9	8	11	0	22
Gemeinde Niedergörsdorf	4	4	14	7	44	45
Gemeinde Nuth-Urstromtal	7	8	54	37	400	173
Gemeinde Rangsdorf	6	6	26	20	191	164

Stadt/Gemeinde/Amt	Anzahl der Standorte		Zahl der Einsätze		festgestellte	
					Geschwindigkeits- überschreitungen	
Stadt Trebbin	8	8	94	73	281	371
Stadt Zossen	17	19	117	114	1.949	1.556
Amt Dahme/Mark	6	8	10	18	3	32
<i>gesamt</i>	<i>121</i>	<i>133</i>	<i>665</i>	<i>542</i>	<i>5.151</i>	<i>4.344</i>

Tabelle 63: Verkehrssicherheit und -lenkung 2017, 2018

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2017	Stand 31.12.2018
Stellungnahmen (allgemeine Planvorhaben, Straßenbauvorbereitung Landesbetrieb und Jahresgenehmigungen)	334	401
Erlaubnisse, Veranstaltungen § 29 StVO (Anträge)	153	150
Ausnahmegenehmigungen § 46 StVO (Anträge)	643	675
Verkehrsrechtliche Anordnungen von Baumaßnahmen im öffentlichen Verkehrsraum nach § 45 Abs. 1 Nr. 1 StVO einschließlich Beteiligungen nach § 45 Abs. 2 StVO	2.444	2.522
Anträge auf Verkehrsregelung	361	434
- davon erteilte Anordnungen für Verkehrsregelungen gemäß § 45 StVO	286	326
Verkehrsschauen	9	8

Kataster- und Vermessungsamt

Die gute wirtschaftliche Lage und die damit verbundene Bautätigkeit hatten auch Auswirkungen auf die Arbeit des Kataster- und Vermessungsamtes. Es mussten weitaus mehr mündliche und schriftliche Auskünfte erteilt, Unterlagen vorbereitet, digitale Geobasisdaten weitergegeben und in das Liegenschaftskataster übernommen werden als in den Vorjahren. Die Abgabe der Liegenschaftskarte in digitalen Formaten gewinnt zunehmend an Bedeutung.

Dagegen gab es weniger Anträge auf Rückverfolgung der Flurstücks- und Eigentümerentwicklung mit Hilfe des Katasterarchivs. Grund dafür sind Änderungen der Grundstücksverkehrsordnung sowie des Gesetzes zur Regelung offener Vermögensfragen, die am 1. Juli 2018 in Kraft traten.

Um die Vorgaben des 2015 in Kraft getretenen Prioritätenerlasses III zu erfüllen, werden Abläufe und Geschäftsprozesse, auch in Kooperation mit den einreichenden Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren, weiter überprüft und präzisiert. Die über viele Jahre gepflegte fachliche Kommunikation, insbesondere mit den kreisansässigen Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren, wurde auch 2018 in einer gemeinsamen Beratung genutzt. Hier wurde der Fachbereich der Unteren Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde zur Thematik „Bestellung von Baulasten“ hinzugezogen.

Die Daten des Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystems (ALKIS) zur Landesgrenze Sachsen-Anhalt konnten bis auf die Abstimmung von fünf Grenzpunkten auf einem Abschnitt von 220 Meter abgeschlossen werden.

Um die Qualität der Liegenschaftskarte weiter zu erhöhen, wurden 2018 Geometrieverbesserungen mit einem speziell vom Landesbetrieb Landesvermessung und Geobasisinformation bereitgestellten Softwarepaket vorgenommen. Weitere großräumige Verfahren, die größtenteils im Berliner Umland liegen, werden zur Qualitätsverbesserung der Liegenschaftskarte für die Abarbeitung in den nächsten zehn Jahren vorbereitet.

Der geforderte Bearbeitungsrythmus von Kartenblättern durch die Gebietstopographen wurde eingehalten.

Gutachterausschuss

Die Geschäftsstelle des Gutachterausschusses bewältigte 2018 ein breites Aufgabenspektrum, welches unter anderem in den fundierten Analysen des Grundstücksmarktberichtes deutlich wird.

Die vom Gutachterausschuss für Grundstückswerte zum 31. Dezember 2018 beschlossenen Bodenrichtwerte weisen wiederum (teilweise erhebliche) Anstiege der Bodenwerte von Wohn- und Gewerbeflächen auf. In Spitzenlagen sind es bis weit über 300 Euro pro Quadratmeter.

Die von der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses im Jahr 2018 ausgewerteten circa 2.500 Immobilienkaufverträge zeigen insbesondere im Berliner Umland ein turbulentes Marktgeschehen. Gute infrastrukturelle Anbindung erzeugt dort, aber auch im südlichen Kreisgebiet verstärkte Nachfrage nach Grundstücken des individuellen Wohnungsbaus, nach bebauten Grundstücken und Eigentumswohnungen. Daraus resultieren wiederum beständige Bodenpreisanstiege.

Ausbildung

Im Jahr 2018 waren in der Katasterbehörde drei Auszubildende beschäftigt. Um die künftigen Vermessungstechniker optimal auf ihren Beruf vorzubereiten, werden sie verstärkt in den Themen Graphisches Informationssystem und Geodatenmanagement ausgebildet. Im Amt werden Unterweisungsgemeinschaften gemeinsam mit den Auszubildenden der kreisansässigen Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure abgehalten. Das Kataster- und Vermessungsamt beteiligte sich an der vom Land initiierten Ausbildungsinitiative, kam beim Zukunftstag mit interessierten Jugendlichen ins Gespräch und präsentierte den Beruf des Vermessungstechnikers bei der Ausbildungsmesse Teltow-Fläming, die im Herbst 2018 stattfand.

Antragsstatistik

Im Kataster- und Vermessungsamt des Landkreises wurde zum Ende des Jahres 2018 der Nachweis von 213.583 Flurstücken geführt.

Im Berichtszeitraum wurden rund 1.800 analoge Flurkartenauszüge und Eigentümnachweise erarbeitet und verkauft.

An 200 Betreiber von graphischen Informationssystemen, das sind die Städte und Gemeinden des Landkreises, land- und forstwirtschaftliche Unternehmen, Energie- und Wasserversorger und andere, wurden 2018 umfangreiche digitale Datenbestände, rund 2,25 Millionen flurstücksbezogene Datensätze in verschiedenen Datenformaten, herausgegeben.

Voreigentümerrecherchen, meist bis 1933, wurden für 956 Antragsteller erarbeitet. Im Jahr 2017 waren es noch rund 1.800 Anträge auf Eigentumsrückverfolgung. Sie werden in den meisten Fällen für die Erteilung einer Grundstücksverkehrsgenehmigung benötigt. Aufgrund neuer gesetzlicher Regelungen entwickelt sich diese Antragssparte rückläufig.

Im Bereich Messungsvorbereitung gingen rund 1.000 Anträge von Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren auf Unterlagenerteilung ein. Diese Zahl weist auf eine rege Bautätigkeit im Landkreis und auf eine gute Auftragslage der rund 160 Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure im Land Brandenburg hin.

Zwei Messtrupps des Kataster- und Vermessungsamtes waren im Außendienst im Einsatz. Ihre Arbeit bildete die Grundlage für die weitere Geometrieverbesserung der Liegenschaftskarte und ist für die nächsten zehn Jahre eine der Hauptaufgaben der Katasterverwaltung.

Insgesamt wurden 1.035 Vermessungsschriften von Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren oder vom Kataster- und Vermessungsamt zur Übernahme in das Liegenschaftskataster eingereicht, in die Katasternachweise übernommen und Fortführungsunterlagen für die Eigentümer und Antragsteller erarbeitet.

Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung

Sachgebiet Wirtschaftsförderung, Tourismus und Mobilität

Wirtschaftsförderung

Breitband

Im Jahr 2018 arbeitete der Fachbereich weiterhin mit Hochdruck an der Umsetzung des Bundesprogramms Breitband. 94 Prozent der Haushalte im Landkreis werden innerhalb der nächsten beiden Jahre über Bandbreiten von mindestens 30 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) verfügen. Grundlage dafür sind die Initiativen der vergangenen Jahre und die Eigenausbauerklärung zahlreicher Telekommunikationsunternehmen. Die restlichen sechs Prozent der „unterversorgten“ Haushalte werden mit Hilfe des Bundesprogramms mit mindestens 50 Megabit pro Sekunde mit Breitband versorgt werden. Die Umsetzung dieser Maßnahmen wird sich bis ins Jahr 2022 ziehen. Im Jahr 2018 wurde der europaweite Teilnehmerwettbewerb durchgeführt. Fünf Telekommunikationsunternehmen haben sich für die Abgabe eines konkreten Angebots beworben. Drei davon sind bis zum 1. März 2019 aufgerufen, ein Angebot im Rahmen des Konzessionsvergabeverfahrens abzugeben.

Netzwerk Schule Wirtschaft

Das Netzwerk Schule-Wirtschaft sowie die jährliche Berufsorientierungstournee wurden weitergeführt und qualifiziert. Durch die enge Verzahnung und das abgestimmte Vorgehen mit anderen Institutionen wie der IHK, der Kreishandwerkerschaft und der Wirtschaftsförderung des Landes Brandenburg kann Berufsorientierung aus einem Guss angeboten werden. So nutzten 308 Jugendliche aus sechs Oberschulen die Möglichkeit, sich in 16 Unternehmen des Landkreises zu Ausbildungsberufen, Anforderungen an die Berufe und Aufstiegschancen in den Unternehmen vor Ort zu informieren.

Das Projekt zum Thema erneuerbare Energien im energieautarken Dorf Feldheim (PM) wurde mit der Oberschule in Dahme/Mark umgesetzt.

67 Personen, die Berufsberatung an den Schulen, in der Agentur für Arbeit oder bei Bildungsträgern durchführen, konnten sich in drei Unternehmen ein Bild von der Umsetzung der Berufsausbildung machen und Fragen zu Einstiegsvoraussetzungen erörtern. Dadurch gelingt es, die theoretische Berufsberatung um Praxiserfahrungen zu erweitern und einer Beratung „vom Schreibtisch“ entgegenzuwirken.

Zum zweiten Mal wurde im Berichtszeitraum gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer Potsdam und der Wirtschaftsförderung des Landes Brandenburg der „Tag der Logistik“ im Güterverkehrszentrum Großbeeren unter dem Motto „Wirtschaft trifft Schule“ initiiert. An dieser Veranstaltungsreihe nahmen circa 100 Schülerinnen und Schüler teil, die sich über Berufe im Logistikbereich informierten. Die Chance, sich den Jugendlichen zu präsentieren, nutzten 14 ansässige Unternehmen.

Drei Netzwerktreffen wurden im Jahr 2018 angeboten. Sie dienen als Plattform dem Erfahrungsaustausch und zur Entwicklung von innovativen Ideen, Kooperationen und Handlungsstrategien. Dieses Format erfreut sich immer größerer Beteiligung und ist zentraler Anlaufpunkt für alle Fragen rund um die Fachkräftesicherung.

Zur Evaluierung der Angebote im Rahmen der Berufsorientierung gab es während der Wirtschaftswoche eine Veranstaltung mit dem Titel „Du in Teltow-Fläming“. 62 Teilnehmende aus Schule, Wirtschaft, Elternvertreter und Vertreter der Schülerinnen und Schüler nahmen Stellung zu Fragen rund um die berufliche Orientierung mit dem Ziel, die berufliche Orientierung für die Schüler zu optimieren und die Fachkräfte von morgen zu sichern.

Tabelle 64: Veranstaltungen Netzwerk-Schule 2016 bis 2018

Teilnehmer/Veranstaltungen	2016	2017	2018
teilnehmende Schulen	4	7	8
teilnehmende Unternehmen	12	26	37
teilnehmende Schüler/-innen	196	298	422
Veranstaltungen zur Berufsorientierung	22	24	24

Gewerbegebiete

In Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung des Landes und den Kommunen wurden Aktualisierungen von Gewerbeflächendaten in das Planungsinformationssystem des Landes eingearbeitet. Diese spiegeln sich im Brandenburg Business Guide wider.

Betreuung kleiner und mittelständischer Unternehmen

Im Rahmen der klassischen Mittelstandsbetreuung werden Unternehmen sowie Personalleitungen über aktuelle Förderprogramme und Initiativen auf dem Gebiet der Arbeits- und Fachkräftesicherung, der Investitionsförderung und der Förderung energieeffizienter Projekte informiert.

Schwerpunkte der Gespräche sind die immer schwierigere Nachwuchsgewinnung, die Arbeits- und Fachkräfteproblematik allgemein und die Unternehmensnachfolge. Es gibt spezielle Förderprogramme zur beruflichen Weiterbildung der Beschäftigten, um in das vorhandene Arbeitskräftepotenzial zu investieren. Diese gelten als wichtiges Instrument, um die Wirtschaft im Landkreis weiter zu stärken.

Der positive Trend der Investitionen auf Grundlage der Richtlinie zur Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) hält an. Mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 23.850.041,14 Euro wurden 19 Unternehmen vom Landkreis begleitet und unterstützt. Investitionen im Mittelstand standen 2018 im Fokus.

Tourismus

Tourismusverband Fläming e. V.

Die Zusammenarbeit mit dem Tourismusverband Fläming e. V. wurde weiter intensiviert. Nach der Umstrukturierung in einen EU-vergabe- und beihilferechtskonformen Verband konnte der Tourismusverband seine Marketingoffensive für die Reiseregion starten. Mit dem Erlebnisplaner Fläming wurde ein exzellentes Vermarktungsinstrument geschaffen, welches vor allem den wichtigsten Quellmarkt (Berlin) anspricht. Mit vorgeschlagenen Reisezielen und Verweilmöglichkeiten in der Region können sich Kurz- oder Langzeitreisende in der Region ihre Ausflugsziele zusammenstellen. Dieser Erlebnisplaner soll im Jahr 2019 neu aufgelegt werden.

Auch bei der Digitalisierung von Angeboten der Reiseregion konnten erhebliche Fortschritte gemacht werden. Mit den Facebook- und Instagram-Accounts des Tourismusverbandes werden Reiseziele und Sehenswürdigkeiten optimal und mit geringem finanziellem Aufwand in Szene gesetzt. Im Jahr 2017 entschlossen sich die Projektpartner Industrie- und Handelskammer Potsdam, Clustermanagement Tourismus des Landes Brandenburg sowie die beiden Wirtschaftsförderungen der Landkreise Teltow-Fläming und Potsdam-Mittelmark zu einem innovativen und neuartigen Projekt bei der Finanzierung von Tourismusprojekten. Mit Hilfe eines Crowdfunding-Wettbewerbes sollte es gelingen, touristische Projekte einer Anschubfinanzierung durch Dritte zuzuführen. 14 Projekte wurden eingereicht und kämpften um jeden Cent für ihr Projekt. Bis zum Frühjahr 2018 konnten somit circa 45.000 Euro für unterschiedliche Tourismusprojekte gesammelt werden. Zahlreiche Projekte aus dem Crowdfunding-Wettbewerb wurden im Jahr 2018 umgesetzt und erfreuen sich seither reger Nachfrage. Im Dezember 2018 wurde der Tourismusverband Fläming e. V. für dieses innovative und zukunftsweisende Projekt mit dem dritten Platz des Deutschen Tourismuspreises in Bonn ausgezeichnet. Ein riesiger Erfolg für die Region und die Akteure vor Ort.

Flaeming-Skate und Skate-Arena

Für das Marketing der Flaeming-Skate wurden die Jahresbroschüre 2018 erarbeitet und der Servicebereich der Internetseite www.flaeming-skate.de inhaltlich gefüllt. Aktuelle Meldungen werden auf der Internetseite eigenverantwortlich veröffentlicht. Das Erstellen von Inseraten sowie Presstexten für nationale und internationale Anfragen hat einen hohen Stellenwert in der täglichen Arbeit des Bereiches Tourismus. Die Präsentation der Region auf der Internationalen Tourismusbörse (ITB) in Berlin und auf den Vitalmessen zum Berliner Halbmarathon und Marathon waren auch 2018 für die externe Werbung wichtig. Unterstützend stand das Team Tourismus dem Landwirtschaftsamt bei der Standbetreuung auf der Internationalen Grünen Woche sowie zum Kreiserntefest in Schöneiche zur Seite.

Im September konnte das Behinderten- und Skaterfest in Kolzenburg mit einem Informationsstand der Flaeming-Skate bereichert werden. Zudem wurde in Kooperation mit dem SV Flaeming-Skate e. V. zu einer gemeinsamen Tour über den Rundkurs 2 aufgerufen. Zum Neujahrsempfang des Landkreises im Januar zum Thema Sport nutzte das Team erneut die Möglichkeit, auf die Flaeming-Skate aufmerksam zu machen, ebenso wie erstmalig zu dem Projekt des Umweltamtes „Stadtradeln“.

Auch 2018 gelang es, zahlreiche Gäste für die Region zu begeistern. Familien, Freunde, Kinder- und Jugendgruppen, Sportler/-innen, Trainer/-innen und Betreuer/-innen – sie alle belebten die Region mit ihren Übernachtungen, dem Besuch von Sehenswürdigkeiten und durch ihre Einkehr in die gastronomischen Einrichtungen vor Ort. Viele sind bereits Stammgäste, die die vorhandenen Möglichkeiten als einzigartig bewerten und besonders schätzen. Die Eigenmarke Flaeming-Skate gilt nach wie vor als eines der herausragenden Angebote im Freizeitsegment des brandenburgischen Tourismus. Sie leistete auch 2018 einen entscheidenden Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilisierung und zur positiven Imagebildung des Landkreises Teltow-Fläming.

Faltblatt „geniessertouren.org – Streifzug entlang der Flaeming-Skate“

Gemeinsam mit den Kooperationspartnern pro agro e. V. und Tourismusverband Fläming e. V. wurde erstmalig eine Genießertourenkarte erstellt, welche auf weiten Strecken entlang des Rundkurses 4 der Flaeming-Skate führt. Hierdurch soll die Zielgruppe der Radtouristen direkt angesprochen und eine zusätzliche Unterstützung der touristischen Leistungsträger an der Flaeming-Skate erreicht werden. Eine offizielle Vorstellung erfolgt im Rahmen der Internationalen Grünen Woche 2019. Eine weitere Thematisierung in Verbindung mit den Rundkursen der Flaeming-Skate sowie anderer Regionen des Landkreises ist angedacht.

Touristische Netzwerke

Zu den weiteren Maßnahmen für die Vermarktung der touristischen Infrastruktur des Landkreises gehörten unter anderem die Teilnahme an Beratungen der Radroutenverantwortlichen, zum Beispiel der „Arbeitsgemeinschaft Berlin-Leipzig“ und der „Arbeitsgemeinschaft Städte mit historischen Stadtkernen des Landes Brandenburg“ sowie die Unterstützung touristischer Netzwerke und Stammtische im Landkreis. Dazu gehören unter anderem der „Tourismus-Stammtisch Mellensee“ und der „Runde Tisch Baruther Glashütte“.

Netzwerk Flaeming-Skate

Nach der Auflösung des Fördervereins Flaeming-Skate e. V. wurde das neue Netzwerk Flaeming-Skate initiiert. Ziel soll es sein, die einzelnen Partner und Leistungsträger im Einzugsgebiet der Flaeming-Skate miteinander zu vernetzen und gemeinsame Projekte umzusetzen.

Skate-Arena Jüterbog

Noch immer gestaltete sich die Unterhaltung der Skate-Arena Jüterbog als Herausforderung. Nach wie vor erhielt das Projekt für die Erfüllung aller anstehenden Aufgaben der Saison Unterstützung durch den SV Flaeming-Skate e. V. Ohne die festen Partnerinnen und Partner, den SV Flaeming-Skate e. V., die Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund Brandenburg e. V. und die Eventpartner/-innen wäre die Umsetzung der Veranstaltungen in Organisation und Durchführung nicht denkbar.

Auch im Jahr 2018 startete der Veranstaltungskalender mit dem viertägigem Osterferien-Trainingscamp der Vereine sowie dem Tag der offenen Skate-Arena-Tore zur Saisoneroöffnung. Alle weiteren traditionellen Veranstaltungen wie das Flaeming-Rollevant, das 12-Stunden-Stepperbike-Rennen, die Nordisch-Aktiv-Tage, der Deutsche Geherpokal mit Teltow-Fläming-Cup der Läufer sowie die 100-km-Flaeming-Skate-Inlinetour hinterließen erneut viele positive Erfahrungen und Eindrücke bei Einheimischen und Gästen der Region. Die größten Erfolge in der Skate-Arena verzeichneten allerdings auch 2018 die Tage für Kinder und Jugendliche. So liefen der 7. Flaeming-Skate-Junior-Cup und der 13. Kids-Skate-Day sehr erfolgreich. Knapp 300 Starter/-innen waren aus 18 Einrichtungen des Landkreises – davon 17 Schulen und erstmals eine Kita – in der Arena vertreten und lieferten sich spannende Wettkämpfe. Höhepunkt des Jahres war im Juli das langjährige Marketingprojekt Flaeming-Skate-Inline-Camp. Die zwölfte Auflage lockte wiederholt knapp 60 Kinder zum einwöchigen Aufenthalt in die Skate-Arena nach Jüterbog. Auch 2018 war eine Gruppe aus Polen auf Einladung des Landessportbundes Brandenburg e. V. dabei. Die 15 Kinder und Jugendlichen zwischen 8 und 16 Jahren überwandten die anfänglichen Sprachbarrieren bei Sport, Spiel und dem gemeinsamen Rollen über die Flaeming-Skate schnell, und der Einsatz des ehrenamtlichen Teams vor Ort ließ den Aufenthalt in der Region zu einem tollen Erlebnis werden.

Der Trainingsstandort Skate-Arena Jüterbog lockte über 20 Vereine aus dem In- und Ausland zu einer aktiven Freizeitgestaltung in den Landkreis. Viele Sportler/-innen nutzten die Übernachtungsmöglichkeiten vor Ort oft mehrtägig. Die angebotenen Veranstaltungen trugen hierzu zusätzlich bei. Die Sportanlage selbst erlebte wochentags erstmalig einen fast täglichen Trainingsbetrieb. Grund- und Einsteigerkurse sowie Trainingsprogramme der rollenden Sportarten für jedermann rundeten das Arenaprogramm im laufenden Jahr ab.

Wanderwege

Der Landkreis unterstützte im Jahr 2018 die Wiederbelebung des Wanderweges Baruther Linie in Zusammenarbeit mit der Stadt Baruth/Mark sowie den Gewerbetreibenden der Region. Initiator der Wiederbelebung war der Tourismusstammtisch Mellensee.

Kommunaler Öffentlicher Personennahverkehr (KÖPNV)

Auch im Jahr 2018 bildete der vom Kreistag beschlossene Nahverkehrsplan 2014 bis 2018 die Grundlage für die weitere Leistungsfähigkeit des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im Landkreis. Dieser wird durch die ab 1. August 2016 abgeschlossenen öffentlichen Dienstleistungsaufträge mit den im Landkreis ÖPNV-Leistungen erbringenden Verkehrsunternehmen entsprechend der Vorgaben aus dem Nahverkehrsplan 2014 bis 2018 derzeit bis einschließlich 2026 abgesichert. Da der Nahverkehrsplan zum Jahresende 2018 auslief, wurde zunächst seine Evaluierung ausgeschrieben und in Auftrag gegeben. Die Evaluierung ist für 2019 und 2020 vorgesehen.

Im Jahr 2018 wurden auf der Grundlage von im Jahr 2017 angepassten Vereinbarungen mit dem Landkreis Elbe-Elster, dem Landkreis Dahme-Spreewald und dem Landkreis Potsdam-Mittelmark die landkreisübergreifenden Verkehre fortgesetzt und dazu notwendige Ausgleichszahlungen gesichert. Weiterhin wurden seit dem Jahr 2017 Zusatzverkehre in den Kommunen erweitert und optimiert. Auf der Grundlage der im Jahr 2017 angepassten und bis zum Jahresende 2018 gültigen Verwaltungsverträge mit den Kommunen wurden die Zusatzverkehre und die Verkehre der Ortslinien umgesetzt und die vertraglich festgesetzten Ausgleichszahlungen durch die Kommunen an den Landkreis getätigt.

Den Gesamtaufwendungen für den Öffentlichen Personennahverkehr in Höhe von 7.821.300 Euro standen Gesamterlöse von 5.434.400 Euro gegenüber. Sie setzen sich aus 4.842.600 Euro Landeszuweisungen und 591.800 Euro Beteiligungen von anderen Landkreisen und Kommunen zusammen. Der Landkreis musste dementsprechend 2.386.900 Euro als Eigenmittel für den Öffentlichen Personennahverkehr bereitstellen.

Zusammenarbeit mit dem VBB

Der Landkreis Teltow-Fläming arbeitet eng mit dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) zusammen. Durch die Mitarbeit der Landrätin im Aufsichtsrat und des Leiters des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung im Beirat der Gesellschafter der VBB GmbH nahm der Landkreis Teltow-Fläming erfolgreich auf die weitere positive Entwicklung des gesamten Öffentlichen Personennahverkehrs im Verbundgebiet Einfluss. So wurde der seit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2016 eingeführte Halbstunden-Takt bis Ludwigsfelde auf der Trasse des RE 3/RE 4 auch im Jahr 2018 beibehalten. Auch für Pendler/-innen aus dem südlichen Bereich des Landkreises (zumindest ab/bis Jüterbog) wurde über den Erhalt des Stundentaktes weiterhin eine gute Anbindung an die Hauptstadtregion ermöglicht. Die Anschlussverknüpfungen zwischen den anbindenden Buslinien und den RE wurden weitestgehend angepasst und zum Teil verbessert. Zum sechsten Mal in Folge fand die 48-Stunden-Aktion des VBB im Landkreis Teltow-Fläming, im Jahr 2018 zum zweiten Mal in der Region „Baruth-Fläming-Urstromtal“, statt. Die bisherigen Akteure hatten sich auf einen jährlichen Wechsel der Veranstaltungen zwischen Regionen geeinigt. Diese Verfahrensweise hat sich sehr bewährt, da ein gleichbleibender Besucheransturm verzeichnet werden konnte. Dank der erneuten Unterstützung durch die Verkehrsbetriebe wurde diese Aktion wiederholt ein voller Erfolg für die touristische Vermarktung der Region in der Hauptstadt und dem Umland.

Plus-Bus

Mit Fahrplanwechsel zum 9. Dezember 2018 wurde die zweite PlusBus-Linie im Landkreis Teltow-Fläming zwischen Ludwigsfelde und Zossen, mit Anschluss an den 2017 eingerichteten PlusBus zwischen Ludwigsfelde und Potsdam, eingerichtet. Sie bietet eine weitere Verbesserung der stündlichen Querverbindung zur Landeshauptstadt und sichert den Anschluss an den Regionalverkehr sowohl in den südlichen als auch in den nördlichen Teil des Landkreises.

Investitionen

2018 wurden Investitionen in die ÖPNV-Infrastruktur durch die Bereitstellung von 64.300 Euro aus der Investitionsrichtlinie des Nahverkehrsplans unterstützt. Gefördert wurden Investitionen an Bushaltestellen mit Aufstellflächen in Zülichendorf, Glienick, Neues Lager, Zagelsdorf, Klein Schulzendorf und der Stadt Luckenwalde. Bei der Vergabe der finanziellen Mittel lag das Augenmerk besonders auf der Herstellung von Barrierefreiheit, um den Anforderungen des Personenbeförderungsgesetzes bis zum Jahr 2022 langfristig gerecht zu werden. Leider lag der Anteil der Förderung erneut weit unter dem Planansatz, was der fehlenden Kofinanzierung seitens der Kommunen geschuldet ist.

Nahverkehrsbeirat

Der Nahverkehrsbeirat Teltow-Fläming tagte 2018 viermal. Zusätzliche Beratungen des Arbeitskreises für ein Grobkonzept des Öffentlichen Personennahverkehrs im Landkreis Teltow-Fläming gab es 2018 nicht. Der Nahverkehrsbeirat unterstützte die Verwaltung im Jahr 2018 insbesondere bei der Evaluierung des Nahverkehrsplans und bei aktuellen Fragen zum Öffentlichen Personennahverkehr. Im Beirat wirken der Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung, der Sachgebietsleiter Wirtschaftsförderung, Tourismus und Mobilität sowie die Sachbearbeiterin für Öffentlichen Personennahverkehr mit.

Sachgebiet Kreisentwicklung

Zu den allgemeinen Aufgabenschwerpunkten des Sachgebietes Kreisentwicklung gehören

- die planerische Beurteilung verschiedener Vorhaben und Planungen sowie die Bündelung fachlicher Stellungnahmen der Kreisverwaltung, insbesondere zu übergeordneten Entwicklungsplänen, zu Bauleit- und Verkehrsplanungen,
- die Erarbeitung eigener Konzepte zur kreislichen Entwicklung und zur Weiterentwicklung sowohl der Verkehrs- als auch der touristischen Infrastruktur,
- Planung, Bearbeitung, Betreuung und Abrechnung neuer Verkehrswege,
- die Prüfung und Bescheidung von Genehmigungsanträgen zu Bauleitplänen in Wahrnehmung der Funktion der höheren Verwaltungsbehörde nach Baugesetzbuch.

Folgende Vorhaben und Entwicklungen waren hieraus im Einzelnen von besonderer Bedeutung.

Infrastruktur

Vierstreifiger Ausbau der B 101

Im Zuge des vierstreifigen Ausbaus der B 101 bis Luckenwalde wurde der Bau der Ortsumgehung Thyrow abgeschlossen. Somit ist der Ausbau der B 101 als Autobahnzubringer Luckenwalde–Berliner Ring (BAB A 10, AS Ludwigsfelde Ost) beendet. Der erste Teilabschnitt des vom Landkreis integrierten Radweges entlang der L 795 von Thyrow nach Siethen wurde bauseitig fertiggestellt. Für den zweiten Teilabschnitt des Radweges ist ein Planfeststellungsverfahren notwendig, welches 2019 eingeleitet werden soll.

Einstufung von Straßen

Die Überprüfung der korrekten Einstufung aller Kreisstraßen entsprechend den Bestimmungen des Brandenburgischen Straßengesetzes wurde fortgesetzt. Um die anstehenden Umstufungsverfahren einvernehmlich mit den betroffenen Städten und Gemeinden zu regeln, wurden Gespräche mit den Kommunen geführt sowie Ortsbegehungen vorgenommen. Das Umstufungsverfahren der Kreisstraße K 7237 zwischen Rangsdorf und Klein-Kienitz zur Gemeindestraße wurde zum 31. Dezember abgeschlossen, so dass die Umstufung zum 1. Januar 2019 wirksam werden konnte. Der Umstufungsprozess, der sich vor allem wegen der Folgekosten insgesamt äußerst schwierig gestaltet, wird im Jahr 2019 fortgesetzt.

Einen besonderen Arbeitsschwerpunkt bildete die Auseinandersetzung mit dem Strategiepapier „Perspektiven für das Landesstraßennetz – Abstufungskonzept und Weiterentwicklung“ des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung. Dieses sieht für den Landkreis die Abstufung von 114 Kilometern Landesstraßen vor. Weitestgehend unklar ist dabei nach wie vor die Frage der finanziellen Rahmenbedingungen. Der diesbezügliche Standpunkt des Landkreises und seine Forderungen wurden gegenüber dem Landtag, dem Landkreistag und einzelnen Fachausschüssen klar definiert und dargelegt. Eine Einzelbetrachtung für jede umzustufende Straße ist danach unbedingt erforderlich. Einzelgespräche zwischen Landkreis, Kommunen und Ministerium sind im Jahr 2019 durchzuführen.

Stellungnahmen zu Planverfahren

Unter Beteiligung der einzelnen Fachämter wurden Stellungnahmen des Landkreises zu 34 Planverfahren für sonstige Infrastrukturmaßnahmen des Bundes, des Landes und der Kommunen erarbeitet. Dabei hat sich der Anteil von Planfeststellungsverfahren im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Die Fortführung der Vorhaben im Rahmen des weiteren Ausbaus der Dresdner Bahn bildete wieder einen besonderen Schwerpunkt. Für den Landkreis bedeutsam waren aber unter anderem auch die Fortsetzung der Planung zum Radwegebau an der B 96 zwischen Neuhoof und Wünsdorf und der Knotenpunktausbau B 102/L 715/K 7209 in der Ortsdurchfahrt Werbig.

Modernisierung der Flaeming-Skate

Im Rahmen des Gesamtprojektes „Modernisierung der Flaeming-Skate“ sind für die Fortführung der Planung sowie den Bau des barrierefreien Radweges am Wasserwerk Luckenwalde Fördermittel bewilligt worden. Mit der Ausführungsplanung konnte somit begonnen werden.

Entwicklung des Radverkehrs

Bei der Umsetzung des Radwegekonzeptes im Landkreis ist für die einzelnen Maßnahmen folgender Verfahrensstand festzustellen:

- Für den geplanten Radweg an der K 7241 vom Ortsausgang Genshagen bis Ortseingang Großbeeren wurde der Abschluss weiterer Bauerlaubnisverträge vorbereitet.
- Zur Fortführung von Planung und Bau des touristischen Verbindungsweges zwischen Zesch am See und Egsdorf gab es weitere Gespräche zur gemeinsamen Umsetzung des Vorhabens mit dem Landkreis Dahme-Spreewald. Die Fortführung der Planung ist im Jahr 2019 vorgesehen.

Fortgesetzt wurde die Arbeit in der Arbeitsgemeinschaft „Fahrradfreundliche Kommunen Brandenburg“ (AG FK Brandenburg). Die Bedeutung der Arbeitsgemeinschaft als wichtige Schnittstelle zwischen Landes- und Kommunalpolitik kommt auch durch die steigende Zahl der Mitgliedskommunen zum Ausdruck. Im Landkreis sind inzwischen auch die Städte Luckenwalde, Ludwigsfelde und Trebbin der Arbeitsgemeinschaft beigetreten. Der Informations- und Erfahrungsaustausch mit dem Ziel der integrierten Weiterentwicklung des Radverkehrs wurde ausgebaut. Zur Umsetzung der Erkenntnisse in die Praxis wurde unter anderem die von der Arbeitsgemeinschaft initiierte Verkehrssicherheitskampagne „Schulterblick rettet Leben!“ unterstützt. Hierfür sind die Heckfronten von Linienbussen der Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mit Werbefolien ausgestattet worden. Die Teilnahme des Landkreises an der bundesweiten Kampagne „Stadtradeln – Radeln für ein gutes Klima“ war eine weitere Maßnahme, um das Fahrradfahren im Landkreis attraktiver zu machen. Zugleich wurde gemeinsam mit den Städten Trebbin, Luckenwalde, Ludwigsfelde und der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow erfolgreich ein Zeichen für den Klimaschutz gesetzt. Die Klimaschutzkoordinierungsstelle organisierte hierfür eine Reihe von Aktionen. Die Zusammenarbeit mit den teilnehmenden Kommunen wurde gestärkt. Für das Projekt gab es eine Zuwendung des Landesamtes für Umwelt in Höhe von 50 Prozent der Anmeldegebühren.

Weitere Aktivitäten richteten sich auf die Fortführung des mit den Kommunen entwickelten überregionalen Radroutennetzes und damit auch auf die Aufnahme der erforderlichen Radwege in die Bedarfspläne für Radwege an Bundes- und Landesstraßen. Wie den im März vom Land veröffentlichten Bedarfslisten zu entnehmen ist, ist das Land nur in ganz geringem Umfang auf die Forderungen des Landkreises und der Kommunen eingegangen. Hier besteht also nach wie vor Handlungsbedarf. Die Arbeit zur Umsetzung der gemeinsam ermittelten prioritären Radwegemaßnahmen wird fortgesetzt.

Bauleitplanung

Planungsrechtlich wurden insgesamt 59 Bauleitplanungen, davon einige mehrfach, in unterschiedlichen Beteiligungsstufen begleitet. Zudem fungierte das Sachgebiet im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange als Bündelungsbehörde für die Stellungnahmen der Fachbehörden im Hause. Neben dem weiter anhaltenden gewerblichen Boom ist die verstärkte Entwicklung von Wohnbauflächen, insbesondere im Umland von Berlin, zu verzeichnen. Dem Siedlungsdruck aufgrund der steigenden Nachfrage nach infrastrukturell günstig gelegenen Wohnbauflächen folgen die Kommunen mit der Aufstellung beziehungsweise Fortführung von Bauleitplänen zur städtebaulichen Steuerung der Entwicklung. Gleichmaßen streben die Gemeinden eine Verbesserung der Einzelhandelsangebote an.

Folgende Planungen belegen diese Entwicklungen beispielhaft:

- Mit dem Plankonzept des Bebauungsplans (BP) Nr. 42 „Ahrensdorfer Heide – Rousseau-Park Süd“ hebt die Stadt Ludwigsfelde die Entwicklung von Wohnbauflächen auf eine neue Ebene. Die Umplanung beinhaltet zwei Wohnquartiere mit einer lockeren Einfamilienhausbebauung, welche durch eine mittig gelegene öffentliche Parkanlage einen Begegnungsraum für die Bewohner/-innen bietet.
- Über den BP „Einkaufszentrum Luckauer Straße“ der Stadt Dahme/Mark ist eine Umstrukturierung und Neuordnung des bestehenden Einzelhandelsstandortes REWE beabsichtigt, um die Versorgung der Bevölkerung zu stärken. Berücksichtigt werden

dabei die sich dynamisch ändernden Anforderungen der Kunden sowie der Handelsunternehmen.

Darüber hinaus erfolgte im Rahmen der Beteiligung an Verfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) eine planungsrechtliche Begleitung. Gleichfalls ergingen planungsrechtliche Positionierungen zu Anfragen der Brandenburgischen Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und -verwertung in Bezug auf Entwicklungsabsichten für WGT-Liegenschaften. Hierbei wurde zugleich die Bündelung der kreislichen Belange im Hause wahrgenommen.

Übergeordnete Raumentwicklungsplanung

Im Rahmen der Mitwirkung an der Regionalplanung ergaben sich folgende inhaltliche Schwerpunkte:

- ergänzende Festlegungen im Regionalplan zum Hochwasserschutz und zur Landwirtschaft (Vorentwürfe)
- Urteil des Bundesverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg zur Unwirksamkeit des Regionalplans Havelland-Fläming und entsprechende Auswirkungen nach Rechtskrafterlangung
- Gesetzgebungsverfahren zur Änderung des Regionalplanungsgesetzes für Brandenburg, unter anderem mit Regelungen zur Mitwirkung kleinerer Gemeinden an der Regionalplanung sowie zur Planungssicherung bei Neuaufstellung unwirksam gewordener Regionalpläne
- Entwicklungen und Vorhaben zur Verbesserung der Akzeptanz für die Nutzung erneuerbarer Energien

Im Beteiligungsverfahren zum zweiten Entwurf des Landesentwicklungsplans Berlin/Brandenburg (LEP HR) wurden die öffentliche Auslegung in der Kreisverwaltung abgesichert und die gebündelte kreisliche Stellungnahme erarbeitet. In die Positionierung wurden neben den Fachämtern auch die Kommunen des Landkreises einbezogen. Weitere Abstimmungen erfolgten über die Gremien des Kreistages, der Regionalen Planungsgemeinschaft sowie des Landkreistages Brandenburg. Eine wichtige Neuerung für die räumliche Gliederung des Landkreises ist die Ausweisung der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow als dann fünftes Mittelzentrum. Unterhalb der mittelzentralen Ebene soll es jedoch weiterhin keine zentralen Orte geben. Im Verfahren wurde daher unter anderem die Anerkennung der Stadt Dahme/Mark als gemeinsames Mittelzentrum mit der Stadt Luckau gefordert. Die abschließende Abwägungsentscheidung und die Beschlussfassung beider Landesregierungen zum LEP HR sind für Mitte 2019 angekündigt.

Die Festlegungen der übergeordneten Raumplanung, die aktuellen Schwerpunkte ihrer Fortschreibung sowie die Entwicklungsgrundsätze aus dem Leitbild des Landkreises wurden in die verschiedenen Beteiligungsverfahren sowie in kreisliche Vorhaben eingebracht.

GIS

Das geografische Informationssystem (GIS) begleitete alle Aufgabenbereiche unterstützend. Weitere Themen wurden erarbeitet, um repräsentative räumliche Aussagen zum Entwicklungsstand des Landkreises treffen zu können und infrastrukturelle Zusammenhänge aufzuzeigen. Folgende GIS-Projekte wurden angelegt:

- Darstellung der Pendlerbeziehungen zwischen den Kommunen innerhalb des Landkreises sowie landkreisübergreifend

- Darstellung der Verkehrsmengen im Straßenverkehrsnetz des Landkreises
- Darstellungen zur optimalen Bedarfsermittlung für den Ausbau des Breitbandnetzes
- Darstellung des Wohngebäudebestands zur Leerstandserfassung/-prognose (Pilotprojekt für die Gemeinde Nuthe-Urstromtal)
- Datenbank mit allen Flurstücken der Flaeming-Skate einschließlich interaktiver Kartendarstellung als Arbeitsgrundlage für die Widmung
- Darstellung und Aufbereitung der Sanierungsabschnitte der Flaeming-Skate sowie der Maßnahmen zum Schutz vor Baumwurzeln als Arbeitsgrundlage für die Sanierung durch die ausführende Firma

Parallel zu den Planungsverfahren der Bauleitplanung wurden die aktuellen Planungsstände der Flächennutzungs- und Bebauungspläne der Städte und Gemeinden digitalisiert und fortgeschrieben sowie zur weiteren Nutzung im GIS-/Geoportal bereitgestellt. Von den Fachämtern zur Verfügung gestellte GIS-Daten wurden zur Analyse und Kartenerstellung für die Beurteilung von Vorhaben Dritter sowie für Planungen im Bereich Tourismus genutzt. GIS-Straßendaten für das Konzept des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung zur Abstufung und Weiterentwicklung des Landesstraßennetzes wurden übernommen.

Darüber hinaus wurde an der Veröffentlichung von Faltblättern, Kartenmaterialien und Internetpräsentationen mitgewirkt, zum Beispiel:

- Präsentation „25 Jahre Landkreis Teltow-Fläming“ – Erstellung der historischen Karten der Verwaltungsstruktur des Landkreises
- Aktueller Flyer der Flaeming-Skate - Entwicklung der Karte zu Rad- und Wanderwegen im Landkreis

Höhere Verwaltungsbehörde

Gemäß Baugesetzbuchzuständigkeitsverordnung obliegt dem Landkreis die Aufgabe der höheren Verwaltungsbehörde. Die personelle Nachbesetzung der höheren Verwaltungsbehörde erfolgte im Februar. Die mit dieser Aufgabe verbundene Prüf- und Beratungstätigkeit blieb dabei unverändert. Für sechs Bauleitpläne wurde ein Antrag auf Genehmigung gestellt. Davon konnten vier Pläne genehmigt werden, ein Plan befindet sich in Prüfung, für einen Plan wurde der Genehmigungsantrag zurückgenommen. Wegen Fristablaufs trat für fünf Bauleitpläne die Genehmigungsfiktion ein. Deren Antrag auf Genehmigung war noch im Vorjahr gestellt worden. Beratungstätigkeiten zu bauleitplanerischen Themen wurden mit den Städten Trebbin und Ludwigsfelde sowie den Gemeinden Blankenfelde-Mahlow und Nuthe-Urstromtal durchgeführt.

Sachgebiet Arbeitsmarktpolitik

Der Schwerpunkt der Arbeit lag auf der Erfüllung der Zielvorgaben aus den Zuwendungsbescheiden der Arbeitsmarktförderprogramme.

Förderung der Integrationsbegleitung für Langzeitarbeitslose und Familienbedarfsgemeinschaften

Nach der Richtlinie des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg zur Förderung der Integrationsbegleitung für Langzeitarbeitslose und Familienbedarfsgemeinschaften in Brandenburg in der Förderperiode 2014 bis 2020 erhielt der Landkreis auf der Grundlage seiner eingereichten Konzepte und der erfolgreichen Arbeit bei der Integration langzeitarbeitsloser Frauen und Männer wiederholt den Zuwendungsbescheid für zwei Projekte im letzten Abschnitt der Förderperiode bis 2020.

Im Dezember 2018 wurden die Verwendungsnachweisprüfungen durch die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) für die zwei Projekte des ersten Förderabschnittes, vom August 2015 bis Januar 2018, für den Landkreis erfolgreich abgeschlossen. Vorrangiges Ziel war es, je Projekt mindestens 25 Prozent der teilnehmenden Langzeitarbeitslosen in Arbeit oder Bildung zu vermitteln. Im Projekt I wurden 102 Langzeitarbeitslose und ihre Familien unterstützt, beraten und gecoacht. Im Ergebnis konnten 34 Prozent der Teilnehmenden in sozialversicherungspflichtige Arbeit oder in Bildung vermittelt werden. Im Projekt II nahmen 100 Langzeitarbeitslose teil. Hiervon konnten 37 Prozent in Arbeit oder Bildung vermittelt werden. Insgesamt wurden in beiden Projekten 622.004,67 Euro ESF-Fördermittel, einschließlich einer 100-prozentigen Förderung der Personalkosten für die vier Integrationsbegleiterinnen, eingesetzt. Die ordnungsgemäße und wirtschaftliche Verwendung der Fördermittel wurde von der ILB schriftlich bescheinigt.

Die Zuwendung aus dem Europäischen Sozialfonds für die beiden neu bewilligten Projekte beträgt 868.258,50 Euro, die über drei Jahresscheiben verteilt sind. Beginn der Maßnahmen war der 1. Februar 2018. Ziel der Förderung (bis 31. Juli 2020) ist die Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit der Teilnehmenden sowie die Verbesserung ihrer sozialen Situation. Zusatzziel ist die Stärkung und Festigung des Zusammenlebens in den teilnehmenden Familien, insbesondere mit Blick auf die Entwicklung der Kinder. Je Projekt arbeiten zwei Integrationsbegleiterinnen, deren Personalkosten zu 100 Prozent gefördert werden. Insgesamt wurden für die beiden laufenden Projekte bis zum Ende 2018 Fördermittel in Höhe von 270.427,42 Euro ausgezahlt. Jede Integrationsbegleiterin hat in der Gesamtlaufzeit mindestens 50 Personen zu betreuen. Im Projekt I wurden bis zum 31. Dezember 2018 insgesamt 54 Menschen betreut und beraten. Mindestens 25 Prozent der Teilnehmenden sollen beim endgültigen Austritt aus der Maßnahme in Erwerbstätigkeit oder in Bildung übergehen. Per 31. Dezember 2018 konnten im Projekt I bereits neun Personen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vermittelt werden. Im Projekt II wurden bis zum 31. Dezember 2018 insgesamt 57 Langzeitarbeitslose betreut und beraten, davon konnten bisher acht in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vermittelt werden.

Alle Aktivitäten der Integrationsbegleiterinnen erfolgten unter Berücksichtigung der ESF-Querschnittsziele (Beitrag zur Gleichstellung von Frauen und Männern, Sicherung der Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung). Es konnte eine Vielzahl von qualitativen Ergebnissen (zum Beispiel Verbesserung der sozialen Situation, des Wohnens, der Teilhabe, der Gesundheit, Finanzen, des Zusammenlebens in der Familie) durch gezielte Strategien erzielt werden. Hiermit wurde ein wertvoller Beitrag zur Vermeidung von Armutsfolgen und Kinderarmut geleistet.

Lotsendienst Teltow-Fläming (LD TF)

Der Landkreis erhielt auch in der aktuellen Förderperiode des Europäischen Sozialfonds (ESF-Förderperiode) den Zuwendungsbescheid für den Lotsendienst Teltow-Fläming in der Zeit vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2020. Auch in dieser Förderperiode ist die Investitionsbank des Landes Brandenburg Zuwendungsgeber. Die Personalkosten der Lotsin und die Sachkosten werden zu 100 Prozent gefördert. Die Zuwendung aus Europäischen Sozialfonds-/Landesmitteln beträgt 561.350,00 Euro, die über drei Jahresscheiben verteilt sind.

Der Lotsendienst Teltow-Fläming bietet kostenlose Beratungen- und Qualifizierungen für Gründungsinteressierte an, die Hilfe bei der Strukturierung, Planung und Umsetzung ihrer Gründungsideen benötigen. Für die gesamte Projektlaufzeit sind als Zielindikatoren insgesamt 25 Development Center (DC) und 130 qualifizierende Beratungen geplant. Insgesamt sollen mindestens 78 Existenzgründungen und/oder Unternehmensübernahmen erfolgen. Ziel ist eine Gründungsquote von mindestens 60 Prozent.

Im Jahr 2018 wurden zunächst die im Rahmen des Lotsendienstes zu vergebenden externen Beratungs- und Coachingleistungen europaweit ausgeschrieben. Nach Abschluss dieses sehr komplexen Ausschreibungsverfahrens wurde ein Pool von Experten und Expertinnen zusammengestellt, in dem insgesamt 25 verschiedene Coaches gelistet sind. Diese werden bei individuellem Bedarf vom Lotsendienst an die Gründungsinteressierten vermittelt.

Seit Juni 2018 haben insgesamt 75 Interessierte den Lotsendienst aufgesucht. 35 Personen haben nach dem Erstgespräch an einem der sechs durchgeführten Development-Center teilgenommen. 41 Gründungsinteressierte wurden in das Projekt aufgenommen und haben eine qualifizierende Beratung erhalten. Elf Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben das Projekt zum Jahresende beendet; neun Gründungen sind bisher vollzogen worden.

Um die Qualität der Gründungsberatung im Landkreis Teltow-Fläming zu erhöhen und noch mehr Gründungsinteressierte vor Ort beraten und begleiten zu können, besteht eine enge Kooperation zwischen dem Lotsendienst TF, dem Lotsendienst für Migrantinnen und Migranten und der Gründungswerkstatt „enterprise“. Ziel ist nach wie vor, den gleichzeitigen Zugang zu den zielgruppenspezifischen Beratungsangeboten im Landkreis TF für alle Gründungswilligen – unabhängig von Alter, Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit, Lebensphase, besonderen Lernbedürfnissen oder körperlichen Verfassung – zu vereinfachen und zu bündeln.

Vor elf Jahren wurde der Lotsendienst im Landkreis TF initiiert und somit ein flächendeckendes Unterstützungsmodell für alle Gründungsinteressierten vor Ort aufgebaut. Seit sechs Jahren ist der Lotsendienst in Trägerschaft des Landkreises. Durch die Bündelung von Kompetenzen und das Nutzen von Synergien verbesserte sich das Gründungsklima in der Region nachhaltig.

Landwirtschaftsamt

Sachgebiet Agrarförderung

Auch im Bereich Agrarförderung hatte die extremen Trockenheit Folgen für die Arbeit. Zur Unterstützung der Unternehmen wurden Ausnahmeregelungen im Rahmen der Beihilfefähigkeit zur Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen angeboten, deren Umsetzung zu kontrollieren war.

Direktzahlungen und benachteiligte Gebiete

Insgesamt 282 landwirtschaftliche Betriebe haben einen Antrag auf Agrarförderung gestellt. Basis für die Gewährung der Zuwendungen stellen die nachfolgend angemeldeten Flächen dar:

Tabelle 65: Landwirtschaftsamt, angemeldete Flächen

Art der Fläche	Größe
Landwirtschaftliche Nutzfläche (LN)	91.523 ha
- Ackerland	73.104 ha
- Dauerkulturen	344 ha
- Grünland	17.514 ha
- Grünland - Etablierte Lokale Praktiken (ELP)	435 ha

Für die 279 gestellten Anträge auf Direktzahlungen konnten Zuwendungen in einer Höhe von 22,1 Millionen Euro aus dem Haushalt der Europäischen Union bewilligt werden. Darin sind unter anderem finanzielle Mittel für die Gewährung der Basis-, Greening- und Umverteilungsprämien enthalten, ebenso die Prämien für Junglandwirte und Neueinsteiger. Mehr als 50 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche des Landkreises fallen unter die Rubrik „Benachteiligtes Gebiet“. Von 225 gestellten Anträgen für dieses Förderprogramm konnten 197 bewilligt und Fördermittel in Höhe von 1,6 Millionen Euro ausgezahlt werden.

Kulturlandschaftsprogramm

Im Jahr 2018 wurden im Rahmen des Kulturlandschaftsprogramms (KULAP) 124 Anträge bearbeitet und entschieden. Die verschiedenen Maßnahmen innerhalb des Förderprogrammes werden auf einer Gesamtfläche von 15.656 Hektar durchgeführt. Dies entspricht 17,37 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche unseres Landkreises. Für die Ertragsausfälle durch extensive und ökologische Bewirtschaftung erhielten die Antragsteller insgesamt einen Ausgleich von 2,52 Millionen Euro. Bis zum 15. Dezember 2018 konnten für die Förderprogramme Ökologischer Landbau und Moorschonende Stauhaltung Neu-, Erweiterungs- und Änderungsanträge gestellt werden. Insgesamt haben 19 landwirtschaftliche Unternehmen mit einer Fläche von 2.226,20 Hektar diese Möglichkeit genutzt.

CC-Kontrollen

Die Vorschriften der Cross Compliance (CC) verknüpfen die Prämienzahlungen für landwirtschaftliche Betriebe mit der Einhaltung von Umweltstandards im weiteren Sinne. Die Einhaltung der Standards stellt eine Voraussetzung für den Erhalt der Prämienzahlungen dar. In 15 Fällen wurden neun Betriebe mit CC-Sanktionen zwischen einem und 30 Prozent geahndet. Leider waren bei den durchgeführten Vor-Ort-Kontrollen zur Cross Compliance (CC) in mehreren Fällen wiederholte Verstöße festzustellen. Erstmals im Landkreis wurde in einem Fall ein Verstoß als vorsätzlich eingestuft, was eine erhebliche Sanktion nach sich zieht.

Feldblockpflege

Der Feldblock umfasst eine oder mehrere landwirtschaftlich genutzte Parzellen beziehungsweise Schläge und ist ein Teil des Landwirtschaftlichen Flächenkatasters (LFK) im Rahmen des Systems zur Flächenidentifizierung. Bei der kontinuierlichen Pflege der Daten wurden insgesamt 1.593 Referenzpflegeaufträge (RPA) mit notwendigen Feldblockkorrekturen abgearbeitet. Des Weiteren konnten 1.713 Referenzpflegeaufträge nach Bildschirmsichtung abgewiesen werden. Nach der Antragstellung zum Agrarförderantrag im Mai galt es, 319 Hinweispunkte zu bearbeiten. Teilweise waren dafür Vor-Ort-Kontrollen nötig. Insgesamt wurden 119 Feldblöcke und Landschaftselemente zur Grenzfeststellung besichtigt beziehungsweise vermessen.

Abtretungen/Pfändungen

Im Landwirtschaftsamt waren insgesamt 61 Abtretungen und 19 Pfändungen zu bearbeiten. Im Jahr 2018 gingen 20 neue Abtretungen ein. 41 stammen aus Vorjahren und sind fortlaufend zu berücksichtigen. Von den 19 Pfändungen gingen 14 neu im Jahr 2018 ein. Sechs Pfändungen wurden für Vollstreckungsschuldner/-innen eingereicht, die keine Antragsteller im Landwirtschaftsamt sind. Diese Pfändungen konnten demzufolge nicht bedient werden. 2018 waren zudem zwei vorläufige Zahlungsverbote zu bearbeiten, die einer Vorpfändung entsprechen. Insgesamt beläuft sich die Forderungshöhe auf circa 8,7 Millionen Euro.

Sachgebiet Agrarstruktur

Investive Förderung

Auch im Jahr 2018 nutzten sechs landwirtschaftliche Unternehmen unseres Landkreises die Möglichkeit zur Förderung geplanter Investitionsmaßnahmen. Die gestellten acht Anträge umfassen zusammen ein Investitionsvolumen von circa 7,5 Millionen Euro, die geplanten Gesamtzusendungen belaufen sich auf rund 1,2 Millionen Euro. Die Erstellung der Bewilligungsbescheide für das Jahr 2018 ist, bedingt durch die Bearbeitung der Anträge zur Dürreilfe des Bundes und der Länder, noch nicht abgeschlossen.

60 landwirtschaftliche Unternehmen stellten Anträge auf Gewährung von Zusendungen (Billigkeitsleistung) zum Ausgleich der Dürreschäden 2018. Ebenfalls aufgrund der Trockenheit bestand für tierhaltende Betriebe in diesem Jahr die Möglichkeit, aus Landesmitteln Zusendungen für Futterzukaufe zu beantragen. 19 Anträge sind dazu eingegangen. Die geplanten Gesamtzusendungen belaufen sich auf rund 193.000 Euro.

Kommunalwald

Der Landkreis besitzt ca. 390 Hektar Kommunalwald, der überwiegende Teil liegt im Bereich Blankenfelde-Mahlow und Rangsdorf. Er dient im Wesentlichen als Naherholungsgebiet für die urbane Bevölkerung der umliegenden Gemeinden, wird aber auch zu umweltpädagogischen Bildungszwecken von Berliner Schulklassen genutzt. Im Jahr 2018 wurden durch den Verkauf von Holz und die Erteilung von Gestattungen 12.450 Euro sowie 3.330 Euro Jagdpacht eingenommen.

Landwirtschaftliche Flächen

Von den sich im Besitz des Landkreises befindlichen 270 Hektar Acker- und Grünlandflächen sind circa 223 Hektar an landwirtschaftliche Unternehmen verpachtet. Die jährlichen Pachteinahmen hieraus betrugen 19.800 Euro.

Ehemalige Bodenreformflächen

Der Landkreis wurde gemäß Artikel 233 Paragraph 2 Absatz 3 Einführungsgesetzbuch zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB) zum gesetzlichen Vertreter ehemaliger Bodenreform Eigentümer/-innen bestellt. Damit hat er derzeit die Rechts- und Vermögensinteressen von 73 Eigentümern und Eigentümerinnen zu vertreten beziehungsweise deren Rechtsnachfolge wahrzunehmen. Es handelt sich dabei um Fälle, in denen der Aufenthalt der Eigentümer beziehungsweise deren Erben unbekannt ist. Die betroffenen Flächen sind an 20 landwirtschaftliche Unternehmen verpachtet, der Landkreis verwaltet die jährlichen Pachteinahmen.

Bodenschutz

Im landwirtschaftlichen Bodenschutz wird die Einhaltung des Düngerechtes überwacht. Mit Inkrafttreten der novellierten Düngeverordnung im Jahr 2017 gelten neue und zum Teil schärfere Anforderungen an die Anwendung von Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten und Pflanzenhilfsmitteln auf landwirtschaftlichen Nutzflächen. Die Wahrnehmung der entsprechenden Vollzugs- und Kontrollaufgaben beinhaltete 2018 die Durchführung von insgesamt 17 Kontrollen im Rahmen des Fachrechts Düngung und der Agrarförderung, basierend auf eingegangenen Anzeigen, anlassbezogen oder auf zufälliger Stichprobenauswahl. Festgestellte Verstöße zogen Sanktionen durch Kürzung der Agrarförderung oder Bußgeldfestsetzungen nach sich. Laut Düngeverordnung besteht die Möglichkeit, Anträge auf Verschiebung oder Ausbringung innerhalb des gesetzlich festgelegten Ausbringverbotszeitraumes für Düngemittel zu stellen. Für vier Anträge wurden Ausnahmegenehmigungen erteilt.

Eine weitere Aufgabe besteht in der düngerechtlichen Prüfung und Bewertung der ordnungsgemäßen Verwertung von Wirtschafts- und Sekundärrohstoffdüngern. Diese Prüfung ist unter anderem Bestandteil bei Beteiligungen an Verfahren Träger öffentlicher Belange, zum Beispiel bei Anträgen nach Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) und Brandenburgischer Bauordnung (BbgBO). In Verbindung mit der Klärschlammverordnung (AbfKlärV) erfolgt auch die düngerechtliche Prüfung für die landwirtschaftliche Verwertung von Klärschlamm und Klärschlammkompost. Für insgesamt 19 Vorgänge wurde (auf rund 192 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche) die Verwertung von Klärschlamm angezeigt. Im Vergleich zu den vergangenen Jahren zeichnet sich bei der landwirtschaftlichen Verwertung von Klärschlamm und Klärschlammkompost ein abnehmender Trend ab.

Flurbereinigungsverfahren

Flurbereinigungsverfahren werden durch den Landkreis als ein wichtiges Instrument zur Gestaltung des ländlichen Raumes gesehen. Die Förderung der Flurneuordnung ist Bestandteil einer gebündelten Förderung von Maßnahmen im ländlichen Raum. Diese soll zu einer positiven Entwicklung der Agrarstruktur sowie einer nachhaltigen Stärkung der Wirtschaft beitragen, um den ländlichen Raum als Lebens-, Arbeits-, Erholungs- und Naturraum nachhaltig und mit größtem Effekt zu entwickeln.

An den seit 1993 geführten großräumigen Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz sind circa 4.078 Eigentümer mit einer Gesamtfläche von circa 21.161 Hektar beteiligt. Das entspricht circa 23 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche im Landkreis. Für 955 Teilnehmer mit einer Gesamtfläche von 3.035 Hektar konnten die Verfahren inzwischen abgeschlossen werden.

Der Gesamtinvestitionsumfang in den Flurbereinigungsverfahren resultiert aus der Herstellung gemeinschaftlicher Anlagen (landwirtschaftlicher Wegebau und Nebenanlagen, Herstellung meliorationstechnischer Anlagen, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen), Vermessungsnebenkosten und Mitgliedsbeiträgen des Verbandes für Landentwicklung und Flurneuordnung Brandenburg.

Seit 1993 beträgt der vorläufige Gesamtinvestitionsumfang der angeordneten Verfahren damit circa 10,488 Millionen Euro. Davon werden circa 7,664 Millionen Euro als Fördermittel in Anspruch genommen und circa 2,798 Millionen Euro als Eigenmittel durch die Mitglieder der Teilnehmergeinschaften aufgebracht.

Grundstücksverkehr und Landpacht

In diesem Jahr wurden 325 Verträge bearbeitet. Dabei handelte es sich um 205 Kaufverträge, sieben Schenkungsverträge, 79 Übertragungsverträge, acht Tauschverträge, 26 Erbaueinandersetzungsverträge.

In 98 Verträgen wurden von landwirtschaftlichen Unternehmen insgesamt 841,77 Hektar für die Gesamtsumme von 7,5 Millionen Euro erworben, der Kaufpreis für den Quadratmeter Ackerland belief sich dabei auf 0,98 Euro, bei Grünland auf 0,75 Euro. Weitere 1.173 Hektar wurden für die Summe von insgesamt 72 Millionen Euro von sonstigen Erwerbern gekauft. Dabei lag der Kaufpreis für Ackerland bei 2,48 Euro pro Hektar, der für Grünland bei 1,13 Euro pro Hektar. Bei den hohen Hektarpreisen, welche von den sonstigen Erwerbern gezahlt wurden, muss beachtet werden, dass der überwiegende Teil der Flächen nachfolgend als Golfplatz, Baugebiet und ähnliche Zwecke genutzt wird. Diese Preise sind mit den Preisen für Flächen, die in landwirtschaftlicher Nutzung verbleiben, nicht vergleichbar.

Für Bereiche, die im Flächennutzungsplan als gewerbliche Baufläche oder Gewerbegebiet ausgewiesen sind (Industrie und Gewerbeansiedlung), den Wohnungsbau und für Sport- und Freizeitflächen (Golfplatz) wurden der Landwirtschaft 2018 im Jahr 60,42 Hektar landwirtschaftliche Fläche entzogen. Im Zeitraum von 1990 bis 2018 gingen somit schon 2.957 Hektar der landwirtschaftlichen Nutzung verloren.

Die Bodenverwertungs- und Verwaltungs GmbH (BVVG) verkaufte im Zeitraum von 1997 bis 2018 nach dem Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG) 8.787 Hektar und außerhalb des EALG 8.861 Hektar.

Im Jahr 2018 wurde keine Fläche nach dem Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz veräußert, außerhalb des Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetzes wurden 23,43 Hektar verkauft.

Auf einer Fläche von 8,74 Hektar wurde ein Vorkaufsrecht ausgeübt.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegen dem Landkreis 11.723 angezeigte Pachtverträge von landwirtschaftlichen Unternehmen mit einer Fläche von ca. 80.500 Hektar vor. Der von den Pächtern zu zahlende Pachtpreis liegt bei einem Durchschnitt von 111,80 Euro pro Hektar.

Messeauftritt „Internationale Grüne Woche“

Zur Internationalen Grünen Woche (IGW) präsentierte sich der Landkreis zum zehnten Male am eigenen Marktstand in der Brandenburg-Halle 21a. Dank der engen Zusammenarbeit mit den Kommunen, den Direktvermarktern und den sonstigen Akteuren aus den jeweiligen Regionen konnte den Gästen ein interessantes und vielseitiges Programm geboten werden. Die Präsentation Teltow-Flämings mit seinen Partnern aus den Städten Jüterbog, Luckenwalde, Trebbin, Baruth/Mark, den Gemeinden Nuthe-Urstromtal und Am Mellensee, dem Amt Dahme/Mark, den Direktvermarktern sowie Vereinsmitgliedern haben den Bekanntheitsgrad des Landkreises und der weiteren Akteure erhöht. Es gab viele Kontakte zu den Endverbrauchern. Durch die Kontaktpflege mit anderen Teilnehmern an der Internationalen Grünen Woche sowie den Ausbau der Netzwerke entstanden letztlich auch neue Produkte. Alle Unternehmen nutzten ihren Messeauftritt für Produktwerbung und Marketing. Auch bei der Neukundengewinnung gab es Erfolge. Die erhöhte Nachfrage nach regionalen Produkten kam auch den Ausstellern am Stand des Landkreises zugute.

Dorfwettbewerb

Als Sieger des 9. Kreiswettbewerbes „Unser Dorf hat Zukunft“ vertrat Wahlsdorf, Ortsteil der Stadt Dahme/Mark, den Landkreis erfolgreich beim gleichnamigen 10. Landeswettbewerb. Die Wahlsdorfer/-innen wurden mit dem Sonderpreis für herausragende Aktivitäten zur Nutzung erneuerbarer Energien ausgezeichnet. Die von den Bürgerinnen und Bürgern initiierte Wärmegenossenschaft Wahlsdorf e. G. nutzt die Abwärme der Biogasanlagen am Ortsrand zur Versorgung von öffentlichen Einrichtungen und privaten Haushalten mit Wärme. Dies entspricht einer jährlichen Einsparung von 210 Tonnen Heizöl.

Kreiserntefest

In diesem Jahr wurde das 16. Kreiserntefest im Ortsteil Schöneiche der Stadt Zossen gefeiert. Dazu konnten der Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg Jörg Vogelsänger sowie weitere Politikerinnen und Politiker begrüßt werden. Der Festumzug mit über 100 Schaubildern, das umfangreiche Bühnenprogramm und die zahlreichen Angebote rund um die Landwirtschaft begeisterten tausende Besucher. Auch eine Delegation aus dem polnischen Partnerkreis Gniezno nahm teil. Einige Mitarbeiter des Amtes waren in die erfolgreiche Vorbereitung und Durchführung des Erntefestes eingebunden. Das Landwirtschaftsamt präsentierte sich am Gemeinschaftsstand zusammen mit der Stadt Zossen und dem Kreisbauernverband Teltow-Fläming e. V.

Lokale Aktionsgruppe (LAG) „RUND um die Flaeming-Skate“ e. V.

Die Zusammenarbeit des Landkreises mit der Lokalen Aktionsgruppe „RUND um die Flaeming-Skate“ e. V. wurde weiter vertieft. Im Jahr wurden im Rahmen der Umsetzung der Regionalen Entwicklungsstrategie 2,1 Millionen Euro Fördermittel für 11 Projekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 3,1 Millionen Euro vom Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung bewilligt. Mit der Umsetzung dieser Projekte wird die Entwicklung des ländlichen Raumes im Landkreis gefördert.

Landwirtschaftsschule

Die Landwirtschaft im Landkreis steht in vielerlei Hinsicht vor großen Herausforderungen. Die neue Düngeverordnung, der fortschreitende Klimawandel, der Fachkräftemangel und die sich wandelnden Ansprüche der Gesellschaft an die Landwirte machen es notwendig, dass stärker in die Weiterbildung der Fachkräfte investiert wird. Eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft erfordert daher qualifizierte, flexible und sozialkompetente Mitarbeiter, Fach- und Führungskräfte. Die Landwirtschaftsschule als Regionalstelle für Bildung im Agrarbereich des Landkreises Teltow-Fläming versteht sich vor diesem Hintergrund als Dienstleister in den Bereichen Bildung und Beratung. Ihr Ziel ist es, die Fachkräftesicherung der landwirtschaftlichen Unternehmen zu unterstützen und damit die Erhaltung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft im Landkreis zu fördern.

Ein Schwerpunkt der Arbeit der Landwirtschaftsschule ist weiterhin die Ausbildung zum Landwirtschaftsmeister/zur Landwirtschaftsmeisterin. 2018 konnten sechs Personen ihre Meisterurkunde in Potsdam in Empfang nehmen. Gut ausgebildete Meister/-innen und Facharbeiter/-innen als Fach- und Führungskräfte in den oberen und mittleren Leistungsebenen sind das Rückgrat der Betriebe und können den steigenden Herausforderungen mit fundiertem Wissen begegnen. Gleichfalls haben neun Personen den Vorbereitungslehrgang auf die Meisterprüfung Landwirt 2018 begonnen.

Zum festen Inhalt des Bildungsangebotes der Landwirtschaftsschule zählen folgende Lehrgänge:

- Sachkundenachweis für die Anwendung und Abgabe von Pflanzenschutzmitteln
- Sicherer Umgang mit der Motorsäge
- Elektronischer Agrarförderantrag
- Winterschulung der Landwirte

2018 führte die Landwirtschaftsschule Teltow-Fläming 41 Bildungsmaßnahmen mit 726 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durch.

Statistik

2018 wurden von 31 Betrieben die Ernte- und Betriebsberichtserstattung über Feldfrüchte und Grünland (April bis Dezember) abgefordert.

An der besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung nahmen 2018 insgesamt 34 Betriebe teil. Diese Betriebe reichten 46 Proben (6 Rapsproben und 40 Getreideproben) sowie 28 zusätzliche Proben ein, die zur Schadstoffanalyse nach Detmold geschickt wurden. Außerdem wurden 19 Erkennungsnachweise zur Kartoffelernte eingereicht.

Lag der Durchschnittsertrag der Getreideernte 2017 noch bei 48,6 Dezitonnen pro Hektar, ist der Ertrag 2018 um 12,6 Dezitonnen pro Hektar auf 36,0 Dezitonnen pro Hektar gesunken. Gemessen am langjährigen Durchschnitt, der bei 49,5 Dezitonnen pro Hektar liegt, liegt der Ertrag der gesamten Getreideernte um 13,5 Dezitonnen pro Hektar unter dem Durchschnitt. Beim Winterraps sank der Ertrag ebenfalls: von 25,4 Dezitonnen pro Hektar (2017) auf 22,3 Dezitonnen pro Hektar.

Der Ertrag bei den Kartoffeln liegt bei 277,6 Dezitonnen pro Hektar und der von Silomais bei 167,9 Dezitonnen pro Hektar. Dies sind im Vergleich mit den Durchschnittserträgen der Vorjahre auch hier äußerst schlechte Ertragswerte. Witterungsbedingt sind im gesamten Landkreis immense Ernteaufgänge zu verzeichnen.

Betriebsregister

Zurzeit sind 413 landwirtschaftliche Betriebe beim Landwirtschaftsamt des Landkreises Teltow-Fläming angemeldet.

Tabelle 66: Landwirtschaftsamt, Aufgaben und Fallzahlen 2016 bis 2018

Aufgaben	2016	2017	2018
Bearbeitung Anträge Agrarförderung	286	278	282
- davon Antragsteller über das Internet	204	278	282
Abtretungen	53	57	61
Pfändungen	9	18	19
Antragsteller Kulturlandschaftsprogramm (KULAP)	95	97	93
Anträge Kulturlandschaftsprogramm (KULAP)	127	126	124
Pachtverträge	11.879	11.728	11.723
Grundstücksverkehr	302	342	325
Bearbeitung Klärschlammanträge	28	22	19
Kontrolle Düngeverordnung und CC-Kontrollen	19	16	16
Teilnehmer /-innen an Kursen der Landwirtschaftsschule	590	549	726
Anträge investive Förderung Landwirtschaft	11	9	8
Vor-Ort-Kontrollen	77	97	120

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Baupreisindizes der Bürogebäude und Wohngebäude	46
Abbildung 2: Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe in Deutschland, 2015 = 100 Prozent ...	47
Abbildung 3: Schulfinanzen	61
Abbildung 4: Ausgaben der Leistungen für Bildung und Teilhabe im Jahr 2018 (Personenkreis SGB II i. V. m. BKGG)	79
Abbildung 5: Ausgaben der Leistungen für Bildung und Teilhabe im Jahr 2018 (Personenkreis SGB XII)	79
Abbildung 6: Projektion der Zahl an Demenzerkrankten im Landkreis TF bis 2030	95
Abbildung 7: Anzahl der Gesundheits- und Krankenpfleger/-innen und Altenpfleger/-innen im Jahresvergleich 2012 und 2018.....	99
Abbildung 8: Durchgeführte Schutzimpfungen bei Flüchtlingen in Übergangwohnheimen 2018	101
Abbildung 9: Anzahl der Kontakte im Pflegestützpunkt von 2016 bis 2018	103
Abbildung 10: Darstellung entwicklungsrelevanter Untersuchungsbefunde von Einschülern nach Häufigkeit und Geschlecht, 2017	104
Abbildung 11: : Entwicklungsrelevante Befunde nach Sozialstatus.....	105
Abbildung 12: Gebisszustand der 5-Jährigen im Landkreis Teltow-Fläming im Schuljahr 2017/2018 in Prozent	107
Abbildung 13: Ausländer/-innen im Landkreis Teltow-Fläming von 2011 bis 2018 nach Aufenthaltsstatus.....	121
Abbildung 14: Anzahl der registrierten Fahrzeuge	157
Abbildung 15: Anträge auf Erteilung einer Fahrerlaubnis – Verteilung der Entgegennahme	158
Abbildung 16: Anzahl der mobilen Geschwindigkeitsmesspunkte 2011 bis 2018.....	159

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Entwicklung des Personalbestands.....	10
Tabelle 2: Einstellungen 2018	10
Tabelle 3: Ausscheiden von Beschäftigten	11
Tabelle 4: Praktika in der Kreisverwaltung	12
Tabelle 5: Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens im Landkreis Teltow-Fläming 2008 bis 2018 anhand ausgewählter Kriterien	25
Tabelle 6 - Aktions- und Initiativfonds	28
Tabelle 7 - Bundesprogramm Demokratie leben - Projekte 2018.....	29
Tabelle 8 - MBS-Ausschüttungsmittel.....	34
Tabelle 9: Bestand Kreisarchiv	44
Tabelle 10: Vollstreckung, privatrechtliche Forderungen	57
Tabelle 11: Vollstreckung, öffentlich-rechtliche Forderungen.....	57
Tabelle 12: Amts für Bildung und Kultur , Investitionen	61
Tabelle 13: Entwicklung der Fallzahlen Ausbildungsförderung	78
Tabelle 14: Asylsuchende und Flüchtlinge, Entwicklung der Fallzahlen in Übergangswohnheimen.....	80
Tabelle 15: Asylsuchende und Flüchtlinge, Entwicklung der Unterbringungskapazitäten.....	80
Tabelle 16: Vom Jugendamt betreute Kindereinrichtungen in TF	82
Tabelle 17: Fallzahlen Jugendgerichtshilfe	88
Tabelle 18: Berichterstattung im Jugendamt.....	90
Tabelle 19: Übersicht Vergleich HIV-Infektionen/AIDS-Erkrankung in Jahren.....	97
Tabelle 20: Gemeldete Gesundheitsberufe im Landkreis Teltow-Fläming laut BbgGDG	98
Tabelle 21: Krätze-Erkrankungsfälle im Zeitraum von 2016 bis 2018 im Landkreis TF	100
Tabelle 22: Zahl der Beratungen nach § 16 a SGB II, 2017 und 2018	108
Tabelle 23: Rechtsamt: Anzahl der bearbeitenden Schadensfälle	111
Tabelle 24: Rechtsamt, Anzahl der neuen gerichtlichen Verfahren.....	113
Tabelle 25: Rechtsamt, Anzahl der Beratungsanfragen.....	114
Tabelle 26: elektronische Aufenthaltstitel und Reiseausweise 2015 bis 2018	121
Tabelle 27: Zuweisungen und registrierte Asylsuchende 2015 bis 2018, jeweils per 31.12.122	
Tabelle 28: Maßnahmen zum Ausbau des FTZ	125
Tabelle 29: Prüfung, Wartung, Pflege der Ausrüstung im FTZ.....	125
Tabelle 30: Rinderverladungen.....	128
Tabelle 31: Schweineverladungen.....	128
Tabelle 32: Schafverladungen	128
Tabelle 33: Kälberverladungen.....	128
Tabelle 34: Kontrolle der 24-Stunden-Pause bei Tiertransporten	128
Tabelle 35: Tierseuchenrechtliche Kontrollen bei aus dem Ausland in den Landkreis verbrachten Tieren	129

Tabelle 36: Hähnchenausstellungen.....	129
Tabelle 37: Tierschutzmaßnahmen	129
Tabelle 38: Futtermittelüberwachung.....	131
Tabelle 39: Betriebskontrollen Lebensmittelüberwachung 2017 bis 2018	132
Tabelle 40: Warengruppen mit überdurchschnittlichen Beanstandungsquoten 2018	133
Tabelle 41: Untersuchungen Fleischhygiene	134
Tabelle 42: Erteilte Genehmigungen zum Töten von Tieren im Herkunftsbetrieb.....	135
Tabelle 43: Antragsaufkommen Baugenehmigungsverfahren.....	138
Tabelle 44: Entwicklung Wohnungsneubau	138
Tabelle 45: Entwicklung der Bautätigkeit im Wohnungsbau (Neubau von Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäusern).....	139
Tabelle 46: Entwicklung der Bautätigkeit 2016 bis 2018 (Neubau, Umbau/Änderung, Nutzungsänderung, Vorbescheid, Bauanzeige, vereinfachte Baugenehmigungsverfahren und Nachträge)	140
Tabelle 47: Eintragungen in die Denkmalliste 2018	143
Tabelle 48: Aufgaben Amtsleiterbereich Umweltamt.....	147
Tabelle 49: Übersicht ausgewählter klimawirksame Maßnahmen 2018	148
Tabelle 50:- Aufgaben UWB/Anzahl Fälle 2016 bis 2018	151
Tabelle 51: Beseitigung von Abfällen durch Umweltstreife 2016 bis 2018	152
Tabelle 52: Aufgaben der UNB/Entwicklung der Fallzahlen	155
Tabelle 53: Straßenverkehrsamt: Anzahl der Widersprüche und gerichtlichen Verfahren ...	156
Tabelle 54: zugelassene Fahrzeuge 2017, 2018	161
Tabelle 55: Fahrerlaubniswesen 2017, 2018	161
Tabelle 56: Kontrollgerätekarten zur Überwachung der Ruhe- und Lenkzeiten nach der Fahrpersonal-Verordnung 2017, 2018.....	163
Tabelle 57: Fahrschulwesen/Fahrlehrerwesen 2017, 2018.....	163
Tabelle 58: gewerblicher Personenverkehr 2017, 2018	164
Tabelle 59: Fahrtenbuchauflagen 2017, 2018	165
Tabelle 60: Ausnahmegenehmigungen 2017, 2018.....	165
Tabelle 61: Verkehrsordnungswidrigkeiten 2017, 2018	166
Tabelle 62: Statistik mobile Kontrollen in Städten und Gemeinden sowie im Amt Dahme/Mark 2017, 2018	166
Tabelle 63: Verkehrssicherheit und -lenkung 2017, 2018	167
Tabelle 64: Veranstaltungen Netzwerk-Schule 2016 bis 2018	171
Tabelle 65: Landwirtschaftsamt, angemeldete Flächen	183
Tabelle 66: Landwirtschaftsamt, Aufgaben und Fallzahlen 2016 bis 2018	189